

## 50. Sitzung

am Mittwoch, dem 12. Dezember 2001

---

### Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 3621  
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung ..... 3623  
Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung .... 3623  
Abg. Eckhoff (CDU) zur Geschäftsordnung ..... 3624  
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) zur Geschäftsordnung ..... 3624

#### **Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2002 und 2003**

Mitteilung des Senats vom 21. August 2001 (Drucksache 15/787)  
2. Lesung

D a z u

#### **Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

(Drs. 15/879 – 15/895 und 15/905)

#### **Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der CDU**

(Drs. 15/922 – 15/996, 15/998, 15/1004, 15/1013, 15/1014 und 15/1015)

#### **Anträge der Fraktionen der SPD und der CDU**

(Drs. 15/999 – 15/1002 und 15/1005)

#### **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

(Drs. 15/1024)

#### **Antrag (Entschließung) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

(Drs. 15/1027)

#### **Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2001**

Mitteilung des Senats vom 21. August 2001 (Drucksache 15/788)  
2. Lesung

D a z u

#### **Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der SPD**

(Drucksachen 15/1003 und 15/1016)

#### **Finanzwirtschaftliche Rahmenseetzungen der Haushaltsaufstellung 2002/2003**

#### **Finanzplan-Fortschreibung 2001/2005 (Stand: 21. August 2001)**

Mitteilung des Senats vom 21. August 2001 (Drucksache 15/792)

#### **Finanzplan 2000 bis 2005 der Freien Hansestadt Bremen**

Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2001 (Drucksache 15/1009)

#### **Festlegungen für die bremischen Haushalte**

Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2001 (Drucksache 15/1010)

#### **Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2001**

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 7. Dezember 2001 (Drucksache 15/1019)

**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2002 und 2003**

**Finanzwirtschaftliche Rahmenseetzungen der Haushaltsaufstellung 2002 und 2003 – Finanzplanfortschreibung 2001 bis 2005**

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 7. Dezember 2001 (Drucksache 15/1023)

Abg. Mützelburg, Berichterstatter .....	3626	Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD) .....	3665
Abg. Böhrnsen (SPD) .....	3628	Abg. Focke (CDU) .....	3665
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	3631	Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	3666
Abg. Eckhoff (CDU) .....	3636	Senator Hattig .....	3667
Abg. Tittmann (DVU) .....	3640	Abg. Herderhorst (CDU) .....	3669
Abg. Dr. Schrörs (CDU) .....	3642	Abg. Kleen (SPD) .....	3671
Abg. Frau Wiedemeyer (SPD) .....	3644	Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) ...	3672
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) ....	3647	Abg. Frau Koestermann (CDU) .....	3674
Bürgermeister Perschau .....	3648	Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	3675
Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen) .....	3651	Abg. Frau Emigholz (SPD) .....	3676
Abg. Töpfer (SPD) .....	3653	Senator Dr. Böse .....	3677
Abg. Röwekamp (CDU) .....	3655	Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) .....	3679
Abg. Frau Hövelmann (SPD) .....	3658	Abg. Röwekamp (CDU) .....	3680
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) ....	3658	Abg. Isola (SPD) .....	3682
Abg. Rohmeyer (CDU) .....	3660	Bürgermeister Dr. Scherf .....	3684
Abg. Frau Hövelmann (SPD) .....	3662	Abg. Frau Arnold-Cramer (SPD) .....	3685
Abg. Frau Berk (SPD) .....	3662	Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	3685
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) .....	3663	Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU) .....	3687
		Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) .....	3690
		Senatorin Adolf .....	3692
		Abg. Dr. Sieling (SPD) .....	3694
		Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .	3695
		Abg. Pflugradt (CDU) .....	3696
		Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) ..	3697
		Abg. Dr. Schuster (SPD) .....	3700
		Senatorin Wischer .....	3700
		Abstimmung .....	3701

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Jägers, Leo, Frau Reichert.

**Präsident Weber**

**Vizepräsident Dr. Kuhn**

**Schriftführerin Arnold-Cramer**

**Vizepräsident Ravens**

**Schriftführerin Hannken**

**Schriftführerin Marken**

-----

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,  
Senator für kirchliche Angelegenheiten  
und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Adolf** (SPD)

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Böse** (CDU)

-----

Staatsrat **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen)

-----

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A)

(C)

(B)

(D)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr.

**Präsident Weber:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 50. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Folgende Gruppen sind anwesend: Fachangestellte für Bürokommunikation, ein Fortbildungskurs zu Verwaltungsfachangestellten und ein Fortbildungskurs zur Verwaltungsfachwirtin und zum Verwaltungsfachwirt.

Herzlich willkommen, ich wünsche Ihnen einen spannenden Vormittag!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss weiterhin bedarfsgerecht finanziert werden, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Dezember 2001, Drucksache 15/1017.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

(B) Wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Punkt außerhalb der Tagesordnung zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist dann damit einverstanden.

2. Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verlässlich neu regeln, Bericht und Dringlichkeitsantrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten vom 6. Dezember 2001, Drucksache 15/1018.

Ich lasse auch hier über die dringliche Behandlung des Berichts und des Antrags abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu. (C)

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, auch diese Initiative mit dem Punkt außerhalb der Tagesordnung zu verbinden.

Auch hier höre ich keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

3. Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2001, Bericht und Dringlichkeitsantrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 7. Dezember 2001, Drucksache 15/1019.

Ich gehe davon aus, dass Einverständnis besteht, diese Vorlage mit den zu den Haushaltsberatungen gehörenden Vorlagen zu verbinden.

Auch hier höre ich keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

4. Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik des Landes Bremen, Bericht und Dringlichkeitsantrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 7. Dezember 2001, Drucksache 15/1020.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung lasse ich ebenfalls über die Dringlichkeit dieses Berichts und Antrags abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (D)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Bericht und Antrag zusammen mit dem Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik des Landes Bremen am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann wird so verfahren.

5. Gesetz zur Überleitung von Personal auf die Gebäude- und TechnikManagement Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen, Bericht und Dringlichkeitsantrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 7. Dezember 2001, Drucksache 15/1021.

Ich lasse auch hier zunächst über die dringliche Behandlung abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit einer dringlichen Behandlung einverstanden.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Bericht und Antrag zusammen mit dem Gesetz zur Überleitung von Personal auf die Gebäude- und TechnikManagement Bremen und in Verbindung mit dem vorher genannten Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik des Landes Bremen und dem dazu gehörenden Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses aufzurufen.

Auch hier höre ich keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

6. Gesetz zur Änderung der Bremischen Kostenordnung, Bericht und Dringlichkeitsantrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 7. Dezember 2001, Drucksache 15/1022.

Ich lasse gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung auch hier erst über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

(B) Wer mit einer dringlichen Behandlung dieses Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung des Antrags zu.

(Einstimmig)

Auch hier schlage ich Ihnen vor, diese Vorlage zusammen mit dem Gesetz zur Änderung der Bremischen Kostenordnung nach den gerade genannten Gesetzen aufzurufen.

Auch hier erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir so vorgehen.

7. Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2002 und 2003, Finanzwirtschaftliche Rahmensetzungen der Haushaltsaufstellung 2002 und 2003, Finanzplanfortschreibung 2001 bis 2005, Bericht und Dringlichkeitsantrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 7. Dezember 2001, Drucksache 15/1023.

Auch hier gehe ich davon aus, meine Damen und Herren, dass Einverständnis besteht, diese Vorlage ebenfalls mit den zu den Haushaltsberatungen gehörenden Vorlagen zu verbinden.

8. Finanzplan 2000 bis 2005, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Dezember 2001, Drucksache 15/1024. (C)

Ich gehe hier ebenfalls davon aus, dass Einverständnis besteht, diesen Antrag mit den zu den Haushaltsberatungen gehörenden Vorlagen zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir so vorgehen.

9. Gesetz zur Umstellung von Vorschriften aus dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales auf Euro, Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2001, Drucksache 15/1025, erste Lesung.

Meine Damen und Herren, der Senat hat darum gebeten, dieses Gesetz wegen seiner Eilbedürftigkeit noch in der Dezember-Sitzung zur Behandlung zu bringen.

Wer für eine Behandlung während der Dezember-Sitzung ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer Behandlung während der Dezember-Sitzung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Tagesordnungspunkt nach der Bremischen Kostenordnung aufzurufen. (D)

10. Haushalte 2002/2003, Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Dezember 2001, Drucksache 15/1027.

Auch bei diesem Antrag, meine Damen und Herren, gehe ich davon aus, dass Einverständnis besteht, diese Vorlage mit den zu den Haushaltsberatungen gehörenden Vorlagen zu verbinden.

Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann werden wir so verfahren.

11. Zwangsweise Vergabe von Brechmitteln einstellen, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Dezember 2001, Drucksache 15/1028.

Ich lasse gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung auch hier zunächst über die dringliche Behandlung dieses Themas abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. T i t t m a n n [DVU])

**(A) Stimmhaltungen?**

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung des Antrags zu.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag nach dem Gesetz zur Euroumstellung aufzurufen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir so vorgehen.

12. Altersteilzeit, Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 11. Dezember 2001, Drucksache 15/1030.

Gemäß Paragraph 31 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung gilt dieser Antrag als dringlich.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Entschließungsantrag mit Tagesordnungspunkt 14 zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

**I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung**

1. Verkehrssicherheit im Lande Bremen stärken  
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD  
vom 28. November 2001  
(Drucksache 15/920)
2. Zukunft der Europäischen Strukturfonds  
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 4. Dezember 2001  
(Drucksache 15/1007)
3. Sechster Staatsvertrag zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages, des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages und des Mediendienste-Staatsvertrages  
Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2001  
(Drucksache 15/1011)
4. Gesetz zu dem Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Bremischen Evangelischen Kirche, der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und der Evangelisch-reformierten Kirche (Synode ev.-ref. Kirchen in Bayern und Nordwestdeutschland)  
Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2001  
(Drucksache 15/1026)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Januar-Sitzung.

**II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung**

1. Bremische Außenwirtschaftsförderung  
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 8. November 2001

2. Analyse der Berufsabschlüsse im Lande Bremen 2000/2001  
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 23. November 2001

3. (Un)sicherheit der Atomenergienutzung aufgrund der Terroranschläge neu bewerten  
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 26. November 2001

4. Praxis des Betreuungsrechts und Qualität der Betreuung  
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 10. Dezember 2001

**III. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung**

Schreiben von Herrn Manuel Wäsch zur Elektroschocktherapie in der Psychiatrie.

Die Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Meine Damen und Herren, zur Abwicklung der Tagesordnung heute wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes fünf, des Tagesordnungspunktes sechs, des Tagesordnungspunktes sieben, zur Verbindung der Tagesordnungspunkte drei, Zielorientiertes Studium fördern, und vier, Durchgreifende Studienreform an der Universität zügig voranbringen, des Weiteren der Tagesordnungspunkte neun und zehn, Opfer von Zwangsprostitution kompetent beraten, und der Tagesordnungspunkte 16, Haushaltsgesetze und Haushaltspläne 2002 und 2003, 17, Nachtragshaushaltsgesetz, 18, Finanzwirtschaftliche Rahmensetzungen der Haushaltsaufstellung 2002/2003, außerhalb der Tagesordnung, Finanzplanung 2000 bis 2005, und außerhalb der Tagesordnung, Festlegungen für die bremischen Haushalte, Drucksache 15/1010, des Weiteren zur Vereinbarung von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, die Schwerpunktthemen drei, Inneres, Kultur und Sport, sowie sieben, Wirtschaft und Häfen, bei den Haushaltsberatungen zu tauschen.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Tagesordnung ist vereinbart, am Donnerstag zu Beginn der Sitzung die Fragestunde, im Anschluss daran Tagesordnungspunkt 14, Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes, und danach die Aktuelle Stunde aufzurufen. Im Anschluss daran wird in der Reihenfolge der Tagesordnung verfahren.

Meine Damen und Herren, zum Ablauf der Haushaltsberatung für heute wurde Folgendes vereinbart: Die Haushaltsberatungen sollen heute beendet werden. Sie werden mit der Berichterstattung des Vor-

(C)

(B)

(D)

(A) sitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses bis zu 15 Minuten eröffnet. Für die folgenden Beratungen wurden Gesamtredezeiten vereinbart. Sie betragen für die Fraktionen der SPD und der CDU jeweils eine Stunde und 30 Minuten, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zwei Stunden und 15 Minuten, für den Abgeordneten Tittmann bis zu 15 Minuten. Die Aufteilung der Gesamtredezeiten der Fraktionen auf ihre Redner obliegt den Fraktionen, meine Damen und Herren. Der Senat wird gebeten, mit einer Redezeit von einer Stunde und 15 Minuten auszukommen.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Redner in der Grundsatzdebatte ist vereinbart, zunächst dem ersten Redner der SPD, danach Bündnis 90/Die Grünen, im Anschluss daran der CDU und dann dem Senat das Wort zu erteilen. Für die Schlussabstimmungen werden zirka 30 Minuten eingeplant, wobei vorgeschlagen wird, in folgender Reihenfolge abstimmen zu lassen: Änderungsanträge und Anträge zum Haushalt 2002/2003, Haushaltsplan 2002 und 2003, Stellenplan 2002 und 2003, Haushaltsgesetze 2002 und 2003, Nachtragshaushaltsplan 2001 und Nachtragshaushaltsgesetz 2001.

(B) Die Beratung des Stadthaushalts sowie der Änderungsanträge und Anträge dazu wird in die Haushaltsdebatte des Landtags einbezogen, so dass eine Einzelaussprache zu den Änderungsanträgen und Anträgen und eine Debatte in der Stadtbürgerschaft nicht erfolgen. In einer weiteren Sitzung der Stadtbürgerschaft im Anschluss an die heutige Landtagsitzung erfolgen die Schlussabstimmungen über den Stadthaushalt.

Meine Damen und Herren, für die Debatte werden folgende Schwerpunktthemen gebildet: erstens Generaldebatte, in deren Rahmen die Bereiche Bürgerschaft, Rechnungshof, Bundesangelegenheiten, Senat und Staatsgerichtshof und gesondert Bremerhaven aufgerufen werden, zweitens Bildung und Wissenschaft, drittens Wirtschaft und Häfen, viertens Justiz und Verfassung, Datenschutz, fünftens Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, sechstens Bau und Umwelt, siebtens Inneres, Kultur und Sport, achtens Finanzen und neuntens Schlussrunde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht?

Das Wort hat der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe gerade noch einmal zu meinem Kollegen Böhrnsen hinübergeschaut. Wir haben die Absprachen so verstanden, dass der Bereich Wirtschaft und Häfen zwar nach dem Bereich Bildung und Wissenschaft kommt, aber dass es dann normal in der Reihenfolge weitergeht wie in dem Vordruck ausgedruckt, also, nachdem Punkt drei Wirtschaft und Häfen ist, kommen Punkt vier, Inne-

res, Kultur und Sport, fünf, Justiz, Verfassung und Datenschutz, sechs, Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales, sieben, Bau und Umwelt, dann acht, Finanzen, und Punkt neun, die Schlussrunde.

(C)

**Präsident Weber:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, das kommt dabei heraus, Herr Präsident, wenn die interfraktionellen Absprachen nicht halten! Mit uns ist das anders besprochen worden. Wir sind mit einer Veränderung der interfraktionellen Absprachen einverstanden gewesen, wenn die Bereiche Inneres und Wirtschaft tauschen. Ich bitte auch das Plenum, sich hier an diese Absprachen heute zu halten.

**Präsident Weber:** Es gibt jetzt einen Antrag des Abgeordneten Eckhoff, abweichend davon, wie ich es hier vorgelesen habe, bei den Schwerpunktthemen in der Reihenfolge so zu verfahren, wie der Kollege Eckhoff es gerade vorgetragen hat. Ich stelle das zur Abstimmung.

(Abg. Frau **Stahmann** [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann braucht man keine Absprachen!)

Wer seine Zustimmung geben möchte, so zu verfahren, wie der Abgeordnete Eckhoff es hier gerade vorgetragen hat, den bitte ich um das Handzeichen!

(D)

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

### **Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2002 und 2003**

Mitteilung des Senats vom 21. August 2001  
(Drucksache 15/787)  
2. Lesung

D a z u

### **Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

(Drs. 15/879 – 15/895 und 15/905)

- (A) **Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der CDU**  
(Drs. 15/922 – 15/996, 15/998, 15/1004, 15/1013, 15/1014 und 15/1015)

s o w i e

- Anträge der Fraktionen der SPD und der CDU**  
(Drs. 15/999 – 15/1002 und 15/1005)

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
(Drs. 15/1024)

- Antrag (Entschließung) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
(Drs. 15/1027)

Wir verbinden hiermit:

- Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2001**

Mitteilung des Senats vom 21. August 2001  
(Drucksache 15/788)  
2. Lesung

D a z u

- (B) **Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der SPD**  
(Drucksachen 15/1003 und 15/1016)

s o w i e

- Finanzwirtschaftliche Rahmenseetzungen der Haushaltsaufstellung 2002/2003**  
**Finanzplanfortschreibung 2001/2005**  
**(Stand 21. August 2001)**

Mitteilung des Senats vom 21. August 2001  
(Drucksache 15/792)

- Finanzplan 2000 bis 2005 der Freien Hansestadt Bremen**

Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2001  
(Drucksache 15/1009)

- Festlegungen für die bremischen Haushalte**

Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2001  
(Drucksache 15/1010)

- Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2001**

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 7. Dezember 2001  
(Drucksache 15/1019)

- Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2002 und 2003**  
**Finanzwirtschaftliche Rahmenseetzungen der Haushaltsaufstellung 2002 und 2003 – Finanzplanfortschreibung 2001 bis 2005** (C)

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 7. Dezember 2001  
(Drucksache 15/1023)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau.

Meine Damen und Herren, die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2002 und 2003, Drucksache 15/787, und das Nachtragshaushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für 2001, Drucksache 15/788, wurden in der 42. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am 25. September 2001 in erster Lesung beschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2002 und 2003, die Haushaltspläne für die Jahre 2002 und 2003, die Produktgruppenhaushalte für die Jahre 2002 und 2003, die Stellenpläne für die Jahre 2002 und 2003, die Produktgruppenstellenpläne für die Jahre 2002 und 2003, das Nachtragshaushaltsgesetz 2001, den Nachtragshaushaltsplan 2001 und die finanzwirtschaftlichen Rahmenseetzungen der Haushaltsaufstellung 2002 und 2003 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, sowie die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen waren, und zwar der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der Datenschutzausschuss, der Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, der Ausländerausschuss und der Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten, überwiesen. (D)

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss legt nunmehr mit den Drucksachen-Nummern 15/1019 sowie 15/1023 seine Berichte und Anträge dazu vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weise darauf hin, dass im Rahmen der jetzt folgenden Aussprache auch die Änderungsanträge und der Stadthaushalt besprochen werden sollen, da eine gesonderte Aussprache darüber nicht stattfindet.

Wir kommen nun zur zweiten Lesung der aufgerufenen Gesetzesvorlagen.

Die gemeinsame Beratung der miteinander verbundenen Punkte ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort zur Berichterstattung der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses, der Abgeordnete Mützelburg.

(A) Abg. **Mützelburg**, Berichterstatter \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn eines langen Tages, an dem wir uns mit den Haushalten beschäftigen sollen und wollen, lege ich Ihnen namens des Haushalts- und Finanzausschusses den Bericht der Ausschüsse zu den Haushaltsgesetzen und Haushaltsstellen für das Jahr 2002 und 2003 vor, angereichert um die zahllosen Änderungs- und Ergänzungsanträge und um die Nachtragshaushalte für das Jahr 2001.

Wer sich genauer über die Details dieses Haushalts informieren möchte, über Strukturen und Verteilungsmechanismen, dem empfehle ich sehr einen Blick in die heute verteilte Übersicht des Senators für Finanzen. Die verschafft Ihnen einen guten Überblick über das, was wir hier beraten, und über das, was wir umverteilen können. Ich danke dem Senator für Finanzen ganz herzlich, dass er sich um eine solch anschauliche Darstellung dieser komplizierten Materie bemüht hat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wenn Sie in die Haushalte schauen, werden Sie als Erstes feststellen, dass die Zahlenkolonnen nicht besonders vertraut sind. Die Vergleichbarkeit zu den vergangenen Haushalten scheint zu fehlen, und das liegt daran, dass dies die ersten Haushalte sind, die in Euro aufgestellt werden. Darin zeigt sich erstens eine Selbstverständlichkeit, die die Gesetzeslage ergibt, zweitens aber auch für uns ein wichtiges politisches Signal. Dieser Haushalt ist in Euro derzeit nicht so ohne Weiteres vergleichbar mit den alten Haushalten, es sei denn, wir wenden die Rechenkunststücke an, die uns die letzte Pisa-Untersuchung in Deutschland nicht so gut zuschreibt. Es macht künftig den Haushalt nicht nur mit Haushalten in der Bundesrepublik Deutschland vergleichbar, sondern mit Regionen, Ländern, Provinzen und Staaten im gesamten Europa.

(B) Es wäre gut, wenn dieses Parlament dies nicht nur als eine technische Angelegenheit sieht, sondern auch als einen Auftrag für das Land Bremen und für das ganze Parlament, noch intensiver als bisher an der politischen und auch an der sozialen Einigung Europas mitzuwirken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, eine letzte Reminiszenz an die D-Mark sind die Nachtragshaushalte, die uns vorgelegt worden sind und die die Ausschüsse fast unverändert an das Parlament zurückgeben. Es geht kurz gesagt darum, dass wir im Jahr 2001 im Wesentlichen, von Kleinigkeiten abgesehen, weniger Steuereinnahmen hatten als erwartet, sich die

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

ser Trend wahrscheinlich demnächst auch fortsetzt und diese Steuerausfälle im Nachtragshaushalt ausgeglichen werden müssen. Es handelt sich dabei insbesondere um Ausfälle bei der Körperschaftssteuer.

(C)

Meine Damen und Herren, der Senat hat darauf hingewiesen, dass der Ausgleich dieser Ausfälle derzeit durch das Parlament nötig ist und hoffentlich später durch die Zusagen des Bundeskanzlers, der Steuerausfälle aufgrund der Steuerreform, die die Bundesregierung und der Bundestag beschlossen haben, ausgleichen will. Diese Hoffnung liegt auch den Steuerausfällen und dem Nachtragshaushalt, den Sie heute beschließen wollen, zugrunde.

Der Kern der Beratungen der Haushalts- und Finanzausschüsse waren aber die Haushalte für 2002 und 2003. Meine Damen und Herren, die Ausschüsse haben in sechs Sitzungen versucht, alle Positionen zu beraten, und sie hatten dabei weit über 150 Änderungsanträge, die die Fraktionen dieses Hauses gestellt haben, einzuarbeiten. Diese Änderungsanträge liegen Ihnen vor, und wir werden heute über sie abstimmen müssen.

Die Änderungsanträge, die die Koalition vorgelegt hat, bewegen sich im Rahmen dessen, was erstens im Haushalt reserviert als so genannte Umbauhilfe war, und zweitens, da das offenkundig nicht ausgereicht hat, noch um rund 21 Millionen Euro für beide Haushalte zusammen darüber hinaus. Es handelt sich ungefähr um im Haushalt jetzt wiederfindbare Beträge von gut 52 Millionen Euro, die wir hier zusätzlich auf Vorschlag der Regierungsfractionen verteilen sollen.

(D)

Die Oppositionsfraction hat ihrerseits Änderungsanträge vorgelegt. Diese Änderungsanträge belaufen sich auf einen höheren Betrag, als ihn die Koalitionsfractionen vorgesehen haben. Es handelt sich um eine Größenordnung von rund 180 Millionen Euro, die hier neu verteilt werden sollen. Beide Vorschläge, sowohl der Regierung als auch der Opposition, bewegen sich dennoch fast vollständig im Rahmen der vorgegebenen Haushaltsdaten des Senats. Das muss man ausdrücklich sagen. Niemand hat hier vorgeschlagen, die Haushalte auszuweiten.

Die Differenzen bestehen im Wesentlichen darin, dass die Regierungsfractionen im so genannten konsumtiven Bereich kürzen wollen, und zwar die so genannte Planungsreserve. Das heißt in diesem konkreten Fall, ein Prozent der Ausgaben, die den einzelnen Ressorts für konsumtive Zwecke zugeteilt worden sind, werden einbehalten und umverteilt. Ich kann Ihnen das vielleicht an einem Beispiel aus dem Bildungshaushalt verdeutlichen, den ich nun ganz gut kenne. Dort legt die Koalition gut und gern 18 Millionen Euro in zwei Jahren dazu, und gleichzeitig muss das Ressort dann wieder etwa drei Millionen von diesen 18 Millionen Euro einsparen, um seine Kürzungsquote zu erbringen. Das kann man über die einzelnen Ressorts so nachrechnen, und das er-

(A) gibt dann insgesamt die Finanzierung der Ausgaben der Koalition.

Die Opposition, Bündnis 90/Die Grünen, hat stattdessen vorgeschlagen, die Investitionsquote zu kürzen. Sie liegt in den beiden Haushalten bei etwa 17,5 und 17,8 Prozent. Die Opposition hatte vorgeschlagen, sie auf etwa 16 Prozent zu kürzen, was immer noch über den Ist-Werten der Haushalte 2000 liegt, und dadurch ihre Mehrausgabenvorschläge zu finanzieren. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, meine Damen und Herren, dass die Haushalts- und Finanzausschüsse die Anträge der Koalition angenommen und die Vorschläge der Opposition abgelehnt haben. Wir werden darauf in den weiteren Beratungen sicherlich noch zurückkommen.

Meine Damen und Herren, dieses umfangreiche Paket von Anträgen, das Ihnen jetzt vorgelegt worden ist vom Haushalts- und Finanzausschuss, hätten wir im Ausschuss, und ich sage auch, in den Fraktionen, insbesondere in den Regierungsfractionen, die den Großteil der Anträge gestellt haben, nicht bearbeiten können und wahrscheinlich auch nicht verarbeiten können, wenn wir nicht die tatkräftige Hilfe der Verwaltung gehabt hätten: einerseits die Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft, die die Sitzungen, die ja in enger Folge nacheinander abgelaufen sind und die Ergebnisse zeitigten, die zum Teil noch über Nacht wieder den Fraktionen vorbereitet und zugestellt werden mussten, also einerseits die Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft, die in diesen Tagen eine immense Arbeit zu leisten hatte, damit Sie das vorliegen haben, was hier vorgelegt worden ist, und andererseits die Verwaltung des Senators für Finanzen, die immer wieder neu rechnen musste, damit die Haushaltsdaten und Zahlen, die jetzt in den Haushaltsgesetzen am Ende zu beschließen sind, auch tatsächlich mit den Beschlussvorschlägen, die hier gemacht werden, übereinstimmen.

(B)

Ich danke im Namen aller Ausschussmitglieder, das, glaube ich, darf ich von hier aus sagen, den Verwaltungen der Bremischen Bürgerschaft und des Senators für Finanzen für ihre intensive, aktive und zuverlässige Arbeit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir zum Schluss dieser kurzen Einführung noch zwei persönliche Bemerkungen! Am heutigen Tag genau vor zehn Jahren bin ich das erste Mal in die Finanzdeputation und damit in ihren Haushaltsausschuss gewählt worden. Das sind heute die elften und zwölften Haushaltsberatungen, die ich in diesen Haushaltsausschüssen mitgemacht habe.

Dabei sind zwei Dinge für mich besonders auffällig gewesen. Das Haushaltsvolumen hat sich seit dem Haushalt 1992 bis zu diesen Haushalten 2002/2003, egal ob jetzt in Euro oder in DM, kaum verändert. Die Ausgaben der Stadt und des Landes sind round-

about mit kleinen Schwankungen, ich sage das jetzt noch einmal in DM, um die 7,7 Milliarden DM gleich geblieben. Das mögen sich die jeweils Regierenden als Erfolg zuschreiben, und es ist erst einmal ein sehr deutliches Signal dafür, dass Bremen nicht nur in einer Haushaltsnotlage ist, sondern dass auch in den Haushaltsberatungen immer wieder versucht worden ist, auf diese Haushaltsnotlage Rücksicht zu nehmen.

(C)

Was die Haushalte Ihnen natürlich nicht sagen können in dem Zusammenhang, ist, dass ein Gutteil dieses Ergebnisses auch dadurch zustande gekommen ist, dass wir mehr und mehr Haushalte außerhalb dieses Haushalts eingerichtet haben, viele aus wirtschaftlichen Gründen, manche vielleicht auch aus anderen politischen Gründen, all diese Haushalte entlasten natürlich die Ausgabe- und in bestimmten Punkten auch die Einnahmepositionen des Haushaltes.

Die zweite Bemerkung, die ich dazu machen möchte, betrifft uns selbst als Parlament. Egal, ob wir die Haushaltsvorschläge der Opposition oder die der Regierung hier beschließen würden, blicken wir ebenso zurück in die vergangenen Jahre, dann werden wir jeweils feststellen, dass die Beschlüsse des Parlaments insgesamt nie viel mehr als rund ein Prozent des Gesamtvolumens des Haushalts umfassen.

Bösartig Gesinnte könnten sagen, wir haben nicht besonders viel revolutionären Geist, und gut Gesinnte könnten sagen, die Senate haben perfekte Vorschläge gemacht. Ich glaube aber, das deutet vielmehr darauf hin, dass die größten Teile unserer Haushalte durch Beschlüsse dieses Parlaments der Jahre vorweg und durch Regierungshandeln so festgelegt, so festgezurr und so gebunden sind, dass der Haushaltsgesetzgeber selbst nur sehr geringe Spielräume hat, revolutionäre Aktionen in solchen Haushalten unterzubringen. Das gilt für Oppositionsparteien wie für Regierungsparteien, und es zeigt uns eigentlich die geringen Möglichkeiten, die wir als Parlament haben, in einen laufenden Prozess von Haushaltsbeschlüssen tatsächlich einzugreifen.

(D)

Meine Damen und Herren, das sind Dinge, die bekannt sind, aber die vielleicht sinnvoll sind, noch einmal in Erinnerung gerufen zu werden. Die Ausschüsse legen Ihnen jetzt die Haushalte zur Beratung vor. Ich persönlich wünsche mir dabei nur eines, dass es bei den Haushaltsberatungen hier so fair und sachlich und auch an der Sache bleibend zugeht, wie wir das seit Jahren und auch bei diesen Haushaltsberatungen im Haushalts- und Finanzausschuss zwischen den Regierungsfractionen und zwischen Regierung und Opposition gewöhnt sind. Haushaltsberatungen sind der politische Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition, dienen der Klärung der politischen Positionen, aber Haushaltsberatungen haben zugleich ein knallhartes und

(A) trockenes Fundament, und das sind die Zahlen des Haushalts, über die wir heute hier beschließen.

(Beifall)

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, bevor wir fortfahren, möchte ich auf dem Besucherang drei Klassen des Schulzentrums der Carl-von-Ossietzky-Schule aus Bremerhaven, eine Klasse der Georg-Büchner-Schule sowie Vertreter des Zentral-elternbeirates aus Bremerhaven recht herzlich hier begrüßen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt den ersten Bereich auf, nämlich die Generaldebatte.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich möchte zunächst Dank sagen den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses, namentlich seinem Vorsitzenden, und natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Behörden und Verwaltung für die außerordentlich guten und intensiven Beratungen zum vorliegenden Haushalt.

(Beifall)

(B)

Ich wünsche mir wie Herr Mützelburg auch eine faire Debatte, aber ich wünsche mir auch eine Haushaltsdebatte, und das Haushaltsrecht ist immer noch das Kernrecht des Parlaments, in dem die politischen Schwerpunkte und Gewichte deutlich werden und vielleicht auch die Unterschiede deutlich werden.

Meine Damen und Herren, zum zweiten und damit auch zum letzten Mal in dieser Legislaturperiode haben wir Parlamentarier einen Doppelhaushalt zu verabschieden. Der Etat, über den wir in dieser Woche, an diesem Tag abschließend beraten, ist damit praktisch so etwas wie der Fahrplan für unsere Politik bis zu den Neuwahlen 2003. Es geht hier also nicht um irgendwelche Zahlenspielereien, vielmehr geht es um das Drehbuch für das Stück „Wir machen Bremen wieder stark“. Diese Inszenierung steht bekanntlich seit mehreren Jahren auf dem Spielplan, und schon an dieser Stelle darf ich, obwohl vor der Opposition sprechend, der Opposition versichern, es handelt sich um ein Stück mit Happy End, was sicherlich auch mit der erstklassigen Besetzung der Hauptrollen zu tun hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU –  
Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich spreche von einem ernsthaften Stück, meine Damen und Herren!

Die Grünen haben hingegen mit ihren Haushaltsvorschlägen, die sie uns öffentlich vorgestellt haben, die aber auch im Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegen haben, bereits im November die Zeit der Weihnachtsmärchen eingeläutet: billige Effekthascherei wie die Forderung nach kostenlosen Computern für Sozialhilfeempfänger oder Kindergartenplätze zum Nulltarif! Meine Damen und Herren, ein kleiner Beifall ist Ihnen dafür sicherlich gewiss, aber ein ernst zu nehmender Partner bei der Bewältigung der Probleme eines Haushaltsnotgelandes drängt sich auf diese Weise sicherlich nicht auf.

(C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, während die Grünen also mit ihren Vorschlägen deutlich signalisieren „Nach uns die Sintflut“,

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

halten die Fraktionen der großen Koalition an ihrem den Wählern gegebenen Versprechen fest, Bremen und Bremerhaven eine Zukunft zu geben. Deshalb gehen wir mit diesem Etat den Sanierungsweg entschlossen weiter.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(D)

Meine Damen und Herren, dies ist ein Doppelhaushalt der Sparsamkeit und der strengen Ausgabendisziplin. Dies ist aber auch ein Doppelhaushalt, mit dem die beiden Koalitionsfraktionen deutliche Schwerpunkte setzen, und es ist ein Haushalt der sinnvollen Investitionen in die bremische Zukunft. Dies ist auch ein Doppelhaushalt, der zeigt, dass Sparen eben nicht Kaputtsparen heißt, dass zur Sanierungspolitik, wie von der SPD-Fraktion immer wieder betont, ganz entscheidend auch die Investition in die Lebensqualität und in die Attraktivitätssteigerung unserer beiden Städte Bremen und Bremerhaven gehört.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Entwurf des Doppelhaushalts, den der Senat der Bürgerschaft Ende August übermittelt hat, sah ein Gesamtvolumen von zirka acht Milliarden Euro für 2002 und 2003 vor. Diesen Ausgabenrahmen werden wir einhalten. Wir müssen allerdings auf der Einnahmenseite Korrekturen vornehmen, weil die jüngste Steuerschätzung uns voraussichtlich Ausfälle von rund 135 Millionen Euro in diesem und im kommenden Jahr bescheren wird. Dies ist auch durch eisernes Sparen nicht mehr auszugleichen. Vielmehr hat Bürgermeister Perschau bereits angekündigt, stattdessen auf die Erhöhung der Nettokreditaufnahme zurückzugreifen mit der Aussicht auf die Hilfe durch den Bund aufgrund des

(A) so genannten Kanzlerbriefes von Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Nach den Vorlagen des Senats blieben zur Verteilung durch die Fraktionen noch 33 Millionen Euro übrig. Dem standen schon bei der Übermittlung des Etatentwurfs unerfüllt gebliebene konsumtive Mehrforderungen der Ressorts von ursprünglich rund 60 Millionen Euro gegenüber. Bedingt durch die schrecklichen Ereignisse des 11. September sind sogar noch weitere Anforderungen hinzugekommen.

Meine Damen und Herren, wir haben alle Wünsche kritisch durchleuchtet, es ist fast selbstverständlich, aber ich sage es noch einmal, nicht alle konnten wir erfüllen. Insgesamt werden wir nun rund 53 Millionen Euro innerhalb des Etats umschichten und damit politische Akzente setzen, und das muss auch möglich sein angesichts der auch vom Kollegen Mützelburg angesprochenen engen Haushaltsrahmen.

Meine Damen und Herren, wir nutzen dafür zirka 20 Millionen Euro aus der so genannten Planungsreserve, also den Mitteln der Ressorts, die bislang sozusagen noch nicht endgültig verplant sind. Den einzelnen Ressorts bleibt auch nach dieser Umwidmung in den Jahren 2002 und 2003 noch ein Bewegungsspielraum von rund vier Prozent ihrer jeweiligen Budgets.

(B) Meine Damen und Herren, seit der vergangenen Woche beherrscht ein innenpolitisches Thema die Schlagzeilen: Pisa und das schlechte Abschneiden der deutschen Jugendlichen bei dieser von der OECD durchgeführten weltweiten Vergleichsuntersuchung. Wir werden ja morgen in der Aktuellen Stunde ausführlich über Pisa debattieren. Ich warne aber schon an dieser Stelle vor kurzatmigen Schuldzuweisungen und ultraschnellen Lösungsvorschlägen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, das Thema ist nun wahrlich zu ernst, als dass man es einmal eben so nebenbei abhandelt. Mir jedenfalls gibt es zu denken, dass wir beispielsweise seit Jahren hohe Summen für die Integration in der Schule ausgeben, Deutschland aber gerade in diesem so wichtigen Bereich dennoch extrem schlecht abschneidet. Also, am Geld allein kann es nicht liegen, dass unsere Kinder in den Schulen nicht das Rüstzeug mitbekommen, das sie für eine globalisierte Gesellschaft benötigen. Das, was wir als Haushaltsnotlageland in finanzieller Hinsicht tun können, haben wir getan und tun wir mit diesem Haushalt.

Auch in diesen Etatberatungen haben wir Sozialdemokraten den Bildungsbereich zum Schwerpunktthema gemacht und durchgesetzt, dass mehr als 18 Millionen Euro für die nächsten zwei Jahre zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, unter anderem für das Modellprojekt Ganztagsangebote an den Sek-I-Schulen, für den Englischunterricht in der Grund-

schule, für mehr Referendariatsplätze und für die Einstellung von Lehrern. Wohlgermerkt, meine Damen und Herren, diese Schwerpunktsetzung in den internen Sitzungen der beiden Koalitionsfraktionen erfolgte, bevor die Pisa-Ergebnisse bekannt wurden!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Bereits im vergangenen Jahr haben wir für die finanzielle Absicherung der verlässlichen Grundschule gesorgt. Ich denke, mit der begonnenen Ausweitung der Schulzeit bewegen wir uns schon ein bisschen in Richtung der weltweiten Standards. Wir haben also, wenn man so will, unsere finanzpolitischen Hausaufgaben weitgehend gemacht. Doch bevor jetzt die nächsten Schritte erfolgen, sollten wir erst einmal innehalten und die inhaltlichen Lehren aus Pisa ziehen, so schmerzlich es auch sein mag, wir Sozialdemokraten sind dazu bereit.

Erlauben Sie mir noch eine Anmerkung! Dass immer noch die soziale Herkunft über die Verteilung von Bildungs- und Lebenschancen entscheidet, muss uns umtreiben, und damit dürfen wir uns niemals abfinden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

(D) Meine Damen und Herren, die Beratungen des Doppelhaushalts haben auch unter dem Eindruck der Ereignisse des 11. September gestanden. Diese konnten nicht ohne Auswirkungen bleiben. Deshalb haben wir als erste wichtige Konsequenz durch die Herausnahme von Polizei und Strafverfolgung sowie des Verfassungsschutzes aus der sogenannten PEP-Quote personelle Planungssicherheit für die Ressorts Inneres und Justiz geschaffen. Darüber hinaus haben die beiden Fraktionen den Sonderfonds Terrorismusbekämpfung mit insgesamt fünf Millionen Euro ausgestattet. Auf ihn können die verschiedenen Ressorts zugreifen, die konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus umsetzen müssen.

Mit einer erheblichen Kraftanstrengung ist es der Polizei und der Hochschule für öffentliche Verwaltung gelungen, noch im laufenden Jahr 30 weitere junge Frauen und Männer in die Ausbildung zur Polizeibeamtin und zum Polizeibeamten einzustellen. Im nächsten und übernächsten Jahr sollen weitere zusätzliche Anstrengungen erfolgen, was nicht nur der Nachwuchssicherung der Polizei dient, sondern auch zusätzliche Perspektiven für junge Menschen auf dem Ausbildungsmarkt schafft, woran der SPD naturgemäß besonders gelegen ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, unsere Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, dass wir un-

- (A) sere Städte so sicher wie möglich machen. Das Bedürfnis nach mehr Sicherheit ist nach dem 11. September 2001 so groß wie noch nie.

Unsere Bürgerinnen und Bürger haben auch ein Anrecht auf eine saubere Stadt. Meine Fraktion hat dafür in der vergangenen Woche ein Konzept vorgelegt, wie wir Bremen sauberer machen und gleichzeitig die Quartiersdienste absichern und ausbauen können. Mit dem Koalitionspartner haben wir uns auf die Finanzierung über den Verkauf weiterer Anteile an der ENO geeinigt. Innere Sicherheit und saubere Straßen gehören auch zur Lebensqualität in unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen unsere beiden Städte so attraktiv machen, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger hier wohl fühlen, ihnen nicht, wie in den vergangenen Jahren leider geschehen, den Rücken zukehren. Wir müssen den Abwanderungstrend stoppen und uns gleichzeitig um neue Mitbürgerinnen und Mitbürger bemühen. All das gehört für mich zur Neujustierung unserer Sanierungspolitik, die sich die SPD-Fraktion vorgenommen hat. Wir zeigen mit diesem Haushalt, dass wir es ernst damit meinen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Meine Damen und Herren, um Bremer in Bremen zu halten, haben wir deshalb unter anderem die Städtebauförderungsmittel erhöht, um damit Aufwertungsmaßnahmen in den Stadtteilen zu finanzieren und die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Mit einem Wohnungsbauförderungsprogramm werden wir weitere Anreize für Wohnen in Bremen schaffen.

Meine Damen und Herren, wir sorgen dafür, dass aus der unendlichen Geschichte um die Zukunft der Frei- und Hallenbäder in Bremen nun eine Erfolgsgeschichte wird.

(Beifall bei der SPD)

Indem wir die Finanzierung auf den Weg bringen, haben wir aus einer Liste der Sanierungsmaßnahmen ein Bäderkonzept gemacht, das seinen Namen nun endlich auch verdient. Kein Bad muss geschlossen werden, denn die beiden Koalitionsfraktionen werden die nötigen Mittel für die dringend erforderlichen Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen bereitstellen. Ich denke, das ist eine gute Nachricht.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben auch im Sportbereich nachgebessert. Weil wir 1,2 Millionen Euro zusätzlich ausgeben werden, muss die Übungsleiterpauschale nicht gekürzt werden, denn ehrenamtliches Engagement hat für

- uns ein großes Gewicht und muss von der Politik entsprechend gewürdigt und auch unterstützt werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das gilt auch für die politische Arbeit vor Ort. Nachdem wir die Rechte der Beiräte per Gesetz in diesem Jahr deutlich ausgebaut haben, haben wir nun während der Haushaltsberatungen bei den Etats für die einzelnen Beiräte noch einmal daraufgesattelt, denn Beiratsarbeit ist identitätsstiftend und dient den Menschen in den Stadtteilen ganz unmittelbar. Auch diese Arbeit wollen wir würdigen und unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Wohle aller Menschen in Bremen und Bremerhaven gehört natürlich in erster Linie eine Wirtschaftspolitik, deren vorrangiges Ziel die Schaffung von Arbeitsplätzen sein muss. Wir haben in den letzten Jahren ermutigende Zahlen über das Wirtschaftswachstum und auch über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Bremen scheint sich, zumindest tendenziell, positiv vom Bundestrend abzukoppeln. Das ist erfreulich bei aller Vorsicht, mit der solche Zahlen zu genießen sind. Um diesen Trend zu stabilisieren, müssen wir insbesondere bei den Zukunftstechnologien unsere Anstrengungen verstärken. Auch dieser Wille der Koalitionsfraktionen findet sich im vorgelegten Etat wieder.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/  
Die Grünen]: Hört, hört!)

Doch über die neuen Hochtechnologiebranchen dürfen wir unsere traditionellen wirtschaftlichen Stärken nicht vernachlässigen. Hier nenne ich an erster Stelle die Häfen und damit natürlich auch die Werften. In Bremerhaven stehen mittelfristig Investitionen an, damit unsere Häfen zukunftsfähig bleiben. Wir haben jetzt mit der Bereitstellung von Planungsmitteln so etwas wie den Startschuss hierfür gegeben. Meine Damen und Herren, so wichtig die Investitionen in die Häfen sind, für Bremerhaven muss mehr getan werden, damit auch unsere Schwesterstadt den Strukturwandel schafft.

(Beifall bei der SPD)

Hier sind wir auch ein gutes Stück vorangekommen. Wir werden ja in der anstehenden Debatte noch einmal einen Schwerpunkt auf die Entwicklung in Bremerhaven legen. Lassen Sie mich aber schon an dieser Stelle ein paar Stichworte nennen, die das Engagement der Koalition für die Seestadt belegen! Die Bremerhavener Innenstadt gewinnt durch die aufwendige Neugestaltung an Attraktivität. Das Land Bremen beteiligt sich mit 70 Prozent an den Kosten.

(C)

(D)

(A) Die Entwicklung Alter/Neuer Hafen schreitet voran. Für das Biotechnologiezentrum und das Datenschutzkompetenzzentrum haben die Vorbereitungen begonnen. Um den Strukturwandel zu beschleunigen, sind die WAP- und ISP-Mittel früher freigegeben als an sich vorgesehen. So können Projekte im Gesamtvolumen von 100 Millionen DM eher als geplant in Angriff genommen werden. Das ist ein Schub für Bremerhaven!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Dazu gehört auch der Aufbau einer Forschungs- und Entwicklungszone rund um das Alfred-Wege-ner-Institut. All das sind wichtige Schritte auf unserem Weg, Bremerhaven zukunftsfähig zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, um die Stärken unserer beiden Städte noch besser herauszustellen, wollen wir 20 Millionen DM zusätzlich für Marketingmaßnahmen ausgeben. Um das hier auch gleich klarzustellen: Hier geht es eben nicht um eine verdeckte Finanzspritze für das Musical „Hair“, sondern um dringend notwendiges Standortmarketing für Bremen und Bremerhaven.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen])

(B)

Frau Kollegin Dr. Trüpel, apropos „Hair“! Ich freue mich, dass die Betreiber nun bereits von einer Ausführungszeit bis Ende März 2002 sprechen,

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, ich mich auch!)

und zwar ohne Subventionierung durch Bremer Steuermittel, die der Wirtschaftssenator noch Ende Oktober 2001 für unbedingt erforderlich hielt, um den Spielbetrieb aufrechterhalten zu können.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Gut so!)

Wenn Sie sagen, das sei gut so, füge ich hinzu, dass sich hier das klare Nein der SPD-Bürgerschaftsfraktion in Mark und Pfennig ausgezahlt hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Vorlaufzeit war ja auch lang genug!)

Meine Damen und Herren, die Wende zum Besseren, von der eben schon die Rede war, ist uns bei aller Bescheidenheit auch im Kulturbereich gelungen. Hier haben die beiden Koalitionsparteien deutlich daraufgesattelt, 4,2 Millionen Euro mehr direkt

für den Etat und ein neuer Topf, aus dem jährlich bis 2,5 Millionen Euro für sinnvolle Neustrukturierungen ausgegeben werden können.

(C)

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen])

Wir zollen damit der engagierten Arbeit der Künstlerinnen und Künstler und der Macher, die der Bremer Kulturszene weit über die Grenzen unseres kleinen Bundeslandes hinaus Anerkennung gebracht haben, unseren Respekt.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf das an dieser Stelle vielleicht einmal sagen, weil es einem ja nicht so häufig passiert. Ich habe mich sehr über das Echo gefreut, das unsere Vorschläge bei den Kulturschaffenden gefunden haben, im Gegensatz übrigens zur grünen Opposition, die immer noch ein Haar in der Vorsuppe findet, wenn alle anderen längst beim Hauptgericht sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zusammengefasst: Dieser Haushalt ist seriös und solide. Dieser Haushalt ist ein wichtiger Schritt auf dem bremischen Sanierungsweg. Dies ist ein Haushalt, der in Bremens Zukunft weist! – Ich danke Ihnen!

(D)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch für die Grünen möchte ich mich ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanz- und der Bürgerschaftsverwaltung bedanken. Ich glaube, so schwer war es noch nie. Bei den vielen Anträgen, die die parlamentarischen Beratungen noch ergeben haben, und all den Schwierigkeiten, das alles abzustimmen und zeitnah einzubringen, wurde alles liebevoll und klaglos – glaube ich wenigstens nach dem, was wir so mitbekommen haben – erledigt, und wir finden hier heute alles für die Haushaltsberatungen vorbereitet. Dafür auch aus Sicht der Grünen zunächst noch einmal herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Böhrnsen, als Erstes zu den Haaren in der Suppe!

(Abg. Kleen [SPD]: Vorsuppe!)

-----

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Auch wenn Haare in der Vorsuppe sind, finden wir sie! Die Grünen sind der Auffassung, dass die Wählerinnen und Wähler den Auftrag gegeben haben, Oppositionspolitik zu machen. Wenn Sie finden, dass das Haaresuchen in der Suppe ist: Das ist die Aufgabe der Opposition. Es ist auch ganz einfach, es liegen auch ziemlich viele Haare in allen Essen, die Sie hier bereiten. Die werden wir finden und benennen. Dafür wurden wir gewählt, und das machen wir hier auch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Haushalte 2002 und 2003 – sie sind übrigens kein Doppelhaushalt, sondern es sind zwei einzelne Haushalte – sind das Regierungsprogramm der großen Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode. Konzepte für die Zukunft Bremens, das sehen wir ganz anders als Sie, Herr Böhrnsen, sind nicht zu erkennen. Erkennbar für die Zukunft ist jedoch ein offizieller Schuldenstand von 8,9 Milliarden Euro im Jahr 2002 und 9,3 Milliarden Euro im Jahr 2003. Das sind also steigende Schulden trotz Sanierungszahlungen. Im Jahr 2005 wird dann schließlich die Zehn-Milliarden-Euro-Grenze überschritten.

(B) Längst weiß jede Bremerin und jeder Bremer, dass die pauschalen Einsparquoten bei den Dienstleistungen für die Bevölkerung, in den Schulen, bei der Polizei, bei der Kultur, in der Jugendhilfe die Stadt kaputt sparen und sie unattraktiver für eingesessene und neue Bewohnerinnen und Bewohner machen. Die große Koalition belastet auch so die Zukunft unseres Bundeslandes!

Längst ist erkennbar, dass in Teilbereichen die Personaleinsparungen zu unzumutbaren Belastungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führen. Den Mut, Verwaltungsabläufe zu vereinfachen und Aufgabenkritik zu betreiben, haben Sie nicht. Die Flucht in die Scheinprivatisierung wird sich bald als Irrweg herausstellen. Hier hinterlässt Ihre Leib-und-Magen-Beratungsfirma Roland Berger ein weites Feld für neue Gutachten und Versuche, das ganze Chaos aufzuräumen. Damit müssen sich dann zukünftige Politikerinnen und Politiker herumplagen.

Längst pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass Ihr Dogma „Jede Investition ist gut“ Gier fördert wie bei der Pferderennbahn, Verschwendung fördert wie bei der Haltestelle am Herdentor, völlige Fehleinschätzungen fördert wie beim Musical, Blödsinn fördert wie bei der Verlagerung des Großmarktes, Großmannssucht fördert wie beim Space-Park und Zeitverschwendung ist wie beim Ocean-Park in Bremerhaven.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dies ist auch der Boden, auf dem unseriöse Wirtschaftlichkeitsberechnungen gedeihen, die eigens nur einen Zweck haben: Sie sind nämlich das Alibi

(C) für eine Politik gegen die Interessen zumindest von Teilen der Bevölkerung. Auch für so unbeliebte Projekte wie die Trainingsrennbahn in der Arberger Marsch, so unnötige wie die Tieferlegung des Weserstadions mit öffentlichen Mitteln, so unsinnige wie den Neubau einer Justizvollzugsanstalt, so unökologische und unsoziale wie die Erweiterung des Technologieparks zu Lasten der Kleingärten wird immer nur ein Argument bemüht: Investitionen sind gut.

Zum Musical will ich hier heute nichts weiter sagen, aber bezahlen müssen die Steuerzahler auch die anderen Geniestreiche Ihrer ziemlich einfältigen Sanierungspolitik. Dem Space-Park fehlt immer noch der Hauptmieter, dem andere folgen sollen. Die Erfolgsaussichten dieses für Bremen teuren Abenteurers stehen in den Sternen. Sie sollten sich bei all dem, was Sie da machen, eines vor Augen halten: Flops sind das, was Bremen am allermeisten schadet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Längst kann jeder wissen, der es wissen will, dass die bezweckten Effekte des Sanierungskurses der großen Koalition bisher, so ist die eindeutige Zahlensituation, nicht eingetreten sind. Weder sinken die Arbeitslosenzahlen schneller als im Bundesdurchschnitt, noch steigen die Steuereinnahmen überproportional. Vielleicht konnte wenigstens in der Stadt Bremen der starke Bevölkerungsverlust abgemildert werden. Von Zugewinnen an Einwohnern und Einwohnerinnen kann keine Rede sein.

Diese Ziele waren es aber, mit denen die Notwendigkeit einer großen Koalition begründet wurde. Diese Ziele waren es auch, mit denen ein Sanierungskurs gerechtfertigt wurde, bei dem heute ziemlich viel Geld ausgegeben wird für immer unrealistischere Zukunftsaussichten. Eines steht allerdings fest: Die Schulden für die Kredite der großen Koalition werden die Handlungsspielräume für Politik für sehr lange Zeit noch weiter einschränken und den Generationen nach uns die Möglichkeiten nehmen, auf die Herausforderungen ihrer Zeit zu reagieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern ist Ihr Haushalt von gestern. Ihre Politik hält krampfhaft am eingeschlagenen Kurs fest, da helfen auch die schönen Sprüche von der Neujustierung der Sanierungspolitik von der linken Seite des Hauses nicht weiter. Hätten Sie einmal neu justiert!

(Abg. K l e e n [SPD]: Haben wir!)

Davon ist nichts zu erkennen, und mit der CDU zusammen können Sie das auch gar nicht hinbekommen! Jeder weiß doch, dass das Ziel der großen Koalition, dem alles andere untergeordnet wird, näm-

(A) lich 2005 einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen zu können, nicht zu erreichen ist. Nach den heutigen Finanzzahlen wird Ihnen auch das übliche Verschieben von Kosten in die Zukunft nicht helfen. So unwahr und unklar kann noch nicht einmal die große Koalition agieren, dass das auf dem Papier noch hingebogen werden kann! Es würde helfen, wenn Sie das endlich öffentlich einräumen würden.

Eine besondere Ironie des Schicksals ist auch die Ausweisung von fast einer Milliarde Euro als Anspruch gegenüber dem Bund in Ihrer Finanzplanung. Zur Erinnerung, Herr Böhrnsen hat auch darauf hingewiesen: Mit dem so genannten Schröder-Brief wurde die Zustimmung Bremens zur Steuerreform honoriert. Darin verspricht Bundeskanzler Schröder dem Land Bremen wegen der besonders prekären finanziellen Lage, etwaige geringere Steuereinnahmen wegen der Steuerreform 2005 vom Bund auszugleichen. Nun wird in Bremen jedes Konjunkturdesaster in Folgen der Steuerreform umgerubelt, und das muss dem CDU-Finanzsenator Perschau aber mächtig schwer fallen, es so zu verkünden. Ob Bremen das Geld auch bekommen wird in dieser Größenordnung und wann, das steht vollkommen in den Sternen. Eine Milliarde Euro, damit das Rechenwerk Ihrer mittelfristigen Finanzplanung ein bisschen weniger nicht stimmt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Ihr Haushalt ist auch deshalb von gestern, weil er auf alten Annahmen von Sparquoten beruht. Die Sparquoten in den vom Senat der Bürgerschaft vorgeschlagenen Eckwerten für Kultur, Inneres, Bildung, Justiz und Sport waren von Anfang an völlig unrealistisch, und jeder wusste es. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, mussten die Ressorts auf Grundlage dieser Mondzahlen ihre Haushalte aufstellen und die Politik sich damit beschäftigen. Welche Verschwendung von Lebenszeit!

Weil der Senat seine eigenen Eckdaten auch selbst nicht erst nehmen konnte, hatte er von Anfang an im Parlament eine Umbauhilfe in der Größenordnung von 18 Millionen Euro losgeeist. Nach dem Darwin'schen Verfahren des Überlebens der Überlebensfähigsten ging nun der Wettlauf um das Geld los. Die Ressorts meldeten mehr als das Dreifache an Bedarf an. Dann kam auch noch der 11. September, womit Inneres den unbestrittenen ersten Platz davontrug. Die Haushaltsberatungen des Parlaments waren gekennzeichnet von ungelösten Problemen trotz Kapital-, Vor- und Zwischenfinanzierungen in Hülle und Fülle: Bäderkonzept, Straßenreinigung, riesige Löcher im Kulturhaushalt, die Bremer Schulen ab Herbst 2002 ohne Strom und Licht.

Die Grünen sind schon erstaunt, meine Damen und Herren, wie klaglos Sie von der großen Koalition es Ihrem Senat nachsehen, dass er vor so vielen unangenehmen Dingen den Kopf in den Sand ge-

steckt hat. Wohl wahr, unser Bürgermeister Dr. Scherf ist kein Freund von Problemen, Fakten und Argumenten!

(Abg. Frau W i e d e m e y e r [SPD]:  
Nein, er löst sie!)

Die Beratungen in der großen Koalition hatten es in sich. Wenn Inneres gewinnt, muss auch Bildung dabei sein. Bei Kultur hätten Sie beide zu Recht Ärger bekommen. 20 Millionen Euro weiteren unabweislichen Finanzbedarf erkannte die große Koalition. Zur Finanzierung werden ganz einfach höhere Schulden geplant und vor allem etwas von der so genannten Planungsreserve abgeschöpft. Seit ein paar Jahren dürfen die Ressorts nicht von Beginn des Jahres an über 100 Prozent ihrer konsumtiven Mittel verfügen. Dass das freie Mittel sind, Herr Böhrnsen, hat sich bis zu uns noch nicht herumgesprochen. Fünf Prozent müssen im Rahmen des Haushaltsvollzugs zunächst zurückgehalten werden. Davon hat die große Koalition ein Prozent jetzt schon zu Beginn des Haushaltsjahres einkassiert, um 20 Millionen Euro anders verteilen zu können.

Sie können ja gleich über die Kürzungsvorschläge der Grünen lamentieren, ich sage Ihnen aber eines ganz deutlich: Die unsozialste und für die betroffenen Menschen am deutlichsten zu spürende Art zu kürzen ist diese, die von Ihnen gewählt wurde. Das trifft Soziales und Bildung, Inneres und Kultur. So drehen Sie sich im Kreis, und keiner steigt mehr durch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die jetzt fehlenden Beträge werden von den Ressorts übrigens als globale Minderausgaben verbucht. In Ihrem Sanierungssicherstellungsgesetz haben Sie im Artikel 1 Satz 10 die Ausweisung globaler Minderausgaben sich selbst gerade verboten. Aber das Gesetz sollte ja sowieso nur dann gelten, wenn es darum ging, der Bevölkerung oder aufmüpfigen Abgeordneten zu zeigen, wo es lang geht.

(Abg. Frau W i e d e m e y e r [SPD]:  
Quatsch!)

Aus Sicht der Grünen sind diese Haushalte nicht nur wegen der bemerkenswerten Reparaturen durch die Fraktionen der großen Koalition etwas Besonderes. Diese Haushalte spiegeln die Wirklichkeit der Politik der nächsten Jahre nur noch in Ansätzen wider. Ein Grund dafür sind die nach wie vor unrealistischen Annahmen für Steuereinnahmen und andere Einnahmen und die bis zu 17,8 Prozent hochgejubelte Investitionsquote. Diese hohe Investitionsquote werden Sie niemals erreichen, und das ist auch gut so. Bei Ihren Großprojekten kann man ja sehen, auf welche Ideen Sie kommen, wenn das Geldausgeben zum Wert an sich geworden ist.

(C)

(D)

(A) In den letzten Jahren wurden Investitionsquoten von 15,2 Prozent maximal erreicht. In dieser Größenordnung wird sich das auch in den nächsten Jahren bewegen. Dadurch, dass Sie jetzt solche großen Investitionsquoten ausweisen, haben Sie sich eine ordentliche Sparkasse angelegt, aus der man dann im laufenden Jahr die konsumtiven Löcher wird stoppen können und müssen. Haushaltswahrheit und -klarheit Fehlanzeige!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein weiterer Grund, warum Ihre Haushalte nicht mehr sehr viel mit der Wirklichkeit zu tun haben, sind die vielen Gesellschaften, die mit einer unbekannten Summe an Geld aus dem öffentlichen Haushalt etliche bekannte und auch einige zumindest der Politik und der Öffentlichkeit unbekannt Taten tun. Mit den Instrumenten der Kapital-, außerhaushaltsmäßigen Zwischen- oder Vorfinanzierung erreichen Sie, dass Projekte heute errichtet werden, die irgendwann abgezahlt werden müssen. Die genauen Vorbelastungen zukünftiger Haushalte kennen wir nicht.

Die Grünen sind sich ziemlich sicher, dass Sie, meine Damen und Herren von der großen Koalition, sie auch gar nicht so genau wissen wollen. Ich erinnere damit an den gespenstischen Auftritt des Wirtschaftsressorts im Haushalts- und Finanzausschuss. Die Vorbelastungen der Wirtschaftshaushalte durch die Verpflichtungen der Gesellschaften für die Jahre 2002 und 2003 können dem Haushaltsausschuss erst im Februar berichtet werden. Das zum Thema Haushaltsberatungen!

(B) Mit dem Sondervermögen Liegenschaften wird ein neuer Ableger geschaffen, dessen einziger Sinn die Beschaffung von neuem Geld außerhalb des Haushaltes ist. So können Sie vielleicht den notwendigen Sanierungsstau öffentlicher Gebäude beheben, ohne in Berlin die wahren Haushaltsdaten offen legen zu müssen. Bremen zahlt dafür einen hohen Preis. Die missglückte Organisation des Bereiches Liegenschaften wird auch weiter Verwaltung und Nutzer und Nutzerinnen zur Verzweiflung treiben. Wenigstens nach dem jetzt bekannt gewordenen Korruptionsverdacht sollten Sie innehalten und die neuen Strukturen überprüfen, ob sie ein Eigenleben eher fördern oder eher verhindern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dass die Fraktionen auch selbst davor nicht zurückschrecken, mit Mondzahlen zu agieren, damit die Reklame weiter stimmt und am Ende Null herauskommt, kann man am schönsten an dem neu ausgedachten Einnahmetopf von fünf Millionen Euro bei der Senatskanzlei sehen. Herr Böhrnsen, das ist ein ziemlich dickes Haar in der Suppe! Wofür wer dieses Geld an die Senatskanzlei zahlen soll, ist ein Geheimnis. Etwas klarer ist, wofür es ausgegeben

werden soll: Staatsrat Hoffmann hat endlich seinen ersehnten Kulturtopf. So genannte betriebswirtschaftlich rentable Maßnahmen in der Kulturpolitik werden nun daraus bezahlt, und sie sind wegen der Besonderheit der Materie lieber in zwölf als in acht Jahren zurückzuzahlen. Ein richtiger Geniestreich! Aber seien Sie beruhigt, meine Damen und Herren, die wenigsten von Ihnen, die hier heute sitzen, werden das auch auslöffeln müssen!

Der Kulturbereich wird weiterhin durch unsinnige Sparquoten gepiesackt, das dringend notwendige Geld zur Vorbereitung Bremens auf den Zuschlag als europäische Kulturhauptstadt wurde nicht berücksichtigt.

Besondere Mühe hat die große Koalition auf den Bereich Bildungspolitik verwandt. Sage und schreibe sechs Millionen Euro bewilligen Sie in Ihren Haushaltsanträgen allein dafür, dass die Schulen im Winter überhaupt noch heizen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Kleen [SPD]: Und dagegen sind Sie?)

Das kann man zusammenrechnen, Herr Kleen, dann kommt man auf diesen Betrag! Nach außen verkaufen Sie diesen Schwindel als Bildungsoffensive. Davon ist noch kein zusätzlicher Lehrer eingestellt. Die wollen Sie über möglichst viele Verbeamtungen finanzieren. Die hohen Kosten der Altersversorgung werden die nächsten Generationen zu tragen haben.

Ihr Antrag, die Schüler-Lehrer-Relation in allen Bereichen auf Bundesniveau zu bewegen, ist doch einfach nur noch peinlich! Dass Großstädte sinnvollerweise besser ausgestattet werden müssen, ist offensichtlich an Ihnen vorbeigegangen. Dafür trägt ja die CDU wie eine Trophäe ein Gymnasium nach dem anderen davon, und die Sozialdemokraten machen alles mit, und Herr Eckhoff freut sich!

Der Bereich Umweltpolitik ist derjenige, an dem die mangelnde Kreativität und Zukunftsfähigkeit Ihrer Politik am deutlichsten zum Ausdruck kommt. Anstatt ständig neue Flächen zu versiegeln wäre es besser, endlich wenigstens das Geld bereitzustellen, das benötigt wird, um das bremische Grundwasser vor Verunreinigungen zu schützen.

Die spezifischen Interessen von Frauen stören nur noch. Kleinkariert wurden der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau entsprechend der allgemeinen Sparquote die Mittel für die Miete ihrer Räume gekürzt. Die Koalition musste das in den Haushaltsberatungen des Parlaments glatt ziehen. Sie musste noch ein paar tausend DM für Miete nachbewilligen.

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Quatsch!)

Über den Aufwand, den Kolleginnen der großen Koalition betreiben müssen, um endlich die von al-

(C)

(D)

(A) len für sinnvoll erachtete Beratungsstelle für Opfer von Zwangsprostitution zu finanzieren, kann man nur den Kopf schütteln. Dass Sie sich das gefallen lassen müssen, meine Kolleginnen, da kann man sich wirklich nur ärgern.

Die viel gefeierte Technologieoffensive ist im Kompetenzgerangel stecken geblieben. Der Prozess Agenda 21, darüber haben wir uns ja gestern schon zum wiederholten Male geärgert, in dem viele Chancen für Bürgerbeteiligung und große Wirkung mit geringen Mitteln liegen, ist mausetot; Ihre Bürgerämter sind ohne Konzept und solide Finanzierung. Die Arbeitsmarktpolitik wird überlagert von mangelnder Finanzkontrolle, das räumen Sie ja mittlerweile auch selbst ein,

(Abg. Frau W i e d e m e y e r [SPD]: Nein!)

und ist belastet mit der Umorganisation in die Bremer Arbeit Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Die Integration behinderter Menschen hat vor allem noch eine Funktion: Die dafür bereitgestellten Mittel werden mit Vorliebe zusammengekürzt. Ebenso wie bei der Integration von Ausländern machen Sie da einen schwer wiegenden Fehler. Ressortegoismen sparen heute hier die Kosten ein, die morgen eben woanders auftauchen, und das in einer größeren Größenordnung.

(B) Das versprochene Augenmerk auf Bremerhaven steht im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung. Das war es dann aber auch. Gegen den massiven Verlust von Bevölkerung in Bremerhaven fällt der großen Koalition schlicht und einfach gar nichts ein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Richtig bitter ist die Weigerung des Senats, wenigstens die Korrekturen, die bei den parlamentarischen Beratungen an den Eckwerten des Senats vorgenommen wurden, in die mittelfristige Finanzplanung einzuarbeiten. So retten Sie sich wieder nur über den Tag. Für Kultur und Bildung, Inneres und Justiz gibt es wieder keine Planungssicherheit für die Jahre nach 2003. Eines versprechen Sie also hier und heute: Die unsinnige Quälerei mit unerfüllbaren Beschlüssen wird weitergehen.

Ihre Politik hat abgewirtschaftet. Sie werden als Koalition zusammengehalten von dem festen Willen, das Ende der Legislaturperiode zu erreichen. Die Haushalte sind geprägt von Mangelverwaltung, geschönten Zahlen und dürftig gestopften Löchern. Sie werden Denkmäler Ihrer Großmannssucht hinterlassen und einen neuen Haufen Schulden. Zukunftsfähig ist diese Politik jedenfalls nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bündnis 90/Die Grünen legt Ihnen hier Alternativen zu Ihrem Haushalt vor, Korrekturen Ihres Haus-

halts. Die Grünen verlangen eine eindeutige Veränderung der Politik in Richtung bürgerfreundliche Politik. Dabei bewegen wir uns streng vor dem Hintergrund der Notwendigkeit zu sparen. Wir weiten das Haushaltsvolumen nicht aus. Ihrer gigantischen Investitionsquote – sie ist gigantisch und unrealistisch – erteilen wir allerdings eine Absage. Zukunft wird verschenkt, wenn Schulen und Straßen verrotten, keine Frage! Sie wird aber auch verschenkt, wenn Kinder keine gute Ausbildung erhalten, wenn die Kulturlandschaft verarmt, wenn die natürlichen Lebensgrundlagen verschleudert werden. Wir verabschieden uns von der heiligen Kuh der immer guten Investitionen. Wir wollen sie alle auf den Prüfstand stellen. Für Sinnvolles bleibt genügend Geld im Haushalt.

Mit unserem Vorschlag der Senkung der Investitionsquote auf den Stand der letzten Jahre gewinnen die Grünen jährlich 70 Millionen Euro für sinnvolle Politik für unsere Bewohnerinnen und Bewohner und können die Kreditaufnahme um 25 Millionen Euro jährlich senken. Hier handelt es sich um drei Prozent der gesamten konsumtiven Ausgaben. Das auch zum Thema grüne Weihnachtsmänner,

(Abg. K l e e n [SPD]: Und Frauen!)

wie die arg voreilige Reaktion der SPD auf die Haushaltsvorschläge der Grünen war.

(D) Das zeigt allerdings auch, wie eng die Spielräume geworden sind. Die große Koalition hat sie zusätzlich verengt durch Projekte im Straßenbau, den Space-Park, das Musical, und durch eine vollkommen überzogene Gewerbeflächenpolitik sind die Spielräume weiter verringert worden.

Alternativen, dafür stehen die Grünen, kommen auf leisen Sohlen, sie weiten das Finanzvolumen des Haushaltes nicht aus, und es gibt sie. Anstatt Kinder und Jugendliche in die Rolle derjenigen zu drängen, die hier nur Kosten verursachen, sagen wir, Kinder und Familien sind erwünscht. Bremen muss sich gerade gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe öffnen. Dazu gehört ein weiter verbessertes Kindergartenangebot, bei dem die Elternwünsche nach Qualität und garantierter sechsstündiger Betreuung im Mittelpunkt stehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dazu gehört der beitragsfreie Kindergarten, der Bremen einen Standortvorteil sichern soll. Für den geringen Betrag von 3,7 Millionen Euro in beiden Haushaltsjahren setzen wir Zeichen. Es ist erwünscht, dass Kinder in den Kindergarten gehen. Bremen fördert das und verzichtet auf Beiträge. Dass das nun eine vollkommen vom Mond fallende Forderung ist, Herr Böhrnsen, ist mir überhaupt unverständlich. Ich kenne eine ganze Menge Sozialdemokraten, die das richtig finden. Es ist eine Forderung der GEW. Die

- (A) CDU im Saarland macht das, weil sie dort nämlich Mut hat zu sagen, dass man den Standort damit attraktiv machen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Politik für Kinder ist Teil einer langfristigen Strategie, die Bremen als kinderfreundliche Stadt bundesweit ins Gespräch bringen soll. Eng damit verzahnt sind Investitionen in die Bildungspolitik. Die Grünen setzen dafür in den nächsten zwei Jahren 15 Millionen Euro zusätzlich ein, damit neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden können. Auch hier geht es um die Attraktivität des Standortes. Familien mit Kindern wählen den Wohnort, dessen Bildungseinrichtungen einen guten Ruf haben, und dabei geht es beileibe nicht nur um Gymnasien. Das, was Sie heute in der Grundschule versäumen, verbaut Kindern die Zukunft und wird sich in Schulverweigerung und Arbeitslosigkeit wiederfinden. Deshalb setzen die Grünen einen Schwerpunkt auf die Grundschule. Hier sollen die Lehrerinnen und Lehrer mehr Zeit für die Kinder haben und verstärkt Kinder aus benachteiligten Familien fördern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Ihrer unsozialen Sparpolitik zu Lasten behinderter Menschen setzen die Grünen ein klares Integrationskonzept mit zusätzlichen 2,8 Millionen Euro entgegen. „Kinder erwünscht“ meint auch, Kinder aus armen Familien besonders zu unterstützen. Die Grünen schlagen deshalb ein Programm „PC für Kinder aus sozialhilfeberechtigten Familien“ vor. Hier geht es auch um Zukunftssicherung. Wer die digitale Spaltung der Gesellschaft verhindern will, muss heute handeln und Chancen eröffnen. In spätestens zehn Jahren wird sich das auf dem Arbeitsmarkt auszahlen.

Herr Böhrnsen, ich habe jetzt verstanden, dass die 1,8 Millionen Euro, die die Grünen für einen Einstieg in dieses Programm ausgeben wollen, für Sozialdemokraten die entscheidende Frage sind, ob die Grünen regierungsfähig sind oder nicht. So eine Beurteilung grüner Politik ist mir dann doch irgendwann auch eine Ehre.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

„Kinder erwünscht“ heißt auch Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Es ist unverzichtbar, jetzt zügig die bremischen Altlasten zu sanieren, von denen eine Gefahr für das Grundwasser ausgeht. Ihre Ignoranz an diesem Punkt ist unverantwortlich. Die bundesgesetzlichen Vorgaben halten Sie nicht ein.

Ist Ihnen, meine Damen und Herren von der großen Koalition, eigentlich klar, welchen massiven Imageschaden Bremen erleiden wird, wenn messba-

re Schadstoffe in das Grundwasser gelangt sind? Die Grünen wollen hier vorsorgen. Wir wollen der Bevölkerung zeigen, dass ihr Schutz oberste Priorität hat. Außerdem ist so ein sparsamerer Umgang mit Fläche möglich, anstatt immer neue Gebiete als Wohn- und Gewerbefläche auszuweisen, für die zukünftige Generationen die Straßen und Erschließungen bezahlen müssen.

„Kinder erwünscht“ heißt auch stadteilnahe Grünanlagen, die so gepflegt sind, dass man gern dorthin geht und gern dort wohnt. Für den Bildungsstandort Bremen müssen weitere Anstrengungen unternommen werden. Ein geringer Betrag von 300 000 Euro im Jahr für die Universitätsbibliothek kann viel bewirken. Wer selbst studiert hat, weiß, dass neben dem Ärger über mangelhafte Lehre der ständige Stress mit der Suche nach Zeitschriften und Büchern den größten Frust bei den Studierenden erzeugt.

Als wichtigen Beitrag für die Sanierung unseres Bundeslandes setzen die Grünen einen eindeutigen Schwerpunkt im Bereich Kultur. Es sollen insgesamt 11,5 Millionen Euro zur Aufstockung des Kulturhaushaltes verwendet werden, und zwar im Kulturhaushalt für laufende Ausgaben und nicht irgendwo für Bürokratie und Ärger treibende Sondertöpfe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu all dem gehört das Bekenntnis zu einer Politik, die die Sorgen und Nöte der Bevölkerung zum Ausgangspunkt macht. So kann man für Bremen als Standort werben, so findet die Werbung ihre Entsprechung in der Wirklichkeit, und so gewinnt Politik Unterstützung und Rückendeckung für einen Sanierungskurs. Für Bündnis 90/Die Grünen gilt der Leitgedanke, Bremens Sanierung wird nur mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun steht man hier als dritter Redner

(Heiterkeit)

und hat zwei Voraussetzungen: Noch nie ist es einem SPD-Vorsitzenden so gut gelungen, CDU-Politik zu verkaufen.

(Beifall bei der CDU)

Noch nie war eine Rede der Opposition so alternativlos wie das, was Sie gerade gesagt haben, Frau Linnert.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(A) Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Böhrnsen, wir sind auch davon überzeugt, dass es eine Inszenierung mit einem Happy End werden wird. Wir überlassen der SPD mit dem Präsidenten des Senats sogar die Hauptrolle. Die Regie dieses Happy Ends aber führt die CDU, lieber Herr Böhrnsen!

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD – Abg. K l e e n [SPD]: Jetzt wird es Komödie!)

Noch besser: Wir haben sogar das Drehbuch dafür geschrieben, lieber Herr Böhrnsen!

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Aber die Frage ist, wer glaubt Ihnen das! – Abg. K l e e n [SPD]: Ruinieren Sie nicht die Einschaltquote hier!)

(B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalt, den wir heute verabschieden werden, setzt den langen Weg Bremens zu einem sanierten Bundesland fort. Ich will das ganz deutlich sagen: Wir befinden uns in einem sehr schwierigen Zeitraum. Das haben sicherlich auch die Verhandlungen über diesen Doppelhaushalt deutlich gemacht. Mit diesem Doppelhaushalt musste ein Zeichen gesetzt werden, wie der Weg in den nächsten Jahren weiter beschritten wird: Gibt man den Weg auf, gibt man das Ziel frei, wie es die Grünen in ihrer Rede gerade noch einmal deutlich gemacht haben, oder aber setzt man alle Anstrengungen fort, das erste Sanierungsziel im Jahr 2005 tatsächlich auch zu erreichen?

Wir wissen ganz genau, sehr geehrte Damen und Herren, bis wir tatsächlich Anschluss an andere Bundesländer oder vielleicht sogar die Mitte der anderen Bundesländer erreicht haben, wird nicht im Jahr 2005 sein, dann werden wir den Status des Haushaltsnotlagentandes verlieren. Wir brauchen mindestens noch zehn weitere Jahre, um wirklich den Anschluss an andere Bundesländer zu erreichen. Es liegt noch ein langer und harter Weg vor uns. Es gehört auch zur Haushaltsklarheit und -wahrheit, dass man das heute betont, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich will nur zwei Zahlen nennen, die auch Bürgermeister Perschau in seiner Einbringungsrede hervorgehoben hat. Wenn ich mir anschauere, dass die jährlichen Vorgaben des Finanzplanungsrates im Rahmen der Sanierungsaufgaben sich für den Sanierungszeitraum auf maximal 18,3 Prozent Ausgabesteigerung belaufen – das Ist-Ergebnis Bremen für diesen Referenzzeitraum beläuft sich gerade einmal auf 5,2 Prozent – und dass es uns seit Übernahme

der Regierungsverantwortung und Stellung des Finanzsenators durch die CDU gelungen ist, die konsumtiven Ausgaben tatsächlich um jährlich 0,4 Prozent abzusenken, so zeigt dies sehr deutlich, welche Anstrengungen wir in den letzten Jahren hinter uns hatten und welche wir in den nächsten Jahren noch weiter vor uns haben werden. Dies, sehr geehrte Damen und Herren, wird auch deutlich mit den jetzigen Anschlägen, indem wir nämlich die konsumtiven Ausgaben im Land und in der Stadt insgesamt stabil lassen beziehungsweise um 0,4 Prozent erhöhen.

Sehr geehrte Frau Linnert, es geht sicherlich nicht, auf der einen Seite den hohen Schuldenstand und sozusagen die notwendigen Kreditaufnahmen auch in diesem Zeitraum zu kritisieren, aber auf der anderen Seite die Personaleinsparungen entsprechend zu kritisieren, wie Sie es gerade in Ihrer Rede gemacht haben. Es gehört ganz klar auch dazu, dass man natürlich, gerade wenn der Bereich der Personalien mittlerweile einen solchen Anteil am Haushalt erreicht hat, auch beim Personal massive Einsparungen vornehmen muss. Das werden wir auch in den nächsten Jahren leider weiter machen müssen, sehr geehrten Damen und Herren von den Grünen.

Wenn ich mir dann anschauere, dass es uns gelungen ist, insgesamt die Investitionsquote auch für die kommenden beiden Jahre auf einem Niveau von 17,7 beziehungsweise 17,8 Prozent festzuschreiben, so werten wir als CDU-Fraktion dies ganz eindeutig als Erfolg, nicht aber, Frau Linnert, weil jede Investition automatisch gut ist, sondern weil die Mittel, die wir für diese Investitionen einsetzen, Arbeitsplätze schaffen sollen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Die werden Sie gar nicht ausgeben!)

Bei den Arbeitsplätzen haben wir, wie ja der Blick in die Statistik des Jahres 2000 zeigt, auch das erste Mal tatsächlich eine Trendwende erreicht. Wir hoffen, dass diese positiven Zahlen entsprechend fortgesetzt werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn ich das auch noch einmal ganz deutlich an dieser Stelle zum Kanzlerbrief sagen darf: Wir fordern insbesondere natürlich auch den Präsidenten des Senats auf, möglichst bald in Verhandlungen mit dem Bundeskanzler zu treten, wie eigentlich diese Zusagen des Kanzlerbriefes abgearbeitet werden können, damit wir nicht erst dann anfangen, über die Zusagen des Bundeskanzlers zu verhandeln, wenn dieser Kanzler nicht mehr im Amt ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. K l e e n [SPD]: Da kämpfen wir gemeinsam! – Zuruf der Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD])

(C)

(D)

(A) Einige Worte auch zu Bremerhaven! Einige deshalb, weil es dazu gleich auch noch einmal eine Runde geben wird! Sehr geehrte Damen und Herren, auch in Bremerhaven wird ja in den entsprechenden Haushaltsansätzen, die jetzt der Stadt vorliegen, versucht, die Einsparungen tatsächlich auch zu realisieren und die Maßgaben entsprechend einzuhalten, die wir auch hier in der Stadt und im Land einhalten wollen. Wenn man sich anschaut, dass man sich in Bremerhaven bei den konsumtiven Ausgaben mit minus 3,7 Prozent im Jahr 2002 und minus 4,1 Prozent im Jahr 2003 tatsächlich ehrgeizige Ziele vorgenommen hat, so hoffen wir nicht, dass die Beschlüsse, die unter anderem der Unterbezirksparteitag der SPD in Bremerhaven gefasst hat, dazu führen werden, dass dieses ehrgeizige Ziel nicht eingehalten wird. Bremerhaven muss auch einen entsprechenden Beitrag leisten. Wir begrüßen außerordentlich, dass das in den Planungen des Magistrats auch berücksichtigt wird.

Darüber hinaus aber, um das noch einmal ganz deutlich an dieser Stelle zu sagen, werden wir insbesondere bei dem Thema Bremerhaven die Projekte, die uns vorgeschlagen werden, positiv begleiten und versuchen, sie möglichst kurzfristig zu realisieren. Eines ist aber die Voraussetzung dafür: Wir brauchen entsprechende Projektvorschläge und Anträge, die wir dann tatsächlich auch bewilligen können. Eines geht nicht, liebe Frau Linnert, das Geld blanko zur Verfügung zu stellen, und dann sollen sie einmal schauen, wie sie das Geld ausgeben. Das ist der falsche Weg, es muss genau anders herum funktionieren!

(Beifall bei der CDU)

Ich sage auch ganz deutlich, auch bei dem Bereich des Finanzausgleichs innerhalb Bremens mit Bremerhaven werden wir natürlich darauf achten, dass man gegenüber Bremerhaven wirklich an die Grenze des Vertretbaren geht. Sie wissen, dass Bremerhaven besser gestellt ist als jede andere Stadt bundesweit, das muss an dieser Stelle auch gesagt werden, und das in einem Haushaltsnotlageland. Das dokumentiert sehr deutlich, welches Augenmerk auch die Seestadt Bremerhaven bei uns verdient und bekommt.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch kurz einige Worte zu dem sagen, was im Endeffekt Herr Böhrnsen ja schon für uns verkauft hat. Wir haben bei diesen Haushaltsberatungen einen Schwerpunkt auf den Bereich der inneren Sicherheit gelegt. Wir sind sehr froh, dass es uns gelungen ist, die Eckwerte des Ressorts um insgesamt 13,4 Millionen Euro in den beiden Jahren anzuheben. Dadurch und auch gerade dadurch, dass die Polizei aus der PEP-Quote herausgenommen wurde, wird auch in nächster Zeit gewährleistet sein,

dass tatsächlich die bewährte Polizeipräsenz auf den Straßen beibehalten bleibt. Zusätzlich mit den fünf Millionen Euro, die wir aufgrund der Ereignisse des 11. September 2001 zur Verfügung stellen, werden wir auch dort ein deutliches Zeichen setzen, dass es uns in Bremen mit der Terrorismusbekämpfung ernst ist. Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, dies auch in den Haushaltsberatungen tatsächlich sicherzustellen.

Zum Bereich Kultur! Liebe Frau Linnert, ich finde es sehr positiv, dass sich die große Koalition auch bei diesen Haushaltsberatungen darauf verständigt hat, den alten Eckwert von 133,8 Millionen DM, umgerechnet 68,4 Millionen Euro, der der Kulturszene zugesagt wurde, tatsächlich auch einzuhalten beziehungsweise knapp zu überbieten. Zusätzlich werden dann die Mittel für den Umbautopf zur Verfügung gestellt. Ich glaube, dass es gerade auch im Bereich der Kultur notwendig ist, Veränderungen einzuleiten, weil gerade die Kultur eigentlich von Veränderungen lebt. Deshalb ist es ein sinnvolles Unterfangen, dies mit einem solchen Topf zu begleiten und das Geld nicht einfach so zur Verfügung zu stellen. Ich bin davon überzeugt, dass gerade die Kulturpolitiker der Koalitionsfraktionen wissen, wie sie diese Gelder einsetzen und einen entsprechenden Umbauprozess, wie zum Beispiel gerade beim Orchester begonnen, auch tatsächlich umsetzen werden, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Der größte Fortschritt ist aber sicherlich im Bereich Sport gemacht worden. In der Stadtgemeinde Bremen haben wir mittlerweile über viele Jahre, nämlich seit dem Jahr 1992, verschiedenste Bäderekonzepte diskutiert. Nun ist es nach zehn Jahren das erste Mal gelungen, tatsächlich die notwendigen Sanierungsmaßnahmen nicht nur zu beziffern, sondern auch das Geld für die Verbesserung der Struktur in den Bädern zur Verfügung zu stellen. Nach zehn Jahren ist das, finde ich, ein wirklich großer Erfolg für die Koalition, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich gestehe ja durchaus zu, Herr Dr. Güldner, dass wir sechs Jahre gebraucht haben, aber in den ersten vier Jahren haben Sie auch nichts auf die Reihe bekommen!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Wenn es Zwischenrufe von der SPD gibt, ist zu sagen, dass Sie dieses Thema 20 Jahre gar nicht angegangen sind!

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD – Unruhe – Glocke)

(C)

(D)

(A) Sehr geehrte Damen und Herren, im Bereich der Bildungspolitik begrüßen wir außerordentlich die Fortschritte, die uns auch dort gelungen sind, um die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Besonders wird von uns begrüßt, dass man sich koalitionär darauf verständigen konnte, tatsächlich auch zusätzliche Ganztagsangebote zu schaffen. Ich will an dieser Stelle aber deutlich sagen, dass es im Rahmen des immer kritischer werdenden Wettbewerbs gerade auch um Lehrkräfte dringend notwendig war, dass wir auch die Privatschulen besser ausstatten. An dieser Stelle sei noch einmal erwähnt, dass ein Schüler an einer Privatschule den Staat deutlich weniger Geld kostet als ein Schüler an einer öffentlichen Schule. Deswegen war es zwingend erforderlich, dass wir die Mittel für die Privatschulen um jeweils diese 250 000 Euro in den beiden Haushaltsjahren aufstocken.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde, Frau Linnert, man kann über viele Punkte, die Sie angesprochen haben, tatsächlich trefflich streiten und diskutieren. Ich bin auch durchaus der Auffassung, dass man natürlich darüber nachdenken muss, welche Schlüsse wir aus der Pisa-Studie ziehen. Dazu brauchen wir aber zunächst einmal natürlich auch die Länderbewertung, die tatsächlichen Auswertungen der einzelnen Schulstandorte.

(B) (Zuruf der Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD])

Wenn sie uns vorliegt, werden wir uns entsprechend darüber unterhalten müssen. Wenn Sie allerdings jetzt an der Stelle, an der Pisa zumindest im nationalen Bereich ganz eindeutig sagt, dass wir in Deutschland die bestbezahlten Lehrkräfte mit der geringsten Unterrichtsverpflichtung haben, als Ergebnis die Unterrichtsverpflichtung weiter absenken wollen, halte ich das genau für den falschen Schritt, liebe Frau Linnert.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich dazu noch etwas sagen darf! Ich glaube, dass wir uns natürlich auch bei der Kindergartenbetreuung Gedanken machen müssen, wie wir sie auch in den nächsten zehn Jahren den Veränderungen des Berufslebens und auch gerade den Veränderungen der Gesellschaft anpassen müssen. Wir als CDU-Fraktion haben schon vor langer Zeit mit der Einführung der Kita-Card Vorschläge gemacht. Wir haben auch dort deutlich gesagt, dass wir uns eine bestimmte Unterrichtsversorgung durchaus beitragsfrei vorstellen könnten. Wir gehen im Gegensatz zu Ihrem Modell nicht von sechs, sondern von vier Stunden aus.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer soll denn da arbeiten?)

Mit der Einführung dieser Kita-Card, liebe Frau Linnert, wollen wir gerade eines erreichen: Wir wollen ein bisher angebotsorientiertes System auf ein nachfrageorientiertes System umstellen, damit die Eltern tatsächlich entscheiden können, in welche Einrichtungen ihre Kinder geschickt werden. Das wäre eine Veränderung des Systems.

(Beifall bei der CDU)

Das kann ich leider aus Ihrem Antrag auch nicht erkennen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich weiß jetzt nicht mehr, wer den Bereich Hightech für sich in Anspruch genommen hat, aber ich möchte dazu eines ganz deutlich sagen –

(Abg. K l e e n [SPD]: Wir sind die Guten!)

ihr seid immer dann die Guten, wenn es ums Geldausgeben geht, lieber Hermann Kleen –

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. K l e e n [SPD])

der Bereich Hightech ging auf Initiative eines Beschlusses der CDU-Fraktion auf der Klausurtagung zurück.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das macht es auch nicht besser!)

Ich glaube, dass wir mit der Initiative, die wir beim letzten Mal hier in der Bürgerschaft verabschiedet haben, wirklich gute Voraussetzungen haben, um im Bereich Hightech neue Pflöcke einzuschlagen. Eines kann aber sicherlich nicht sein: Wir streiten uns mit dem Koalitionspartner, wie die Erweiterung des Technologieparks aussehen kann, aber dass sie notwendig ist, wird von keiner der beiden Parteien in der großen Koalition bestritten.

Sie, liebe Frau Linnert, haben gerade pauschal die Süderweiterung und die Norderweiterung abgelehnt. Sie drehen damit einem der erfolgreichsten Technologieparks der Republik einfach den Hahn ab. Das ist die Zukunftspolitik der Grünen!

(Beifall bei der CDU)

Damit komme ich darauf zurück, dass Arbeitsplätze insgesamt die wichtigsten Voraussetzungen dafür sind, um den Sanierungszeitraum positiv zu gestalten. Als Zweites ist es dann ganz wichtig, dass man als Bundesland natürlich die Einwohner auch in den eigenen Grenzen hält. Dazu müssen Wohngebiete ausgewiesen werden. Wenn Sie sich anschauen, dass sich die Ausweisung von Wohnbauflächen in der Stadt Bremen doch im letzten Jahr

(C)

(D)

(A) zum ersten Mal insoweit positiv ausgewirkt hat, dass nämlich mehr Leute in die Stadt Bremen gekommen als weggezogen sind, so ist dies ein positives Beispiel einer entsprechenden Ausweisung von Wohnbauflächen.

Deshalb geht unser Appell auch an dieser Stelle noch einmal an die Bausenatorin, nun endlich einmal zu Potte kommen, was die Osterholzer Feldmark betrifft, was Brokhuchting betrifft. Jede Fläche, die ausgewiesen wird, sichert entsprechend die Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Weil das so ist, dass es die Arbeitsplätze sind –

(Abg. Frau **L e m k e - S c h u l t e** [SPD]:  
Hauptsächlich!)

hauptsächlich! –, die die Leute in die Region holen und es dann das entsprechende Angebot an Wohnbauflächen ist, das die Leute tatsächlich in unserem Bundesland hält, müssen wir den Weg des konsequenten Investierens und Sparens weiter fortsetzen. Aus diesem Grund, liebe Frau Linnert, erteilen wir Ihrer Politik, bei den Investitionen einzusparen und dieses Geld für konsumtive Geschenke auszugeben, eine klare Absage. Wir sind sicher, dass wir mit unserer Politik auf dem richtigen Weg sind. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie brauchen sich gar nicht so zu freuen, dass ich insgesamt nur 15 Minuten Redezeit habe, denn ich verspreche Ihnen, dass diese 15 Minuten für Sie schrecklich und grausam werden,

(Lachen bei der SPD und bei der CDU –  
Abg. **E c k h o f f** [CDU]: Das ist jetzt die  
Kategorie: der beste Horrorfilm!)

weil ich in 15 Minuten mehr Aussagekraft habe, als Sie in einer Stunde Redezeit jemals haben könnten.

Meine Damen und Herren, Haushaltsberatungen in einem Bundesland sind nicht nur die Bewertung von Zahlenmaterial, sondern sie sind auch eine Bewertung von politischen Entscheidungen in der Vergangenheit und der geplanten politischen Entscheidungen für die Zukunft. Die Rahmenbedingungen, also die Eckdaten der Wirtschaft und damit die Eckdaten im sozialen Bereich, spielen auch eine wesentliche Rolle. Die erschreckenden Steuerminderein-

nahmen, die wir im letzten Jahr zu verbuchen hatten, werden auch im kommenden Jahr erschreckende Ausmaße annehmen.

(C)

Meine Damen und Herren, dass der Senat bei den bereinigten Einnahmen Steigerungen zugrunde legt, ist nur dadurch zu erklären, dass wir hier über einen fast vollkommen gefälschten Haushaltsentwurf diskutieren müssen. Das liegt auch mit daran, dass wir einen Bürgermeister haben, der Politik vollständig durch Rhetorik ersetzt.

Ihr Fehler ist doch, dass Sie Ihre Parteibuchwirtschaft schon für eine vernünftige Wirtschaftspolitik halten. Sie sind wie Hühner, die nur gackern, aber keine Eier legen. Ich kenne also keine Politiker, die so viele Witze und Anekdoten erzählen können wie Sie. Ob das aber auch die richtige Qualifikation ist, um das Bundesland Bremen aus dem wirtschaftlichen und finanziellen Chaos zu führen, wage ich doch sehr zu bezweifeln!

Meine Damen und Herren, auch die Zahlen und Fakten der rotgrünen Bundesregierung beweisen eindeutig, dass diese Regierungskoalition vollkommen gescheitert ist. Sie steht vor dem wirtschaftlichen Chaos.

(Unruhe – Glocke)

**Präsident Weber:** Herr Tittmann, eine Sekunde! Ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe hier im Plenarsaal. – Bitte, Herr Tittmann!

(D)

Abg. **Tittmann** (DVU): Das Versprechen des Bundeskanzlers, die Arbeitslosenzahlen unter 3,5 Millionen zu senken, ist eine glatte Lüge. Tatsache ist doch, dass wir in Deutschland eine Rekordpleitewelle haben. Wir hatten allein im letzten Jahr zirka 35 000 Unternehmenspleiten, mehr als eine halbe Million Menschen verloren dadurch ihre Arbeit. Der Gesamtschaden stieg von 53 Milliarden auf 63 Milliarden DM.

Meine Damen und Herren, pro Minute muss der Bund, also der Steuerzahler, nur für Zinszahlungen weit mehr als 150 000 DM ausgeben. Das sind in der Stunde weit mehr als neun Millionen DM, und am Tag sind das mehr als 225 Millionen DM. Das allein nur für Zinszahlungen! Das deutsche Volk hat 50 Jahre Aufbauarbeit geleistet, hat gearbeitet und geschuftet, und das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Alle Altparteien haben mit ihren Zahlungen in aller Welt unsere Bürger in eine ausweglose Schuldenfalle geführt. Das haben unsere Bürger nicht verdient!

Vor diesen schlimmen Folgen Ihrer Politik hat Sie der DVU-Bundesvorsitzende und Herausgeber der „Nationalzeitung“, Herr Dr. Gerhard Frey, schon vor Jahrzehnten gewarnt, ebenso vor der schlimmen Tatsache, dass Deutschland jetzt vor einer Rezession steht. Die Frage von Ehrlichkeit in der Politik der Altparteien stellt sich auch in diesem Haus und nicht nur bundesweit. Die so genannte grüne Friedenspar-

(A) tei und ihre so genannten Volksvertreter haben zum Beispiel ihre pazifistische Seele für eine Hand voll Dollar aus Machtgier über Bord geworfen und verkauft.

Frau Linnert – sie ist ja gerade nicht hier, sie wird das aber im Protokoll nachlesen können –, gerade Sie als angebliche demokratische Volksvertreterin sind es doch es gewesen, die alle Anträge der Deutschen Volksunion, wie zum Beispiel härtere Strafen für Kinderschänder, gegen den Steuergeldmissbrauch, gegen die unsoziale Ökosteuer, gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks in Temelin, gegen die Milliarden-DM-Mehrzahlungen an die EU, gegen die teure Einführung des Euro, gegen kriminellen Ausländer- und Asylmissbrauch, gegen Kriegseinsätze der deutschen Bundeswehr abgelehnt haben. Ihre Fraktion war es doch auch, die die gestellten Anträge der Deutschen Volksunion für einen verbesserten Tierschutz, für mehr Polizei, für eine verbesserte Ausstattung der Polizeibeamten, für einen verbesserten Zivilschutz der Bevölkerung und so weiter – ich könnte noch stundenlang diese Anträge hier vortragen – zum Schaden des Volkes hier scheinheilig abgelehnt hat. Das waren Sie, die angeblichen Volksvertreter!

(B) Nun soll Frau Linnert nicht daher kommen mit einem weinerlichen Gesicht und sich über das Wort so genannte Volksvertreter beschweren. Bei Ihrer Politik ist das Wort so genannte Volksvertreter ja direkt noch geschmeichelt. Im Übrigen, meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, brauchen Sie sich hier sowieso bald keine Gedanken oder Sorgen mehr über das Wort so genannte Volksvertreter zu machen, weil Sie ab der nächsten Wahl im Jahr 2003 nicht einmal mehr so genannte Volksvertreter sein werden.

(Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt einmal zum Haushalt!)

Meine Damen und Herren, Sie betreiben eine Politik, die man als das Schweigen der Belämmerten bezeichnen könnte, darum bleiben Sie auch für mich immer so genannte Volksvertreter, basta!

(Glocke)

**Präsident Weber:** Herr Abgeordneter, ich weise die Ausdrücke so genannt und scheinheilig zurück!

(Beifall)

Abg. **Tittmann** (DVU): Das ist Ihre Definition der Tatsachen, dafür kann ich aber nichts! Es ist erschreckend, dass diejenigen, die noch vor ein paar Jahren lauthals „Soldaten sind Mörder!“ geschrien haben und die tapferen und mutigen Wehrmachtssol-

daten auf das Schädigste und Niedrigste verunglimpft haben, (C)

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Können wir einmal etwas zum Haushalt hören?)

heute die Ersten sind, die skrupellos Soldaten zu Kriegseinsätzen in fremde Länder schicken. Aber, meine Damen und Herren, die Frage von Wahrheit und Ehrlichkeit muss ein jeder Abgeordneter sich selbst hier stellen. Ich erinnere hier nur einmal an das mutige Abstimmungsverhalten des ehemaligen Mitglieds – er ist ja ausgetreten – und Abgeordneten der Grünen, Herrn Ruffler, der einem diesbezüglichen DVU-Antrag hier zugestimmt hat.

Meine Damen und Herren, wenn die rotgrüne Bundesregierung vollkommen versagt, dann muss eine vernünftige Landespolitik dagegenhalten. Sie aber sind mit Ihrer Sanierungspolitik restlos gescheitert. Die Arbeitslosenzahlen steigen weiterhin unaufhaltsam an, wir haben immer weniger Einwohner, die Einnahmen des Landes Bremen sind gesunken, die Schulden steigen weiter trotz zirka 17 Milliarden DM Sanierungshilfe vom Bund, der Schuldenstand ist mit fast 20 Milliarden DM so hoch wie noch nie, das gewaltige Minus konnte nicht abgebaut werden, weil Sie immer mehr Kredite aufnehmen müssen. Zurzeit muss das Land Bremen im Jahr zirka eine Milliarde DM nur an Zinsen bezahlen. Die Steuereinnahmen sind im Zeitraum von 1999 bis 2000 um 6,7 Prozent gesunken. (D)

Meine Damen und Herren, darüber hinaus ist das Land Bremen ein Steuergeldverschwendungsland! Es werden Unsummen für nutzlose Gutachten verschwendet. Ich erinnere hier nur einmal an das 600 000 DM teure Berger-Gutachten im Bereich der Verwaltung. Des Weiteren entstehen dem Sozialressort Kosten in Millionenhöhe, weil große Teile der abgelehnten Asylbewerber trotzdem in Bremen und Bremerhaven bleiben. Auch gab man zirka 1,8 Millionen DM zu viel für die Schuldenberatungen aus. Das Wirtschaftsressort hat zirka 20 Millionen DM für Wirtschaftsförderung ausgegeben, ohne beweisen und belegen zu können, dass diese Förderung überhaupt irgendetwas bringt. Das Bauressort zahlt für den Bau eines Kanals in der Hafenrandstraße 113 000 DM zu viel. Ich könnte über diese Verfehlungen noch stundenlang weiterreden, habe aber leider nur 15 Minuten Redezeit für die gesamte Haushaltsdebatte.

(Abg. Frau W a n g e n h e i m [SPD]: Dann kommen Sie doch einmal zum Haushalt!)

Meine Damen und Herren, der Haushalt, der uns hier vorliegt, wird Ende 2003 nicht einmal mehr von David Copperfield deckungsgleich abgeschlossen werden können. Dieser Haushalt ist meiner Meinung

- (A) nach nicht nur unseriös, sondern auch im höchsten Grad betrügerisch.

(Unruhe)

Lassen Sie mich ausreden und hören Sie gut zu, dann können Sie nämlich noch etwas lernen!

Wer eine Steuer oder eine Gebühr, in diesem Fall die Straßenreinigungsgebühr, die noch nicht einmal beschlossen ist, als Einnahme in einen Haushalt hineinnimmt, ist zumindest nicht ganz seriös, oder? Der verzweifelte Versuch, die Wirtschaftskraft in Bremerhaven anzukurbeln und damit die Steuerkraft zu erhöhen und zu stärken, ist als vollkommen gescheitert anzusehen. Wann glauben Sie denn, dass die Investition für die Schlachte sich in Steuermehreinnahmen positiv niederschlagen wird? Wann glauben Sie denn, dass der missglückte Umbau des Bahnhofsvorplatzes in Steuermehreinnahmen umschlägt? Wann glauben Sie denn allen Ernstes, dass sich die Straßenbahnlinie vier in Steuermehreinnahmen niederschlagen wird? Das glauben Sie doch selbst nicht!

- (B) Da kommt dann der Herr Senator Perschau, meine Damen und Herren, und sagt, Übernachtungsquote. Ich sage Ihnen, zehn Übernachtungen zum Beispiel in der Jugendherberge, 20 Übernachtungen auf dem Campingplatz werden uns auch nicht mehr retten! Es kann auch nicht funktionieren, wenn Steuermehreinnahmen im Jahr 2002 von 4,2 Prozent und im Jahr 2003 von 5,5 Prozent angenommen werden. Das glaubt doch kein Mensch mehr, wenn wir Personalausgaben im Jahr 2001 von 2,23 Milliarden DM, eine Steigerung von 2,25 Milliarden DM für das Jahr 2002 und eine Steigerung von 2,28 Milliarden DM für das Jahr 2003 haben, wobei jeder heute schon weiß, dass diese Steigerungsrate deutlich höher ausfallen wird.

Staatsbankrott, Massenarbeitslosigkeit sowie das soziale Elend werden dazu führen, dass die Menschen in unserem Land erkennen werden, wer zum Wohl und Nutzen der Bevölkerung eine ehrliche Politik betreibt, und das ist nun einmal eben die Deutsche Volksunion, meine Damen und Herren. Sie können doch heute nur noch finanzielle Handlungsspielräume erreichen, wenn Sie sich endlich von einigen freiwilligen Leistungen, zum Beispiel im Kulturbereich, in massivster Form trennen. Dazu aber fehlt Ihnen der Mut! Sie verspielen bei Ihrer Politik die Selbstständigkeit Bremens. Nach dem Sanierungsprogramm ist das Bundesland Bremen nämlich nicht einmal mehr überlebensfähig.

Ihre Zahlen und Prognosen stimmen doch hinten und vorn nicht. Das wundert mich überhaupt nicht, denn Ihre Steuerpolitik erinnert mich an Christoph Columbus, als er Amerika entdeckte. Er war ja bekanntlich einer der ersten Sozialisten und wahrscheinlich Sozialdemokrat. Er fuhr los und wusste nicht wohin, er kam an und wusste nicht, wo er war,

er kam zurück und wusste nicht woher, und das alles mit dem Geld fremder Leute. Das ist genau die Grundlage sozialdemokratischer Politik, meine Damen und Herren!

(C)

Ich fordere Sie im Namen der Deutschen Volksunion auf: Anstatt das Geld für zweifelhafte Großprojekte mit vollen Händen hinauszuerwerfen, sollten Sie lieber deutlich mehr Geld für die Zukunft unserer Kinder ausgeben. Sanieren Sie endlich die Bremer und Bremerhavener Schulen! Sie sind nämlich in einem saumäßigen Zustand. Investieren Sie deutlich mehr Mittel in unsere innere Sicherheit! Unsere Bürger haben ein Anrecht darauf, geschützt und beschützt zu werden. Sparen Sie nicht immer zuerst im Bereich Bildung, Polizei und Soziales, predigen Sie nicht immer Wasser und trinken dann selbst Wein!

Vor allen Dingen geben Sie unserer Jugend ihren natürlichen Nationalstolz wieder, den sie auch verdient! Unsere Jugend kann und darf zu Recht erhabenen Hauptes behaupten: Ich bin stolz, Deutscher zu sein! Hören Sie mit diesen dämlichen Sprüchen auf wie zum Beispiel: „Man kann nur auf irgendetwas stolz sein, was man sich selbst erschaffen hat!“ Dann darf man aber auch nicht unsere Jugend bis in alle Ewigkeit und für alle Zeiten für etwas büßen und zahlen lassen, wofür sie weiß Gott keine Verantwortung und keine Schuld trägt. Ich jedenfalls bin stolz auf meine Eltern, ich bin stolz auf unsere ältere Generation, die Deutschland nach dem Krieg ohne Gastarbeiter eigenhändig aus dem Nichts, aus Trümmern mit viel Leid und Schmerz wiederaufgebaut hat. Gerade deswegen sind viele junge Menschen, und es werden immer mehr, zu Recht stolz, Deutsche zu sein, und das ist auch gut so!

(D)

Die Deutsche Volksunion wird immer vehement und demokratisch dagegen ankämpfen, dass unsere Bürger durch Ihre verfehlte Politik weiterhin gnadenlos ausgeplündert und überdimensional steuerlich abgezockt werden, denn unsere Bürger sind durch Ihre Politik wahrlich schon weiß Gott genug bestraft. Darum werde ich im Namen der Deutschen Volksunion und im Interesse des deutschen Volkes selbstverständlich Ihren skandalösen Haushalt uneingeschränkt ablehnen!

**Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der Grünen, der uns vorliegt, zeigt uns doch ganz deutlich und zum ersten Mal, finde ich, sehr klar, wohin eigentlich der Weg der Grünen führen soll. Wenn die Grünen hier in ihrem Antrag schreiben, vorrangig zielt die Politik des Senats darauf ab, im Jahr 2005 einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzule-

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) gen, so ist das richtig, und das ist auch weiterhin das gemeinsame Ziel der großen Koalition.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann können Sie die Entschlie- ßung ja mitmachen!)

Mit der Entschlie- ßung der Grünen müssen jeden- falls die beiden Regierungsfractionen feststellen, dass sich die Grünen von diesem Ziel verabschiedet haben, denn aus diesem Antrag wird deutlich, dass sie nicht mehr als Ziel haben, bis zum Jahr 2005 einen verfassungskonformen Haushalt herzustellen.

Wenn Sie in Ihrem Antrag schreiben, dass die Sa- nierungspolitik der großen Koalition nicht erfolgreich war, denke ich, es ist hier der richtige Zeitpunkt, Ihnen doch noch einmal klar zu machen, welche Er- folge eigentlich die große Koalition in diesen Jah- ren 1994 bis 2000, nämlich seit dem Beginn des Sa- nierungsprogramms, hier erreicht hat. In diesen Jah- ren, nämlich von 1994 bis 2000, sind die Gesamt- ausgaben der bremischen Haushalte um sechs Pro- zent gestiegen. In den übrigen Westländern und Gemeinden stiegen die Ausgaben um 10,1 Prozent. Die überdurchschnittliche Begrenzung der Ausga- benzuwächse spiegelt aber nur einen Teil der Sa- nierungsfortschritte wider. Ebenso wichtig, und dies wird am Schluss meines Beitrags, wenn ich auf Ih- ren Antrag eingehe, auch noch einmal einer der Kernpunkte sein, sind die gravierenden strukturel- len Verbesserungen der Haushalte, nämlich in der Verschiebung von den konsumtiven Ausgaben hin zu den investiven Ausgaben. Diese Veränderung ist eine der entscheidenden Veränderungen gewesen, die die große Koalition hier in Bremen bewirkt hat.

(B)

Mit der Durchführung des ISP hat Bremen im Zeit- raum 1993 bis 2000 die investiven Anteile seines Haushalts um knapp 35 Prozent erhöht, während die übrigen Länder ihre Investitionsausgaben um knapp zwölf Prozent gesenkt haben. Gleichzeitig wurden Konsolidierungsfortschritte im konsumtiven Bereich erzielt. Die Ausgaben für Personal und sonstige lau- fende Kosten wurden in Bremen nur um 5,2 Prozent erhöht, im Länderdurchschnitt stiegen diese Ausga- ben um 16 Prozent. Auch im Personalbereich haben wir Konsolidierungsfortschritte realisiert. Von 1993 bis 2000 verringerte sich das Beschäftigungsvolu- men der bremischen Verwaltung um 3800 Stellen beziehungsweise 15,3 Prozent auf knapp 21 600 Stel- len.

Trotz der, meine Damen und Herren von den Grü- nen, zwischenzeitlich gravierenden Einnahmeaus- fälle ist es gelungen, den Abstand der bremischen Haushalte zur Normallage der übrigen Westländer deutlich zu reduzieren. Wir, die große Koalition, ha- ben den wirtschaftlichen Aufholprozess eingeleitet. Zielsetzung des ISP ist es, durch den Ausbau der öf- fentlichen Infrastruktur die Rahmenbedingungen für die regionale Wirtschaft so zu verbessern, dass wirt-

schaftliches Wachstum entsteht. Damit soll zum ei- nen der im Zeitraum 1982 bis 1986 entstandene öko- nomische Wachstumsrückstand Bremens gegenüber dem übrigen Bundesgebiet ausgeglichen werden. Bremen hat wieder den Anschluss an die wirtschaf- tliche Entwicklung der übrigen Bundesländer gewon- nen. Teilweise konnte Bremen sogar ein höheres re- ales Wachstum aufweisen als die westlichen Länder und hat sich damit in der Spitzengruppe der wach- stumsstarken Bundesländer behauptet.

(C)

Dass sich die wirtschaftliche Dynamik noch nicht in dem Umfang stabilisiert beziehungsweise noch nicht in einer Steigerung der Arbeitsplätze, so wie wir uns das vorstellen, niedergeschlagen hat, ist ins- besondere auf zwei Ursachen zurückzuführen. Alle haben noch nicht den Vulkan-Zusammenbruch ver- gessen, und jeder weiß, dass die regionalwirtschaft- liche Wirkung der Maßnahmen, die wir ergreifen, sich erst mittel- bis langfristig entfaltet. Umso erfreu- licher ist, dass Bremen gerade im Jahr 2000 mit 3,3 Prozent Wachstum beim Bruttoinlandsprodukt ein über dem Bundesdurchschnitt liegendes Ergebnis erreicht hat. Gleichzeitig sind 7400 neue Arbeitsplät- ze geschaffen worden, was erstmals einen merkli- chen Zuwachs bei den Arbeitsplätzen bedeutet.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von den Grünen, wenn es Ihnen auch schwer fällt, aber Sie müssen schon zugestehen, dass es sich hierbei um eine Erfolgssto- ry handelt. Das haben im Übrigen auch die Bürger dieser Stadt 1999 so gesehen und daher der CDU und der SPD den Auftrag zur Weiterführung dieser erfolgreichen Koalition gegeben. Daran sollte auch der Kandidat für den Landesvorsitz der SPD denken.

(D)

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Wel- cher?)

Der neue Kandidat!

Der mit der Regierungsbeteiligung der CDU 1995 begonnene Kurs der Sanierung Bremens zur Über- windung der extremen Haushaltslage bis zum Jahr 2005 hat nach wie vor für uns absolute Priorität. Die Sanierung der bremischen Haushalte erfordert eine konsequente Fortsetzung der Sanierungsstrategie des Sparens und Investierens. Sanierung ist kein Selbstzweck, sondern dient den Menschen in Bre- men und Bremerhaven. Wir werden diesen Weg wei- ter konsequent beschreiten und uns auch nicht von Berufspessimisten beirren lassen.

(Beifall bei der CDU)

Nach Auslaufen der Sanierungszahlungen im Jahr 2005 muss das Land Bremen einen verfassungskon- formen Haushalt aufstellen können. Das heißt, die Nettokreditaufnahme darf die Höhe der Nettoinves-

(A) titionen nicht länger übersteigen. Der Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits bis zum Jahr 2005 und damit die Einhaltung des Paragraphen 18 Landeshaushaltsordnung erfolgt durch Einnahmeerhöhungen und Ausgabesenkungen. Insbesondere auf der Ausgabenseite bedeutet dies eine Senkung der konsumtiven Ausgaben. Die Vorredner haben auf diesen Punkt, Personalzins und sonstige Sachausgaben, bereits hingewiesen, so dass ich das hier nicht wiederholen muss.

Darüber hinaus ist allerdings, und das muss auch deutlich gesagt werden, eine Zunahme der Zinsausgaben unabweisbar. Aufgrund der sinkenden Sanierungszahlungen bei gleichzeitiger – und dies ist uns wichtig! – Aufrechterhaltung hoher Investitionsausgaben kommt es mittelfristig wieder zu einem Anstieg des Schuldenstandes, dem allerdings im Gegensatz zu Zeiten vor der großen Koalition entsprechende Vermögenswerte gegenüberstehen. Das Investitionsprogramm wird in vollem Umfang durchgeführt, so dass wir für wirtschafts- und finanzkraftstärkende Maßnahmen inklusive der Wissenschaftsfolgekosten bis zum Jahr 2010 ein Investitionsvolumen von 8,6 Milliarden DM haben. Dies führt dazu, dass Bremen in den Jahren 2002 und 2003 eine Investitionsquote von 17,8 beziehungsweise 17,7 Prozent haben wird, eine im Vergleich zu den übrigen alten Bundesländern überdurchschnittliche Investitionsquote.

(B) Meine Damen und Herren von den Grünen, wenn ich mir Ihren Antrag anschau, stelle ich fest, dass Sie davon ausgehen und sagen, dass Sie mit wirtschafts- und finanzkraftstärkenden Effekten der Projekte gegenwärtig nicht rechnen. Wenn Sie dann als Beispiel die Rennbahn oder den Space-Park nehmen, unterstellen Sie, bevor das Projekt überhaupt begonnen hat, dass solche Effekte hier in Bremen nicht eintreten werden.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben unterstellt, dass sie eintreten werden!)

Ich weise Sie nur auf den Punkt hin, dass in diesem Bereich riesige private Investitionen vorhanden sind. Vom Grundansatz des Antrags, das ist viel spannender, stimmen Sie aber in vielen Teilen – jedenfalls haben Sie das im Haushaltsausschuss getan und werden das hier wahrscheinlich auch so tun –, in vielen Bereichen unseren Anträgen der großen Koalition zu, und zwar immer dann, wenn es um konsumtive Ausgaben geht. In den Bereichen aber, in denen es um Einsparungen geht, auch um Einsparungen im konsumtiven Bereich, machen Sie die Anträge der großen Koalition nicht mit. So einfach ist das für Sie: Sie wollen ausgeben, aber Sie wollen im Grunde genommen nicht auch gleichzeitig sparen, und dies ist auch der Tenor Ihres Antrags.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben Deckungsvorschläge gemacht!)

(C) Nein! Sie verwechseln, liebe Frau Linnert, immer die konsumtiven Ausgaben und Investitionen. Es bringt leider nichts, wenn Sie bei den Investitionen sparen wollen und bei den konsumtiven Ausgaben weiter ausgeben! Daran kann Bremen letztendlich, wenn man es nicht weiter ändert, zugrunde gehen, weil genau die Veränderung, die wir herbeigeführt haben, nämlich die Veränderung weg von den konsumtiven Ausgaben und hin zu den investiven Ausgaben, nur die Lösung ist!

Die strukturelle Veränderung – und mit Ihrem Antrag führen Sie wieder genau auf das alte Prinzip zurück, Sie wollen im Bereich der konsumtiven Ausgaben ausgeben, und Sie wollen bei den Investitionen sparen, meine Damen und Herren von den Grünen – ist nicht unsere Politik!

(Beifall bei der CDU)

Mit Ihren Anträgen verschärfen Sie die Haushaltslage und das Problem des Paragraphen 18 Landeshaushaltsordnung. Weil Sie das Ziel, einen verfassungskonformen Haushalt zu bekommen, über Bord geworfen haben, ist es Ihnen auch gleichgültig, und deswegen dehnen Sie die konsumtiven Ausgaben weiter aus.

(D) Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Doppelhaushalt 2002/2003 sind wir dem Ziel, 2005 einen verfassungskonformen Haushalt zu erreichen, ein gutes Stück näher gekommen. Wir werden an der von uns begonnenen Politik des Sparens und Investierens festhalten. Bessere Rahmenbedingungen am Standort Bremen zu schaffen bedarf eines langen Atems. Nur eine konsequente Durchführung des eingeschlagenen Kurses führt zu einer dauerhaften Sanierung und Stabilisierung unserer Haushalte. Der von der CDU durch Bürgermeister Perschau maßgeblich bestimmte Kurs des Sparens und Investierens ist richtig und alternativlos.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute sind wieder die endgültigen parlamentarischen Beratungen zum Abschluss der parlamentarischen Debatte. Wir haben im Haushaltsausschuss intensiv alle einzelnen Haushalte beraten, und Ihnen liegen heute die Änderungsvorschläge der Fraktionen zu den Haushaltsberatungen vor.

Herr Mützelburg hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir als Parlamentarier, und zwar durchweg über alle Bereiche, verantwortungsbewusst mit den Entwürfen des Senats umgegangen sind und

-----  
\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) dass auch unsere Anträge, bei denen wir davon ausgehen, dass sie heute so hier beschlossen werden, das Ziel nicht aus den Augen verlieren. Das Ziel heißt ganz klar: verfassungskonformer Haushalt 2005! Das steuern wir an, und wir sind uns sicher, mit dem Haushalt, den wir Ihnen hier heute vorlegen, werden wir das auch erreichen.

(Vizepräsident D r . K u h n übernimmt den Vorsitz.)

Wer sich intensiv mit den vorgelegten Unterlagen beschäftigt, insbesondere auch mit dem Finanzplan – an dieser Stelle möchte ich dem Senat auch für den hier vorgelegten Finanzplan danken, ich glaube, dass er eine Qualität hat, die weit über das hinausgeht, was vorherige Finanzpläne gehabt haben, den Antrag der Grünen zum Finanzplan werden wir sicherlich noch unter dem Tagesordnungspunkt „Finanzen“ diskutieren –, ich glaube, dass dieser Finanzplan, der uns hier vorliegt, eindrucksvoll darlegt, wo wir uns auf dem langen und harten Weg zur Haushaltssanierung befinden, welche Erfolge wir bereits erzielt haben, aber auch, was noch vor uns liegt.

Dieser Finanzplan ist ein finanzpolitisches Programmpapier der Regierung und damit auch der die Regierung tragenden Koalition. Die Sanierung der bremischen Haushalte, die Überwindung der extremen Haushaltsnotlage im Jahr 2005 muss unter allen Umständen erreicht werden. Wir treten mit unseren Haushaltsentwürfen den Nachweis an, dass das gelingen kann.

(B) Wir haben zurzeit am aktuellen Rand Konjunkturentwicklungen, die uns nicht gerade positiv stimmen, aber – und auch das muss erlaubt sein, an dieser Stelle festzustellen – wir haben jahre- und jahrzehntelang das Problem gehabt, dass Bremen immer von der Bundesentwicklung abgekoppelt war. Wenn es hoch ging, dann war Bremen nur geringer beteiligt, wenn es aber Einbrüche gab, dann haben wir das hier in Bremen immer überproportional zu spüren bekommen. Das ist und war ein Ausdruck unserer Strukturschwäche, unsere überproportionalen Anteile auch an Altindustrien. Heute, und das sei erlaubt, hier zu sagen, stellt es sich genau umgekehrt dar: Nach wie vor haben wir in Bremen Tendenzen, Entwicklungen, die sich positiv von der bundesdurchschnittlichen und auch von der prognostizierten Entwicklung abheben, und ich glaube, das ist ein Erfolg, den man hier nicht kleinreden kann!

(Beifall bei der SPD)

Diese Veränderung der Wirtschaftsstrukturen hat etwas damit zu tun, in welchen Bereichen wir Investitionsschwerpunkte gesetzt haben und welche Bereiche wir hier fördern. Frau Linnert, wer hier leugnet, dass das mit der Schaffung von vielen Arbeits-

plätzen einhergegangen ist, der verkennt die Realität. Natürlich ist es schwierig, Zusammenbrüche wie den Vulkan aufzufangen. Sie wissen, dass wir leider auf dem Arbeitsmarkt immer nur eine Saldenbetrachtung haben. Wer aber die Augen hier vor den Erfolgen verschließt, die wir auch in Bereichen des Arbeitsmarktes gehabt haben, der, denke ich – –.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist keine Abkopplung vom Bundestrend!)

Natürlich ist das eine Abkopplung vom Bundestrend! Dann machen Sie sich doch einmal die Mühe und schauen sich die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen, die letzten Nachrichten vom November an, dann ist das eindeutig eine Entwicklung vom Bundestrend, und so eine eindeutige Abkopplung hat es, zumindest im positiven Sinn, hier in Bremen noch nicht gegeben. Das wird auch nicht besser, wenn Sie da auf Ihrem Platz sitzen und immer dazwischenquaken! Melden Sie sich hier zu Wort! Ihre Rede, die Sie bisher gehalten haben, war so etwas von dürftig, da ist es sogar Ihren Kollegen von der Fraktion der Grünen schwer gefallen, noch Beifall zu klatschen. So stellen wir uns eine Opposition natürlich nicht vor!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(D) Vielleicht ist das aber auch ein Ausdruck dafür, dass Sie eigentlich klammheimlich hier konstatieren müssen, dass wir hier eine gute Politik, und gerade die Finanzpolitik, machen. Daran gibt es nicht viel auszusetzen.

Herr Eckhoff – –. Jetzt ist er nicht mehr da, schade! Das Sanierungsprogramm und auch das Investitionsprogramm, darauf möchte ich doch noch einmal hinweisen, sind in ihrem Grundgerüst von Sozialdemokraten ins Leben gerufen worden. Da war die CDU noch in der Opposition, da hat sie es nicht mitgemacht, und da hat sie auch gar nicht eingesehen, dass wir den Gang zum Verfassungsgericht machen sollten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. T e i s e r [CDU])

Herr Eckhoff hat hier behauptet, dass unser Fraktionsvorsitzender CDU-Politik verkauft. Das macht er natürlich nicht, das ist SPD-Politik! Vielleicht ist die CDU ja mittlerweile aufgewacht und hat festgestellt, dass das, was die Sozialdemokraten machen, doch eigentlich gar nicht so schlecht ist!

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Zumindest geben sich hier alle Mühe, sich das ans Revers zu heften!

(A) Was das Drehbuch angeht: Texte, die man gelesen hat, hat man noch lange nicht selbst geschrieben. Zu dieser Fähigkeit gehört noch ein bisschen mehr. Das gilt dann übrigens auch für Frau Linnert, das mit dem Rechnen ist auch nicht ganz so gut. Ich weiß, dass es schwierig ist. Im Jahr 2002 und 2003 werden wir Euro ausgeben, und wir haben auch den Haushalt so aufgestellt. Wer hier aber behauptet, dass wir einen Kanzlerbrief haben, der uns zusichert oder wo wir davon ausgehen, dass wir eine Milliarde Euro bekommen, der liegt ein bisschen falsch!

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das planen Sie ein!)

Der Umrechnungskurs ist nicht eins zu eins! Sie haben hier schlichtweg DM- und Eurobeträge verwechselt, und das ist Ihnen auch mehrmals in Ihrer Rede passiert. Vielleicht sollten Sie Ihr Manuskript daraufhin noch einmal überprüfen, bevor Sie damit in die Öffentlichkeit gehen!

Fragen wir doch einmal, welche Kritik die Grünen denn überhaupt gehabt haben! Sie werfen uns hier globale Minderausgaben vor, oder wir halten nicht unser Sanierungssicherungsgesetz ein. Das ist falsch! Vielleicht sollten Sie das einfach einmal lesen. Im Sanierungssicherungsgesetz steht, dass der Senat gehalten ist, bei der Aufstellung der Haushalte keine globalen Minderausgaben einzustellen.

(B) Ich kann nur feststellen, dass der Senat sich dieses Mal bei der Haushaltsaufstellung auch strikt daran gehalten hat.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Äußerst spitzfindig!)

Das ist nicht äußerst spitzfindig! Wenn Sie hier immer sagen, wir müssen im Interesse der Ressorts, im Interesse der großen Bevölkerung vorsichtig mit den konsumtiven Ausgaben sein, dann werden wir dem doch gerecht, wenn wir sagen, unseren Weg zur Erbringung der für diesen Haushalt noch erforderlichen Mittel bestreiten wir so, indem wir den Ressorts erlauben, an dieser Stelle globale Minderausgaben einzustellen. Wir wollen nämlich nicht gerade mit dem Holzhammer arbeiten und sagen, hier wird etwas weggenommen und dort wird etwas weggenommen, sondern es soll eine aufgabenkritische Durchleuchtung geben.

Wir sind uns sicher, dass wir im Haushaltsvollzug die Mittel, die erforderlich sind, auch werden darstellen können, und es ist doch legitim. Wir haben die Planungsreserve im Haushaltsgesetz stehen. Sie beträgt fünf Prozent, das wissen Sie auch ganz genau, und wenn wir heute verkünden, dass wir davon ein Prozent in Anspruch nehmen wollen, dann ist das ein durchaus legitimes Verfahren, und es ist auch ein sehr transparentes Verfahren. Es eröffnet allen Ressorts die Möglichkeit, im Rahmen des Haus-

haltsvollzugs eigene Schwerpunkte zu setzen, dann auch Schwerpunkte der Parlamentarier in der Umsetzung durch die Deputation. (C)

Natürlich ist es schwierig, und es trifft alle, und es trifft gerade die, die ausgabenstark sind. Dass es natürlich wünschenswert wäre, mehr Mittel für notwendige Maßnahmen im Sozialbereich ausgeben zu können, für mehr Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, ist doch klar. Es gibt aber eine Gesamtverantwortung, und dieser Verantwortung müssen wir uns stellen. Wir haben hier gemeinsam eindeutige Schwerpunkte gesetzt, und die Schwerpunkte in diesen Haushaltsberatungen sind innere Sicherheit, Bildung und Kultur, und wir werden diesen Haushalt auch so fahren.

Es ist einfach falsch zu behaupten, wir würden hier in der Kulturszene etwas zerschlagen wollen. Dieser Topf „betriebswirtschaftlich rentable Maßnahmen“ ist ein Geniestreich, wie Sie sagen, und Recht haben Sie, denn er eröffnet hier die Chance, dass auch in diesen Bereichen sehr genau geschaut wird, wofür wir das Geld ausgeben und wie wir Möglichkeiten generieren, um zukünftig mehr zu machen. Es geht nicht darum, dass wir hier versuchen wollen, die Kultur als einen Wirtschaftsbetrieb zu führen oder sich jede Ausgabe wirtschaftlich rechnen muss, und das wissen Sie ganz genau. Dieser Topf ist so aufgebaut, dass sich die Ausgaben, die man dort tätigt, diese zusätzlichen Ausgaben für Umsteuerungsmaßnahmen, selbstverständlich rechnen müssen. Das ist doch wohl klar, sonst könnten wir sie ja nicht für diesen Topf zur Verfügung stellen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Ihre Kritik an unserem Haushalt erstreckt sich dann darauf, dass Sie als Beispiel den Haushalt der ZGF anführen. Frau Linnert, das ist schlichtweg falsch! Richtig ist, dass wir die Ansätze erhöht haben, aber falsch ist, dass dies ein Ausdruck dafür sein sollte, dass die Frauen hier die Leidtragenden der Haushaltspolitik sind. Richtig ist vielmehr, dass hier schlicht und einfach ein Fehler bei der Anmeldung der Haushaltsbedarfe entstanden ist, und zwar durch die ZGF selbst, und diesen Fehler haben wir geheilt.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, Quatsch!)

Das ist kein Quatsch! Setzen Sie sich damit auseinander, Frau Stahmann, dann werden Sie das vielleicht auch begreifen!

Eines haben die Grünen hier aber bis heute nicht begriffen: Wir kommen aus unserer Haushaltsnotlage nur heraus, wenn es uns gelingt, das strukturelle Defizit zu überwinden. Dieses strukturelle Defizit überwinden wir durch zusätzliche Einnahmen, die wir generieren, und das erfolgt durch eine Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft und durch

(A) eine Senkung der konsumtiven Ausgaben. Ihre Kürzungsvorschläge bei den investiven Ausgaben sind kein Beitrag zur Überwindung unserer Haushaltsnotlage.

Was Technologie angeht, ich weiß nicht! Technologie ist ein Riesenbestandteil. Das ganze Investitions-sonderprogramm hat eine sehr große Komponente Technologieförderung, Förderung des Wissenschaftsstandorts. Die Grünen aber machen Strukturpolitik, das kann man an den Anträgen sehen, indem sie als Erstes vorschlagen, bei der Technologieförderung eine Million DM wegzunehmen. Nun wissen wir, wir brauchen einen strukturellen Wandel. Wo schaufeln wir das Geld hin? In die Landwirtschaft! Die Landwirtschaft, und auch das sei hier gesagt, falls sich jemand wundert, gibt es tatsächlich in Bremen. Der gesamte Bereich Landwirtschaft und Fischerei macht aber, was die Beschäftigten angeht, ein Prozent aus, und Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass das eine Wirtschaftspolitik ist, die uns hier voranbringt!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

(B) Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Schrörs, Sie haben sich heute wieder als ein Meister des Holzschnitts erwiesen und schnitzen immer weiter an dem Bild der guten investiven Ausgaben und der bösen konsumtiven Ausgaben. Mir wäre es lieber, Sie würden sich einmal ein bisschen in die filigrane Ebene begeben und ein bisschen genauer arbeiten.

Schauen wir uns einmal an, was Sie hier so locker sagen: Konsumtive Ausgaben sind eigentlich schädlich. Die bösen Sozialdemokraten haben früher das Geld zum Fenster hinausgeworfen, und heute machen die Grünen das. Schauen wir uns das doch einmal an, Herr Kollege Schrörs!

Wenn das Land Bremen, was Ihre Bildungspolitiker mit Sicherheit auch fordern, einen finanziellen Schwerpunkt bei der Förderung von kleinen Kindern setzt, die gerade in die Schule kommen, also in die Grundschule, damit sie besser ausgebildet sind, als heute die Pisa-Studie darstellt, diese jungen Menschen später, wenn sie älter werden, eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben und zugleich die vielen Kinder aus Migrantenfamilien ebenfalls besser ausgebildet werden und eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, dann haben wir später erstens im ganzen Bereich der Zuwanderung eine ganze Menge Geld gespart, und zweitens haben wir Menschen, die Arbeit haben und Steuern bezahlen und nicht von Sozialhilfe leben müssen oder gar noch Gerichts- und Gefängniskosten verursachen. Das haben wir

-----

\*) Vom Redner nicht überprüft.

auch alles. Das rechnet sich, rechtzeitig gute Ausbildung zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb sagen wir, das ist zwar haushaltsrechtlich konsumtiv, ist aber in Wirklichkeit eine Investition in die Zukunft dieses Landes.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Umgekehrt ist nicht jede Investition, die wir machen, nur weil sie eine Investition ist, gut und bringt dem Land viel Geld. Die meisten Investitionen haben ja etwas mit Bauen zu tun. Schauen Sie sich einmal im Baugewerbe um, und schauen Sie sich einmal an, woher die Firmen kommen, die die Aufträge bekommen, woher die Arbeitskräfte kommen und was davon in Bremen hier übrig bleibt!

(Abg. T e i s e r [CDU]: Zech!)

Lassen wir das einmal beiseite! Das ist ein dunkles Kapitel, das wir wahrscheinlich an anderer Stelle noch einmal genauer nacharbeiten müssen, Herr Kollege!

(Zuruf der Abg. Frau S t r i e z e l [CDU])

(D) Fragen Sie doch einmal bei Ihren eigenen Mitgliedern der Baudeputation nach, was Sie da vertreten, Frau Dreyer. Ich glaube, das ist hier nicht die Kernfrage.

Wenn jetzt eine Investition gemacht wird, bleiben wir doch bei dieser Trainingspferderebahn in der Arberger Marsch, weil das so ein wunderschönes Beispiel ist! Was kommt an Arbeitskräften für Bremen herüber? Sie haben selbst ausgerechnet, dass es bei dieser Trainingsrennbahn nicht mehr als maximal 20 Arbeitsplätze zusätzlich geben wird. Was kommt an Steuereinnahmen zusätzlich für Bremen herein, dass hier einige Leute vielleicht zusätzlich Pferde trainieren? Nichts! Was kommt an Tourismusgewinn herein? Dabei in Wirklichkeit nichts! Was ist an dieser Investition gut, außer dass sie vielleicht den Ehrgeiz bestimmter, nicht unwichtiger Personen in dieser Stadt befriedigt? Nichts, Herr Kollege Schrörs!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Also ist es doch richtig, was der Fraktionsvorsitzende der SPD seit Jahren fordert, alles muss auf den Prüfstand im Investitions-sonderprogramm. Dass Sie das nicht tun, weil Sie immer noch, Herr Kollege Schrörs, das Bild an die Wand malen, Investitionen, egal wofür, sind etwas Tolles, und eben nicht die Feinarbeit machen, verhindert, glaube ich, tatsäch-

(A) lich eine moderne Sichtweise auf die Haushaltsentwicklung.

Meine Damen und Herren, wir, und das ist, glaube ich, auch aus unseren Anträgen klar geworden, wenden uns doch nicht gegen eine ordentliche Investitionsquote, und eine Investitionsquote von 15 bis 16 Prozent in den Haushalten ist gut, wenn sie richtig eingesetzt wird, wie zum Beispiel bei Reparaturen in den Schulen, in den Kindergärten, bei Sportplätzen, Anbauten, Umbauten oder Modernisierung von Inventar in den Hochschulen. Das ist alles in die Zukunft investiert und sichert Arbeitsplätze im Land Bremen, weil dafür natürlich die mittelständischen Unternehmen und das Handwerk hier vor Ort eingesetzt werden, das ist doch okay. Wir sind sehr dafür, dies zu steigern und nicht auf die lange Bank zu schieben.

Wenn Sie die anderen Investitionen genauer ansehen, sind Sie auch bei dem Geheimnis der Anträge vom Bündnis 90/Die Grünen. Das Geheimnis der Anträge vom Bündnis 90/Die Grünen ist nämlich nicht zu sagen, wir wollen nicht investieren und nur Geld zum Fenster hinauswerfen, sondern wir wollen Geld richtig einsetzen für die Zukunft des Landes. Dies unterscheidet unsere Gedankenwelt, unsere Vorschläge und die Anträge hier von dem, was Sie gesagt haben. Sie können so weiter argumentieren, Herr Kollege Schrörs, nur sind Sie natürlich da angekommen, wo Ihnen das in dieser Stadt keiner mehr glaubt, weil die Menschen selbst ein Interesse daran haben, dass sie in einer lebenswerten Stadt wohnen, zu der Investitionen wie konsumtive Ausgaben in das Wohl unserer sozialen, Bildungs- und kulturellen Einrichtungen gehören.

(B)

Liebe Kollegin Wiedemeyer, ich habe keine Lust, mich hier auf die Rechenspiele mit Euro und D-Mark einzulassen, aber ich bitte Sie, in den von Ihnen so gelobten Finanzplan auf Seite 14 zu schauen. Dort stehen die Ansprüche Bremens an den Bund, kumuliert bis zum Jahr 2005, und dann kommen wir auf die Eurosumme, die die Kollegin Linnert hier dargestellt hat. Ich glaube, im Übrigen hilft uns diese Art der Aufrechnung nicht sehr viel weiter.

Ein letzter Satz zu der Frage der Zukunft! Sind diese Haushalte zukunftsfähig oder nicht, wenn und weil Sie davon ausgehen, dass im Jahr 2005 ein verfassungskonformer Haushalt aufgestellt wird? Davon auszugehen, sich das vorzunehmen, ist doch vollkommen in Ordnung, Herr Kollege Schrörs, dem werden wir gar nicht widersprechen, aber heute schon einschätzen zu können, dass das Ziel höchstwahrscheinlich nicht erreicht werden kann, und nicht nur aufgrund der wirtschaftlichen Lage, sondern wegen Ihrer eigenen Vorgaben, das muss man schon sagen, und ich komme dann noch auf den Finanzplan zurück!

Dieser Finanzplan, Frau Kollegin Wiedemeyer, den Sie eben so gelobt haben, enthält all das nicht, was Sie heute Abend beschließen werden. Die Mit-

tel für Kultur, für die Schulen, Heizöl, Wasser und so weiter, das alles steht nicht im Finanzplan. Das heißt, dass in den Jahren 2004 und 2005 natürlich die unabweisbaren Bedarfe in den Bereichen, nämlich um eine Schule zu heizen, um Kultureinrichtungen am Leben zu erhalten, alle wieder auf den Tisch kommen. Es ist doch kein Wunder, dass der Senat das jetzt nicht gemacht hat. Es hätte doch ein Hauen und Schlagen, Stechen und Würgen zwischen den Koalitionsfraktionen gegeben, wer welches Geld in den Finanzplan eingestellt bekommt.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist doch der wirkliche Grund, warum das nicht gemacht worden ist, weil Sie sich das nicht mehr antun wollten und sagen, nach der nächsten Wahl schauen wir uns das alles wieder in Ruhe an, und dann steht das natürlich alles auf der Tagesordnung, einschließlich der Frage, wer mit wem. Es ist ja toll, Herr Schrörs, dass Sie heute die SPD wieder dringend an die Fortführung der großen Koalition erinnern möchten. Es ist ja schön, dass Sie sagen, es ist Ihre Politik, der die SPD hinterherläuft, und Frau Wiedemeyer sagt, es ist schön, dass die CDU unserer Politik hinterherläuft. Was Sie damit eigentlich nur sagen wollen, ist, unsere Politiken sind gar nicht mehr unterscheidbar, wir sind eins. Weil das auch nach außen so erscheint, weil Sie das hier so darstellen wollen, meine Damen und Herren, ist es ganz richtig, dass es dazu eine ordentliche, präzise und nach außen auch darstellbare Alternative gibt, und das sind die Vorschläge, die wir für den Haushalt machen, das ist die Politik der Grünen.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Perschau.

**Bürgermeister Perschau:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe auf Ihr Einverständnis, wenn ich auf die Kumulation von Abwegigkeiten von unserem DVU-Abgeordneten nicht eingehe.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es wird Sie darüber hinaus möglicherweise nicht erstaunen, dass ich die Beiträge der Regierungsfractionen voll unterstreiche. Ich beziehe da auch gern, lieber Herr Mützelburg, Ihren ersten Beitrag ein, den zweiten weniger, ich komme nachher darauf zurück und auch auf die Alternativvorschläge der Grünen.

Lassen Sie mich ein paar Hinweise zum Haushalt geben, weil das vielleicht nicht ganz unerheblich ist! Den einen oder anderen Fachmann wird es erstaunt haben, dass wir dieses Mal in den Haushaltsberatungen relativ wenig Streit nach außen getragen ha-

(A) ben, obgleich dies ein Haushalt in einer ganz besonders schwierigen Zeit ist. Es zeigt sich dabei, dass der Ansatz, den wir bereits vor einigen Jahren verändert haben, richtig ist, nämlich eine Dezentralisierung der Ressourcenverantwortung vorzunehmen und Budgets, Eckwerte für die Ressorts zu schaffen und damit die Eigenverantwortlichkeit der Ressorts in ganz erheblichem Umfang zu stärken.

Diese Eigenverantwortlichkeit der Ressorts für ihre eigenen Haushalte hat auch dazu geführt, dass wir von den einzelnen Ressorts sehr maßvolle Anträge auf Haushaltsverstärkungsmittel vorgelegt bekommen haben. Wir haben diesen Haushalt jetzt zum zweiten Mal für einen Doppelhaushalt als Produktgruppenhaushalt vorgelegt und befinden uns auf dem Weg in die doppelte Buchführung und damit natürlich auch in das normale kaufmännische Rechnungswesen. Wir befinden uns auch auf dem Weg, unsere Verwaltungsbeamten in Verwaltungskaufleute zu transformieren und in diesen Prozess einzubringen, für einzelne Maßnahmen die wirtschaftliche Plausibilität unseres Handelns und unserer Dienstleistungen zu überprüfen und sie durch unsere Controllingberichte von Ihnen allen überprüfen zu lassen. Das ist ein ganz außerordentlich wichtiger Punkt. Ich denke, dass wir durch das unterjährige Controlling, sowohl was die Haushaltsstrukturdaten, aber auch im Grunde das Personalcontrolling und Personalmanagement angeht, den Abgeordneten eine Transparenz für ihre eigene Kontrolle liefern, die sie noch nie gehabt haben und die andere Länder möglicherweise für ihre Landtage auch gern hätten.

(B) Das Parlament als Haushaltsgesetzgeber hat sich durch ein Sanierungssicherstellungsgesetz selbst Grenzen gesetzt. Die Anträge der Regierungsfractionen bleiben im Rahmen des Sanierungssicherstellungsgesetzes, und dafür sage ich als zuständiger Fachsenator für Finanzen, herzlichen Dank! Das kann man zwar als Selbstverständlichkeit begreifen, aber die Anträge der Grünen zeigen ja, dass es keine Selbstverständlichkeit ist.

Es ist natürlich so, dass wir in diesem Doppelhaushalt gemeinsam Schwerpunkte gesetzt haben. Sie sind hier dargestellt worden und beziehen sich auf die innere Sicherheit, Bildung und Kultur und Sport. Da hier auch wieder einiges zu Pisa gesagt worden ist, möchte ich nur das unterstreichen, was angedeutet worden ist: Es ist der schlichteste und einfachste Ansatz von Haushaltspolitik, wenn irgendwo ein Problem entsteht, die Mittel dafür zu erhöhen, weil es einen von der Verantwortung entbindet, sich möglicherweise um strukturelle Fehler oder Probleme zu kümmern. Wenn ich mir heute die Schulsituation und das Ergebnis des Pisa-Gutachtens anschau, dann gibt es die Probleme weniger im materiellen Bereich, sondern wohl eher im strukturellen Bereich.

(Beifall bei der CDU)

Ein Teil der Probleme wird sich lösen lassen, wenn man bestimmte Strukturen verändert. Ich will jetzt nicht zu intensiv auf dieses Thema eingehen, weil es uns die nächsten Wochen und Monate beschäftigen wird. Ich bin sehr dankbar für diese Studie, weil sie uns bundesweit zwingt, denn es ist kein spezielles Bremer Problem, die Zukunftsfähigkeit unserer Bildungspolitik, aber möglicherweise auch in der weiteren Folge der Wissenschaftspolitik im Benchmarking im Vergleich zu anderen Ländern zu überprüfen und möglicherweise in der Leistungsorientierung eindeutig zu verbessern.

Wir sind es unseren Kindern schuldig, dass wir die Leistungsorientierung und die Vergleichbarkeit unserer Leistungen im Vergleich der Länder so deutlich und sichtbar machen, dass für alle klar wird, wo wir im Bereich der erworbenen Leistungen bei den Kindern, und von mir aus auch bei den Lehrern und Eltern, stehen. Auch die Eltern müssen wissen, dass sie Eigenverantwortung für die Bildung ihrer Kinder tragen und dies nicht nur auf die Schule oder die Politik abschieben können. Das heißt, wir werden in diesem Bereich sehr komplexe Fragestellungen zu untersuchen haben. Ich lade Sie alle herzlich dazu ein, und mein Kollege Lemke sicherlich auch.

Hier ist eine Diskussion über die Frage der Investitionshöhe und der konsumtiven Ausgaben geführt worden. Meine Damen und Herren, wenn sich Frau Linnert an den ersten Beitrag von Herrn Mützelburg gehalten hätte, dann würde ich das etwas zurückhaltender formulieren. Was aber Frau Linnert hier vorgetragen hat, ist schlicht unseriös und in der Finanzierung abenteuerlich und abwegig.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Was?)

Unser Hauptproblem, das wir haben und weshalb wir ein Haushaltsnotlageland sind, liebe Frau Linnert, ist der Sachverhalt, dass wir nach wie vor in dem Zwang stehen, laufende Ausgaben – wir nennen das im Fachbegriff konsumtive Ausgaben – über Kredite zu finanzieren. Davon wollen wir herunter. Das heißt, wir müssen, wenn wir die Sanierung erreichen wollen, eine Situation herstellen, in der wir laufende Ausgaben nicht mehr kreditär finanzieren. Das wissen Sie genauso gut wie ich, und das weiß auch Herr Mützelburg. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Jetzt kann ich sozusagen außerhalb des geltenden Haushaltsrechts und des Grundgesetzes philosophische Betrachtungen darüber anstellen, was alles außerhalb der haushaltsrechtlichen Definitionen noch Investitionen in die Zukunft sein können. Das ist alles so falsch wie richtig. Auch diese Debatte haben wir sozusagen wie tibetanische Gebetsmühlen immer wieder ohne ein vernünftiges Ergebnis geführt.

Das Problem ist, dass der Gradmesser des Bundes – rotgrüne Regierung – ist, dass wir bei den kon-

(C)

(D)

(A) sumtiven Ausgaben im Jahr 2005 so weit sind, sie nicht mehr über Kredite finanzieren zu müssen. Nun ist die Koalition wegen des 11. September 2001, wegen der Probleme in der Bildungspolitik und einer Reihe von Problemen im Kulturbereich bis an die Grenze dessen gegangen, was wir überhaupt konsumtiv noch ausgeben können, um die Chance zu haben, im Jahr 2005 einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen.

Nun kommen Sie und sagen, wir lösen das Problem, und das sagen Sie in den Haushaltsberatungen, indem wir die konsumtiven Ausgaben nicht senken, sondern drastisch erhöhen. Wodurch wollen wir sie erhöhen? Wir wollen sie dadurch erhöhen, indem wir die Investitionen senken. Da wir aber aus Ihrer Mitregierungszeit und davor einen Investitionsrückstau von sechs Milliarden DM vor uns hertragen, von dem wir bisher etwa eine Milliarde DM abgetragen und noch fünf Milliarden DM vor uns haben, raten Sie uns in dieser Situation, wir sollten die konsumtiven Ausgaben erhöhen und dafür die Investitionen senken. Das ist aberwitzig!

(Beifall bei der CDU)

Unseren Haushalt bekommen wir nur in Ordnung, wenn wir unsere laufenden Ausgaben durch Aufgabenkritik, Reformen und viele Ansätze, die wir gemeinsam verwirklichen, kontrollieren und straffen, um Synergien zu erzeugen und um natürlich auch die Wirtschaftlichkeit unserer Dienstleistungen stärker zu erhöhen. Das tun wir mit Softwaremaßnahmen mit neuen Systemen in vielfältiger Weise. Wir haben davon inzwischen ein gutes Dutzend Preise bekommen für das, was wir im E-Government, in vielen Bereichen im Controlling und auch in der gesamten technologieorientierten Entwicklung machen, in der wir den größten Teil der neuen Arbeitsplätze geschaffen haben.

(B)

Wie erhöhe ich denn die Einnahmen, die wir erhöhen müssen, damit wir unsere Haushalte in der Zukunft nicht nur über Sparpolitik gestalten können? Ich kann doch die Einnahmen nur dadurch erhöhen, indem ich in die Modernisierung, Qualifizierung und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit investiere, damit sich daraus Arbeitsplätze und erhöhte Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes ergeben. Das heißt, wir haben zwar im Moment Gott sei Dank eine überdurchschnittliche Investitionsquote, aber wir haben einen noch überdurchschnittlich höheren Nachholbedarf in Modernisierungs- und Qualifizierungsinvestitionen, in die Infrastruktur und die Sogwirkung der beiden Städte Bremen und Bremerhaven. Deshalb ist Ihr Politikansatz exakt das Gegenteil von dem, was wir tun müssen, und daran ändert auch der Beitrag von Herrn Mützelburg nichts.

Meine Damen und Herren, wir haben uns natürlich auch eine Reihe von Zahlen zu vergegenwärtigen, an denen wir nicht ganz vorbeikommen und

die auch die Opposition lieber gar nicht erwähnt hat. Wir machen diesen Doppelhaushalt in eine Situation hinein, in der uns vom Bund die Sanierungsbeiträge Jahr für Jahr gekürzt werden. Wir werden im Jahr 2002 exakt 600 Millionen DM und im Jahr 2003 800 Millionen DM weniger Sanierungsbeiträge vom Bund bekommen. Diese 600 Millionen und später 800 Millionen DM sind zusammen 1,4 Milliarden DM, die wir in diesem Doppelhaushalt vom Bund weniger bekommen, als wir es in früheren Haushalten hatten. Wenn ich dies wegstecken will und gleichzeitig Ihre Wünsche an Dienstleistungsqualität, Bildungsqualität, innerer Sicherheit, Justiz und in vielen anderen Bereichen bedienen will und dies dann ohne Verschuldung tun soll, dann müssen Sie mir auch die Frage beantworten, wie das funktionieren soll.

(C)

Wenn ich mich bei dieser Summe reduzierter Sanierungsbeiträge nicht verschulden will, dann müsste ich noch viel brutaler an der Sparschraube drehen und im Grunde genommen noch mehr in Investitionen umschichten, um zusätzliches Wachstum und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist geradezu absurd, was Sie hier als Konzept vorlegen.

Ich hatte eigentlich erwartet, und das will ich in aller Offenheit sagen, dass die Opposition, wenn sie sich schon so nennt und sich auch diese Rolle zu Eigen macht – das haben Sie ja bewusst getan –, dann zumindest Alternativen vorlegt, mit denen wir die Ziele, die Bund und Länder uns mit ihren Zuweisungen vorgeben, auch wirklich erreichen können. Sie haben das Gegenteil vorgelegt, und deshalb wird uns das natürlich auch nicht weiterbringen.

(D)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben doch überhaupt nicht gesagt, dass es keine Kreditaufnahme geben soll!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich vor diesem Hintergrund ein paar Worte zu Bremerhaven sagen! So wie viele Entwicklungen in Bremerhaven in den letzten Jahren gelaufen sind, sowohl was die Einwohnerentwicklung, die Arbeitsplatzentwicklung und die Sogwirkung der Stadt angeht, so schwierig ist derzeit die Lage in Bremerhaven. Ich sage das völlig ohne jede Parteipolitik. Gerade weil das so ist, wird auch in Zukunft unser Sanierungserfolg in Bremerhaven der Gradmesser für unseren gesamten Sanierungserfolg bleiben. Weil das so ist und viele Dinge nicht nur ein rein materielles Problem sind, kann ich es nur sehr schwer nachvollziehen, und ich sage das in aller Deutlichkeit und Klarheit, dass in der Frage der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs die Kraft nicht da war, über bestimmte Hürden zu denken und zu springen,

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Das sagen Sie aber erst einmal Herrn Teiser!)

(A) und der Mut nicht da war, eine Entscheidung zu treffen, die der Identität der Bremerhavener, ihrer eigenen heimatbewussten und selbstbewussten Eigenverantwortung gerecht geworden wäre, nämlich eine Übertragung der hoheitlichen Flächen in die Hoheit Bremerhavens. Das hat nicht geklappt und ist irgendwo leise weinend vom Verhandlungstisch verschwunden. Ich bedauere das außerordentlich und denke, dass wir an dieses Problem wieder herangehen müssen, denn es wird natürlich im psychologischen Bereich sehr wohl Probleme lösen können. Der Verzicht auf diese Lösung wird das Thema nicht erleichtern.

Wir haben aber in Bremerhaven große Erfolge in der Hafenwirtschaft und im Containerumschlag. Wir haben beachtliche Erfolge in der Entwicklung des Fischereihafens und im Lebensmittelbereich, und wir werden an diese Erfolge anknüpfen müssen. Wir werden uns den Fragen der Einwohnersituation in besonderer Weise stellen müssen. Ich denke, dass hier die kommunalpolitische Verantwortung Bremerhavens und unsere landespolitische Verantwortung für Bremerhaven auch in Zukunft in eine gute Koordination gebracht werden müssen. Die Zusammenarbeit hat sich deutlich verbessert, und ich denke, dass wir die Chance haben, auch in Zukunft und mit der exzellenten Finanzausstattung, die dieser Doppelhaushalt für Bremerhaven gewährt, in den nächsten zwei Jahren den Sanierungserfolg für Bremerhaven erheblich zu verbessern.

(B) Meine Damen und Herren, wir haben es ständig damit zu tun, dass wir neue Aufgaben zu lösen haben, neue Aufgaben in vorhandene Haushaltsstrukturen pressen müssen, dass neue Herausforderungen kommen und wir uns hier oder da von alten Leistungen auch eher verabschieden müssen, weil wir nicht alle Probleme additiv lösen können.

Natürlich sitzen die Abgeordneten und die Ressortchefs alle in einem bestimmten Fachsegment der Politik und sind dort spezialisiert. Ich bin auf der einen Seite froh darüber, dass die Gesamtverantwortung für den Haushalt durch das Parlament im Blick gehalten worden ist. Ich sage aber genauso deutlich: Wir sind an der absoluten Grenze unserer Ausgabenpolitik, wenn wir das Sanierungsziel erreichen wollen. Die guten Argumente, die jetzt additiv immer noch wieder neu angefügt werden können, um zusätzliches Geld auszugeben, werden uns in gleichem Umfang von der Lösung unseres Problems, nämlich der Erreichung des Sanierungsziels im Jahre 2005, entfernen. Ich weiß nicht, ob es das Ziel der Grünen war, die Auswirkung ihrer Anträge ist es.

Deshalb ist es eigentlich nur meine Bitte, dass Sie wissen, dass wir gemeinsam wissen, wie schwer der Weg ist, den wir noch vor uns haben, und dies ist auch ein langer Weg. Wir werden diesen Weg nur mit einer großen Ausgabendisziplin gehen können. Wir werden ihn auch nur gehen können, wenn wir mit unseren Mitteln sparsam und klug umgehen und

indem wir alles das, was wir mobilisieren können, in die Schaffung von Arbeitsplätzen, in die Erhöhung unserer Einwohnerzahlen und in die Sogwirkung unserer Standorte investieren. Wir sind dabei, dies zu tun. Ich bedanke mich beim Parlament insbesondere für die Einhaltung des Sanierungssicherungsgesetzes. Ich bin ganz sicher, dass wir mit diesem Doppelhaushalt auf dem richtigen Weg sind und für die nächsten zwei Jahre eine gute Perspektive für die Entwicklung von Bremen und Bremerhaven geschaffen haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Meine Damen und Herren, zur Orientierung: Wir sind noch beim ersten Bereich Generaldebatte und werfen jetzt den Blick auf Bremerhaven.

Das Wort erhält der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Perschau hat auf die Entwicklung Bremerhavens hingewiesen und diese Runde der Finanzdiskussion eingeleitet. Herr Böhrnsen hat auch darauf hingewiesen, dass sich in Bremerhaven etwas bewegt hat. Die Innenstadt wurde tatsächlich aufpoliert, wir haben ein neues Hightech-Zentrum, ein I-und-K-Zentrum und ein Call-Center sind im Bau, und der Hafen entwickelt sich auch. Das sehen wir natürlich auch. Ich hoffe, ich habe bei diesen Maßnahmen nichts vergessen. Das ist okay!

Das ist aber ein Stück Infrastruktur, meine Damen und Herren, und ich frage Sie, wo bleiben die Köpfe! Wir haben sechs Jahre Politik der großen Koalition, und wir haben den größten Einwohnerverlust in Bremerhaven seit der Entstehung dieser Stadt, meine Damen und Herren! Minus 2000 Einwohner pro Jahr! Wenn Sie so weitermachen, haben wir demnächst 4000 Einwohner pro Jahr an Verlust zu melden. Ich denke, das ist keine Erfolgsmeldung!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Eckhoff [CDU]: Das ist fast so schnell, wie die Grünen ihre Mitglieder verlieren in Bremerhaven!)

Dies ist noch überproportional dazu!

Wir haben die größten Wohnungsleerstände seit der Geschichte dieser Stadt, meine Damen und Herren. Herr Senator Perschau hat es angedeutet: Der Sanierungsbeitrag des gesamten Bundeslandes Bremen wird durch die Entwicklung Bremerhavens gefährdet. Wir haben sechs Jahre Politik der großen Koalition, und jedes Jahr bekommen wir in der Wirtschaftsdeputation eine Anmeldung des Senats für

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) GRW-Förderung, und sie ist immer gleich schlecht für die Entwicklung Bremerhavens.

Die aktuelle GRW-Förderung muss man sich einmal ansehen. Die Anmeldung der GRW zum einunddreißigsten Rahmenplan ist sehr aufschlussreich. Das sind Daten des Senats, also keine Mäkelei der Grünen, meine Damen und Herren! Darin wird darauf hingewiesen, dass das strukturelle Defizit in Bremerhaven nach wie vor katastrophal ist, dass die Dienstleistungsentwicklung weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt, dass die Arbeitslosigkeit, das ist bekannt, auch Rekordniveau erreicht hat, besonders bei den Frauen die Arbeitslosigkeit enorm gestiegen ist. Das ist doch kein Fortschritt für die Politik der großen Koalition. Das werden Sie doch nicht bestreiten können, Frau Lemke!

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:  
Natürlich bestreite ich das!)

Dann lesen Sie doch einmal die GRW-Anmeldung! Das sind doch nicht unsere Zahlen, das sind die Zahlen des Senats! Bitte sehr: Bremerhaven gehört im Fazit zu den sozioökonomischen Brennpunkten dieser Republik. Auch das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen! In Bremerhaven bricht genau das weg.

- (B) Das ist doch überhaupt das Problem der strukturellen Schwäche, dass immer mehr Menschen, immer mehr Einwohner diese Stadt verlassen. Daraus resultiert natürlich eine katastrophale Haushaltslage der Stadt Bremerhaven in sich selbst. Der Baudezernent der Stadt Bremerhaven hat angesichts dieser katastrophalen Lage – „Katastrophe“ stammt nicht von mir, das ist aus den Magistratsvorlagen der Stadt zitiert – vorgeschlagen, die Stadtbeleuchtung einzustellen. Meine Damen und Herren, stellen Sie sich das vor: Bremerhaven, die dunkle Stadt am Meer! Was für ein Imagefaktor!

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Ich sage Ihnen aber, die Verdunklung kann die Probleme der Stadt Bremerhaven nicht lösen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bremerhaven braucht Einwohner, Standortfaktoren, die die Menschen an dem Standort halten und die Finanzkraft und die Steuerkraft an diesem Standort stärken, meine Damen und Herren. Diese Standortfaktoren, das ist eben auch alles noch einmal diskutiert worden, sind natürlich sinnvolle Investitionen, und das sind auch moderne Arbeitsplätze. Das ist ja gar keine Frage, aber ebenso wichtig sind die Investitionen in Kultur, Bildung und in das Gesundheitswesen, denn da liegt doch die Zukunft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das sind zwar weiche Standortfaktoren, aber das ist harte Standortpolitik. Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen einmal eine neue Vergleichsstudie vorstellen, die die „Hörzu“, eine große Illustrierte der Republik, angestellt hat. Sie reden ja immer so gern von Benchmarking. Dieses Benchmarking ist ein harter Standortfaktor. Im Bereich der Kultur liegt Bremerhaven von 83 vergleichbaren Städten auf Rang 79. Ich definiere das als unteres Ende, meine Damen und Herren! Beim Thema Wohnen bekommt Bremerhaven 62 Punkte von 83, auch das ist kein vorderer Listenplatz, auch beim Thema der inneren Sicherheit liegt Bremerhaven auf Platz 82 von 83. Wie würden Sie das definieren? Ich würde auch sagen, ziemlich unteres Ende, meine Damen und Herren. Das ist kein Menetekel der Grünen, das ist harte Standortpolitik!

(C)

Jetzt zu den Lösungen: Zirka 63 Prozent der Einnahmen der Stadt sind Einnahmen aus dem Landeshaushalt. Von daher hat auch das Land natürlich die Verantwortung dafür, die Strukturentwicklung in Bremerhaven voranzutreiben. Wir sagen, bisher ist ein Großteil dieser Maßnahmen in harte Wirtschaftsförderungsmaßnahmen geflossen, aber das reicht natürlich nicht aus. Weiche Standortfaktoren, von denen ich eben gesprochen habe, wurden für Bremerhaven bisher überhaupt nicht in der Landespolitik berücksichtigt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Beim Thema der Neubürgeragentur in der letzten Bürgerschaftsdebatte hat Frau Dr. Trüpel ja zu Recht darauf hingewiesen, welchen Stellenwert eigentlich diese Neubürgeragentur in Bremerhaven bei der Politik des Senats hat, nämlich gar keinen. Deswegen haben wir jetzt einen qualitativen Antrag gestellt, nämlich den Antrag, 24 Millionen Euro als Sonderprogramm für die Verbesserung der Lebensqualität und das Standortmarketing für die Seestadt Bremerhaven bereitzustellen. Ich fordere Sie auf, diesem sinnvollen Antrag auch wirklich zuzustimmen und Ihrer Verantwortung gerecht zu werden!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen die konsumtiven Ausgaben des Stadthaushalts – die haben wir so über den Daumen gerechnet – um drei Prozent erhöhen, um wenigstens die Pflichtaufgaben dieser Stadt zu erfüllen, um einen Imageschaden abzuwenden und Qualitätsverbesserungen zu erreichen. Zu dem Aufschrei der Ressorts: Sie müssen sich einmal die Magistratsvorlagen durchlesen, es ist wirklich eine Katastrophe, wie hier aufgeschrieben wird, dass selbst Pflichtaufgaben in Zukunft nicht mehr erfüllt werden können. Vor allem: Wenn man das nicht mehr kann, kann man auch keine imageverstärkenden Werbemaßnahmen einleiten, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Wir wollen dieses Geld global zur Verfügung stellen, und die Stadt Bremerhaven soll die Feinverteilung dieser Gelder vornehmen, aber die Zielbereiche liegen klar vor Augen: Es sollen sein Schulsanierung, Verbesserung der verlässlichen Grundschule und die Erhöhung von Ganztagsangeboten.

(Abg. Frau J a n s e n [SPD]: Hier ist der Landtag!)

Das ist die Verantwortung des Landes, Frau Jansen, aber Sie werden das wahrscheinlich nicht mehr begreifen! Das ist doch die ständige Blockadepolitik gegen die Entwicklung Bremerhavens. Das kann man doch nicht mehr akzeptieren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Weitere Gelder sollen fließen in die Entwicklung von Stadtbibliotheken, Jugendmusikschulen, Volkshochschulen und so weiter, die wirklich am unteren Ende der Fahnenstange dahingevegetieren. Es werden Freizeitheime in Bremerhaven geschlossen, ohne dass hierfür Ersatz geschaffen wird. Auch dafür sollen die Gelder bereitgestellt werden, meine Damen und Herren. Sie müssen erst diese Strukturen verbessern und dann das Standortmarketing einleiten.

(B) Auch zum investiven Bereich möchte ich noch einiges sagen! Wir sprechen hier, und das möchte ich Ihnen auch noch einmal deutlich machen, nicht von einer Investitionsquote von 17,8 Prozent wie in Bremen, die ja zu hoch ist. Wir haben hier in Bremerhaven eine Investitionsquote von neun Prozent. Das zeigt schon einmal, welche Kluft auch bei den Investitionen zwischen den beiden Städten vorhanden ist.

Zu der Förderung Ihrer Großprojekte haben wir bereits in den vergangenen Debatten einiges gesagt, welche Verzögerungen durch die Katastrophe der Köllmann-Pleite eingetreten sind. Nun haben Sie neue Projekte aufgelegt, zum Beispiel das Klimahaus. Auch diese Projekte verzögern sich.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Wo ist denn Ihr Gondel-Projekt?)

Wenn Sie aber, meine Damen und Herren, noch nicht einmal in der Lage sind, solche mittleren Projekte zu realisieren, dann haben wir gedacht, dass Sie wenigstens im touristischen Teil kleinteilige Projekte voranbringen können, die ihren Sinn für die Entwicklung Bremerhavens haben. Da war genannt der maritime Trail. Für uns ist es unverständlich, warum es keine Gelder im Haushalt gibt, zum Beispiel den Hafen als Erlebnisbereich in die touristische Attraktion einzubeziehen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

wobei doch klar ist, dass die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft plant, eine Aussichtsplattform im Hafengebiet zu errichten, und dafür private Gelder zur Verfügung stellt, aber im Haushalt keine öffentlichen Komplementärmittel dafür zur Verfügung gestellt werden sollen. Das verstehen wir nicht unter Public private partnership, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Entwicklung auch im alten und neuen Hafengebiet kommt also nicht voran, und das Hauptproblem dabei ist doch, dass zum Beispiel diese Projekte, weil sie sich verzögern, nicht mehr in die Marketingkonzeption einbezogen werden können, für die jetzt ja 20 Millionen DM zusätzlich für die Vermarktung touristischer Attraktionen im Bundesland Bremen bereitgestellt werden, meine Damen und Herren. Diese Projekte werden in dieser Konzeption einfach fehlen, weil sie nicht da sind, und das hemmt die Entwicklung in Bremerhaven.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Ausgaben für F und E sind auf dem gleichen Stand wie vorher. Da hat sich nicht viel getan. Die Entwicklung des Logistikstandortes Bremerhaven ist ebenfalls nicht weiter vorangebracht worden, nicht im Haushalt stehen die Wettbewerbshilfen. Herr Böhrnsen hat auf die Wichtigkeit der Werften hingewiesen, Sie haben keinen Anschlag in den Haushalt eingestellt. Das ist die Politik, die Sie bisher im Haushalt vorlegen für die Entwicklung Bremerhavens. Wir vermissen in diesem Theaterstück, Herr Böhrnsen, den versprochenen Schwerpunkt für Bremerhaven, jedenfalls ist er in diesem Haushalt nicht zu finden. Wir hoffen, dass das inszenierte Theaterstück für die Entwicklung Bremerhavens nicht zur Märchenstunde verkommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Töpfer.

Abg. **Töpfer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als wir die letzte Debatte über das Investitionssonderprogramm und die 25 Prozent hatten, die in der Koalitionsvereinbarung für arbeitsplatz- und steuerkraftstärkende Maßnahmen in Bremerhaven festgeschrieben sind, habe ich zu Herrn Schramm MM gesagt. Ich will das heute nicht wiederholen, weil ich mich für den Ausdruck „Mäkelmanni“ entschuldigt habe, aber Ihr Beitrag war doch nicht so, als wenn Sie als Botschafter von Bremerhaven hier auftreten würden!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(C)

(D)

- (A) Sie haben die Stadt so mies geredet wie schon lange nicht mehr. Wir führen hier auch keine Debatte über Auswertungen in der „Hörzu“. Wer liest denn so ein Blatt überhaupt?

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD)

Wir führen hier eine Debatte über konkrete Politik, über das, was die große Koalition, der Senat, mit unserer Hilfe auf die Beine gestellt hat und noch machen will.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will Ihnen einmal etwas sagen, Frau Stahmann, wahrscheinlich besuchen Sie Bremerhaven viel zu wenig. Schauen Sie sich doch einmal um! Zurzeit ist das eine Riesenbaustelle, und ich liste Ihnen auf, wo überall gebaut wird. 130 Millionen DM für die Innenstadt!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Herr Böhrnsen hat das schon positiv hervorgehoben. Dieser Punkt war das einzig Positive heute in der Debatte von Herrn Schramm, weil er das ja mittlerweile auch gesehen hat und vielleicht auch schon mit seiner Frau dort einkaufen gegangen ist.

- (B) Entwicklung Alter/Neuer Hafen: Herr Schramm, eine Ramme, ein Kran nach dem anderen! Die ganze Ostseite wird zurzeit saniert, 18-Millionen-DM-Baumaßnahme, um das zu schaffen, was wir dort alles verwirklichen wollen!

(Beifall bei der SPD)

Man arbeitet konkret an den Zielsetzungen im Rahmenplan. Am 5. Februar nächsten Jahres kommen die Vorlagen in die Wirtschaftsförderungsausschüsse mit dem Klimahaus, da gibt es zwei Betreiber, mit dem Auswandererprojekt, da gibt es einen Betreiber, die das machen wollen, auch auf eigenes Risiko. Informieren Sie sich einmal, bitte! Dafür müssen wir natürlich die Voraussetzungen schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Die Sportbootschleuse ist wichtig, weil das eine wichtige Infrastrukturmaßnahme für die Marina und für den Wohnungsbau am Neuen Hafen ist. Und was hatten Sie und Frau Dr. Trüpel hier vorgetragen? Gondelprojekt von der Geeste bis wer weiß wohin! Vielleicht können Sie sich daran noch erinnern. Das waren Ihre strukturverbessernden Maßnahmen für Bremerhaven! Unsere sehen anders aus, Herr Schramm!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Die BEAN hat im Haushalt für das nächste Jahr, und das sage ich auch an einige Kollegen bei uns in der Fraktion, weil ich mit denen eine Wette eingegangen bin, 50 bis 90 Millionen DM an Investitionen im Alten und Neuen Hafen zum Aufbau der touristischen Infrastrukturen vorgesehen, und diese Nutzung wollen wir doch! Wir stärken auch nicht nur die Innenstadt, Stichwort Urban 2, damit soll Lehe aufgewertet werden. Wir haben kürzlich das beschlossen, was in Geestemünde mit dem Konrad-Adenauer-Platz und seinem Umfeld passiert. Das ist ja auch eine Stärkung der Nebenzentren.

(C)

Baubeginn CT III a! Das Rammen hört fast jeder in der Stadt, wie da aktiv gearbeitet wird, nur Herr Schramm nicht!

(Heiterkeit bei der SPD)

Insofern will ich das hier auch noch einmal deutlich machen.

Im I- und K-Park ist das Call-Center fertig, die erste Ankerfunktion. Bis zu 400 Arbeitsplätze sollen dort geschaffen werden,

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Hat Herr Schramm gesagt!)

die weitere Ankerfunktion mit dem Telekomgebäude ist im Umbau. Schauen Sie sich das einmal an, Frau Dr. Trüpel! Der Zoo ist eine Riesenbaustelle. Vielleicht sollten Sie sich schon einmal die Käfige anschauen, weil die Affen aus dem Zoo demnächst die Weser mit betrachten können. So weit ist das Projekt schon nach oben fertig! Der Flughafen: eine Baustelle für die Verlängerung der Start- und Landebahn! Das Biotechnologiezentrum: zurzeit eine Baustelle, schauen Sie sich im Fischereihafen um! Das soll 2003 fertig sein.

(D)

Dann haben Sie die Werften angesprochen und moniert, dass keine Ansätze für die Werften im Haushalt stehen. Zurzeit ist Werftenhilfe nicht von der EU erlaubt. Warum sollen wir da Ansätze in den Haushalt einstellen? Dann hätten Sie wieder von Luftnummern gesprochen. Jetzt orientieren wir uns an der Realität. Wir finden es nicht gut, dass die EU-Kommission da nicht vorangekommen ist, Werftenhilfen wieder in Westeuropa zuzulassen. Bitte bemerken Sie nicht, dass es da keine Ansätze im Haushalt gibt!

Ich möchte auch noch einmal etwas zu Chancen sagen! Frau Senatorin Wischer hat kürzlich in Bremerhaven einen interessanten Kongress eröffnet über Möglichkeiten und Perspektiven des Standortes Bremerhaven für die Offshorewindtechnik. Da haben wir ausgezeichnete Voraussetzungen. Wir haben gute Fördermöglichkeiten im Land Bremen. Das sind doch auch Investitionen für die Zukunft. Das sind

- (A) Investitionen, die Arbeitsplätze bringen. Das sind auch Investitionen in die Köpfe von Leuten

(Beifall bei der SPD)

und Investitionen in die Köpfe wie bei der Hochschulerweiterung. Frau Berk ist da ja sehr stark engagiert. Wir hoffen, im Sommer nächsten Jahres eine Entscheidung vom Bund zu bekommen, dass der Hochschulausbau entsprechend durchgeführt werden kann.

Was Sie vergessen haben: Mit dem Doppelhaushalt, mit dem Kapitaldienstfonds machen wir jetzt erste Mittel frei für die Sanierung der Kaiserschleuse und für die Verlängerung im Osthafen zur Stärkung des Automobilumschlagstandortes Bremerhaven. Das sind doch auch wichtige zukunftsichernde Maßnahmen, Herr Kollege Schramm!

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte fortfahren, aber ich habe ja nur noch neun Minuten in dieser Generaldebatte, darum möchte ich zwei Abschlussbemerkungen machen, einmal zu Bürgermeister Perschau und noch einmal zum Kollegen Herrn Schramm.

- (B) Herr Bürgermeister Perschau, Sie haben die Hoheit der Häfen hier angesprochen. Wenn Sie sie hier ansprechen, dann erwarten wir vom Senat auch eine Vorlage zu dem Thema. Ich kenne keine Vorlage des Senats mit dem Ziel, die Häfen in Landeshäfen umzuwandeln oder dass die Häfen in Bremerhaven in die kommunale Hoheit der Stadtgemeinde Bremerhaven übertragen werden sollen. Bitte machen Sie doch den Anlauf, kritisieren Sie das nicht hier im Parlament! Wir sind gespannt darauf, wie Sie die Dinge da vorantreiben. Ich persönlich, das wissen viele hier im Haus, habe lange Jahre darum gekämpft. Ich habe mir oft genug blutige Nasen geholt. Deswegen bin ich gespannt, wie Ihre Nase demnächst dazu aussehen wird, Herr Bürgermeister Perschau!

(Heiterkeit bei der SPD)

Ein Letztes noch zum Kollegen Herrn Schramm: Sie beklagen hier, dass Bremerhaven mit Hilfe des Bundes, des Landes und der EU GRW-Mittel bekommt, also Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe für die regionale Wirtschaftsstruktur. Sollen wir darauf verzichten?

(Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Die Daten sind nun einmal so! Dafür sind ja auch die Hilfen des Bundes und des Landes da. Sie werden flankierend mit eingesetzt, um eben das, was auch Herr Böhrnsen gesagt hat und auch Herr Bür-

germeister Perschau – da bin ich wieder bei Ihnen – gesagt hat, wir müssen noch eine ganze Menge tun, wir müssen Bremerhaven noch massiv helfen. Ich glaube aber, da sind wir uns einig hier im Haus, zumindest die große Koalition, an der Spitze mit der SPD, ist dazu auf einem guten Weg.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Das Wort erhält der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert, mit welcher Blauäugigkeit hier von den Grünen alte Parolen gedroschen werden, obwohl wir in fast jeder Sitzung der Bremischen Bürgerschaft mittlerweile darüber debattieren, wie wir als Land den Strukturwandel Bremerhavens weiter begleiten können. Herr Kollege Schramm, Ihre Rede fing ja ganz erfreulich an, man kann ja schon allein fünf Minuten nur darüber reden, was das Land in Bremerhaven alles positiv entwickelt hat.

(Abg. Frau W i e d e m e y e r [SPD]: Herr Schramm nicht!)

Es gibt ja in Bremerhaven fast kein Projekt, das brummt, ohne dass Gelder des Finanz- und des Wirtschaftssenators dabei sind. Der Kollege Töpfer hat eben schon einige Beispiele genannt.

(Beifall bei der CDU)

Der Fischereihafen brummt. Wir können die Gewerbegebiete gar nicht so schnell erschließen, wie sie wieder vergeben sind. Das ist doch ein Erfolgssignal für Bremerhaven und ein Erfolg dieser großen Koalition und der Flächenpolitik dieser großen Koalition!

(Beifall bei der CDU)

Der Hafen brummt. Der Kollege Töpfer kann leider nicht mehr dabei sein, wenn wir die Planungsmittel und die tatsächlichen Mittel für die weitere Erweiterung des Containerterminals IV beschließen werden, obwohl er, glaube ich, gern dabei wäre, wie er eben gesagt hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Er hat aber in seiner neuen Funktion genug Gelegenheit, das Projekt positiv zu begleiten. Ich freue mich darauf, Herr Töpfer, dass wir das jetzt gemeinsam angehen werden.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Wird sich bei mir nichts ändern!)

-----

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) Mit Ihrer Fraktion und sogar mit Ihrer Unterstützung werden wir auch die Erweiterung um einen Liegeplatz mit CT IV in Bremerhaven auf die Reihe bekommen. Das ist ein Beitrag, Herr Schramm, den wir gegen Sie beschließen werden, aber für die Stadt Bremerhaven und für die Menschen, die dort leben und arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben gesagt, in Bremerhaven wird zu wenig in die weichen Standortfaktoren investiert. Herr Kollege Schramm, ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, mein Eindruck ist, dass wir in der Vergangenheit in Bremerhaven aus Verlegenheit im Verhältnis zu wirtschaftskraftstärkenden harten Investitionen viel zu viel Geld in die weichen Faktoren gesteckt haben. Wir haben das Stadttheater mit Landesmitteln saniert. Ich will gar nicht sagen, wie viel das ist, weil Paul Bodeker als Fraktionsvorsitzender uns in Salamiaktik immer eine Million an die andere gereicht hat, aber wir haben über 40 Millionen DM in das Stadttheater in Bremerhaven gesteckt. Wir stecken über 40 Millionen DM in den Zoo in Bremerhaven. Wir haben das Schaufenster Fischereihafen entwickelt. Wir haben das Theater im Fischereihafen mit laufenden Zuschüssen entwickelt, und da sagen Sie, wir investieren nichts in weiche Standortfaktoren? Wir haben in Bremerhaven so viel Geld in weiche Standortfaktoren investiert, wie wir es in Bremen nicht gemacht haben, lieber Herr Kollege Schramm, und haben versucht, die Sachen zu stärken, die für Bremerhaven wichtig sind. Da können Sie sich doch nicht hier hinstellen und das alles verleugnen!

(B)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD –  
Vizepräsident R a v e n s übernimmt den  
Vorsitz.)

Wenn Sie durch Bremerhaven gehen, laufen Sie jetzt durch eine neu gestaltete Fußgängerzone, gehen in das neu gestaltete Stadttheater, gehen – das kann man hier einmal sagen – in das schönste stadt-historische Museum in Bremerhaven, nämlich das Morgenstern-Museum. So ein schönes Museum leistet sich keine andere Stadt – ich sage das auch den anderen Kollegen –, auch Bremen nicht! Landesmitelfinanziert, Herr Kollege Schramm! Wir haben so viel Geld für die weichen Standortfaktoren in Bremerhaven investiert, dass selbst Ihnen keine Projekte mehr einfallen, wo man noch Geld hineinstecken kann. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Dann stellen Sie sich hier hin und sagen, wir müssen aber noch in die harten Faktoren investieren! Wer ist denn laufend der Kritiker unserer harten Standortentscheidungen? Sie wollen CT III a nicht, Sie wollen keine zusätzlichen Flächen im Fischerei-

hafen, Sie wollen den Strukturwandel in der Innenstadt nicht! Für welche Projekte, lieber Kollege Schramm, stehen Sie denn, außer dass Sie sagen, wir wollen die konsumtiven Mittel in Bremerhaven um drei Prozent aufstocken? Ich habe dafür kein Verständnis! Ich habe auch den Eindruck, dass es bei Ihnen so ist, wie es häufig auch Lehrern angeprangert wird: Sie haben einmal etwas auswendig gelernt, und das muss bei jeder Gelegenheit hier vorgetragen werden.

(C)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wenn sich das nicht ändert, müssen Sie sich überlegen, ob Sie nicht in Ihren Beruf zurückkehren, denn ich finde, dass man das, was wir in Bremerhaven entwickelt haben, auch in den letzten sechs Jahren der großen Koalition, nur positiv begleiten kann.

Wenn Sie sagen, wir müssen in Bremerhaven Schulgebäude sanieren, Herr Schramm, dann habe ich manchmal den Eindruck, Sie lesen nicht die Zeitung oder leiden an einem hohen Grad an Vergesslichkeit. Wir haben in Bremerhaven als große Koalition eine Schule nach der anderen grundsaniert, von oben bis unten grundsaniert und haben den Stau an Reparaturen und Instandsetzungen aufgeholt. Ich weiß gar nicht, ob Sie mitgestimmt haben, aber wir haben es gemacht. In eine Schule nach der anderen wird in Bremerhaven investiert, und da stellen Sie sich hier hin und sagen, die Gebäude verfallen! Das, was Sie hier vorgetragen haben, hat mit der Realität nichts zu tun!

(D)

Herr Schramm, ich habe auch den Eindruck, dass man auf Sie einreden kann, mit so vielen Leuten und so oft und mit einer Intensität, das beeindruckt Sie überhaupt nicht. Sie stellen sich hier halsstarrig hin und singen weiter das Klage lied Bremerhavens. Damit bringen Sie Bremerhaven nicht um ein Stück voran!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Damit werden Sie auch nicht den Einwohnerverlust ausgleichen. Im Übrigen hat auch Einwohnerverlust etwas mit Flächenpolitik zu tun, und wir haben als große Koalition in Bremerhaven ein Neubaugebiet nach dem anderen ausgewiesen, und es brummt! Ein Grundstück nach dem anderen wird in Bremerhaven verkauft, weil insbesondere junge Familien wieder den Eindruck haben, dass es sich lohnt, in Bremerhaven zu leben. Der Einzige, der diesen Eindruck nicht hat, das sind Sie, Herr Schramm, und darauf können wir nicht weiter Rücksicht nehmen!

Ich will auch noch kurz etwas zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs und zur Hafenhöhe sagen, obwohl wir bereits in der letzten Bürgerschaftssitzung Gelegenheit hatten, darüber nachzudenken. Es gibt ein Ergebnis einer Verwaltungsprojektgruppe zur Neuordnung des kommunalen Fi-

(A) nanzausgleichs in Bremerhaven. Insbesondere handelt es sich um ein sehr empfehlenswertes Zahlenmaterial für alle diejenigen, Herr Schramm, wie Sie, die immer behaupten, Bremen tue zu wenig für Bremerhaven. Das Ergebnis dieser im Übrigen unstrittigen Untersuchung ist, dass außer den überproportionalen Mittelzuweisungen bei den Wirtschaftsförderungsmitteln Bremerhaven auch in erheblicher Weise überproportional bedient worden ist, was den innerbremischen Finanzausgleich betrifft.

(Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil die Einwohnerzahlen zurückgehen!)

Das hat mit den Einwohnerzahlen nichts zu tun! Das ist eine Milchmädchenrechnung, Herr Schramm! In den letzten Jahren, auch mit hohen Einwohnerzahlen, haben wir in Bremerhaven überproportional Mittel im innerbremischen Finanzausgleich bekommen. Das ist die Ausgangslage.

Nun gibt es Reformüberlegungen, die Zahlen sind im Übrigen auch unstrittig, wie man das ausgleichen kann. Unsere Probleme, Herr Schramm, sind ganz andere als die, die Sie geschildert haben. Wir haben trotz der Sanierungsbemühungen des Landes und der Stadt Bremerhaven unverändert noch zu geringe eigene Steuereinnahmen. Wir haben zu wenig investive Mittel, und wir haben zu hohe konsumtive Ausgaben, insbesondere im Personalbereich. Deswegen kann ich überhaupt nicht verstehen, dass für Sie die Lösung aller Probleme die Anhebung der konsumtiven Ausgaben sein soll. Wir haben zu viel konsumtive Ausgaben, noch immer unverändert, Herr Schramm, und Sie wollen sie ins Messliche –

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Ins Messliche nicht!)

Entschuldigung! –, ins Unermessliche steigern. Frau Linnert, gut, dass Sie aufpassen! Die Wahrheit ist, Bremerhaven ist in der Vergangenheit überproportional gut bedient worden.

Nun gibt es dieses Papier, das die nackten Zahlen gegenüberstellt, und die Frage ist, wie man damit umgeht. Ich will das an dieser Stelle auch sagen, weil der Finanzsenator gesagt hat, es wäre sozusagen auf dem Verhandlungstisch verschwunden. Ich sehe das nicht so. Der Magistrat der Stadt Bremerhaven hat sich vorbehalten, in dieser Frage direkt mit dem Senat zu verhandeln. Der Oberbürgermeister selbst will offensichtlich diese Frage auf dem Dienstweg mit dem Senator und vielleicht auch mit dem Bürgermeister verhandeln.

Wir hatten uns das anders vorgestellt, ich will das sagen, wir haben in den Fraktionen auch schon Beschlüsse gefasst, wie man miteinander die Vorschläge en détail von der Hafenhoheit über die hundert

Prozent Personalkostenerstattung für Polizei und Lehrer und die Auswirkungen auf den innerbremischen Finanzausgleich miteinander verhandeln kann. Wir wollten innerhalb der Koalition über dieses Thema reden und für Bremerhaven zu einem vernünftigen Ergebnis kommen.

Nun hat der Oberbürgermeister für sich das Recht in Anspruch genommen zu sagen, da verhandeln keine Landtagsabgeordneten über dieses Thema, das macht der Magistrat der Stadt Bremerhaven. Nun bin ich einmal gespannt, in welcher Weise diese Verhandlungen nun aufgenommen werden. Ich signalisiere hier für die CDU unverändert Bereitschaft, über das Papier Ihres Hauses da zu diskutieren, wo es hingehört, denn letztendlich reden wir darüber, wie wir den innerbremischen Finanzausgleich verändern, und das kann nur dieses Parlament, das kann nur dieses Haus.

Wenn es nun erforderlich sein sollte, aus der Sicht Bremerhavens noch eine Stufe vorzuschalten und sozusagen auf Regierungsebene das Papier noch einmal zu verhandeln, mag das geschehen. Damit, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ist das Thema für mich aber nicht vom Tisch. Ich kann für die CDU-Seite, aber, ich glaube, auch zumindest für die SPD-Kollegen, die in der Arbeitsgruppe dabei sein sollten, signalisieren, wir werden das sehr ernsthaft durchgehen, und wir werden da auch zu einer Lösung kommen, die für Bremerhaven positiv ist.

Insgesamt, glaube ich, kann man feststellen, dass das Land sich sehr stark für Bremerhaven engagiert hat bei den Wirtschaftsförderungsmitteln, bei den Projektmitteln in Bremerhaven, aber auch beim innerbremischen Finanzausgleich. Ich bin mir sicher, dass das bei den Haushaltsentwürfen für 2002 und 2003 so bleibt. Ich erkenne die klare Bereitschaft des Senats, Bremerhaven bei seinen schwierigen wirtschaftlichen Entwicklungen zu helfen, die Struktur nachhaltig zu verändern und etwas für die Menschen in dieser Stadt zu tun. Das erkenne ich bei den Grünen nicht, aber ich denke, bei diesem Projekt brauchen wir sie auch nicht. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, damit haben wir die Aussprache zur Generaldebatte beendet.

Ich rufe nun den Bereich Bildung und Wissenschaft auf.

Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich zur Kenntnis geben, wie viel Redezeit noch übrig ist. Die SPD hat noch 52 Minuten, die CDU 49 Minuten, die Grünen 92 Minuten und der Senat 56 Minuten.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Hövelmann.

(C)

(D)

(A) Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Feinjustierung der Bremer Sanierungspolitik trägt Früchte. Bereits im Februar hatte sich die SPD-Fraktion darauf verständigt, im Bereich Jugend und Bildung einen deutlichen Schwerpunkt zu setzen. Heute lösen wir Sozialdemokraten unser einmütig gegebenes Wort ein, ohne, Herr Senator Perschau, den Sanierungspfad zu verlassen. Unser Fraktionsvorsitzender, Herr Böhrnsen, hat diese Schwerpunktsetzung vorhin in seiner Rede als Fahrplan unserer Politik und Drehbuch für das Wiedererstarken Bremens bezeichnet.

Meine Damen und Herren, die verlässliche Grundschule war ein Einstieg der großen Koalition. Wir werden durch die Einführung des Englischunterrichts ebenfalls Verbesserungen im Grundschulbereich einleiten. Eine weitere Stärkung werden wir durch Umschichtungen erreichen, Umschichtungen im Rahmen des Bildungsbereiches. Es ist richtig, der Grundschulbereich muss nach den Ergebnissen von Pisa deutlich verbessert werden. Der Einstieg in Ganztagschulangebote in Bremen ist ein wichtiger und konsequenter Schritt zur Verbesserung der Angebote in der Sekundarstufe I.

(Beifall bei der SPD)

(B) Die SPD arbeitet seit dem Frühjahr intensiv an diesem Projekt. Beschlossen haben wir diesen Schwerpunkt unserer Politik gleich nach der Sommerpause. Pisa bestätigt diesen Schwerpunkt und diese Politik. Die Resonanz der Schulen war übrigens bemerkenswert. Trotz engster Zeitrahmen haben sich 17 Schulen mit abgestimmten und inhaltlich ernsthaften Konzepten beworben. Hier sagen wir Sozialdemokraten deutlich und nachdrücklich Dank an diese Schulen!

(Beifall bei der SPD)

Wir werden heute Lehrereinstellungen und Erhöhung der Ausbildungskapazitäten am LIS ebenso beschließen wie die notwendigen Mittel zum Betrieb der Schulen.

Meine Damen und Herren, wir stehen am Beginn einer tief greifenden Bildungsreform jenseits gestriger ideologischer Grabenkämpfe. Pisa stellt zentrale Dogmen deutscher Schulpolitik auf den Prüfstand. Umdenken ist erforderlich. Wir brauchen ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Heute setzen wir hier mit einem Plus von 18 Millionen Euro ein finanzielles Zeichen. Über Pisa selbst werden wir morgen die Debatte hier im Haus beginnen.

Die SPD-Fraktion, meine Damen und Herren, weiß um die Bedeutung des Standortfaktors Bildung. Für manche möglicherweise – ich kann mir kaum vorstellen, dass in diesem Haus jemand ist, aber falls doch – noch nicht ganz Überzeugten sage ich deutlich: Solange wir die Reparatur einer Straße als eine

Investition, die Aufwendungen für unsere Schulen aber als rein konsumtive Kosten betrachten, haben wir eine weitere Botschaft von Pisa noch nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Sie lautet: Bildungsausgaben sind eben keine lästigen Kosten, sondern wesentliche Investitionen in unsere Zukunft. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Obwohl ja die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU uns heute Morgen gemahnt haben, aus der Pisa-Studie keine vorschnellen Konsequenzen zu ziehen, breitet sich seit der Rede von Senator Perschau aus, dass eigentlich schon wieder jeder weiß, in welche Richtung die Debatte zu gehen hat. Ich will mich heute nicht daran beteiligen, sondern auf die Bildungsdiskussion nur bezüglich des Haushaltes eingehen, meine Damen und Herren.

Liebe Frau Kollegin Hövelmann, rechnen können Sie ja, die Koalition stellt 18 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist eine tolle Leistung. Wofür stellen Sie sie denn zur Verfügung? Für die Ganztagschulen, okay, 2,6 Millionen Euro! Das ist ein Paket. Das ist aber auch schon fast das Paket. Wenn ich mir jetzt diese Haushaltsanträge anschau, die Sie im Einzelnen haben – schauen Sie sich einmal die Anträge 534, 536, 537, 538 an, sechs Stück der Reihe nach! –, dann steht dort immer Bildung, für Heizöl, Gas, Wasser, andere Heizkosten und Strom.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Lehrereinstellungen, Referendare!)

Wenn Sie das alles addieren, dann sind Sie bei knapp 13 Millionen Euro in den beiden Jahren. Das heißt, mehr als zwei Drittel Ihres großen Schubs für die Bildung ist in Wirklichkeit dafür, dass die Kinder trocken, warm und sicher in ihrer Schule sitzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das mag für viele Länder der Dritten Welt wirklich ein Beitrag zur Bildungspolitik sein. Bei uns ist das selbstverständlich und nicht Bildungspolitik, dass die Kinder warm und trocken sitzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

-----

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, die Grünen haben sich bei der Frage der Bildungsfinanzierung auf zwei Punkte konzentriert. Wir sagen, erstens müssen wir, wenn man etwas für die Zukunft tun möchte, darauf werden wir dann in den Diskussionen zu Pisa noch weiter eingehen, unten im Bildungssystem anfangen. Die Reparaturen am Ende helfen uns wenig weiter und werden teuer, wenn wir nicht jetzt das Fundament für die Zukunft legen.

Fundamente für die Zukunft sind der Kindergarten, darauf wird die Kollegin Stahmann noch näher eingehen, die enge Zusammenarbeit von Kindergarten und Schule und zwischen den beiden Ressorts, auf die das jetzt verteilt ist – davon ist bis heute trotz vieler Absprachen auf höchster Ebene immer noch nicht die Rede –, und die Stärkung der Grundschule, erstens, was die Lehrerausstattung, zweitens, die Kompetenz der Lehrer, drittens, die Einzelförderung der Kinder betrifft, sowohl der früh erkennbar Begabten, wie auch, viertens, derjenigen, die schon mit vielen Problemen aus ihren Elternhäusern, aus ihrer sozialen Umwelt in die Schule kommen, und fünftens, der Kinder mit Behinderungen, deren Zahl leider immer weiter ansteigt.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Da sind wir uns aber einig!)

(B) Das sind die Kernpunkte, auf die wir unsere Haushaltsanträge konzentriert haben.

Herr Senator Perschau, das muss man dann doch noch einmal dazu sagen: Bildung muss nicht unbedingt immer mehr Geld kosten. Das ist völlig richtig. Den Aufschrei hier im Haus möchte ich aber hören, wenn wir beantragt hätten, das Geld für die Grundschulen den Gymnasien oder den Berufsschulen, die im deutschen Vergleich relativ gut ausgestattet sind, wegzunehmen. Das würde hier in dieser Situation keiner machen wollen. Deshalb muss man da, wo Bremen und die Bundesrepublik nach der OECD-Untersuchung aus dem Jahr 2000 und nach der neusten OECD-Untersuchung aus dem Jahr 2001 europa- und industrielländerweit am unteren Ende der Skala steht, einfach nachbessern, wenn man dieses Fundament schaffen will. Darauf richten sich unsere Haushaltsanträge schwerpunktmäßig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der zweite Teil ist die Einstellung neuer, junger Lehrer. Daran wird keiner vorbeikommen. Es geht nicht nur um die Lehrer, die jetzt an den Universitäten ausgebildet sind und die hier in das Referendariat kommen, da sind wir ja völlig d'accord, es müssen mehr Ausbildungsplätze für die Referendare her. Nein, es geht auch um die, die in den nächsten Jahren fehlen werden, weil sie überhaupt nicht ausgebildet werden oder weil der Konkurrenzkampf zwi-

schen den Bundesländern tobt. Auch da muss man Initiativen ergreifen, und das wird über die an den Universitäten jetzt zum Abschluss kommenden Studenten hinausgehen. Das werden Fachkräfte aus anderen Berufen, Diplomierte und vielleicht Leute sein, die sich früher nie vorgestellt haben, in Schulen zu arbeiten, die aber heute sehr nützlich für unsere Kinder und für einen lebensnahen Unterricht sein können. Es kostet einfach Geld, solche Menschen so zu qualifizieren, dass sie auch tatsächlich mit unseren Kindern in den Schulen arbeiten können.

Das ist der zweite Punkt, auf den wir uns in unseren Anträgen konzentrieren, jetzt den Lehrermangel schnell zu beheben und jüngere Lehrer in den Schulen zu haben, damit wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten das Problem gelassener und ruhiger angehen können, als wir das heute tun können.

Die Bildungsvorschläge der Grünen sind also: Erstens, fangt unten an, konzentriert euch auf die Kinder und nicht auf die Schulstruktur, das ist schon richtig! Zweitens, konzentriert euch auf den Lehrernachwuchs und die anderen Personen, die künftig in Schulen arbeiten müssen!

In dem Zusammenhang will ich dann noch einmal zu der Frage der Behinderten zurückkehren. In den Haushaltsanträgen, die heute hier vorgelegt werden, werden Mittel für die Förderung von schwer- und mehrfachbehinderten Kindern gestrichen. Es ist eine Zahl von Kindern, die immer mehr anwächst. Man kann dem Antrag nicht entnehmen, was dahinter steht. Dahinter steht eine Vereinbarung zwischen Frau Senatorin Adolf und Herrn Senator Lemke, die durch einen Senatsbeschluss irgendwie abgesichert ist, ich glaube, vom Sommer, dass diese Kosten zu einem erheblichen Teil vom Sozialressort übernommen werden sollen. Leider finden wir bisher in den Haushalten des Sozialressorts keine Mittel dafür eingestellt.

Ich sehe schon, dass hier wieder auf Kosten der schwer- und mehrfachbehinderten Kinder und zu Lasten ihrer Eltern, zu Problemen des Unterrichts ein heftiges Gezerre und Geziehe um Geld und Personal auf uns zukommt, das dann wieder in letzter Sekunde durch irgendwelche Notmaßnahmen geklärt werden muss. Ich finde, es ist gerade für eine solche Gruppe und ein solches Problem nötig, wenn man den Haushalt aufstellt, auch klare und verbindliche Lösungen zu treffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, Bildungspolitik der Zukunft ist dieser Haushalt noch nicht. Wir Grünen haben gesagt, man muss von unten anfangen und das Schulsystem entwickeln. Es werden viele Auseinandersetzungen auf uns zukommen, Pisa ist nur ein kleiner Teil davon. Es werden weitere vergleichende Untersuchungen kommen, es wird um Ver-

(C)

(D)

- (A) gleiche der materiellen Ausstattung, um Lehrerbildung und Lehrerbildung, aber vor allem darum gehen, wie sich unsere Schulen weiter entwickeln werden, bei sinkender Schülerzahl, sinkender Bevölkerungszahl und einer älter werdenden Bevölkerung.

Insgesamt glaubt Bündnis 90/Die Grünen, dass heute eine Bildungspolitik, die unten anfängt, auch weitergedacht werden muss. Wir werden wieder darüber nachdenken müssen, was wir mit den Kindern machen, wenn sie älter werden. Wollen wir nicht vielleicht darauf hinaus, eine sechsjährige Grundschule einzuführen? Wie gestalten wir den Unterricht nach der sechsten Klasse? Ist es richtig, die Kinder früh zu sortieren, oder ist es besser, sie wie in anderen Ländern später zu sortieren, oder sie überhaupt bis zum Schulende zusammen zu lassen und dann nur noch einen Teil das Gymnasium zwei oder drei Jahre bewältigen zu lassen? Es gibt da viele Modelle in Europa.

Ich glaube, in die Richtung werden wir nicht nur hier im Hause, sondern auch in Deutschland denken und diskutieren müssen, um künftig die Grundlagen für ein finanzierbares, aber gut ausgestattetes Bildungssystem zu schaffen. Das ist eine Aufgabe, die noch vor uns steht und die bei diesem Haushalt auf jeden Fall noch nicht erkennbar ist. Auch das ist für uns eine Begründung dafür, unten anzufangen, damit wir jetzt in Ruhe die Weiterentwicklung des Schulwesens zu einem modernen Schulwesen vorantreiben können.

- (B) Meine Damen und Herren, natürlich genügt es nicht, sich nur um die Schule, die Lehrer und die Ausstattung zu kümmern. Das Hochschulsystem, das auf der Schule aufbauen muss, ist für uns genauso wichtig. Ich will heute nicht über die erfolgreichen Vorhaben von Forschung und Wissenschaft an der Bremer Uni reden. Die Uni tut genug Gutes dafür, um ihre Erfolge in der Öffentlichkeit darzustellen. Wir sagen einfach nur, das ist gut so. Genauso wichtig ist es aber – heute ist ja wieder eine Demonstration oder ein Aktionstag von Schülern und Studenten gemeinsam –, sich um die Bedingungen und die Zukunftsmöglichkeiten des Studiums, der Studenten und der Studiengänge zu kümmern. Deshalb haben wir zwei Anträge, die in diesem Zusammenhang wichtig sind, gestellt.

Frau Linnert hat heute Morgen schon einmal darauf hingewiesen: Einerseits ist es wichtig, den Zugang der Studierenden zu Büchern und anderen Unterrichtsmitteln zu verbessern und deshalb die Staats- und Universitätsbibliothek so auszustatten, dass sie tatsächlich geeignet ist, einem hoffentlich wachsenden Andrang von Studenten – denn wir brauchen mehr und nicht weniger Studierende in Bremen –

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

wirklich nachzukommen. Auch das dient übrigens der Studienzeitverkürzung, wenn die Studenten

schnell an ihre Materialien für Referate und Prüfungen kommen und nicht wochen- oder gar monatelang auf wichtige Fachwerke warten müssen.

(C)

Meine Damen und Herren, der zweite Punkt ist: Wir möchten jetzt Geld in die Fachbereiche in den Hochschulen geben, sowohl der Fachhochschulen wie der Universität, zur Entwicklung und zum Ausbau neuer, zukunftsfähiger Studienangebote. Wir sagen, wir können nicht warten, bis der Hochschulgesamtplan vier verabschiedet ist, und dann mit den Planungen beginnen. Das muss jetzt vorbereitend geschehen, damit die nächsten Studentengenerationen neue und erweiterte Studien- und Studiermöglichkeiten an den Fachhochschulen wie an der Universität haben. Das sind zwei Kerne unserer Haushaltsanträge, die nahtlos daran anknüpfen. Wir haben mit unseren Anträgen die Schüler und die Studenten im Mittelpunkt für die zukünftige Entwicklung des Bildungswesens im Lande Bremen.

Im Augenblick ist es dringend erforderlich, da Geld hineinzustecken, damit dann alles auch so bewertet werden kann, wie Frau Hövelmann ganz richtig am Schluss gesagt hat. Ich habe das vorhin ja auch noch einmal Herrn Senator Perschau gesagt: Es ist egal, ob diese Mittel haushaltsrechtlich jetzt die Bezeichnung „konsumtiv“ haben, in der Sache sind sie tatsächlich wirtschaftspolitisch, bildungspolitisch und sozialpolitisch eine Investition in die Zukunft des Landes.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der Regierungsbeteiligung der CDU sind in der Wissenschaftspolitik einschneidende Veränderungen eingetreten.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/  
Die Grünen)

Die IUB hat ihren Betrieb mittlerweile aufgenommen, und die Bundesrepublik reibt sich ganz verwundert die Augen, Eliteförderung in Bremen ist kein Schimpfwort mehr.

(Unruhe bei der SPD)

Universität, Hochschulen und Institute bauen aus, renovieren und erweitern, bringen Neugründungen und Existenzgründer hervor. Die Wissenschaft wird zur Keimzelle einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in Bremen. Die Hochschule für Künste zieht in den Speicher XI und erhält dort neue Entwicklungsperspektiven. Die Hochschule Bremen bekommt am Airport eine neue Visitenkarte, die Hochschule Bremerhaven profiliert sich in hochspezialisi-

(A) sierten Nischen wie der Lebensmitteltechnologie in Kooperation zum Beispiel mit dem Biotechnologiezentrum in Bremerhaven. Überall dabei ist der Wirtschaftssenator, meine Damen und Herren, ohne den in der Wissenschaftspolitik in Bremen nicht so viel laufen würde, wie jetzt angeschoben wird.

(Beifall bei der CDU)

Internationalisierung ist das Gebot der Stunde. Das betrifft nicht nur die Studieninhalte, sondern auch die Frage, wie wir die ausländischen Studierenden in unserem Lande aufnehmen. Die Anlaufstelle der Innenbehörde – Dank an den neuen Innensenator, der dies vorangetrieben hat! – ist ein viel versprechendes Signal, das es auszubauen gilt.

Doch es gehört auch Wasser heute in den Wein. Der Wissenschaftssenator ist aufgefordert, die Hochschulen im Wettbewerb besser aufzustellen, meine Damen und Herren. Das Selbstauswahlrecht der Studierenden muss endlich auch an den bremischen Hochschulen, Herr Senator Lemke, probiert werden. Außerdem, meine Damen und Herren, darf der virtuelle Campus keine Absichtsbekundung bleiben, sondern er muss erlebbar gemacht werden. Hier gilt es, auf das Tempo zu drücken, Herr Senator Lemke. Wir brauchen hier keinen Marathon-Willi, sondern einen mit Sprinterqualität.

(B) (Beifall bei der CDU)

Die große Pensionierungswelle rollt derzeit auch über die bremischen Hochschulen hinweg. Die personifizierbaren Fehler bei der Gründung der Reformuniversität verschwinden, neue hoch anerkannte Professoren und Jungwissenschaftler gilt es jetzt für Bremen zu begeistern.

(Zuruf der Abg. Frau J a n s e n [SPD])

Frau Jansen, wir wissen um die Belastungen und Unwägbarkeiten für den Haushalt, wenn es darum geht, reputierte Professoren und Institutsleiter nach Bremen zu holen, dennoch sind wir zuversichtlich, auch dies zu schaffen!

Herr Mützelburg, ich darf noch ganz kurz auf Ihre Anmerkung zum Schluss eingehen! Die Grünen verlangen nach mehr Geld für die Staats- und Universitätsbibliothek. Dies machen CDU und SPD nicht mit. In der letzten Deputationssitzung hat sich gezeigt, dass die Bibliothek trotz der Abbestellungsnotwendigkeit von Zeitschriften im Vergleich mit anderen Universitätsstädten ausreichend versorgt ist, auch mit dem derzeitigen Umbau für das digitale Zeitalter.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, die große Koalition hat die Zukunft Bremens im Blick und darum auch vie-

les in der Bildungspolitik unseres Landes, unserer beiden Städte, zum Guten verändert. Seit sechs Jahren tut sich hier wieder etwas an den Schulen, meine Damen und Herren. Wir haben durch die Schaffung eines Einstellungskorridors wieder sukzessive junge Lehrerinnen und Lehrer in den bremischen Schuldienst aufgenommen, Unterrichtsausfälle, vor Jahren noch häufig zu beklagen, sind deutlich zurückgedrängt worden. Die Erfüllung der Stundentafel und die Erteilung des Unterrichts haben für uns oberste Priorität.

(Beifall bei der CDU)

Schule muss sich in einer sich ändernden Gesellschaft den neuen Zeiten anpassen, meine Damen und Herren. Die Schule muss Schlüsselqualifikationen als Grundlage für ein lebenslanges Lernen vermitteln. Wer einen Schulabschluss erworben hat, muss das Lernen gelernt haben, meine Damen und Herren.

Die große Koalition hat vor zwei Jahren die Einführung der verlässlichen Grundschule beschlossen, um Alleinerziehenden und berufstätigen Familien zu garantieren, dass Schülerinnen und Schüler in der Zeit von acht bis zwölf beziehungsweise 13 Uhr auch tatsächlich in der Schule sind. Darüber hinaus hat die Koalition die Einführung von Fremdsprachenunterricht ab Klasse drei auf den Weg gebracht, und wir wollen auch eine Frühbegegnung mit Fremdsprachen ab Klasse eins, Englisch ist hier die dominierende Sprache. Auf CDU-Drängen ist aber auch durchgesetzt worden, dass Spanisch und Französisch im so genannten optionalen Begegnungsmodell ebenfalls angeboten werden.

Die Qualität der Grundschule spiegelt sich in ihrer Fähigkeit, den Schülerinnen und Schülern die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen zu vermitteln. Die Stundentafel in der Grundschule ist in Bremen im Verhältnis zu anderen Bundesländern im unteren Drittel, nach Einführung des Fremdsprachenunterrichts wird sie immer noch deutlich hinter den führenden Ländern liegen, Herr Senator Lemke.

Vor dem Hintergrund der Pisa-Ergebnisse ist auf jeden Fall schon jetzt das Vorhaben des Bildungsensors abzulehnen, Herr Senator Lemke, in Klasse drei und vier den Deutsch- und Mathematikunterricht um je eine Stunde zu kürzen, so wie Sie es immer noch vorhaben. Wir fordern Sie auf, hören Sie auf mit diesem Vorhaben!

(Beifall bei der CDU)

Die Einführung von Ganztagsangeboten in der Sekundarstufe I ist als Fortführung der verlässlichen Grundschule ebenfalls unstrittig in der Koalition. Ganztagsangebote sind aber, meine Damen und Herren von der SPD, keine Wunderwaffen, auch wenn

(C)

(D)

(A) Sie das nach den Ergebnissen der Pisa-Studie glauben machen wollen. Frau Bulmahn gehört, denke ich, Ihrer Partei an. Mit Ganztagsangeboten werden wir ab dem kommenden Schuljahr zunächst in sechs Schulen ein additives Förder- und Förderprogramm anbieten können, und in der Deputationsvorlage, die es noch nicht gibt, steht sechs, Frau Hövelmann. Aufgrund veränderter Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft wollen wir dies natürlich auch. Manches wurde bisher erreicht, vieles ist noch zu tun.

Gerade die Ergebnisse der Pisa-Studie belegen, dass die Qualität des Unterrichts gesteigert werden muss. Das ist die Kernaussage von Pisa. Wichtigstes Ziel eines begabungsgerechten gegliederten Schulwesens ist es, Kinder und Jugendliche zu stärken und ihre Talente zu fördern, und dafür setzen wir uns als Christdemokraten ein.

(Beifall bei der CDU)

Wir setzen auf Förderung aller unter besonderer Berücksichtigung sowohl der Lernschwachen als auch der Begabten. Elitebildung und Förderung sind notwendig zur Entwicklung unserer Gesellschaft, unserer Wirtschaft und unseres Staates. Wenn Herr Senator Lemke eine Ausgangsprüfung am Ende der Grundschule anstrebt, findet er unsere volle Unterstützung, aber, Herr Senator Lemke, Sie greifen mit Ihrem Ansatz zu kurz. Wer am Ende der Grundschule überprüfen lässt, welche Lernerfolge erzielt wurden, der muss dies auch am Ende der Haupt- und Realschule tun. Die CDU setzt sich für Abschlussprüfungen am Ende von Haupt- und Realschule ein. Wir wollen hier eigenständige Schulen, die Kernkompetenzen vermitteln und berufs- sowie praxisorientiert arbeiten.

(B)

Die Reform der gymnasialen Oberstufe wurde von uns auf den Weg gebracht. Ab dem Schuljahr 2003/2004 wird in ganz Bremen das verkürzte Abitur möglich sein. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dies für alle Gymnasiasten umzusetzen. Wir wollen die Orientierungsstufe abschaffen, meine Damen und Herren, das ist nichts Neues für Sie, wir wollen zentrale Abiturprüfungen in ganz Bremen für mehr Qualität, Vergleichbarkeit und Gerechtigkeit bei den Abiturienten.

Die Schulen in freier Trägerschaft bereichern die Schullandschaft, und wir werden mit einem Haushaltsantrag heute zum ersten Mal insgesamt mehr Geld für Schulen in freier Trägerschaft beschließen. Unsere Schulpolitik seit 1995, meine Damen und Herren, hat sich darauf konzentriert, wieder mehr Schulvielfalt in Bremen einzuführen. Durch Schaffung neuer Durchgänge gymnasialer Systeme, die Ihre Senatoren abgeschafft haben in den siebziger, achtziger Jahren, meine Damen und Herren, machen wir dies sukzessive rückgängig, damit wir mehr

Schulvielfalt und mehr Qualität für Bremens Schüler erreichen. – Vielen Dank!

(C)

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort erhält Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Rohmeyer, ich bin ja immer wieder erstaunt, welche Schuhe Ihnen alle passen, jetzt passen Ihnen auch noch die Schuhe der IUB. Wenn ich mich recht entsinne, war es Senatorin Kahrs, die hier sehr engagiert die Grundlagen geschaffen hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. B ü r g e r [CDU]: Das ist aber neu!)

Ich möchte hier jetzt auf die anderen Punkte überhaupt nicht eingehen, aber Ihre Rede, Herr Rohmeyer, veranlasst mich zu einem ganz freundlichen und ruhigen Kommentar. Ich bin davon überzeugt, wie ich das gesagt habe, dass es keine schnellen Antworten auf die Ergebnisse von Pisa gibt. Ich weiß, ich befinde mich da in guter Gesellschaft auch mit den von Ihnen immer gern zitierten Frau Schavan und Frau Hohlmeyer. Ich weiß, die beiden Ministerinnen bewerten das Ganze ebenfalls mit der notwendigen Zurückhaltung. Ich fürchte, Herr Rohmeyer und möglicherweise auch Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie haben noch nicht erkannt, dass es in dieser Debatte keine Gewinner gibt.

(D)

Ich warne deutlich davor, jetzt schon zu sagen, wir brauchen ein „begabungsgerecht gegliedertes Schulwesen“. Wir führen die Debatte morgen, aber ich biete Ihnen gern an, Herr Rohmeyer, dass wir uns in der Mittagspause gemeinsam hinsetzen und über die Ergebnisse noch einmal reden im Interesse auch der Glaubwürdigkeit der gesamten großen Koalition und nicht nur der ja bekannten soliden Beurteilungsfähigkeit der SPD-Fraktion. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD – Abg. B ü r g e r [CDU]: Sie wollen doch auch fördern und fördern!)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Berk.

Abg. Frau **Berk** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe leider nur sehr wenig Zeit, aber lassen Sie mich erst einmal ein, zwei Worte zu Herrn Eckhoff sagen!

Herr Eckhoff, neben meiner Leidenschaft für die Wissenschaftspolitik habe ich natürlich auch große Neigungen für die Kultur, und wenn Sie nun von Regie und Hauptdarstellern und Drehbüchern sprechen, so wende ich mich ein bisschen mehr an die

(A) große Oper, da wird auch Regie geführt. Da haben wir hier einen Senator, der das hervorragend macht. Wir haben große Parteien, mittlere Parteien, kleinere Parteien, die alle von Sozialdemokraten hervorragend besetzt sind, so dass Sie in diesem Fall zumindest nicht den Anspruch erheben können, dass Sie in diesem Bereich die Regie führen. Bei dem, was Sie in den letzten Jahren in unserer Koalition gemeinsam mit uns gemacht haben, sind Sie uns gefolgt und nicht wir Ihnen.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Ich wäre der Einzige, der mit Pavarotti auf die Bühne könnte!)

Das gebe ich zu, da hätten Sie einen Vorteil! Aber ich will Sie nicht aus der Verantwortung lassen für den Wissenschaftsbereich, denn zu einer guten Inszenierung gehört auch eine gute Ausstattung. Herr Eckhoff, hören Sie bitte zu! Zu einer guten Inszenierung gehört auch eine gute Ausstattung, und ich sage Ihnen, dass Sie mit dem Finanzsenator da auch eine herausragende Position besetzen.

(B) Aber lassen Sie mich noch etwas sagen zum Speicher XI und zur IUB! Meine Damen und Herren, wenn es hier Initiativen gegeben hat, zum Beispiel zum Speicher XI, dann weiß ich, dass es mein Kollege Carsten Sieling war, der aus baupolitischer Sicht gemeinsam mit uns Wissenschaftsdeputierten an dem Projekt gearbeitet hat, aber am Ende tragen wir das alles zusammen.

Meine Kollegin Frau Hövelmann hat eben schon gesagt, die Internationale Universität, meine Damen und Herren, haben wir nicht der CDU zu verdanken, die hat es nachher mitgemacht, denn wenn es nicht einen Wechsel im Wirtschaftsressort gegeben hätte von Herrn Perschau zu Herrn Hattig, dann hätten wir das Ziel vermutlich nicht erreicht. Die Beharrlichkeit von Frau Kahrs und das Engagement von Herrn Hattig haben letztendlich dazu geführt, dass Politiker überzeugt wurden, diesen Standort zu wählen.

(Beifall bei der SPD)

Aber am Ende, meine Damen und Herren, will ich ja auch die Leistungen der großen Koalition gar nicht schmälern. Ich habe mich gemeldet, denn Herr Mützelburg hat ja Recht. Wir haben im Bereich der wissenschaftlichen Finanzen auch noch eine Menge zu tun, aber das, was Sie anführen, meine Damen und Herren von den Grünen, ist natürlich im Rahmen der Globalhaushalte und der Prioritätensetzung innerhalb unserer Hochschulen möglich, und deshalb werden wir auch Ihrem Antrag nicht folgen. Dieser Wissenschaftshaushalt bewegt sich im Rahmen der Eckwerte, und natürlich ist er mit Risiken behaftet wie alle Bereiche, die wir hier haben. Wir befinden uns in schwierigen Zeiten.

(C) Ich finde es sehr gut, dass das Wissenschaftsressort in großer Solidarität wirklich nun aus allen Ecken unterstützt wurde. Ob es Rückflüsse aus ausgeleihen ISP-Mitteln waren oder Haushaltsreste, alles ist eingeflossen, um einen vernünftigen Haushalt zu fahren. Innerhalb der gekürzten Eckwerte finden sich auch noch die Mehrausgaben für Bafög, die wir ja alle gut finden, weil Chancengleichheit für Sozialdemokraten keine Floskel ist, und die Erhöhung des Etats der Staats- und Universitätsbibliothek. Alle diese Dinge sind in den Haushalt eingeflossen.

Herr Rohmeyer hat den Generationswechsel angesprochen. Meine Damen und Herren, das wird das größte Problem sein. Genauso wie in der Bundesrepublik werden wir in Bremen einen großen Wechsel haben, das heißt, wenn wir den hohen Standard und diese hervorragenden Forschungsergebnisse, die wir haben, weiter erreichen und halten wollen, heißt es auch, dass wir natürlich mit anderen Bundesländern in Konkurrenz treten um die besten Köpfe. Da hat Bayern mehr Ressourcen, auch Baden-Württemberg, und sogar Berlin hat 150 Millionen DM für die nächsten fünf Jahre veranschlagt, um den Kampf um die besten Professoren und Berufungen ausführen zu können. Deshalb, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen, für diese Schlüsselfunktionen, die auch teilweise in Bremen besetzt werden müssen, haben wir kein Geld im Haushalt.

(D) Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat zumindest signalisiert, dass sie dem Bereich helfen wird, wenn es akute Fälle gibt, und da wende ich mich eben auch an unseren Koalitionspartner und auch an Bündnis 90/Die Grünen, die ja auch für sich immer den Anspruch erheben, dass der Bereich Wissenschaft seine hohe Qualität behält. Deshalb möchte ich Sie darauf hinweisen und auch um Unterstützung bitten für unsere Hochschulen, falls wir in eine Notlage kommen. – Danke!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man könnte darüber hinwegsehen, Herr Rohmeyer, dass Sie wiederholt den Versuch machen, Ihren Fraktionsvorsitzenden nachzuahmen, ohne dass Sie es können, damit kann man leben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie sollten es lieber lassen, das bringt nichts!

Was ich nicht hinnehmen kann, ist, dass Sie in einer so schnöseligen Manier meinen, eine ganze Generation, die die Bremer Uni aufgebaut hat, einmal

(A) so eben in Bausch und Bogen zu verabschieden. Das ist wirklich eine Unverschämtheit, die ich hier nicht so stehen lassen werde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich habe mich noch einmal gemeldet, um auf die Debatte – –.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Ein richtiges Erfolgsprojekt!)

Dass da Fehler gemacht worden sind, das wissen wir alle genau, aber dass dieses Gesamtprojekt, der Aufbau einer Universität, und diejenigen, die das gemacht haben, von so einem jungen Schnösel verabschiedet werden: „Das war wohl alles nichts“, das kann man wohl nicht hinnehmen, Herr Eckhoff!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Unruhe bei der CDU)

Ich wollte eigentlich vor allen Dingen etwas zu Herrn Bürgermeister und Finanzsenator Perschau sagen, der immer das schwere Geschütz – –.

(Unruhe bei der CDU – Abg. B ü r g e r [CDU]: Wie Sie als Vizepräsident Abgeordnetenkollegen titulieren, das finde ich schon stark!)

(B) Herr Bürger, wenn Sie der Auffassung sind, dass der amtierende Präsident mich dafür rügen muss, dann müssen Sie das mit ihm besprechen. Ich habe das gesagt, und ich halte das für eine parlamentarische Debatte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich wollte etwas zu Herrn Finanzsenator Perschau sagen. Sie haben wieder das schwere Geschütz gegen die Grünen in Anschlag gebracht, investieren wollten wir nicht, sondern konsumieren. Das ist eine erstaunliche Mischung von Scheinheiligkeit und ideologischen Festlegungen, Herr Bürgermeister!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Bürgermeister P e r s c h a u : Nun reicht es aber wirklich!)

Nun warten Sie einmal ab, Herr Bürgermeister! Scheinheilig ist es deswegen, weil Sie genau wie wir wissen, dass, wenn es denn passt, 50 Millionen DM von konsumtiv, das sind Gehälter für Professoren, einmal eben für investiv erklärt werden, dann ist das kein Problem, dann ist es selbstverständlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C) Dann wird einmal eben von konsumtiv auf investiv umdeklariert. Das ist das Erste, wo ich es wirklich etwas erstaunlich finde, wie Sie hier Geschütze auf-fahren.

Das Zweite ist: Schauen wir doch jenseits dieser allgemeinen Phrasen auf die Einzelheiten! Da komme ich einmal zu den zwei Anträgen, die der Kollege Mützelburg charakterisiert hat, und unseren Deckungsvorschlag. Der Deckungsvorschlag ist, es wird ein Bau zur Erweiterung der Physik an der Universität Bremen geplant. Wir sagen gar nicht, dass er nicht gemacht werden soll. Wir sagen, er soll gestreckt werden, geschoben werden, denn es gibt in der Tat zurzeit keinen aktuellen akuten Bedarf, weil die Zahl der Bewerber nicht so hoch ist. Sie liegt unterhalb der Zahl, die eigentlich nach wie vor geplant ist. Das kann man bedauern, wir tun etwas dagegen, aber sie ist im Moment so. Es besteht kein aktueller Handlungsbedarf in dieser Frage, auch wenn man es mittelfristig machen muss.

Wo es ganz aktuell und akut einen Handlungsbedarf gibt, das sagen Sie selbst in dem Antrag, den Sie morgen zur Abstimmung stellen, ist die Verbesserung von Studium und Lehre. Da brennt es wirklich, das wollten Sie vor einem Jahr noch nicht hören, aber da brennt es wirklich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Dafür wollen wir für zwei Jahre über den globalen Haushalt hinaus besondere Mittel zur Verfügung stellen. Genauso wie Sie über das ISP bestimmte Dinge besonders verstärken, sagen wir, jetzt wollen wir das einmal für Lehre und Studium machen. Da geht es um Universität, Aufbau und Stärkung von Studienzentren, und da geht es darum, dass die Fachhochschulen das, was sie mittelfristig machen sollen, nämlich andere Studienangebote zu machen, jetzt schon planen und entwickeln können.

Wenn man sich das einmal konkret anschaut, was hier gegen was gestellt wird, dann sieht man, dass wir überhaupt nicht „nicht investieren und stattdessen konsumieren“ wollen, sondern wir wollen in die richtigen Dinge investieren, bei denen es notwendig und sinnvoll ist, und wir wollen Dinge zurückstellen, die nicht so akut sind. Vielleicht halten Sie sich einmal ein bisschen zurück, Herr Senator, in Ihren allgemeinen Urteilen in dieser Frage!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Damit ist der Bereich Bildung und Wissenschaft auch abgehandelt. Ich rufe vor der Mittagspause den Bereich Wirtschaft und Häfen auf.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Lemke-Schulte.

(A) Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD \*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich beeilen, und ich will mich auch nicht an dem Streit beteiligen, wer hier für irgendetwas gesorgt hat oder irgendetwas auf die Beine gestellt hat. Ich sage Ihnen ganz einfach auf den Beitrag von Herrn Rohmeyer, wir Sozialdemokraten sind der Garant für Fortschritt und Entwicklung, und wenn wir uns nicht daran beteiligen würden, würde es hier ganz anders aussehen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist das Einzige, was ich dazu sagen möchte.

Die Stichworte in der Wirtschafts- und Häfenpolitik sind klar. Wir haben sie mehrfach debattiert. Häfen und Wettbewerb, Standortmarketing, Tourismuswerbung, Technologieoffensive, BremenPorts, Containerterminal und Tiefwasserhafen sind die Stichworte, die wir zu nennen haben. Es geht in den nächsten Jahren darum, nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen in Bremen und Bremerhaven zu sichern, sondern gleichzeitig in Wilhelmshaven zu einem der maßgeblichen Akteure zu werden. Daran muss entsprechend gearbeitet werden, und ich glaube, dass wir mit BremenPorts hierzu eine hervorragende Organisationsform geschaffen haben, um die Interessen des Landes Bremen eben nicht nur ideell wahrzunehmen, sondern auch mit entsprechender Lösung außerhalb der Landesgrenzen tätig werden zu können, auch zusätzliche Finanzierungsquellen zu erschließen und strategische Allianzen abzuschließen. Das ist ein wichtiger Zukunftsbe-

(B) reich.

Wir haben andere Chancen genutzt, und wir werden sie weiter nutzen. Technologieoffensive, Standortmarketing, das wird mit entsprechenden Zahlen im Doppelhaushalt unterlegt. Ich brauche es nicht zu wiederholen, wir haben es debattiert. Wir wollen dafür sorgen, dass der Freizeit- und Wohnwert, die Lebensqualität in dieser Stadt ebenso hoch bleiben wie das Klima für Investoren, die hier investieren möchten, und das beinhaltet das Bereitstellen attraktiver Gewerbe- und Wohnflächen, aber auch entsprechender Freizeitflächen. Wir brauchen uns hier nichts Neues in dieser Richtung einfallen zu lassen. Die Vielfalt ist groß, es sind viele Flächen vorhanden. Es geht darum, sie sinnvoll zu besetzen, zu nutzen, Investoren zu finden und private Partnerschaften zu gründen, um das Klima, das vorhanden ist, hier weiter in die positive Richtung zu führen.

Meine Damen und Herren, das ISP ist ein Schwerpunkt im Haushalt. Sie wissen alle, mit wie vielen Milliarden es unterlegt ist, mit 8,6 bis zum Jahr 2010. Wir haben dafür das Anschlussinvestitionsprogramm geschaffen. Wir haben dafür gesorgt, dass der Wissenschaftsbereich mit entsprechenden Zahlen un-

-----  
\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

terlegt und untermauert wird, das ist auch ein sehr wichtiger Punkt. Die vielen anderen kennen Sie alle, Sie können dies alles den verteilten Umdrucken entnehmen.

(C)

Erwähnen möchte ich nur, dass die Investitionsquote im Jahr 2002 die höchste seit 1980 sein wird. Das ist erwähnenswert, und es ist darüber hinaus auch erwähnenswert, und genau das wollten wir hauptsächlich auch erreichen, dass eben Einwohner nicht nur gehalten werden, sondern dass Einwohner wiedergewonnen werden im Land Bremen. In Bremerhaven müssen wir besondere Anstrengungen unternehmen, das haben wir eben in der Bremerhaven-Debatte gesagt. Wir haben besondere Anstrengungen unternommen, das will ich nur noch einmal betonen, was die Bereitstellung von Wirtschaftsförderungsmitteln und anderer Mittel betrifft. Man muss nur tatsächlich einmal durch die Stadt gehen, Herr Schramm. Wenn man das zu selten tut, bekommt man vielleicht das eine oder andere nicht so mit, wie man es mitbekommen müsste.

Wir müssen allerdings auch dafür sorgen, dazu fordere ich Sie auf, Herr Senator Hattig, dass zum Beispiel im Rahmen der Wettbewerbshilfe die EU ihre Entscheidung rückgängig macht. Das ist wichtig für Arbeitsplätze, weil es uns gelungen ist, in dieser Gesamtdebatte und in dem, was wir an Prioritäten setzen, Arbeitsplätze zu schaffen, und zwar in erheblichem Umfang, für Bremen-Stadt ganz besonders. Die Arbeitslosenquote ist konstant, das ist erfreulich. Wenn sie weiter heruntergeht, ist es noch erfreulicher. Deshalb sagte ich, für Bremerhaven sind besondere Anstrengungen zu unternehmen, weil es dort nicht so erfreulich aussieht. Aber genau dieser Verantwortung werden wir gerecht. Arbeitsplätze sind auch dazu da, um zum Beispiel Fernwanderung anzuregen. Das ist das, warum sich Menschen ihren Wohnort auch da suchen, wo sie ihre Arbeitsplätze finden. Dieser Schwerpunkt ist eindeutig.

(D)

Insofern müssen wir in den nächsten zwei Jahren unsere Schwerpunkte weiter so setzen, wie wir es bisher gemacht haben, und bestimmte Prioritäten, dafür sorgen wir Sozialdemokraten – Herr Böhrsen hat es in seiner Grundsatzrede ausgeführt –, gehören unabdingbar dazu, nicht nur eine erfolgreiche Wirtschafts- und Häfenpolitik, sondern das, was die Bürgerinnen und Bürger an ihren Städten lieben und liebenswert finden, was die Identifikation erhöht. Ein Garant dafür ist zum Beispiel der Präsident des Senats, bekanntlich Sozialdemokrat!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beteiligen uns natürlich auch

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) am Fortschritt dieser Stadt und dieses Landes. Da von dem Wirtschaftsressort eine ganz besondere Wirkung ausgeht, wissen Sie auch genau, wer diesem Wirtschaftsressort vorsitzt, das ist nämlich ein CDU-Senator, und er bringt uns natürlich auch weiter voran, und dass Sie uns da begleiten, finde ich ganz toll.

(Beifall bei der CDU)

Ich will das jetzt auch nicht lange ausführen, weil ich nämlich davon ausgehe, dass Herr Senator Hattig gleich auch noch das Wort ergreift. Nur ein paar Stichworte: Es ist tatsächlich so, die Investitionsquote, die wir in den nächsten beiden Jahren erleben, ist eine der höchsten, die wir jemals gehabt haben. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel investiert. Das hat sich ausgewirkt, im Jahr 2000 sind 7200 neue Arbeitsplätze entstanden. Die Arbeitslosenzahlen in der Stadt Bremen sind nicht konstant, sondern sie sinken sogar, meine Damen und Herren, ganz entgegen dem Bundestrend. Das zeigt, wie erfolgreich diese Politik gegriffen hat, das muss man ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Wir haben in der Stadt Bremen gegenüber dem November 2000 eine um 0,3 Prozent reduzierte Arbeitslosenzahl. In Bremerhaven hat das leider noch nicht so gegriffen, aber in Bremerhaven, und da lasse ich jetzt einmal den Beitrag von Herrn Schramm weg, das haben alle anderen gesagt, sind wir ja auch auf einem guten Weg. Die Investitionen, die wir dort tätigen mit dem Zentrum für Biotechnologie, dem Datenschutzkompetenzzentrum, dem T.I.M.E.-Programm, sind alles Dinge, die dazu beitragen, dass auch dort die Arbeitslosigkeit wieder zurückgeht.

In den nächsten Jahren werden wir mehrere Schwerpunkte setzen, insbesondere im Hafenbereich, was Investitionen betrifft, auch in Bremerhaven. Die Kaiserschleuse und CT IV müssen wir dringend machen, um den Containerumschlag zu sichern. Dort haben wir Zuwachsraten von jeweils 20 Prozent in den letzten Jahren gehabt. Da boomt es, meine Damen und Herren. Hätten wir damals nicht diese Investitionen gemacht, hätten wir das auch nicht haben können.

Wir haben einer Technologieoffensive neuen Schub gegeben, indem wir auch in diesem Haushalt wieder zusätzliche Gelder bewilligt haben, um dort weiter voranzugehen. Der Umstrukturierungsprozess zu mehr Dienstleistungsarbeitsplätzen ist damit eingeleitet worden und soll fortgeführt werden. Das T.I.M.E.-Programm haben wir aufgelegt, UMTS-Pilotregion wollen wir werden. Wir sind da weit fortgeschritten, das bringt neue Arbeitsplätze. Die Stärkung der Luft- und Raumfahrt haben wir auch im Programm.

Es ist eine ganze Menge Neues, das nicht weitergeführt, sondern neu angepackt wird in den Jahren 2002 und 2003, und der Weg, den wir in den letzten Jahren angefangen haben zu beschreiten, wird konsequent weiterbeschritten, meine Damen und Herren, und das ist sehr positiv für den Sanierungszustand unseres Landes. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über die Wirtschaftspolitik haben wir uns in den letzten Jahren hier im Haus oft gestritten. Es war aber bezeichnend, dass wir uns doch in weiten Teilen eigentlich nicht über die Grundlagen, wohin die Reise gehen soll, sondern eher über einzelne Projekte und Maßnahmen gestritten haben. Ich nenne stellvertretend nur noch einmal den Ocean-Park, da waren die Erfolge Ihrer Politik bis heute nicht besonders toll, und wir haben uns vor allen Dingen über das Musical als Ausdruck dessen, welche Tourismusstrategie Bremen glaubt, einschlagen zu müssen, gestritten, ob das wirklich passend war.

Ich will, auch wenn ich hier gleich noch einiges aus meiner Oppositionssicht sagen werde, noch einmal deutlich machen, dass wir aber in weiten Teilen, was die Investitionspolitik angeht, im Bereich Strukturwandel und darin, eine neue Infrastruktur für das Bundesland Bremen aufzulegen, nicht unterschiedlicher Meinung sind. Aber es geht um Nuancen, und dazu will ich noch einiges sagen.

Anders als Sie legen wir ein besonderes Augenmerk darauf, wirklich vorsichtig mit dem Flächenverbrauch umzugehen, ob das nun im Technologiepark ist oder in den Marschen. Wir glauben, dass man sowohl von der Architektur her wie von der Grundannahme, wie man mit Flächen umzugehen hat, etwas zurückhaltender sein muss als Sie und trotzdem wirtschaftspolitisch und auch was das Schaffen von Arbeitsplätzen angeht, sehr erfolgreich sein kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In den letzten Sitzungen haben wir über die Technologieoffensive gesprochen, die auch hier erwähnt worden ist. Für mich ist das ein Hinweis darauf, dass in den letzten Jahren einiges passiert ist. Ich gehöre nicht zu denen, die einfach alles schlechtreden würden, was in den letzten Jahren in Bremen gemacht wurde. Es hat sich etliches zum Positiven entwickelt, und das war ja auch dringend erforderlich. Trotzdem kann man auch an diesen politischen Vor-

-----  
\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) haben sehen, dass Bremen lange nicht da ist, wo es sein könnte.

Vorletzte Bemerkung, und ich glaube, das ist für Bremen eine ganz entscheidende: Auch Herr Perschau hat heute wieder darauf hingewiesen, dass Bremen an vielen Punkten Nachholbedarf hatte und noch hat. Das ist ohne Zweifel richtig. Trotzdem kann man sich damit nicht begnügen. Die so wichtige Leitlinie heißt ja immer: Wo unterscheidet sich Bremen mit seinen Angeboten eigentlich von anderen gleich großen Städten und Regionen, womit können wir wirklich glänzen, wo sind wir anders als die anderen und machen nicht nur alles nach, oder, wie das im Jargon dann immer so schön heißt, was sind die Alleinstellungsmerkmale?

Ich finde nicht, dass man bis heute behaupten könnte, dass Bremen da so gut ist, wie wir sein müssten, wenn wir wirklich in den harten Auseinandersetzungen und Konkurrenzen der nächsten Jahrzehnte bestehen wollten. Es gibt zwar zarte Pflänzchen, auch in Bremerhaven, was die Biotechnologie angeht, aber dieses Alleinstellungsmerkmal maritime Biotechnologie und blaue Biotechnologie noch ganz anders nach vorn zu stellen und auch weit in die Lebensmittelwirtschaft hinein als ein Profil von Bremen zu entwickeln, das hat natürlich dann auch noch etwas mit Stadtmarketing zu tun. Da haben wir einiges vor uns!

- (B) Letzte Bemerkung, weil die Zeit schon weit fortgeschritten ist, auch darüber haben wir wiederholt gesprochen: unsere Bemühungen, junge Menschen und junge kluge Köpfe in die Stadt zu ziehen! Wir haben schon beim letzten Mal darüber gesprochen, und deswegen haben Sie jetzt auch den Weg über die Bremer Aufbau-Bank gewählt, um endlich zusätzliches Risikokapital zur Verfügung stellen zu können. Wir haben in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, dass wir da nicht so gut sind, wie wir sein müssten, und dass es für diesen spezifischen Ansatz, junge kluge Leute in die Stadt zu holen oder hier zu halten und ihnen Existenzgründungsmöglichkeiten offen zu halten und ganz selbstbewusst und offensiv damit zu werben, bisher keine wirklich tragende Kampagne gibt.

Ich möchte Sie noch einmal dringend auffordern, und wir werden in den nächsten Monaten über dieses Standortmarketing noch oft sprechen, diesem Punkt – ich nenne jetzt noch einmal als Arbeitstitel „junges Bremen“, und das bezieht sich ganz besonders auf Existenzgründungen, aber natürlich dann im weitesten Sinn auf die ganze Frage der Ausbildungspolitik und auch der Kulturpolitik – ein neues Bild zu geben. Das passt auch zu dem Werbeteil „Bremen neu erleben“, aber damit muss man wirklich noch viel offensiver und aggressiver werben, dass man junge gute Leute nach Bremen holen will. Ich glaube, das würde unserem Bundesland gut tun, und das wäre auch ein Beitrag dazu, Abwanderung,

- insbesondere Abwanderung aus Bremerhaven, zu verhindern. – Vielen Dank! (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort Herr Senator Hattig.

**Senator Hattig:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich will Ihre Zeit vor der Mittagspause nicht allzu sehr strapazieren. Hungerige Mägen können sonst ein Eigengewicht bekommen. Lassen Sie mich kurz und in Stichworten das eine oder andere anmerken!

Erstens: Bremen hat keine selbständige Konjunktur. Wir sind eingebunden in die deutsche und in die weltwirtschaftliche Entwicklung. Dazu gäbe es bezogen auf Deutschland eine Menge zu sagen, konjunkturell wie strukturell, aber das ist hier nicht der geeignete Ort. Wir bemühen uns vor diesem Hintergrund, konjunkturresistenter zu werden, die Strukturen anders aufzumischen. All das ist hier mehrfach erwähnt worden, ich will es nicht im Einzelnen wiederholen. Ich setze darüber die Überschrift, wir bemühen uns, die Rahmenbedingungen zu verändern. Investoren sind leider eine Mangelware. Sie sind vor den Toren Bremens nicht so zahlreich festzustellen, dass wir genüsslich aussuchen könnten, wen wir wollen und wen nicht, sondern wir müssen uns um sie bemühen. Das Bemühen heißt, Vertrauen zu bewirken, Vertrauen heißt, berechenbar zu sein. Sie wissen, dass ich dies öfter sage, und das ist für mich eine Kernerkenntnis unserer gesamten Politik. (D)

Wenn das Produkt stimmt, kann man auch ein vernünftiges Marketing machen. Das heißt, Bremen und Bremerhaven müssen in sich, wenn ich es so als Produkt bezeichnen darf, stimmig sein. Das kann man feststellen, wir haben uns verbessert, wir werden uns weiter verbessern, und der Trend macht zuversichtlich. Andererseits, nehmen Sie es mir nicht übel, ich bin auf dem Gebiet nicht völlig unbedarft, wenn ich höre, was jetzt mit zehn Millionen DM alles gemacht werden soll! Ich bin ja dankbar, dass es mehr geworden ist, das ist die Dialektik der Ereignisse, das will ich nicht weiter vertiefen.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Das glaube ich!)

Das könnte ich gern, Frau Trüpel, aber lassen wir das einmal im Moment!

Ich bin ja dankbar, dass wir jetzt zehn Millionen DM haben, nur, wenn ich mir vorstelle, wie weihnachtlich Sie mit den zehn Millionen DM umgehen, dann muss ich gelegentlich auch daran erinnern, dass es einen Aschermittwoch gibt. Dazwischen müssen wir die Synthese finden. Ich bemühe mich darum.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

(A) Wir bemühen uns, gegen den Bundestrend uns zu entwickeln. Natürlich darf das auch nicht anmaßend formuliert werden, aber immerhin ist es doch im Trend bemerkbar: Die Beschäftigtenzahlen haben wir verbessert, das Bruttoinlandsprodukt ist besser geworden, die Investitionsquote ist überdurchschnittlich mit fast 18 Prozent. Nur ich muss in dem Kontext, und das ist für mich eine rein betriebswirtschaftliche Aussage, immer wieder daran denken, dass wir etwa von 1980 bis heute in der Investitionsquote immer noch einen Aufholbedarf von rund acht Milliarden DM haben. Das kann man jetzt nicht so einstellen, dass wir übermorgen diesen Ausfall ausgleichen können, aber auch hier bemühen wir uns. Insgesamt werden wir resistenter gegen allgemeinerwirtschaftliche Vorgänge, ohne uns von diesen völlig abkoppeln zu können.

Wir bemühen uns, die Wirtschaftsstruktur vielschichtiger zu machen, attraktive Gewerbeflächen auszuweisen, die Verkehrsinfrastruktur zu beleben. Verkehr ist Zukunft, auch das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen, ob es uns persönlich passt oder nicht.

Die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft hat sich hervorragend verbessert. Wenn ich auf Einzelprojekte eingehen darf: Wir haben 3000 Existenzgründungen seit 1998, davon sind über 25 Prozent von Frauen und über 60 Prozent Dienstleistungen. Wir führen diese Existenzgründungsoffensive fort, wir haben das Wagniskapital in der letzten Woche neu aufgelegt und verbesserte Bedingungen geschaffen, Gewerbegebiete werden weiter erschlossen, ihre Abnahme erfolgt, mit Augenmaß betrachtet, freundlich. Besonders attraktiv ist der Technologiepark, darüber haben wir mehrfach geredet und werden auch weiter darüber reden.

(B) Wir bereiten die Erschließung und Vermarktung der Überseestadt vor, wir haben die Arberger und Mahndorfer Marsch im Programm. Im Bremer Osten sind wir besonders nachfrageorientiert. Wir haben mit der BIG insgesamt knapp über 60 Hektar von Investoren abgenommen bekommen, und damit sind rund 340 Millionen DM Investitionen verbunden.

Verkehrsprojekte werden durchgeführt. Die A 281, hier mehrfach diskutiert, muss nur in diesem Kontext erwähnt werden. Wir haben verbesserte Anbindungen für Daimler-Chrysler. Der Hemelinger Tunnel ist ja in vielfältiger Hinsicht betrachtenswert. Er wird demnächst eröffnet werden können. Wir haben den Ausbau Luneort, wir haben das Programm T.I.M.E. durch Ausschreibung vorangebracht, wir haben die Gründung des Datenschutzkompetenzentrums in Bremerhaven und dort auch das Biotechnologiezentrum. Ich lege großen Wert darauf, auch das zu sagen, weil das immer ein bisschen vernebelt oder je nach Interessenlage verschwiegen wird, wir machen viele kleine Projekte, wir gehen in die Stadtteile, das muss ich hier im Einzelnen nicht alles sagen.

Bremen und Bremerhaven sind ein Hafenstandort. Das ist unsere Tradition, das ist unsere gegenwärtige Existenz, und das wird auch in Zukunft eine wesentliche Wertschöpfungskette bleiben. 80 000 Arbeitsplätze sind direkt und indirekt daran angebunden. Die Weltwirtschaft und der Seeverkehr werden weiter zunehmen und damit auch der Containerverkehr, unbeschadet der gegenwärtigen Probleme. All dies wissen wir, und wir handeln sehr engagiert.

(C)

Wer sich die Entwicklung der bremischen Häfen auch im wettbewerblichen Vergleich anschaut, sieht, wie deutlich wir nach vorn gekommen sind, und das fällt ja nicht vom Himmel. Da spielt die Privatisierung der BLG eine entscheidende Rolle, da spielen auch andere Dinge eine Rolle, aber vor allem unsere projektorientierte und investiv aufgeschlossene Haltung in Sonderheit zu Bremerhaven, weil das nun einmal der entscheidende Hafen ist, ohne dass ich damit die Bedeutung der stadtbremischen Häfen mindern möchte.

Auch in Zukunft werden diese Häfen die entsprechenden Wachstumsraten haben, und deswegen ist unsere Hafenpolitik sehr konsequent, CT III a, CT IV, das will ich alles nicht im Einzelnen ausführen. Ich sage nur zusammengefasst, das sind existentielle Notwendigkeiten, das sind Notwendigkeiten für die wirtschaftliche Standortstruktur. Häfen sind eine entscheidende wirtschaftliche Voraussetzung, und wir tun alles, jedenfalls nach meiner Einschätzung, was möglich ist, um es zu bewerkstelligen.

Frau Lemke-Schulte, EU-Verfahren: Ich darf darauf hinweisen, 87 Millionen DM stehen für die Werfthilfe in unserem Haushalt! Was das für einen Stadtstaat wie Bremen bedeutet, muss ich hier nicht ausführen. Das EU-Verfahren wird von mir in vielfältiger Weise begleitet, ohne dass ich mich a) jeden Tag bemühe, in die Zeitung zu kommen, und b) Chancen hätte, insoweit hineinzukommen. Jedenfalls bemühen wir uns intensiv über die WTO, dieses Verfahren vor allen Dingen so zu betreiben, dass wir endlich einmal die Sachverhalte, ich hätte beinahe gesagt, entscheidungsreif für Brüssel in den Griff bekommen. Das ist eine entscheidende Frage: Ist es die Produktivität, die die Koreaner verbessert, oder sind es Dinge, die wir wettbewerblich neutralisieren müssen? Das ist das Problem, darum kümmern wir uns, ich kümmere mich darum.

(D)

Ich will CT III a und CT IV nicht weiter ausbreiten, doch eine persönliche Bemerkung erlaube ich mir. Herr Töpfer ist leider nicht da, ich werde ihn vermissen, aber ich lade ihn persönlich zur Eröffnung ein, sowohl bei CT III a als auch bei CT IV.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Man kann sich ja selbst im Parlament an manches gewöhnen!

(Heiterkeit – Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Auch wenn es schwer fällt!)

(A) Nein, Sie glauben gar nicht, wie ich Liebenswertigkeit wechselseitig feststelle!

Wir haben die bremischen Ports privatisiert, auch das ist nicht irgendeiner ideologischen Grundausrichtung zuzuschreiben, sondern der Erkenntnis, dass Marktnähe etwas mehr ist als abstrakte obrigkeitliche Betrachtung. Wir haben eine ganze Menge in Bewegung gebracht, und da Sie ja immer die Zukunft, wie soll ich sagen, fast wichtiger nehmen als die Gegenwart, was mir gelegentlich auch nicht schwer fällt, aber das Mischungsverhältnis muss stimmen: Wir bemühen uns, das betriebliche Förderprogramm weiter fortzuschreiben, die Drittmittelkomplementierung zu verbessern, die Ausgestaltung, die Ausstattung unserer Gesellschaften zu intensivieren, den dringenden notwendigen Hafeninvestitionen auch das notwendige Geld zu geben. Nur in dem Kontext erwähne ich einmal, ohne damit eine Bewertung zu verbinden – ich weiß ja, wie schnell das sonst die Reizflächen nährt –, wir geben 40 Millionen DM für das Theater aus, 160 Millionen DM für die Straßenbahn und 80 Millionen DM für die Häfen. Auch das muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

Lassen Sie mich das Ganze zusammenfassen! Wir bemühen uns, die Strukturen zu verbessern. Die Häfen sind ein zentraler Blickpunkt für uns, ohne dass wir dabei das andere vernachlässigen. Investitionen schaffen Arbeitsplätze, aber nicht im Weg einer Versicherungspolice, auch das muss ich immer wieder sagen. Investitionen sind Risikoabwägungen und kein Versicherungsschein, den ich einlöse und mir nach zehn Jahren die Dividende abhole. Die Wirtschaftspolitik ist ein zentraler Standortfaktor, aber, und das weiß jeder, dass ich es so sehe, Bildung läuft der Bilanz vor! Wenn wir da versagen, haben wir irgendwann schlechte Bilanzen. Auch das muss man hier ganz deutlich sagen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Bremen genießt wieder Vertrauen, ob hier Genuss für jedermann, wer weiß, aber es hat Vertrauen. Bremen ist interessant, buten und binnen, draußen und drinnen. Ich bleibe engagiert bemüht, dass es so bleibt. – Vielen Dank!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit haben wir auch die Aussprache zum Bereich Wirtschaft und Häfen erledigt.

(Zuruf von der SPD: Was machen wir denn jetzt?)

Nach der Mittagspause treffen wir uns zum Punkt Inneres, Kultur und Sport wieder. (C)

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.43 Uhr)

\*

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 15.04 Uhr.

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Auf dem Besucherrang begrüße ich recht herzlich eine Gruppe interessierter Bürgerinnen und Bürger, die auf Einladung der CDU-Fraktion in unserem Hause sind, sowie eine Gruppe der IPA aus Bremerhaven.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir fahren fort in der Haushaltsdebatte.

Ich rufe auf den Punkt vier, Inneres, Kultur und Sport. (D)

Das Wort erhält der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist ein politisches Prioritätenfeld für unsere Fraktion. Öffentliche Sicherheit und Ordnung müssen von den dafür vorgesehenen Organen wie Polizei, Feuerwehr, Ordnungsbehörden und Verfassungsschutz garantiert werden können. Dazu ist es notwendig, dass diese Einrichtungen organisatorisch, materiell und rechtlich adäquat ausgestattet werden. Dafür haben wir uns unter anderem bei diesem Haushalt eingesetzt.

Wenn man sich nun den anstehenden Doppelhaushalt 2002/2003 anschaut, wird meines Erachtens eindrucksvoll deutlich, dass diese Koalition es mit innerer Sicherheit ernst meint. Zusätzlich wurden 37 Millionen DM einschließlich der Terrorismusbekämpfung für das Ressort eingestellt. Ich meine, das ist eine ansehnliche Position. Damit, meine Damen und Herren, ist auch sichergestellt, dass die Bürgerinnen und Bürger weiterhin auf ihre Sicherheitsorgane zählen können und die Kürzungsvorgaben so gesehen vom Tisch sind.

Dieses Haus hat wie alle Parlamente der Republik den fürchterlichen Ereignissen des 11. Septem-

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) ber Rechnung getragen und eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die helfen werden, dem internationalen Terrorismus wirkungsvoller begegnen zu können. Insbesondere der bislang stark vernachlässigte Bereich Bremer Verfassungsschutz kann künftig wieder mit personeller und materieller Besserstellung seine Aufgaben umfänglicher wahrnehmen. Dies begrüßen wir sehr.

Auch die Polizei erfährt durch das Sofortprogramm personellen und materiellen Zugewinn, und damit wird auch die Sicherheit in Bremen und Bremerhaven weiter verbessert werden. Einziger Wermutstropfen: Dies ist erneut ein Reagieren der Politik auf die in diesem Fall verheerenden Ereignisse in den USA. Mir wäre es lieber, wir würden vorbeugende Maßnahmen ergreifen. Dennoch bin ich überzeugt, dass die Garantenstellung der Sicherheitsbehörden für die innere Sicherheit durch dieses Antiterrorismuspaket neben den Verbesserungen im eigentlichen Haushalt gestärkt wird.

Erfreulich ist dabei, und das möchte ich unterstreichen, dass das Sofortprogramm in diesem Fall seinen Namen verdient. Beschaffungsmaßnahmen und personelle Maßnahmen, zum Beispiel Erhöhung der Einstellungen noch für 2001 um 30 Beamtinnen und Beamte der Polizei, sind noch im laufenden Jahr in die Realisierung gebracht worden. Damit folgte Verwaltungshandeln rasch und flexibel den politischen Beschlüssen.

(B) Meine Damen und Herren, wir haben es auch im Haushalt 2002/2003 mit einer Reihe von Daten zu tun, die die Fortentwicklung im polizeilichen Bereich darstellen. Unter anderem nenne ich da die Fortführung und Weiterentwicklung der Polizeireform schlechthin. Wir haben mit der Einrichtung der Landespolizei und der damit verbundenen Neuordnung der Aufbauorganisation erhebliche Maßnahmen ergriffen, die nicht in jedem Fall kostenneutral sind. Wir haben dagegen kostenneutral Kontaktbereichsbeamte geschaffen, deren Bestand sicherlich auch noch ausgebaut werden kann und soll, denn niemand wird berechtigt anzweifeln können, dass sich diese Einrichtung bewährt hat.

Wir haben die Polizeikommissariate eingerichtet. Wir haben den Polizeivollzug erneut aus dem Personalentwicklungsprogramm, auch Personalabbauprogramm genannt, herausgenommen. Es haben keine Revierschließungen stattgefunden und werden auch nicht stattfinden. Die Verbesserung der technischen Ausstattung der Feuerwehr ist erneut ergänzt worden. Mobile Meldestellen unter dem Stichwort Neubürgeragentur sind ebenso eingerichtet worden wie Präventionsmodelle, siehe Modellprojekt im Bremer Westen, Kooperation zwischen Polizei und Bildung. Die Ausbildungsreform unter Festlegung der so genannten zweigeteilten Laufbahn ist im Rollen und wird bis 2009 abgeschlossen sein.

Nicht zuletzt und auch im Besonderen, weil es sehr lange gedauert hat, bis es dazu gekommen ist: Wir

haben eine neue Schießtrainingsanlage fertig gestellt, die allerdings zurzeit immer noch vorfinanziert ist, was bedeutet, dass wir für diese 6,3 Millionen DM jedes Jahr erhebliche Zinsen zahlen müssen. Ich will an dieser Stelle auch einmal sagen, ich fände es höchst bedauerlich, wenn nicht nun wirklich rasch das Areal Bei den drei Pfählen, das so genannte TÜV-Gelände, vermarktet wird, damit, egal was, Gewerbe- oder auch Wohnungsbau dort stattfindet,

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, nicht egal was!)

denn diese Zinszahlungen sind im Grunde genommen völlig überflüssig und eigentlich nicht erträglich.

Meine Damen und Herren, der Doppelhaushalt insbesondere hat das Merkmal, dass die Kürzungsvorgaben von insgesamt rund 26 Millionen DM nunmehr vom Tisch sind, was ich und meine Fraktion sehr begrüßen, und ich denke, die Koalition insgesamt begrüßt es, denn es wären erhebliche Einschnitte geworden, die dazu geführt hätten, dass in Teilen insbesondere auch die Polizei handlungsunfähig geworden wäre, und das wäre, glaube ich, kaum vermittelbar gewesen.

Die Ausrüstungen der Polizei, der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr sowie des Verfassungsschutzes werden deutlich nachgebessert. Die Polizei wird 30 Beamte von 2001 bis 2004 jährlich und die Feuerwehr zehn Beamte in den Jahren 2002 und 2003 zusätzlich einstellen, und zwar über die Zielzahlen hinaus. Es werden deutliche Zeichen in der ABC- und Fahrzeugausstattung für den Vollzugsbereich gesetzt. Die Fortbildung wird intensiviert. Bei der Polizei und beim Stadtamt wird es auf der Grundlage der Berger-Gutachten erhebliche Personalumsteuerungen geben. Das wird aber noch in diesem und im nächsten Jahr unsere Aufgabe sein.

Der Verfassungsschutz wird wieder, ich habe es gesagt, entsprechend seiner Gesamtaufgabenstellung handlungsfähig. Nicht zuletzt: Dienstleistungszentren, zunächst in der Pelzerstraße – wir hatten die Debatte hier im Hause –, werden weiterentwickelt, auch unter schwierigen Rahmenbedingungen. An dieser Stelle will ich auch hinzufügen: Wer Verwaltungsreform will – und die Einrichtung von Dienstleistungszentren, bürgernahe Verwaltung und Service aus einer Hand sind ein Stück Verwaltungsreform –, muss sich auch daran beteiligen. Insofern würde ich sehr bitten, dass der Senat noch einmal darüber nachdenkt, ob dies allein vom Innenressort finanzierbar ist.

Meine Damen und Herren, auch diesen Katalog könnte ich fortsetzen, aber ich glaube, erkennbar ist, dass trotz der engen Sanierungsrahmen die innere Sicherheit personell wie materiell vorangebracht wird. Dabei will ich nicht verhehlen, dass auch berechnete Wünsche von Behörden, Dienststellen und Ämtern zumindest vorerst unerfüllt bleiben müssen.

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz auf ein paar erkannte Problemfelder zu sprechen kommen! Ich habe eines schon angesprochen, das sind die Dienstleistungszentren. Daran muss weiter gearbeitet werden, und diese Dienstleistungszentren müssen weiterentwickelt werden.

Zweitens: Die Hochschule für öffentliche Verwaltung wird ab Anfang 2002 nur noch Polizeiausbildung beinhalten, und daher ist es meines Erachtens notwendig, dass wir den Haushalt dieser Hochschule in den Bereich Inneres legen, damit Inneres einerseits die Dienst- und Fachaufsicht, wie es notwendig ist, und andererseits die Ressourcenverantwortung hat, wie es auch im Rahmen der Verwaltungsreform gemacht worden ist, als die Budgetierung stattgefunden hat.

(Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/  
Die Grünen])

Herr Dr. Kuhn, wir werden uns darüber sicherlich am Rande unterhalten können.

Drittens: Konsequenzen aus dem Berger-Gutachten müssen wohl abgewogen und finanzierbar gemacht werden. Auch an der Stelle sind sicherlich noch einige Klippen zu umschieben.

(B) Meine Damen und Herren, etwas kürzer darf ich mich beim Sporthaushalt fassen. Dabei schmälert dies selbstverständlich nicht die Bedeutung des Sports schlechthin, der ja auch im Präventivbereich, gerade im Jugendbereich, eine erhebliche Rolle für die innere Sicherheit spielt. Es sind folgende Schwerpunkte im Haushalt Sport zu erkennen: Erstens, die Sanierung von Sportanlagen durch drei Millionen DM per annum wird für weitere vier Jahre fortgesetzt. Zweitens, die Wettmittel als Haushaltsersatz wurden zurückgeführt, die Wettmittel stehen dem Sport nun wieder zur Verfügung. Drittens, durch Erhöhung der Zuschüsse an die Gesellschaft für öffentliche Bäder und Investitionsmaßnahmen über das Sondervermögen für Liegenschaften finanziert, wird das Bäderkonzept realisiert, und Heidberg-, Schlosspark- und Teneverbad bleiben erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ferner wurden die Rahmenbedingungen für den Schul- und Vereinssport sichergestellt, ein Rahmenvertrag zwischen dem Senator für Bildung und dem Landessportbund liegt dem zugrunde. Abschließend ist hervorzuheben, dass die umstrittene Übungsleiterpauschale, das ist heute auch schon gesagt worden, mit 1,233 Millionen Euro durch entsprechende Ansatzserhöhungen den Erfordernissen nunmehr entspricht.

Meine Damen und Herren, insgesamt bleibt festzustellen, dass die Koalition in den Bereichen Inneres und Sport deutliche Zeichen gesetzt hat, die un-

ter diesen Rahmenbedingungen meines Erachtens beachtlich sind. (C)

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort erhält der Abgeordnete Kleen.

Abg. **Kleen** (SPD \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der heute vorliegende Entwurf der Haushalte 2002/2003 für den Bereich Inneres darf als zufrieden stellend bewertet werden. Wie schon in der Innendeputation bei der Aufstellung der Haushalte von Senator Dr. Schulte in Aussicht gestellt, haben die Fraktionen die Lücken im konsumtiven Haushalt so geschlossen, dass keine unvertretbare Leere etwa in Benzintanks von Streifenwagen entstehen wird. Der investive Ansatz für Inneres ist ebenfalls zufrieden stellend, und das ist auch dringend nötig.

Daraus eine Kehrtwende in der inneren Sicherheit Bremens zu machen, wie es in einigen Interviews des Senators Dr. Böse zu lesen war, erscheint etwas abwegig, vielleicht etwas gewagt. Diese Aussage hat sicher gewaltig etwas mit dem gesunden Selbstbewusstsein des Senators zu tun, auf das wir Bremer in Zukunft natürlich in bundesweiten Debatten sehr bauen werden, denn Herr Dr. Böse wird ab dem 1. Januar 2002 der Innenministerkonferenz vorsitzen. Ich hoffe sehr darauf, dass er als ersten Beweis dieses neuen bundesweiten Einflusses eine überaus positive Vermittlerrolle in der Debatte um die Zuwanderung einnehmen wird. (D)

(Beifall bei der SPD)

Das wäre jedenfalls sehr zu wünschen im Interesse unseres Landes und der Menschen, die hier sind und die zu uns kommen wollen. Herr Senator, hören Sie auf die Stimmen Ihrer Freunde in der deutschen Wirtschaft und nicht auf die Funktionäre Ihrer Parteikader! Lassen Sie es nicht zu einer Blockade vernünftiger Politik kommen!

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, in Bremen wollen wir die erfolgreiche Politik der inneren Sicherheit der großen Koalition fortsetzen, wie wir sie auch in der vergangenen Legislaturperiode zusammen mit Senator Borttscheller betrieben haben. Auf die Erfolge haben Jens Böhrnsen, Jens Eckhoff und vor allem Rolf Herderhorst hingewiesen. Ich würde mich nicht trauen, noch einmal darauf hinzuweisen, nachher sagen Sie noch, wir wollen Ihnen Ihre Erfolge wegnehmen, obwohl heute jeder weiß, dass sich die in-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) nere Sicherheit mit dem Namen Schilly und mit der SPD verbindet.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Ich kann es ja nicht verschweigen, ohne zu lügen!

Meine Damen und Herren, wir brauchen Kontinuität und keine Kehrtwende. Wir brauchen, da sind wir uns völlig einig, in Bremen keinen Schill, um die Sicherheit der Menschen in Bremen zu garantieren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Böse, Ihren weltläufigen Satz, wir brauchen keinen Schill, wir haben Böse, möchte ich auch gern in die Werbeabteilung der Marke Ritter Kuno lassen. Wir wollen in Bremen unter der Dachmarke Böse auch keine Schill-Politik.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen keine gebrochenen Wahlversprechen gegenüber der Polizei, wir wollen keinen Drogen-gewerbepark an der Uni oder am Flughafen, wie ihn Schill vorgeschlagen und offensichtlich jetzt wieder zurückgenommen hat. Deshalb machen wir als große Koalition so weiter wie bisher,

- (B) (Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

in der Sache hanseatisch seriös – ich schaue nach links – und im Marketing künftig frech mit Berliner Schnauze.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Genau!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle noch einen Dank an die exzellenten Fachleute aussprechen, die unsere Behörden führen, denn sie sind es – ich denke insbesondere an Herrn Mordhorst, an Herrn Knorr, ich denke auch an Bremerhavener, will sie aber als Landespolitiker hier nicht benennen –, die es immer wieder schaffen, mit knapperen Ressourcen höhere Leistungen abzuliefern.

Herr Herderhorst hat darauf hingewiesen, dass insbesondere im Bereich der K-Frage, also der Kultur einer bürgerfreundlichen, dezentralen und kompetenten Verwaltungsdienstleistung, noch nicht alle Fragen bewältigt sind. Da stehen wir hoffentlich sehr eng beieinander. Wenn wir hier auch bei der Pfälzer Straße den engen Schulterschluss zwischen SPD, CDU, dem Senat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Stadtamt und in den Ortsämtern machen, dann werden wir auch da erfolgreich sein. – Danke!

(Beifall bei der SPD)

- Vizepräsident Ravens:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Güldner. (C)

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)\*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Kleen hat schon auf das Interview des Innensensors Böse in der „Welt“ vom 10. Dezember 2001 hingewiesen und auch auf den zentralen Satz: „Hier braucht man keinen Schill, es gibt Böse.“ Ich finde, es bleibt jedem selbst überlassen, mit wem man sich vergleicht und an wem man sich misst. Das müssen wir auch dem Innensensor zugestehen. Wenn das die Messlatte ist, die er sich da selbst gelegt hat, lassen wir ihn an dieser Stelle.

Ich möchte ihn aber an dieser Stelle auch daran erinnern, dass es in der Vergangenheit auch aus seiner Partei schon verschiedene Versuche gegeben hat, Rechte dadurch überflüssig zu machen, dass man sich weitgehend auf ihre Positionen hin bewegt. Das hat dann im Endeffekt zu enormen Gewinnen bei DVU und Republikanern geführt, wie wir alle wissen.

Lieber Innensensor, und vielleicht ist es ungewöhnlich, dass ich es gerade hier sage, eigentlich haben Sie diesen platten Populismus, den Sie in diesem Interview an den Tag gelegt haben, gar nicht nötig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das stimmt!) (D)

Seien Sie doch ein bisschen selbstbewusster! Lassen Sie uns um die Inhalte der Innen-, Kultur- und Sportpolitik streiten! Lassen Sie uns die Versuche, nun auch noch jemanden wie den neuen Hamburger Innensensor Schill hier in Bremen zu kopieren, einstellen! Ich glaube, dass Sie sich da auch im Sinne Ihrer eigenen Partei keinen Gefallen tun. Wir brauchen, und da kann ich an Herrn Kleen anschließen, in Bremen nämlich weder einen Schill noch einen Böse, der einen Schill kopiert, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Lassen Sie uns also über Interessanteres reden! Lassen Sie uns zum Beispiel – und ich komme gleich darauf zurück, dass auch die haushaltspolitische Sprecherin der SPD, Frau Wiedemeyer, das genauso in ihrem Bericht selbst bewertet hat – über die unsolide Finanzierung des Haushalts Inneres reden!

Sie haben sich nach Ihrer Ernennung zum Senator eifrig an die Arbeit gemacht, das ist gut so, und eine ganze Reihe von kurz-, mittel- und langfristigen Projekten und Vorhaben aufgelegt. Alle diese

\*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) Projekte kosten eine Menge Geld. Das Problem für Sie ist, dass Sie dieses Geld nicht haben. Sie machen eine reine Ausgabenpolitik, ohne für die entsprechenden Einnahmen zu sorgen, um diese vielen Projekte, die Sie hier angeblich anschieben wollen, tatsächlich zu finanzieren: immer neue Schwerpunkte und Einheiten bei der Polizei, neue technische Ausstattungen, eine Expansion des Verfassungsschutzes um sage und schreibe 60 Prozent auf einen Schlag, Bürgerservice-Center Mitte, lokale Dienstleistungszentren, Olympiade, Fußballweltmeisterschaft, Weserstadion, Bädersanierung.

Ihr einziges Problem ist, dass Sie überhaupt nicht das Geld haben, um dies alles tatsächlich zu finanzieren. Das erinnert doch sehr stark an einen der größten Flops Ihres Vorgängers im Amt, nämlich an die Bewerbung Bremens für das Deutsche Turnfest. Man kann daran sehen, dass, wenn man solche großartigen Projekte anschiebt, ohne vorher für die Finanzierung zu sorgen, man letztendlich vor allem im Bereich des Images unserer Freien Hansestadt einen großen Schaden anrichtet und ihr keinen Gefallen tut, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Ähnlich ist es Ihrem Vorgänger ergangen, und ähnlich wird es Ihnen auch in dem ganzen Bereich der Bürgerdienstleistungen ergehen – mit denen wir draußen viele Preise bekommen, darauf weisen Sie immer sehr gern hin –, weil wir draußen Dinge behaupten, die es hier drinnen noch gar nicht gibt. Es stimmt, dass wir diese Preise bekommen, nur, der Bürger, der zum Beispiel immer noch drei Stunden in der Meldestelle Mitte hier in Bremen sitzt, kann sich natürlich für solch einen Preis nichts kaufen, weil er immer noch den gleichen Service bekommt, den er vorher auch bekommen hat, der ist keinen Deut besser.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man einmal schaut, dass Sie schon einen Anlauf gemacht haben, nämlich die einfachen Meldestellen der Ortsämter zu Bürgerämtern zu machen, was etwas freundlicher für die Bürger sein soll, dann kann man nur feststellen, nachdem Sie drei Jahre diesen Modellversuch laufen hatten – zum Beispiel hatte die Meldestelle in Horn-Lehe weniger als die Hälfte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sie vorher hatte –, musste der Modellversuch Bürgeramt letztendlich als großer Flop abgebrochen werden.

Interessant an dieser Hey-big-spender-Politik, die Sie machen, ist eigentlich die Tatsache, dass Sie, glaube ich, seit sechs oder sieben Jahren Christdemokrat sind. Sie sind ja, wenn ich richtig informiert bin, von der FDP zu dieser Zeit zur CDU übergetreten. Wenn ich mir so manche Bundestagsdebatte an-

schaue, dann ist es zum Beispiel gerade die CDU, die immer wieder sagt, was den Verteidigungshaushalt angeht, der Verteidigungsminister würde unheimlich viele Einsätze planen, die Bundeswehr dorthin und dorthin schicken, und es würde immer neue Projekte geben, er würde dies aber nicht solide finanzieren. Hier regieren Sie selbst und machen Innenpolitik nach genau dem gleichen Schema, das Sie dort dem Minister vorwerfen. Sie verkünden erst die Projekte und die Ausgaben, und Sie überlegen sich hinterher, wie Sie sie denn tatsächlich seriös finanzieren können. Bei vielen der von mir erwähnten Projekte ist dies bisher nicht gelungen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie bekommen Sie trotz der nicht vorhandenen Einnahmen einen pro forma ausgeglichenen Haushalt hin? Sie bekommen es ganz einfach hin, wie auch Ihre Vorgänger: Sie täuschen einfach Einnahmen vor, die es nie gab, die es heute nicht gibt und, das wissen Sie auch, in Zukunft nicht geben wird. Sie täuschen den Gesetzgeber, das Parlament, und die Bürgerinnen und Bürger draußen im Land, indem Sie willkürlich überhöhte Einnahmeansätze bei Bußgeldern aus der Überwachung des ruhenden und rollenden Verkehrs ansetzen, die alljährlich dann beim Haushaltsvollzug schon wieder wie eine Routine um viele Millionen DM tatsächlich unterschritten werden.

In diesem Haushalt setzen Sie noch eines darauf, weil Sie in diesem besonders viel ausgeben wollen in den Jahren 2002 und 2003, und erhöhen die sowieso schon unrealistischen und noch nie erreichten Einnahmeansätze ein weiteres Mal, damit Sie Ihr zentrales Vorzeigebürgeramt in der Innenstadt finanzieren können. Das heißt in der Konsequenz: Entweder müssen Sie dramatisch Einsatzmittel und -kräfte bei der Polizei und beim Stadtamt umschichten, um tatsächlich diese Bußgelder einnehmen zu können, den Bürgern also pausenlos mit entsprechenden Kontrollen auf den Füßen stehen. Da bekommen Sie natürlich ein Problem mit Ihrer eigenen Partei, die ja immer noch das Motto „Freie Fahrt für freie Bürger“ vor sich her trägt und dies von daher gar nicht so gern sieht, wenn Sie das tun. Oder aber Sie haben einen im hohen Maße ungedeckten Haushalt, produzieren weiter Verschiebeparkplätze wie bei der Bereitschaftspolizei, um die fehlenden Mittel zu kaschieren und Ihre Planungsruinen zu vernebeln!

Das, ich habe es vorhin erwähnt, sieht genauso die der Oppositionsnähe sonst unverdächtige haushaltspolitische Sprecherin der SPD, Frau Wiedemeyer. Sie schreibt in ihrem Bericht an den Haushalts- und Finanzausschuss,

(Abg. Frau W i e d e m e y e r [SPD]:  
Der Bericht ist richtig!)

(C)

(D)

(A) ich darf mit Genehmigung des Präsidenten zitieren: „Verschiedene Positionen des Haushaltes Inneres enthalten unrealistische Einnahme- und Ausgabeanschlüsse. Hier sind entsprechende Korrekturen vorzunehmen.“ Zumindest für die Einnahmeseite hat sich in den Beratungen des Haushaltsausschusses bis heute zur zweiten Lesung gar nichts an diesem Fazit von Frau Wiedemeyer geändert. Sie haben nach wie vor diese Anschlüsse auf der Einnahmeseite, und nichts ist hier wirklich korrigiert worden.

Wer also diese Einnahmen nicht hat, die er nur zum Schein in diesen Haushalt hineinschreibt, kann sich dann auch nur das Allernötigste an Ausgaben leisten. So ist das privat bei uns allen und natürlich auch beim Staat. Das heißt zum Beispiel, dass die sechzigprozentige Aufstockung des Verfassungsschutzes nicht zu diesen allernotwendigsten Dingen gehört, denn sie erfüllt zwar das CDU-Programm, erhöht aber die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Bremen um keinen Deut.

Ein Innensenator, der also im wesentlichen Ankündigungen, Ideen, teilweise auch sehr gute Ideen und Projekte produziert, der aber nicht dafür sorgt, dass für die Finanzierung die Einnahmen auch zur Verfügung stehen, der mit einem ganz klar ungedeckten Haushalt arbeitet, muss sich in seinen Ideen zügeln und letztendlich auf eine solide Finanzierungsbasis seines Haushaltes kommen. Insofern würde ich Sie bitten, auch in Ihren öffentlichen Darstellungen, die ja sehr zahlreich sind, weniger die Flops der Zukunft anzukündigen, als vielmehr heute das solide zu finanzieren, was wir heute machen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Koestermann.

Abg. Frau **Koestermann** (CDU \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als die Kulturdeputierten im April dieses Jahres die Eckwerte für den Kulturhaushalt 2002/2003 zur Kenntnis genommen haben, war allen klar, dass damit noch nicht einmal die Grundfinanzierung der Kultureinrichtungen abzusichern war. Mit dieser Erkenntnis begann der Kampf um die Erhöhung des Kulturhaushalts.

Wir wollten nicht nur die gewachsenen Strukturen in unserer kulturellen Landschaft am Leben erhalten, sondern auch einen Freiraum schaffen, der uns kulturpolitische Gestaltungsmöglichkeiten gibt und die Kultureinrichtungen so lange finanziell absichert, bis sie durch Umstrukturierungen und Umorganisationen sicher auf eigenen Füßen stehen können. Nach langem, unermüdlichem Einsatz aller Beteiligten ist es gelungen, dieses Ziel zu erreichen. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen, die uns

-----

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

auf diesem mühsamen Weg unterstützt haben, und bin stolz darauf, dass trotz der schwierigen Haushaltslage Bremens ein so großartiges Ergebnis erreicht wurde.

(Beifall bei der CDU)

Damit an dieser Stelle aber kein Missverständnis aufkommt: Wir haben noch einen langen Weg vor uns, um in den nächsten zwei Jahren die Änderungen einzuleiten, die notwendig sind, Einsparungen vorzunehmen und Mehreinnahmen bei den Einrichtungen zu erreichen. Die per annum fünf Millionen DM aus dem Umbautopf für betriebswirtschaftlich rentable Maßnahmen geben uns die Möglichkeit, diese Ziele im Sinne unseres Kulturentwicklungsplans durchzusetzen und in unserer Kulturpolitik Schwerpunkte zu setzen. Die Inanspruchnahme dieser Mittel setzt voraus, dass es uns ernst ist mit einem Neuanfang.

Bei der Umorganisation des Philharmonischen Orchesters sind wir bereits auf einem guten Weg. Die Umwandlung in eine Orchester GmbH sorgt bundesweit für Beachtung. Die Aufstockung auf 87 Musikerstellen und die Berufung eines GMD, der auf dem Weg zu einer Weltkarriere ist, war nur durch die Bereitstellung dieses Umbautopfes möglich. Auch die Schwerpunktsetzung für die bremischen Museen wird aus diesem Topf finanziert, und es wird noch schwere Arbeit sein, die Gelder so sinnvoll einzusetzen, dass sie wirtschaftlich vertretbar sind und allen musealen Einrichtungen zugute kommen. Weitere angedachte Projekte für diesen Umbautopf sind die Musikschule, die Stadtbibliothek, die VHS und die Bürgerhäuser.

Meine Damen und Herren, die Budgeterhöhung auf 68,6 Millionen Euro für 2002 und 68,8 Millionen Euro für 2003 ist jetzt das Drahtseil, auf dem wir balancieren müssen. Herr Senator Dr. Böse sieht zwar nicht wie eine Zirkusprinzessin aus,

(Heiterkeit)

aber er wird sicher von einem Seilende zum anderen kommen.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Kann er denn Pirouetten drehen?)

Die Voraussetzungen dafür sind geschaffen. Die Grundfinanzierung für alle Kultureinrichtungen ist sichergestellt. Wir müssen jetzt alle kulturellen Potentiale bündeln und unsere Kompetenz und Kreativität nutzen, um diesen Weg erfolgreich weiterzugehen.

Der Kulturstandort Bremen befindet sich in einem Prozess der Neuorientierung. Das Verhältnis zwischen öffentlicher und privater Kulturförderung muss neu ausgelotet werden. Wir, die CDU, sind bereit,

(C)

(D)

(A) uns dieser Aufgabe zu stellen, und bitten alle Beteiligten, uns auf diesem schwierigen Weg zu begleiten und unsere Arbeit zu unterstützen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Nächste Rednerin ist Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Koestermann hat ihre Rede mit dankenswerter Offenheit begonnen, indem sie festgestellt hat, dass es in den letzten Jahren und auch, als die Eckwerte dieses Jahr im April vorgelegt wurden, schwere Versäumnisse gab und der Kulturretat bei weitem nicht da war, wo ihn die kulturpolitischen Sprecherinnen haben wollten. Ich möchte auch noch einmal daran erinnern, dass es in den letzten Jahren, Sie wissen das alle nur zu gut, viele kulturpolitische Debatten gegeben hat. Ohne die unermüdliche Arbeit von Kulturrat, „Anstoß“ und auch der Handelskammer wären wir heute mit den politischen Vorschlägen nicht da, wo wir sind, wenn es sozusagen nicht diese gesellschaftliche Aktion gegeben hätte, um der Kulturpolitik endlich eine andere Anerkennung in unserem Bundesland zu verschaffen.

(B) Jetzt komme ich zur Würdigung dessen, was hier wirklich passiert. Sie haben darauf hingewiesen, Frau Koestermann, und auch Frau Emigholz wird das gleich bestimmt noch sehr loben, dass nun auch Vertreter der Kulturszene diesen Koalitionsvorschlag, über den heute abgestimmt werden soll, gelobt haben und eine Verbesserung der Situation erkennen.

(Abg. Frau **H ö v e l m a n n** [SPD]: Das ist doch gut!)

Es ist ohne Zweifel so, dass es eine Verbesserung ist. Trotzdem frage ich mich, ob auch diejenigen, die sich da jetzt freuen, wirklich genau wissen, was hier eigentlich beschlossen worden ist, und dazu komme ich jetzt.

Herr Senator Böse wollte zu Beginn dieser Auseinandersetzung 19,2 Millionen DM mehr. Diese hat er nicht bekommen. Dann ist er hingegangen und hat gesagt, ich habe sie gar nicht gewollt. Ehrlich gesagt, Herr Senator Böse, ich hätte es schon ganz gut gefunden, Sie hätten das gewollt,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

weil wir jetzt leider doch noch ein paar Probleme bekommen werden. Warum? 8,2 Millionen DM mehr haben Sie bekommen, zehn Millionen DM allerdings nur als so genannten Umbautopf. Dieses Geld hat eine andere Qualität. Das ist eben nicht die Eckwert-

-----  
\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

erhöhung, um damit die unabweisbaren Bedarfe zu finanzieren, sondern die Kulturpolitik muss jetzt durch das Nadelöhr der betriebswirtschaftlich rentablen Maßnahmen.

Dass es diesen Topf überhaupt gibt, hat viel mit dem Klimbim in der Koalition zu tun. Zwei Wochen vorher hieß das Kind noch Kulturstandort GmbH,

(Abg. **E c k h o f f** [CDU]: Das ist einmal etwas ganz anderes, Frau Trüpel!)

dann gab es noch wieder wunderbare Vormodelle vom Geschäftsführer der Kulturmanagement GmbH. Das hat man dann zum Glück alles schnell wieder beerdigt. Jetzt heißt das Kind also Umbautopf für betriebswirtschaftlich rentable Maßnahmen.

Wir haben eben gehört, dass die VHS, die Bürgerhäuser und die Stadtbibliothek da hinein sollen. Ich bin einmal sehr gespannt, ob die Kriterien, die für diesen Topf vorgesehen sind, wirklich dazu angetan sind, diese Kultureinrichtungen auf einen guten Weg zu bringen. Ich habe mir zum Beispiel sagen lassen, dass bei der Roland-Berger-Untersuchung im Kulturressort das Ressort angemeldet hatte, das aus diesem Topf zu finanzieren, und das wurde abschlägig beschieden. Wenn nicht einmal so etwas daraus finanziert werden soll, wie, um Gottes willen, soll man denn dann die Bürgerhäuser da unterbringen?

(D) Ich glaube, es wäre der viel ehrlichere, auch im Sinne derjenigen, die sich in der Stadt freuen, der sehr viel bessere Weg gewesen, den kulturpolitischen Mut zu haben, den Eckwert wirklich so anzuheben, dass man hier vernünftig arbeiten kann. Das haben Sie leider nicht geschafft, und jetzt muss die Kulturpolitik durch das Nadelöhr dieses Umbautopfes.

An der Kunsthalle, die ja nun einen sehr erfreulichen Weg genommen hat in den letzten Jahren – wir haben diese Politik hier ja auch gemeinsam gemacht –, sieht man, dass alle Investitionen, die da getätigt worden sind, und der Erfolg der großen Ausstellung aber nicht dazu führen, dass sie mit weniger Geld hinkommt, sondern gerade mehr braucht, sowohl für die Aufrechterhaltung der Gebäudeinfrastruktur, für Personal als jetzt auch für die geplante Van-Gogh-Ausstellung. Wir können froh sein, dass eine solche Ausstellung geplant wird, aber auch das ist zum Nulltarif oder mit weniger Mitteln eben nicht zu haben.

Außerdem sind noch Minderausgaben beschlossen worden. Das wird im Jahr 2002 900 000 DM weniger bedeuten. Das können Sie ja vielleicht noch über Lottomittel ausgleichen, aber genau diese Minderausgabe beträgt 2003 schon 2,5 Millionen DM. Das kann man nicht mehr über Lottomittel wegdrücken, und außerdem, und damit komme ich zu einem anderen strukturellen Problem, leidet der Kul-

(A) turetät seit Jahren daran, dass wir hier viel zu wenig frei verfügbare Mittel haben. Leute mit tollen Ideen, auch gerade junge Leute, die etwas vorhaben, wenden sich an das Kulturressort, und die Antwort ist immer, eine tolle Idee, aber wir haben leider keine freien Mittel. Damit zerstört man Phantasie, Initiative und die Lust, wirklich etwas auf die Beine zu stellen. Deswegen haben wir Ihnen ja auch den Vorschlag gemacht, einen so genannten Kreativtopf, zwei Millionen DM pro Jahr zusätzliche freie Mittel, zur Verfügung zu stellen, damit man solche guten Ideen aufgreifen kann und die Leute nicht wieder wegschicken muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese beiden Aspekte finden unsere Kritik. Ich glaube, es ist gerade in der Kulturpolitik ein schwerer Fehler, wenn man da keine wirkliche Beweglichkeit im Haushalt hat, weil gerade die Lebendigkeit einer Kulturlandschaft davon lebt, dass man kurzfristig kleinere Projekte verwirklichen und gute Ideen umsetzen kann.

Letzte Bemerkung ist die Frage, ob Bremen sich bewerben kann und soll, 2010 europäische Kulturhauptstadt zu werden. Ich glaube, und das sieht man auch an anderen Städten, die diesen Prozess durchgemacht haben, dass schon die Bewerbungsphase für das Selbstverständnis, die kulturelle Identität einer Stadt ein ungeheurer Gewinn ist, weil man sich verständigen muss, was einem an den Angeboten der Stadt wirklich wichtig ist, wie man die eigene Stadt so präsentiert, dass sie sich von anderen Städten unterscheidet. Es wäre ein krönender Abschluss 2010 der Sanierungsphase in Bremen.

(B) Ich glaube, es wäre ein schwerer Fehler, diese Chance vorbeigehen zu lassen. Das Ressort hat da bisher nichts angemeldet. Wenn man das aber machen will, muss man in die Gänge kommen. 2004 wird es entschieden, und man braucht ein paar Jahre wirklich Zeit für substantielle Planungen, wenn man im Jahr 2010 glänzen will. Lassen Sie diese Chance nicht verstreichen! Sie müssen sich in den nächsten Monaten bewegen, wenn daraus noch etwas werden soll. Ich halte es für einen Fehler, dass Sie es jetzt nicht zu den Haushaltsberatungen angemeldet haben. Ich kann nur hoffen, dass Sie bereit sind, das noch nachzubessern.

Bei allem, was Herr Senator Böse hier in den letzten Monaten geschafft hat, natürlich auch auf der Basis dessen, dass es hier viele politische Auseinandersetzungen in den letzten Jahren um diesen Bereich gegeben hat: Ich glaube, Herr Senator, Ihr Standing in Bremen wird sich mit daran entscheiden, ob Sie den Mut haben, in dieser Frage nach vorn zu gehen und Bremen anzumelden, Kulturhauptstadt Europas im Jahre 2010 zu werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Emigholz. (C)

Abg. Frau **Emigholz** (SPD \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wurde schon angesprochen, wir haben in den letzten Jahren eine sehr konfliktreiche Zeit im Kulturbereich hinter uns gebracht. Das hatte viele Ursachen. Die Kernursache ist einfach eine Finanzrahmenplanung gewesen, die mehr als unbefriedigend war, weil es keine verlässlichen Perspektiven gab und weil Verlässlichkeit, egal auf welchem Niveau, das kann man auch so beschreiben, ein ganz wichtiger Punkt für politische und inhaltliche Entwicklung und auch für Schwerpunktsetzung ist. Um diese Verlässlichkeit haben wir als Fachpolitiker, und ich sage das hier auch, gemeinsam mit der Opposition, inhaltlich sehr gekämpft. Ich schließe da alle mit ein, die sich daran beteiligt haben.

Ich glaube, dass man das Ergebnis differenziert sehen muss. Wir müssen nämlich sehen, was insgesamt über die Restmittel für die Fraktionen zu verteilen war und vor diesem Hintergrund für den Kulturbereich erzielt worden ist. Da nenne ich einmal ein paar Eckpunkte. Wir haben den Kulturhaushalt inklusive der vereinbarten Tarifsteigerungen überrollt. Wir haben zusätzlich zehn Millionen DM zur Verfügung gestellt bekommen für Umbaumittel, und wir können damit den Wettmittelhaushalt, der der freien Szene zur Verfügung gestanden hat und steht, frei davon halten, die Sparkasse für die großen Kultureinrichtungen zu sein und, sage ich einmal, kaputtgespart zu werden, weil wir die Tarifsteigerungen über solche Konstruktionen erbringen müssen. (D)

Das ist ein Erfolg für den gesamten Bereich Kulturpolitik. Es profitieren nicht nur die Starken, sondern es profitieren auch die Schwachen. Dass man sich als Kulturpolitiker, als Fachpolitiker immer gewünscht hätte, mehr in den Haushalt zu bekommen, eine andere Logik herbeizureden, ist das eine. Das andere ist, dass wir hier ganz klar erkennen müssen, dass wir erfolgreich verhandelt haben und dass wir uns auch bei allen Kollegen, die das mit auf den Weg gebracht haben inklusive der Fraktionsvorsitzenden und der Haushälter, herzlich bedanken müssen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist einfach so, und das wollen wir hier auch einmal festhalten, denn wir wollen natürlich an dieser Stelle auch weiterarbeiten.

Ich will jetzt einmal etwas zu dem Strukturumbaufonds sagen. Das war ja die Frage, wie man das auslegt. Es gibt Kriterien. Die Frage ist, wie man Kriterien auslegt und anwendet. Ich glaube schon, dass die Kultur auch selbstbewusst wie andere Bereiche

-----  
\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) des öffentlichen Lebens für sich reklamieren sollte, dass auch dort Innovationen laufen, und wenn Musikschule, Stadtbibliothek, Orchesterreform dafür stehen, dann, finde ich, kann Kultur das zu Recht für sich reklamieren. Es ist auch nichts weiter als vernünftig, dass wir an dieser Stelle ansetzen und versuchen, Innovationen auf den Weg zu bringen. Auch Kulturbetriebe sind Betriebe, haben Wirtschaftskraft für die Stadt, erzeugen regionalwirtschaftliche Effekte. Deswegen sollten sie auch in diesem Bereich gleich behandelt werden und sollten auch an dieser Stelle vernünftig ausgestattet sein, und dies hier ist ein erster Schritt.

(Beifall bei der SPD)

Frau Linnert hat in ihrer Grundsatzrede zum Haushalt gefragt, Frau Dr. Trüpel hat es noch einmal angesprochen, wie fit wir eigentlich für die Frage der Bewerbung zur europäischen Kulturhauptstadt sind. Ich würde sagen, es gibt zwei Dinge, die sich positiv entwickelt haben. Erst einmal sind es die Rahmenbedingungen, dass ein Umbautopf wirklich ein Umbautopf ist, dass wir tatsächlich freies Geld für Projekte haben, dass wir zusätzlich mehr Geld im Marketingbereich sicherlich auch anteilig für Kultur haben. Wir haben zudem ein Kultur-WAP, und wir sind in der Kulturentwicklungsplanung, und darauf möchte ich eingehen, gerüstet, auch Schwerpunkte zu setzen. Wir werden nicht beliebig nach dem Gießkannenprinzip finanzieren, sondern wir sind vorbereitet, eine solide Grundfinanzierung für die gesamten Bereiche der Kultur und aller Sparten vorzunehmen. Wir wollen aber eine klare Profilbildung hinsichtlich der Museen und der freien Kulturszene vornehmen.

(B)

Das ist deswegen wichtig, weil wir uns als Bremerinnen und Bremer überlegen müssen, was eigentlich das Alleinstellungsmerkmal Bremens gegenüber anderen Großstadtreionen vergleichbarer Größe ist. Wir müssen das wettbewerbsfähig machen, was wettbewerbsfähig ist. Wir haben auf engem Raum in fußläufiger Erreichbarkeit hochattraktive Museen mit sehr engagierten Leitern, die eine qualifizierte Arbeit für die Stadt machen. Wir haben eine beispielhafte freie Kulturszene, die sehr innovative Impulse setzt. Zudem haben wir große Kultureinrichtungen, die die Grundsubstanz der kulturpolitischen Arbeit tragen. Von der Spitze bis zur Breite haben wir ein breites Angebot.

Ich denke, wenn wir konsequent dafür kämpfen, dass wir Schwerpunkte setzen und eine Modernisierung vornehmen, die nicht eine qualitative Verschlechterung sein muss – dass man das vernünftig anfassen kann, zeigt ja auch der Bereich der Stadtbibliothek –, sind wir gut darauf vorbereitet, eine attraktive Bewerbung für die europäische Kulturhauptstadt abzugeben.

Mir ist eine Sache wichtig: Das Ergebnis lässt sich sicherlich noch mit ganz großen Blüten versehen und

denken, das ist gar keine Frage, wir sollten aber den Erfolg, den wir jetzt haben, nicht kleinreden. So habe ich auch die Reaktionen der Kulturszene verstanden. Alle, die draußen sind, wissen, wie kompliziert das Finanzmodell ist, welchen Kriterien es unterworfen ist und dass wir noch ein Stück Arbeit vor uns haben. Alle sind aber bereit, diese Arbeit zu machen. Wir sollten sie auch motiviert halten, das zu tun, denn das sind die besten Voraussetzungen dafür, europäische Kulturhauptstadt zu werden. – Schönen Dank!

(C)

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort hat Herr Senator Dr. Böse.

**Senator Dr. Böse:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mich ganz herzlich für das Interesse an meiner Person bedanken, aber um die geht es ja gar nicht. Es geht um das Ressort, an dessen Spitze Sie mich gewählt haben, das drei ganz wichtige gesellschaftspolitische Bereiche nicht nur hier in Bremen, sondern bundesweit abdeckt: Inneres, Kultur und Sport.

Meine Damen und Herren, es ist meine Aufgabe, diese drei Bereiche voranzubringen, und dieses Ziel möchte ich in den nächsten zwei Haushaltsjahren erreichen. Ich darf einmal vorwegnehmen: Dieses Ziel ist erreichbar. Ich darf mich ganz am Anfang, damit auch gar kein Missverständnis entsteht, sehr bei beiden Koalitionsfraktionen bedanken, Sie haben mir jetzt in meinem Ressort die Möglichkeit gegeben, diese Ziele, die ich gleich nennen werde, haushaltsmäßig zu erreichen. Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, diese Stadt hat eine Strategie entwickelt, die da heißt, wir wollen Neubürger gewinnen und Bürger, die in den letzten Jahren diese Stadt verlassen haben und jetzt im Umland wohnen, zurückgewinnen und andere davon abhalten wegzuziehen. Dazu gehört es, dass diese Stadt noch attraktiver wird, als sie es ist. Gerade in meinem Bereich sind ganz wichtige Felder, um die Attraktivität dieser Stadt zu erhöhen. Das sind Standortfaktoren, die hier zum Tragen kommen, wenn man denn Investoren in diese Stadt holen will, die ihrerseits Mitarbeiter mitbringen. Dazu gehört die innere Sicherheit!

Meine Damen und Herren, dazu gehört auch, dass die Organisationen und Institutionen, die innere Sicherheit gewährleisten, so ausgestattet und ausgerüstet und die Mitarbeiter so ausgebildet sind, dass innere Sicherheit als ein Markenzeichen und ein Standortfaktor auch zum Tragen kommt. Dies ist mit diesem Haushalt geschehen. Es ist nicht nur so, dass im konsumtiven Bereich die Absenkung von rund 27 Millionen DM für die nächsten beiden Haushalts-

(A) jahre wieder aufgefüllt wurde, sondern wir haben vor allem, darüber ist noch kein Wort verloren worden –

(Abg. Kleen [SPD]: Ich habe das gesagt!)

Entschuldigung, Herr Kleen, dann habe ich es überhört! –, im investiven Bereich Zuwächse erhalten wie seit Jahren nicht mehr, sagt man mir hier in Bremen, die es uns erlauben, eine technische Ausstattung der Polizei zu erreichen, wie sie bisher leider nicht ist.

Ich denke dabei an die großen Investitionsvorhaben. Inpol ist zum Beispiel in dieser Stadt nur möglich, wenn wir ein Vorgangsbearbeitungssystem einführen – Bremen ist eines der beiden alten Bundesländer, das überhaupt kein Vorgangsbearbeitungssystem hat –, also eine Investition in sehr großer Millionenhöhe, die hier auch eine ganz neue Hardwaregeneration zur Verfügung stellt. Wenn ich an Digitalfunk denke, dann sind hier ganz deutliche Zeichen gesetzt!

Ich denke auch an die Ausstattung mit Fahrzeugen. Meine Damen und Herren, wenn wir beim Mobilen Einsatzkommando heute Fahrzeuge haben, die 200 000 Kilometer und mehr gefahren sind – das Mobile Einsatzkommando macht vor allem Observationen bei Kriminellen –, dann möchte ich einmal sehen, wie Sie dann jemanden, der mit einem Porsche davon fährt, mit einem solchen Auto verfolgen können. Wir wollen zumindest Waffengleichheit, natürlich mehr, mit den Kriminellen haben. Wir haben jetzt die Möglichkeit, dies durch diese deutlichen investiven Erhöhungen herbeizuführen, indem wir Wagen, Fahrzeuge und andere Gerätschaften anschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, darüber hinaus haben wir durch die Entscheidung dieses Hauses nach dem 11. September 2001 Zuwächse im Haushalt im personellen Bereich erhalten. Das ist nicht nur das Fünf-Millionen-DM-Sofortprogramm, das schon umgesetzt ist, sondern auch die Möglichkeit, mehr Anwärter einzustellen, 30 pro Jahr in den kommenden drei Jahren, und die Möglichkeit, den Verfassungsschutz wieder so auszustatten, dass er seiner gesetzlichen Aufgabe nachkommen kann.

Das sind deutliche Zeichen in die Stadt hinein und aus der Stadt heraus, um hier Neubürger zu gewinnen. Ich glaube, das ist auch wichtig, um die Menschen, die bei uns leben und sich dauernd in den Medien anhören oder lesen müssen, dass die Sicherheit nicht gewährleistet ist, beruhigen zu können: Innere Sicherheit ist in dieser Stadt gewährleistet!

Meine Damen und Herren, aber auch Kultur ist ein ganz wichtiger Standortfaktor. Kultur ist sinn-

stiftend zwischen Bürger und Gemeinwesen. Die Kultur in dieser Stadt hat einen sehr hohen Stand. Wenn ich mir die großen Einrichtungen, die Museen, das Theater, die Orchester anschau, aber nicht nur da, sondern wenn ich auch sehe, was in der Fläche gemacht wird, Kultur vor Ort, Beispiel Gröpelingen, welche Rolle Kultur in dieser Stadt spielt, dann muss die Stadt auch zur Kultur stehen!

(Beifall bei der CDU)

Das, was hier im Kulturhaushalt jetzt an Zuwächsen gekommen ist, meine Damen und Herren, wird uns in die Lage versetzen, das weiter auszubauen. Kultur hat auch regionalwirtschaftliche Effekte, wie wir durch eine Untersuchung bei der Ausstellung „Der Blaue Reiter“ erfahren haben. Die Leute kommen in diese Stadt, um in die großen Kultureinrichtungen zu gehen, und sie lassen Geld in dieser Stadt. Sie kommen eben nicht nur aus dem Umland, sondern von weit her, und sie übernachten hier und kaufen hier ein. Das zeigt, dass Kultur einen Stellenwert hat, mehr als die Grundversorgung im Bereich Kultur, die hat ihn auch.

Wir wollen aber mit diesen Kultureinrichtungen, die, das darf ich als Neubremer sagen, wirklich einen bundesweit höchst anerkanntesten Standard haben, eine Kulturhauptstadt Europas sein, die diesen Stellenwert im Bereich der Kultur nicht nur bundesweit, sondern auch darüber hinaus manifestiert, und, Frau Trüpel, wir werden das anmelden.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Aha! Das ist ja einmal eine klare Aussage!)

Dazu, meine Damen und Herren, gehört auch, dass wir Kultur umbauen. Ich unterstreiche das, was Frau Emigholz gesagt hat. Ich kann es auch verstehen, das habe ich auch bei den Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss gesagt, wenn das Parlament von der Verwaltung verlangt, dass ihm gezeigt wird, wie sie Kultur umbaut, und nicht einfach Zuwächse im konsumtiven Bereich gibt. Wir werden dies tun. Wir sind beim Staatsorchester dabei, dies zu privatisieren, hier Public private partnership her auszubilden. Wir wollen durch die Gewinnung eines jungen, höchst attraktiven Dirigenten, der sich fünf Jahre für diese Stadt verpflichtet, höchste Qualität im Musikbereich haben, und wir werden sie, hoffe ich jedenfalls, auch bekommen.

Meine Damen und Herren, der Umbau ist notwendig, und deswegen sind diese zehn Millionen DM, die hier in diesem Topf sind, die nur dann freigegeben werden, wenn wir diesen Umbau dem Parlament auch dokumentieren, glaube ich, gerechtfertigt.

Meine Damen und Herren, Sport ist der dritte Standortfaktor. Auch hier haben wir für diesen Be-

(C)

(D)

(A) reich ein deutliches Zeichen von diesem Haus erhalten. Nicht nur dass die Übungsleiterpauschalen gewährt wurden, sondern auch das Bäderkonzept ist finanzierbar geworden, wenn auch mit einem gewissen Unsicherheitsfaktor, was die Mittel von der Stiftung „Wohnliche Stadt“ betrifft. Ich glaube aber, dass wir auch hier durch einen richtigen Antrag die Möglichkeit bekommen, in dieser Stadt Bäder zu haben, die nicht geschlossen werden, sondern offen gehalten werden.

Sporteinrichtungen sind für viele Menschen ein Orientierungsfaktor, um in eine Stadt zu kommen oder in einer Stadt zu bleiben. Wenn im Bremer Osten, in dem in dieser Stadt viel Geld verdient wird, in dem Mercedes und andere Unternehmen ansässig sind, ein Bad von der Schließung bedroht wird, müssen wir sehen, dass dieses Bad für die Menschen, die dort wohnen, auch offen gehalten wird. Das ist auch ermöglicht worden. Wir hoffen, dass hier das Schlossparkbad weiterhin existiert und ausgebaut wird.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden uns bewerben und haben uns beworben als Austragungsort für die Fußballweltmeisterschaft, und wir sind Teil der Bewerbung im norddeutschen Raum. Ich glaube, hier liegen enorme Chancen für diese Stadt, das, was diese Stadt ausmacht, Lebensqualität, Attraktivität, nach außen zu tragen und Bremen zu dem zu machen, was es schon ist, und noch mehr, nämlich eine sehr große, sehr attraktive und sehr lebenswerte Stadt in Norddeutschland. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, damit haben wir auch den Bereich Inneres, Kultur und Sport abgearbeitet. Bevor ich zum Bereich Justiz, Verfassung und Datenschutz komme, möchte ich Ihnen noch einmal den Stand der Redezeiten bekannt geben. Die SPD hat noch 28 Minuten, die CDU noch 25 Minuten, Bündnis 90/Die Grünen 56 Minuten, und der Senat hat noch 39 Minuten.

Ich rufe jetzt den Bereich Justiz, Verfassung und Datenschutz auf.

Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem Haushalt Inneres folgt nun ein weiterer luftiger Haushalt, wir können auch Rahmenhaushalt sagen, das würde auch zu dem Senator passen, der ja bekanntlich auch nur die politische Rahmenverantwortung hat.

Das Verfahren ist in den letzten Jahren ja durchgängig so gewesen: Man stellt einen Haushalt auf, von dem alle Beteiligten gewusst haben, dass er am Ende nie aufgehen kann. Es wurden mehr Einnah-

men eingestellt, als mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 Prozent zu erwarten waren, und es wurden erheblich weniger Ausgaben eingestellt, als mit ebenso großer Wahrscheinlichkeit auch zu erwarten waren, nämlich vor allen Dingen bei den Auslagen in Gerichtssachen, also bei Dingen, die nun einmal von unabhängigen Gerichten beschlossen werden. Da das in beiden Fällen gesetzliche Vorgaben sind, war auch allen klar, dass es am Ende irgendwie ausgeglichen würde.

(C)

Das ist ein relativ bequemer Standpunkt. Herr Mäurer hat im Rechtsausschuss dann auch eingeräumt, ich darf zitieren, „dass das bisher praktizierte Verfahren“, das ich Ihnen eben kurz zitiert habe, „viele Initiativen lähme und es wenig Sinn mache, Einnahmen in den Haushalt einzustellen, wenn damit gerechnet werde, dass sich diese in der veranschlagten Höhe nicht erzielen ließen“.

Richtig! Warum soll man sich dann in der Verwaltung darum bemühen, mit einem Haushalt hinzukommen, wenn doch jeder weiß, dass das hinten und vorn nicht stimmt und jedes Loch doch gestopft wird? Genau dieses Verfahren ist jahrelang praktiziert worden.

Wenn man sich die Änderungsanträge der Koalition jetzt ansieht, sieht man zweierlei: Es wird ein Schritt gemacht, das zu verändern, das ist in Ordnung, aber es wird leider nur ein halber Schritt gemacht, denn bei den Ausgaben wird es nur zum Teil ausgeglichen, und bei den Einnahmen wird weiterhin völlig an den utopischen und nicht zu verantwortenden Zahlen festgehalten. Das macht, wie Herr Mäurer richtig sagte, wenig Sinn. Da hat er in der Tat Recht, aber die Koalition hält daran fest.

(D)

Ein Wort zu zwei Anträgen der Koalition, die wir auch richtig finden, weil es unabwiesbare Bedarfe sind! Das sind die steigenden Kosten der Gesundheitsversorgung der Strafgefangenen und der Zuschuss an Niedersachsen, um jetzt nach neuen gesetzlichen Vorgaben Haftplätze in sozialtherapeutischen Anstalten gemeinsam in Niedersachsen vorzuhalten. Es ist in Ordnung, dass diese Bedarfe eingestellt worden sind.

Ein kleines Wort noch zu dem Begleit Antrag der Koalition, was die EDV-Investitionen angeht! Da ist man natürlich verblüfft. Darin steht, das Ressort wird aufgefordert, betriebswirtschaftlich rentable Maßnahmen anzumelden. Dazu braucht es den Beschluss dieses Hauses nicht. Wenn es nach der Richtlinie und den Vorgaben geht, wird es das auch so machen. Man hat ein bisschen das Gefühl, als wollte man dem Ressort signalisieren, macht das ruhig, wir schauen dann nicht so ganz genau hin, was dabei herauskommt. Ich habe sonst den Sinn dieses Antrags überhaupt nicht verstanden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt außer den erkennbaren Risiken noch andere offene. Ich sehe zum Beispiel keine Kosten für

(A) die Zusammenlegung der Landessozialgerichte. Man mag ja mit den berühmten Haller'schen Effekten meinen, das würde sich auch mittelfristig wegen der Arbeitsplätze rechnen. Man kann der Meinung sein, ich bin noch nicht überzeugt, aber dass die Zusammenlegung jetzt erst einmal etwas kostet, steht ganz außer Frage. Dazu steht aber nichts darin. Es steht auch nicht darin, was das berühmte Justizzentrum angeht. Es gibt nicht den Hauch einer Vermutung dafür, dass dieses Justizzentrum, wenn man es dann macht, tatsächlich billiger würde, aber eingestellt ist nichts. Nichts ist eingestellt für die Zurückverwandlung von Judit, das ja offensichtlich als Eigenbetrieb bald ausgedient hat.

Jetzt zu unserem Antrag, der ein geringes Volumen hat, aber justizpolitisch von hoher Bedeutung ist, wie wir finden! Wir haben den Antrag gestellt, jährlich 250 000 Euro zusätzlich für alternativen Strafvollzug auszugeben. Wir meinen damit die Gesamtheit von Alternativen zum traditionellen Strafvollzug, wir meinen den Täter-Opfer-Ausgleich, wir meinen Projekte zur Haftvermeidung wie die gemeinnützige Arbeit, wir meinen die sozialen Dienste insgesamt in ihren verschiedensten Funktionen, etwa bei der Gerichtshilfe, um die Zunahme von Ersatzfreiheitsstrafen zu vermindern. Wir meinen verantwortete, gut vorbereitete Haftverkürzung, wir meinen auch gute Entlassungsvorbereitung, die die Chancen erhöht, dass der Inhaftierte nicht wieder straffällig wird, denn das, meine Damen und Herren, ist bekanntlich weiß Gott am teuersten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Damit komme ich zum springenden Punkt bei diesem Antrag: Mit wenig Geld, allerdings verbunden mit dem politischen Willen, es mit dem Auftrag der Resozialisierung im Strafvollzug auch ernst zu nehmen, kann eine Menge Geld gespart werden, wenn man dann diesen Versuch macht, auch wenn es einmal nicht so ganz einfach ist.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben, was ich damit meine. In der letzten Sitzung des Rechtsausschusses hat der Bericht der so genannten kleinen Gerichtskommission zu den sozialen Diensten vorgelegen. Ich will jetzt nicht davon reden, wie die Beanspruchung der Mitarbeiter durch Fallzahlen und so weiter gestiegen ist, weit über den erträglichen Punkt hinaus. Dieser Bericht stellt einfach fest, dass die sozialen Dienste wegen ihrer absoluten personellen Enge immer weniger für die Gerichtshilfe beauftragt werden. Dadurch, so die Feststellung des Berichtes, steige die Vollstreckung von Geldstrafen durch Ersatzfreiheitsstrafen. Das ist nun wirklich die dümmste und unsinnigste Strafe überhaupt und die teuerste.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Kosten der sozialen Dienste pro Tag und pro betroffenem Menschen: vier DM, die Kosten eines

Haftplatzes pro Tag und Person, also pro Häftling: 160, 165, 170 DM, nur um einmal die Dimensionen klarzumachen! In ihrem Jahresbericht haben die sozialen Dienste, vom Senator unwidersprochen, vorgerechnet, dass durch ihre Tätigkeit jedes Jahr 20 Millionen DM an Haftkosten gespart werden.

Nicht dass wir meinen, dass in Bremen in diesem Fall nichts getan wird. Das ist nicht der Fall. Im Gegenteil, das Land und die Stadt haben eine wirklich gute Tradition an Initiativen und auch sehr engagierten Menschen, die dort arbeiten. Gerade deswegen meinen wir, dass es unverantwortlich ist, wenn durch die Politik des Senats in den letzten Jahren diese Initiativen zunehmend eingeengt werden, ja dass sie zum Teil abgewürgt werden, wie das Beispiel Lüssumer Straße zeigt, statt sie zu ermutigen und sie weiter auszubauen. Das, was Sie jetzt machen wollen, die 60 000 Euro in einem Jahr, das ist wirklich nicht einmal der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Man muss aufhören damit, diesen Bereich abzubauen, einzuschränken, sondern man muss ihn ausweiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind überzeugt davon, dass die Möglichkeiten und Chancen für Täter-Opfer-Ausgleich, für die gemeinnützige Arbeit, für die sozialen Dienste überhaupt nicht ausgeschöpft sind. Sie bilden erhebliches Potential, erhebliche Chancen. Wir wollen sie nutzen, meine Damen und Herren, Sie von der Koalition offensichtlich nicht, obwohl wir eine Menge Geld damit sparen können. Ich sage es noch einmal: Obwohl wir eine Menge Geld damit sparen können! Mit Sanierungspolitik, finde ich, hat das überhaupt nichts zu tun, sondern, wenn ich mir das erkläre, höchstens mit Resignation auf der einen Seite und auf der anderen Seite mit überkommenen Ideologien von der Notwendigkeit der Strafe um jeden Preis. Wir finden, dieser Preis ist in jeder Beziehung zu hoch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort hat der Abgeordnete Rówekamp.

Abg. **Rówekamp** (CDU \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es wird nicht überraschen, dass im Gegensatz zu der Ansicht vom Bündnis 90/Die Grünen wir mit den Haushaltsansätzen und den damit verbundenen Anträgen der Koalition zufrieden sind. Wir sind der Auffassung, dass insbesondere durch öffentliche Debatten und Vorfälle ein erheblicher Beitrag dazu geleistet werden muss, dass die Bevölkerung wieder mehr Vertrauen in unsere Justiz gewinnt. Dem wollen wir mit den vorliegenden Haushaltsanträgen, den Änderungen und dem Entwurf Rechnung tragen.

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, Herr Dr. Kuhn hat darauf hingewiesen, dass wir in den letzten Jahren im Haushaltsvollzug immer erhebliche Probleme hatten, was zu Nachbewilligungen geführt hat. Wir sind auch der Auffassung, dass in diesem Bereich die dezentrale Ressourcenverantwortung noch stärker greifen muss, Herr Senator, als das bisher der Fall gewesen ist. Wir sind der Auffassung, dass die Gerichte mehr Autonomie bekommen sollten, was die Bewirtschaftung ihrer eigenen Ressourcen betrifft. Formal gibt es das, aber de facto gibt es keine Kosten- und Leistungs-Rechnung im Bereich der Justiz, und wir sind dafür, meine Damen und Herren, dass dies wirkungsvoll eingesetzt wird, um den Gerichten und den Dienstleistungseinheiten die Möglichkeiten zu geben, ihre Ressourcen selbst besser zu verantworten.

(B) Meine Damen und Herren, in dem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass wir bereits mit unserem gemeinsamen Antrag zum Antiterrorismuspaket einen erheblichen Beitrag dazu geleistet haben, dass die Justiz wieder schlagkräftiger wird. Wir haben die Staatsanwaltschaft und die Strafjustiz von den Personaleinsparquoten ausgenommen, wir haben zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, wir waren in der Lage, mit den Mitteln, die die große Koalition zur Verfügung gestellt hat, eine weitere große Strafkammer einzurichten, um die Verfahren zu beschleunigen. Wir haben es geschafft, meine Damen und Herren, insbesondere im Bereich der Staatsanwaltschaft zusätzliche Stellen zu schaffen, um die angefallenen Strafanzeigen zügiger abwickeln zu können. Insgesamt, glaube ich, hat dieses Paket dazu geführt, dass das Ansehen der Justiz und die Effizienz der Durchführung der staatlichen Strafsanktionen gestärkt worden sind, und dafür, meine Damen und Herren, sind wir dankbar.

(Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, müssen wir auch noch mehr tun, insbesondere im Bereich des Strafvollzugs. Wie bekannt ist, haben wir überproportional hohe Vollzugskosten. Herr Dr. Kuhn, was ich bei Ihnen ein bisschen widersprüchlich finde, ist, dass Ihr wissenschaftlicher Mitarbeiter, Herr Bammann, in seiner Stellungnahme schreibt, wirtschaftliche Überlegungen dürften im Strafvollzug keine Rolle spielen. Jetzt tragen Sie hier heute vor, Haft zu vermeiden wäre ja viel billiger, als Haft zu vollstrecken. Sie müssen sich einmal überlegen, was Sie wollen, entweder wollen Sie den Strafvollzug unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachten oder aber unter strafrechtlichen Gesichtspunkten und Fragen der Strafzwecktheorien, aber nicht immer die Argumentation so anpassen, wie es am besten in Ihre Wirklichkeit passt!

Die Wahrheit ist, Herr Dr. Kuhn, dass wir zu viel Geld für Strafvollzug ausgeben, und das wird sicher-

lich nicht durch Ihren Antrag verändert, denn was Sie sich unter Strafvollzug vorstellen, das hat Herr Bammann in seiner Stellungnahme beschrieben. Lassen Sie mich auszugsweise einmal daraus zitieren mit Erlaubnis des Präsidenten! Da schreibt er zum Beispiel unter Wohngruppenvollzug – den Begriff kannte ich vorher allerdings auch nicht –: „Wohngruppenvollzug ermöglicht einen engen Kontakt zwischen Beamten und Gefangenen. Zugleich dient er dazu, die Eigenverantwortung der Gefangenen zu stärken und damit auch die Resozialisierungschancen zu erhöhen.“

Weiter schreibt er: „Das Ansprechpartnersystem erweist sich sehr wohl als positiv und ausbaufähig. Dem Gefangenen wird über eine längere Zeit ein Beamter als Ansprechpartner zugewiesen. Beide kennen sich, der Gefangene lernt den Beamten einzuschätzen und umgekehrt. Durch den engen und regelmäßigen Kontakt kann der Beamte im Idealfall Stärken des Gefangenen fördern helfen und Schwächen ausgleichen.“

Meine Damen und Herren, das ist nicht das, was sich die CDU unter Strafvollzug vorstellt, das will ich an dieser Stelle ganz klar sagen.

(Beifall bei der CDU – Abg. T e i s e r  
[CDU]: Und am Ende heiraten die beiden!)

(D) Wir sind der Ansicht, dass Strafvollzug selbstverständlich auch dazu dient, eine Strafe zu vollziehen, meine Damen und Herren, und wenn Sie sagen, wir wollen die Ersatzfreiheitsstrafen in Zukunft nicht mehr so stark vollstrecken, dann frage ich mich: Was soll denn eigentlich überhaupt die Ersatzfreiheitsstrafenbedrohung, wenn Sie die Ersatzfreiheitsstrafen sowieso nicht vollstrecken wollen?

Wen soll das denn noch schrecken, Herr Dr. Kuhn, wenn Herr Bammann schreibt: „Die Vorteile für die Gefangenen sind offensichtlich, wenn sie statt in den geschlossenen Vollzug bei der Ersatzfreiheitsstrafe in den offenen Vollzug kommen. Sie können, sofern sie welche haben, tagsüber weiter ihrer Arbeit nachgehen und verdienen ihren Lebensunterhalt. Hierdurch vermindert sich das Risiko, die Wohnung zu verlieren. Auch können über Vollzugslockerungen die Kontakte zur Familie und zu Freunden aufrechterhalten bleiben.“

Meine Damen und Herren, wen soll denn eigentlich die Ersatzfreiheitsstrafe noch schrecken, wenn sich für den Betroffenen überhaupt nichts ändert? Das ist nicht die CDU-Ansicht von Strafvollstreckung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen, Herr Dr. Kuhn, werden wir Ihren Antrag, weil er nämlich Mittel für diese Vollstreckungsmaßnahmen zur Verfügung stellen will, auch nicht mittragen. Das ist die Wahrheit, Herr Dr. Kuhn.

(A) Wenn Sie jetzt sagen, es fehlen Mittel für die Einrichtung des gemeinsamen Landessozialgerichts, dann will ich an der Stelle einmal sagen, wir haben es ja noch gar nicht beschlossen, Herr Dr. Kuhn. Wir haben es in erster Lesung. Sie haben Wert darauf gelegt, dass wir es fachlich noch einmal im Rechtsausschuss beraten, das werden wir im Dezember machen, und wenn wir dann zu einer Entscheidung kommen und hier den Staatsvertrag auch in der Bürgerschaft genehmigen, dann können wir darüber reden, wie wir Haushaltsmittel zur Verfügung stellen, um eine Anschubfinanzierung zu machen. Aber wir werden es erst fachlich beraten, bevor wir die Haushaltsmittel zur Verfügung stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das Gleiche gilt im Übrigen für die Bündelung der Fachgerichte. Hier sage ich für die CDU-Fraktion, wir finden die Planung der Gerichtspräsidenten sehr erfreulich, sämtliche Fachgerichte in Bremen an einem Standort zusammenzulegen. Für jeden, der Erfahrung mit Synergieeffekten hat, ist doch ersichtlich, dass eine Bündelung dieser Fachgerichte an einem Standort zu erheblichen Kosteneinsparungen führen wird.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo ist denn das Zentrum? Sie reden seit anderthalb Jahren davon!)

(B)

Herr Dr. Kuhn, Sie wissen es ja auch besser, wir sind mit den Fachgerichten zurzeit noch in zahlreichen Immobilien vertreten. Es gibt zwei Planungen, zwei Standorte. Einer ist letzte Woche favorisiert worden, der im alten Polizeipräsidium. Ich muss sagen, ich finde, das ist ein sehr geeigneter Standort, um die Fachgerichte in Bremen zu bündeln, Herr Dr. Kuhn.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich abschließend noch darauf hinweisen, dass wir natürlich noch eine Menge vor uns haben! Wir finden es vernünftig, dass in vielen Amtsgerichten die Möglichkeit gegeben wird, Opfer, auch gerade Kinder, innerhalb von Sexualstrafverfolgung nicht über das Notwendige hinaus zu belasten, sondern Vernehmungszimmer zur Verfügung zu stellen. All das wollen wir in die dezentrale Verantwortung der Gerichte stellen. Es wird teilweise gemacht, wir sind dafür, das noch stärker zu intensivieren.

Einen letzten Punkt lassen Sie mich noch ansprechen, Stichwort Landessozialgericht! Ich glaube, dass wir auch in anderen Bereichen der Justiz zu mehr Zusammenarbeit mit dem Land Niedersachsen kommen müssen. Das betrifft zum Beispiel den Fall des gemeinsamen Strafvollzugs. Ich will hoffen, dass das Ressort bald und zügig in der Lage ist, ein Konzept

hierfür zur Verfügung zu stellen. Das betrifft aber auch andere Zusammenarbeiten. Wenn sich das bewährt mit dem Landessozialgericht, meine ich, kann man auch im Bereich der Arbeitsgerichte länderübergreifend arbeiten, weil es aus meiner Sicht keinen Sinn macht, dass wir hier kostenlos die Rechtsstreitigkeiten der Umlandgemeinden vor unseren Gerichten führen. Ich glaube, dass man da verstärkt etwas unternehmen kann.

(C)

Dazu gehört im Übrigen auch, Herr Senator, dass wir der Auffassung sind, dass die Arbeitsgerichtsbarkeit endlich dahin überführt wird, wohin sie gehört. Da sitzen Juristen, und Juristen gehören zum Justizminister, und deswegen ist die Arbeitsgerichtsbarkeit in das Justizressort zu überführen.

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Da habt ihr ja schon sechs Jahre Zeit gehabt!)

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir das in Angriff nehmen müssen, um auch den Eindruck zu vermeiden, dass hier nicht juristische, sondern andere Gesichtspunkte in der Rechtsprechung eine Rolle spielen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insgesamt sind wir der Ansicht, dass der vorliegende Haushaltsentwurf mit den Änderungsanträgen, die wir als Koalition gestellt haben, eine gute und geeignete Grundlage ist, das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz zu stärken. Wir werden darüber hinaus, Herr Senator, Sie beim Vollzug weiter kritisch begleiten und Ihnen in nächster Zeit zahlreiche Vorschläge unterbreiten, was in Bremen noch besser werden kann. – Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Isola.

Abg. **Isola** (SPD \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann übereinstimmen mit beiden Vorrednern, was die Grundproblematik des Justizhaushalts anbelangt, vor allen Dingen in den letzten Jahren. Ich habe immer von einer Art virtuellem Haushalt gesprochen, was die Anschläge bei Einnahmen und Ausgaben betrifft.

Es ist uns jetzt zum ersten Mal gelungen, insofern hat der Kollege Kuhn Recht, einen ersten Schritt, nämlich den entscheidenden Punkt bei den Anschlägen, den der Ausgaben, der Realität anzupassen. Dafür bin ich dankbar, übrigens, darf ich sagen, gegen den erbitterten Widerstand der CDU im Rechtsausschuss. Da haben wir als Sozialdemokraten das bereits für beide Bereiche, Einnahmen und Ausgaben, beantragt. Da waren wir noch nicht so weit, aber es -----

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) hat dann ein Lernprozess eingesetzt, und mit Hilfe insbesondere der Haushaltspolitiker ist das dann gelungen.

Es ist bei der Einnahmeseite noch nicht gelungen. Das ist zu bedauern, aber ich glaube, das ist nicht so sehr das Problem, wir müssen einmal abwarten, wie sich der Haushalt jetzt entwickelt. Wenn es, wie ja jetzt doch schon wieder prognostiziert wird, zu einem wirtschaftlichen Aufschwung kommt, schlägt sich das womöglich auch auf der Einnahmenseite der Justiz nieder. Wenn wieder mehr Häuser gekauft werden, gehandelt werden, erhöht sich dieser Einnahmeposten. Wenn sich womöglich mehr Bürger scheiden lassen, bekommen wir auch mehr Geld, obwohl wir das nun nicht ausdrücklich propagieren wollen.

(Heiterkeit)

Daran sehen Sie, wovon Einnahmen im Justizhaushalt abhängig sind. Wir können die also schlecht beeinflussen, wir können ja auch keine Werbung in dieser Hinsicht betreiben.

(B) Die Position, die wir darüber hinaus bei dem Entwurf des Senats für den Justizhaushalt als äußerst problematisch empfunden haben, das war in der Tat die, dass zunächst eine Mitfinanzierung der sozialtherapeutischen Anstalt Niedersachsen nicht vorgesehen war. Die ist aber zwingend notwendig, wir haben uns hier vertraglich eingelassen. Das ist jetzt entsprechend nachgebessert worden. Auch die Finanzierung der gesundheitlichen Versorgung bei den Gefangenen ist verbessert worden, so dass wir, denke ich, jetzt einen Haushalt haben, der die Funktionsfähigkeit der Justiz gewährleistet.

Jetzt möchte ich auf zwei Punkte eingehen, nämlich auf die Alternativen zum Strafvollzug und den Strafvollzug selbst, die ja vorhin eine Rolle gespielt haben. Herr Dr. Kuhn, ich glaube, wir brauchen uns nicht zu verstecken, was die Ausstattung und die Finanzierung, aber auch das Volumen des Angebots an Alternativen zum Strafvollzug hier in Bremen angeht. Das kann sich sehen lassen. Das ist jahrelang Kriminalpolitik des Justizressorts in Bremen gewesen, übrigens zusammen mit dem Sozialressort, und wenn Sie das einmal im Ländervergleich sehen, auch was wir in der Relation zum Strafvollzug hier an Mitteln aufbringen, dann ist das vom Feinsten, und wir haben sogar an dieser Stelle nachgebessert.

Sie sagen, wir hätten nur 120 000 DM, also 60 000 Euro, nachgebessert. Ja! Das ist aber keineswegs ein Tropfen auf den heißen Stein, sondern dieser Betrag war notwendig, um die Durchführung dieses Gesamtkonzepts, das zwischen Justiz und Soziales entwickelt worden ist als eine Art Netzwerk für alternative Hilfen nicht zu gefährden, sondern sicherzustellen, und das ist damit geschehen.

Nun zum Strafvollzug ein paar Worte, insbesondere an die Adresse des Kollegen Röwekamp! Mich

hat das schon ein bisschen amüsiert. Sie haben aus dem Papier des Gutachtens der Grünen von Herrn Bammann zitiert, das ist eigentlich Originaltext aus dem Strafvollzugsgesetz. Die Begründung dazu, der Wohngruppenvollzug ist gesetzlich vorgeschrieben, und auch die Motive, die dazu führen. Herr Röwekamp, Sie sind ein junger Politiker, aber offenbar sind Sie nicht der Garant dafür, dass Sie immer fortschrittliche Ideen haben. Sie sind eher rückwärts gewandt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Das sollten Sie vielleicht noch einmal überdenken! Wir wollen nicht in den Strafvollzug der fünfziger, sechziger Jahre zurück, denn es waren ja gerade diese verheerenden Zustände, die Sie offenbar mit den Worten Abschreckung und derlei Unfug, muss ich sagen, meinten. Lesen Sie einmal die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1973 nach, welche Verfassungsgrundsätze dort zum Strafvollzug aufgestellt worden sind, und machen Sie sich die bitte zu Eigen! Sie sind ja auch Jurist und können diesen Text ja durchaus auch entsprechend verarbeiten. Dorthin wollen wir nicht zurück!

(D) Wir haben eher Schwierigkeiten, diese Art von Vollzug sicherzustellen, der übrigens international anerkannt ist, das ist sicherlich keine Bremensie und auch nicht nur in Deutschland so, vor allem aus dem Grunde, weil er Rückfälle vermeidet, uns damit Kosten erspart und – wenn auch ohne Garantie, es gibt kein Patentrezept – immerhin einen erheblichen Beitrag dazu leistet, dass straffällig gewordene Menschen, insbesondere junge Menschen, wieder in der Gesellschaft Fuß fassen können, integriert werden und uns nicht als Straffällige oder völlig Ausgegliederte zur Last fallen. Ich bitte Sie daher, Ihre Position dort noch einmal zu überdenken und unsere Konzeption da entsprechend zu unterstützen!

Wir werden über die Frage, wie es im Strafvollzug weiterzugehen hat, noch eine ausführlichere Debatte zu führen haben. Ich finde die Idee des Ressorts richtig zu sagen, mit dieser alten Anstalt in Oslebshausen – und ich beziehe da strukturell übrigens Blockland auch ein, ich kenne Blockland ja sehr gut – können wir im Grunde genommen die Bedürfnisse und Erfordernisse eines Vollzugs, der diesen Erwartungen entsprechen muss, wie ich sie eben dargestellt habe, gar nicht mehr erfüllen. Wer diesen alten Knast, 120 Jahre alt, kennt, weiß das. Er ist kostenaufwendig, personalintensiv, er bietet nicht die notwendige Sicherheit geschweige denn die notwendigen Behandlungsmöglichkeiten.

Deswegen, Frau Linnert, lassen Sie sich von Ihrem Kollegen Dr. Kuhn da belehren, das war heute Morgen absoluter Unsinn! Ich verstehe Sie aber, Sie sind da nun auch keine Expertin, Sie sprachen von dem unsinnigen Konzept der Idee eines Neubaus.

- (A) Diese Idee ist keineswegs unsinnig, sie wird sogar auch von Herrn Dr. Kuhn bejaht.

(Zuruf des Abg. Dr. K u h n [Bündnis 90/  
Die Grünen])

Unser Streit geht womöglich nur darum, in welcher Größenordnung, in welcher Binnendifferenzierung wir solch einen Vollzug machen. Da wird in der Tat noch viel zu diskutieren sein.

Ich begrüße es aber ausdrücklich, dass hier auch mit Niedersachsen eine Kooperation angestrebt wird wie auch in anderen Bereichen. Das Landessozialgericht wurde hier schon erwähnt. Wir können das nicht allein stemmen. Wenn man hier kostenmindernd die Erfahrungen des Nachbarlandes zu Rate ziehen kann, übrigens auch bei solch einem Neubau – das ist ein schwieriges Unterfangen, solch ein gigantisches Unternehmen auf die Beine zu stellen, auch planerisch schon, wir sind ja auch auf anderen Gebieten mit ihnen gemeinsam tätig –, dann halte ich das für vernünftig, und ich hoffe, dass wir im Frühjahr dann auch hier im Hause über eine Konzeption reden können. Dann werden wir sehen, ob wir sie akzeptieren oder ob wir entsprechende Verbesserungsvorschläge machen. – Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

- (B) **Vizepräsident Ravens:** Das Wort hat Herr Bürgermeister Dr. Scherf.

**Bürgermeister Dr. Scherf:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Justizhaushalt hat davon profitiert, dass es diese Zwischenberatung im Haushaltsausschuss gab. Wir hatten im Senat in der Beschlusslage eine schlechtere Lage für die nächsten beiden Jahre, als sie jetzt nach dem Haushaltsausschuss Arbeitsgrundlage für die nächsten beiden Jahre wird. Dafür danke ich sehr!

Es ist eine große Hilfe, dass Inneres und Justiz, soweit Strafvollzug und soweit Strafvollzug betroffen ist, zum ersten Mal gleich behandelt worden sind. Es hat da einen großen Unterschied gegeben, muss man korrekterweise sagen, und wenn wir uns gemeinsam vornehmen, der Öffentlichkeit, den Bürgern zum Beispiel eine verlässliche Politik der inneren Sicherheit anzubieten, dann muss immer auch Justiz mitgedacht werden. Es macht keinen Sinn, dass wir sie gegeneinander spielen lassen. Es macht keinen Sinn, das vor den Leuten gegeneinander laufen zu lassen. Ich bin sehr dafür und spüre auch, dass das hier in der Bürgerschaft angenommen worden ist, dass wir da eine Parallelentwicklung machen.

Trotzdem ist es weiter ein schwieriger Haushalt, das darf ich bei dieser Beratung sagen. Es ist nicht alles bis Ende 2003 unter Dach und Fach gebracht, sondern wir haben unangenehme Aufgaben, den

sehr engen Rahmen, der nicht beliebig durch abbaubare Justizdienstleistungen umgesetzt werden kann, trotzdem einzuhalten. Wir wollen das, soweit es irgend geht, machen und nutzen auch alle erreichbaren Erkenntnisse und Beratungen.

Es hat uns sehr geholfen, obwohl es am Anfang umstritten war, dass wir ein Beratungsgremium unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Haller hatten. Es ist ungewöhnlich, dass ein Nichtjurist, ein Ökonom, in den Justizbereich hineinsieht. Ich finde, das hat geholfen, weil es sowohl nach innen als auch nach außen so etwas wie den Ansatz von Transparenz und auch so etwas wie ein neues kostenwirtschaftliches und kostenbewusstes Denken möglich macht. Die Richter, die am Anfang sehr stark dagegen waren – ich habe da eine Protestveranstaltung miterlebt –, haben sich darauf eingelassen, weil sie gemerkt haben, da gibt es eine Verständigungsschiene, auf der wir uns mit unseren eigenen Kostenproblemen und unseren eigenen Kostenstrukturen vermitteln können. Es hat geholfen.

Ich finde, es hilft auch, dass wir eng mit Niedersachsen zusammenarbeiten. Das wird von dem Kollegen in Hannover genauso gesehen, dass wir hier oben im Norden nicht die Landesgrenzen hoch halten und dann, je nachdem, auf welcher Seite der Landesgrenze man gerade mit Justiz zu tun hat, unterschiedliche Sachverhalte haben, sondern dass wir zusammenwachsen. Das wird weitgehend im Strafvollzug schon praktiziert, und ich kann mir vorstellen, dass diese enge Zusammenarbeit nicht beim Landessozialgericht ihr Ende hat.

Es könnte sogar eine regionalpolitische Aufwertung sein. Wir sind dann eben im Norden das Oberzentrum, und uns wachsen die Justizprobleme und -fälle aus der ostfriesischen und der oldenburgischen Nachbarschaft zu. Warum eigentlich nicht? Warum sollen die Leute nicht lernen, dass sie, wenn sie ihre Sachen in die zweite Instanz bringen, mit Bremen zu tun haben, anstatt nach Hannover oder nach Celle zu fahren? Warum sollen sie nicht bei so einer Gelegenheit ein Stück Alltagserfahrung mit dem Oberzentrum Bremen annehmen? Ich glaube, das wird uns allen helfen. Das wird auch gerade den Bremern helfen, weil es zusätzlich eine Aufwertung unserer Arbeit ist.

Herr Röwekamp hat völlig korrekt gesagt, dass wir mit dem Vertrag über das Landessozialgericht bei der Ratifizierung noch nicht am Ende sind, und erst dann können wir auch Verträge machen. Auch dann erst können wir dieses noch völlig offene Unterbringungsproblem lösen. Es gibt keine Festlegung, sondern wir haben zwei ganz plausible Standorte, die privatwirtschaftlich kalkuliert werden. Wir müssen die Kosten vergleichen, wir müssen eine Kostenoptimierung haben, und wir entscheiden uns – Sie werden das alle sehen – für den, der am günstigsten und am praktischsten ist. Die Justiz selbst kann sich mit beiden Standorten gut einrichten.

(C)

(D)

(A) Ich finde auch die Idee gut, die auch Sie alle begrüßt haben, alles unter ein Dach zu bringen. Das könnte eine weitere Kosteneinsparung auslösen. Ich finde auch gut, dass die Arbeitsgerichte dabei sind. Man muss nur aufpassen, sie nicht schnell vereinnahmen zu wollen, Herr Röwekamp. Dann bringt man sie wieder aus diesem Projekt heraus. Ich habe den Arbeitsrichtern versprochen, dass wir jetzt nicht kurzfristig eine Entscheidung treffen, dass sie aus dem Ressort Arbeit in das Justizressort überwechseln, sondern wir machen dieses Zusammenrücken. Auch wenn es – jedenfalls für eine absehbare Zeit – noch zwei Ressorts sind, könnte daraus eine Nähe entstehen, das hoffe ich sogar. Wir können die gleiche Bibliothek, die gleiche Geschäftsstelle nutzen, wir können alles miteinander machen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau Koestermann [CDU]: Was?)

Alles miteinander machen! Ja, nicht das, was Sie denken, Frau Koestermann,

(Heiterkeit)

(B) aber alles, was so im Rahmen von Justizalltag erlaubt und zulässig ist, kann man unter einem Dach, denke ich, unter Optimierungsgesichtspunkten schaffen, und warum eigentlich nicht mit der Arbeitsgerichtsbarkeit! Ich glaube, auch das wird uns ein Stück helfen. Dass sie in die Innenstadt rücken, bedeutet Aufwertung für alle, die daran beteiligt sind.

Ich wollte mich bedanken für die Beratungen im Haushaltsausschuss und wollte, weil ich weiß, dass wir mit den Haushalten 2002/2003 nicht durch sind, in der Praxis um kritische Begleitung im Rechtsausschuss bitten. Gehen Sie davon aus, dass wir selbst in diesem kleinen Ressort ehrgeizig sind zu beweisen, dass wir nicht die verschlafenen, bürokratischen Rückwärtsgewandten sind, sondern wir wollen beweisen, dass man auch in der Justiz erreichbare Kostenminimierungsprogramme praktiziert!

Ich darf noch etwas Freundliches sagen: Wir haben immer jüngere Richterinnen und Richter, immer jüngere Mitarbeiterinnen. Die wollen natürlich nicht mit den alten Vorurteilen konfrontiert werden, sondern mit denen müssen wir so pragmatisch und ehrgeizig wie nur möglich eine Dienstleistung organisieren, auf die Verlass ist. – Ich danke Ihnen sehr!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, ich rufe auf den Bereich Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Arnold-Cramer.

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion ist die Kinder- und Jugendpolitik ein besonderer Schwerpunkt der sozialpolitischen Arbeit. So sind qualifizierte Betreuungsangebote für die Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen in unserem Land unter anderem die Basis für die Integration vor allem bei sozialer Benachteiligung.

Drei Punkte aus dem Sozialhaushalt sollen dies verdeutlichen: Trotz des allgemeinen Spardrucks konnten die Leistungseinschränkungen im Kindergartenbereich vermieden werden. Das Ergebnis unserer finanziellen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner stellt sicher, dass in den nächsten zwei Jahren die Kindergartengebühren nicht erhöht werden müssen. Ich denke, das ist auch ein großer Erfolg.

(Beifall bei der SPD – Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Einen neuen Weg in der Kinderbetreuung bestreiten wir mit der Unterstützung von Modellprojekten für die Einrichtung von betrieblichen und betriebsnahen Kindergärten für Kinder von null bis sechs Jahren. Durch die zunehmende Flexibilisierung von Arbeitszeiten ist davon auszugehen, dass der Bedarf gerade nach dieser Angebotsform steigen wird. Die Chancen vor allem von jungen Frauen auf dem Arbeitsmarkt werden für dieses Angebot erhöht. In Gesprächen mit interessierten Unternehmen stießen wir auf großes Interesse für unser Projekt. Auch die Unternehmen haben erkannt, dass sozialpolitische Angebote ein wichtiger Faktor beim Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte sind.

Ein vor einigen Tagen in der Presse beschriebenes Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung über den Stellenwert der Kinderbetreuung in Deutschland zeigt ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. Bremen, Hamburg und Berlin stehen mit ihren Angeboten weit an der Spitze. Wir Sozialdemokraten lehnen uns beim Lesen dieser Ergebnisse aber nicht zurück. Wir müssen noch flexiblere Betreuungsangebote, vor allem am Nachmittag, in den frühen Morgen- und in den Abendstunden, anbieten können. Gerade dies wird von den Eltern nachgefragt. Wir werden entsprechende Konzepte vorlegen und um eine breite Unterstützung hier im Haus werben. – Danke!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da Frau Arnold-Cramer eben mit dem Be-

-----  
\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) reich Kinder und Jugend angefangen hat, werde ich es auch so halten. Ich werde dann allerdings abschließend noch ein paar Worte zum Thema Arbeitsmarkt sagen.

Das Thema beitragsfreier Kindergarten hat heute Morgen ja schon die Gemüter hier im Haus bewegt. Herr Eckhoff ist in seinem Redebeitrag auch noch einmal darauf eingegangen. Wir als grüne Bürgerchaftsfraktion haben einen Haushaltsantrag gestellt, um Eltern künftig einen kostenfreien Kindergartenplatz in Bremen anzubieten. Wir finden das richtig. Wir finden es richtig zu sagen, Kinder sind in Bremen erwünscht! Wir wollen als grüne Bürgerchaftsfraktion dafür werben, Bremen als Standort mit dieser Maßnahme attraktiv zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insgesamt investieren wir in den Jahren 2002 und 2003 in diesem Bereich, also beitragsfreie Kindergärten und den bedarfsgerechteren Ausbau, konsequent neun Millionen Euro. Ich finde, das ist eine vergleichsweise geringe Summe, wenn wir einmal ansehen, über welche Summen wir hier oftmals gerade im Bereich Bau und Verkehr beschließen. Ein kleiner Beitrag also für den Bremer Haushalt, aber ein großer Beitrag für Familien, ein großer Beitrag, um die Familienfreundlichkeit in Bremen zu steigern! Wir können es uns nicht leisten, anderen Bundesländern in puncto Kinderbetreuung hinterherzuhinken. Wir stehen im Wettbewerb mit dem niedersächsischen Umland. Bremen braucht Steuerzahler, und Familien sind Steuerzahler, die neben Arbeitsplätzen großen Wert auf Lebensqualität und Betreuungs- und Bildungsangebote legen.

(B) Der Kindergartenplatz soll künftig kostenlos sein. Wir setzen uns politisch dafür ein, dass Kinderbetreuung als anerkannte gesellschaftliche Aufgabe, gesetzlich verankert durch den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, staatlich finanziert wird. Wenn es nach uns geht, soll der Rechtsanspruch, Sie wissen es, künftig sechs und nicht nur vier Stunden umfassen. Wir finden, damit erleichtert man die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir wollen auch, dass Familien, die eine längere Betreuung brauchen, dies auch künftig nachweisen können – das ist jetzt schon der Fall –, und auch diesen Familien soll ein kostenfreier Kindergartenplatz zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Tageseinrichtungen für Drei- bis Sechsjährige besuchen über 97 Prozent aller Kinder, also von 14 500 Kindern in dieser Altersgruppe 97 Prozent. Das ist eine große Anzahl. Viele Familien haben also mit dieser Institution zu tun. Wir finden auch, dass es dort künftig ein Mittagessen geben soll, das dann von den Familien bezahlt werden soll. Das soll nicht

kostenfrei sein, aber das bleibt sozusagen wie bisher.

(C)

Wer am Montag die Zeitung studieren konnte, hat noch einmal gelesen, dass bei dem Kindergartenmodell der großen Koalition „Kernzeit Plus“ ein Rückzieher gemacht worden ist. Daran haben wir uns in diesem Haus ja schon stark abgearbeitet. Ich finde, es ist eine späte Einsicht der Senatorin. Ich habe ihr dazu auch offiziell über die Zeitung gratuliert. Ich sage aber: Lieber spät als nie!

Wir meinen, nicht nur der Protest der Eltern und Beschäftigten, sondern auch Probleme mit den individuellen Rechtsansprüchen von behinderten Kindern haben dieses Modell scheitern lassen. Das ist in der Öffentlichkeit nicht so gesagt worden. Wir haben hier aber immer wieder thematisiert, dass es hier um individuelle Rechtsansprüche geht. Man kann nicht einfach diese Rechtsansprüche sozusagen aufweichen und auf alle Kinder umverteilen. Gerade in sozialen Brennpunkten und benachteiligten Stadtteilen kommt es darauf an, dass Ungleiches auch ungleich behandelt wird. Herr Mützelburg hat heute Morgen die Pisa-Studie angesprochen. Die hat noch einmal gesagt, gerade in Deutschland zeigt sich ganz deutlich, die soziale Herkunft beeinflusst den späteren Lebensweg der Kinder. Deshalb muss man Talente früh fördern. Man muss aber auch Benachteiligungen früh ausgleichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Wir stehen auch flexibleren Angebotsformen aufgeschlossen gegenüber, wenn sie sinnvoll sind. Sie dürfen aber eben nicht zu Lasten von Behinderten und sozial Benachteiligten umgesetzt werden.

Frau Arnold-Cramer hat gesagt, der Kindergarten ist ein Schwerpunkt für die Sozialdemokraten. Das finde ich gut! Gerade aber in der letzten Zeit beziehungsweise seit 1999 ist in den Kindergärten gekürzt worden. Nur zur Erinnerung, das Wibera-Gutachten wurde dazu genutzt, in den Einrichtungen Gelder einzusparen. Jährlich 4,5 Millionen DM werden durch Angebotsverschlechterung und Qualitätsminderung eingespart. Vier Wochen Schließzeit zeigen gerade nicht den Dienstleistungscharakter. Der Abbau von 500 Ganztagsplätzen zeigt gerade nicht das Verständnis für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Tageseinrichtungen für Kinder haben nur dann eine Perspektive, als Bildungsstandort anerkannt zu werden, wenn endlich die Rahmenbedingungen neu abgestimmt werden. Die Rahmenbedingungen dürfen aber nicht von der jeweiligen Haushaltslage abhängig gemacht werden, sondern müssen in Zielvereinbarungen eingebettet werden, die auf die Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse gestellt werden. Pisa sagt, Deutschland habe einen Nachholbedarf. Ich denke, auch Bremen hat einen Nachholbedarf und muss sich mit dem Thema frühkindli-

(A) che Erziehung und der Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Schule künftig stärker befassen. Wir setzen hier ein Zeichen und sagen, wir erkennen den Kindergarten als Bildungseinrichtung in einem Bildungssystem als Basis an.

Wir haben in dieser Frage einen klaren Dissens zur SPD-Fraktion, die bei jeder Debatte zum Thema Kindergarten sagt: aber der Haushalt, aber die Sanierung! Herr Pietrzok ist ja nun leider nicht da, er hat das nämlich bei der letzten Debatte oft zu mir gesagt. Ich höre das von Ihrer Seite wirklich nie in diesem Haus bei den Millionenbeschlüssen im Bereich Bau und Verkehr.

Beim Lesen zu diesem Thema, bei der intensiven Beschäftigung mit diesem Thema habe ich gesehen, dass vor fast 30 Jahren der deutsche Bildungsrat den Kindergarten bereits als Teil des Bildungswesens anerkannt hat. In der DDR war der Kindergarten ganz selbstverständlich Teil des Bildungswesens, und 1990/91 wurde der Bildungsauftrag des Kindergartens im Kinder- und Jugendhilfegesetz, KJHG, festgeschrieben. Trotz dieser gesetzlichen Verankerung hat es auch in der Bremer Politik keine echten Bemühungen gegeben, die Tageseinrichtungen für Kinder enger an das Bildungswesen anzugliedern.

Der wissenschaftliche Erkenntnisstand über Bildungsprozesse von Kindern im Alter von null bis sechs ist weitgehend ohne Konsequenzen geblieben. Selbst die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz wurde nicht als bildungspolitische Chance genutzt, sondern wird von den Kommunen immer noch als Last empfunden, dabei ist nach der Einführung der allgemeinen Grundschule der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz die zweite große Bildungsreform der letzten 80 Jahre. Das sollte man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Es hat sich also nicht besonders viel getan.

(B) Nach den EU-Richtlinien ist zum Beispiel der Erzieherinnenschlüssel in Bremen und Bremerhaven viel zu gering. Wer die Tageseinrichtungen für Kinder hauptsächlich unter dem Betreuungsaspekt als pädagogische Stundenhotels betrachtet und die Kosten letztendlich den Eltern aufbürdet, wird aus dieser Stadt keine Wissensstadt nach europäischem Maßstab machen können. Eine Politik, die in diese Richtung zielt, verspielt die Zukunftschancen der Kinder und auch die von unserem kleinen lebens- und lebenswerten Bremen.

Wir haben als Grüne einen Antrag gestellt, für die Weiterentwicklung der Jugendförderung auch noch Geld darauf zu legen. Das habe ich jetzt leider nur in DM-Zahlen zur Hand. Das sind 4,5 Millionen DM in 2002 und 2003. Wir wollen mehr Angebote für Jugendliche machen, meine Kollegin Frau Linnert hat heute Morgen darauf hingewiesen. Wir wollen auch mehr für wirtschaftlich und sozial benachteiligte Kinder aus Sozialhilfeempfängerfamilien machen, da wollen wir Bildungsbenachteiligungen abbauen.

(C) Ich komme noch einmal zu dem Punkt Arbeitsmarktpolitik. Die große Koalition hat hier ja noch einmal einen Antrag vorgelegt. Der hat mich doch ein bisschen belustigt, weil wir hier gerade vor zwei Wochen auf Antrag der Grünen über die Arbeitsmarktpolitik im Land Bremen diskutiert hatten. Wir hatten einen Kassensturz verlangt. Wir wollten wissen, wie viel Geld denn nun im Arbeitsressort zur Verfügung steht, und ich hatte an dieser Stelle bemängelt, dass das Controlling im Arbeitsressort mangelhaft ist. Ich habe gesagt, es gebe Versäumnisse, und die arbeitsmarktpolitischen Sprecherinnen der großen Koalition haben das dann nicht so richtig eingesehen. Sie haben gesagt, ja, es gebe nicht so richtig ein Problem, es gebe keine Pleiten, keine Versäumnisse,

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Haben wir das nicht schon einmal diskutiert?)

es wurde alles richtig gemacht. Frau Dreyer hat noch nicht einmal so richtig zu ihren Anmerkungen zum Haushalt gestanden. Sie hat ja gesagt, der Haushalt sei in dieser Form gar nicht beratungsfähig.

Jetzt kommt also ein Antrag, in dem steht, das Ressort soll endlich seine Hausaufgaben machen. Es steht darin, es soll ein Controlling vorgelegt werden. Wir sagen, okay, wir lehnen das hier heute nicht ab, wir stimmen dem zu. Ich mache hier aber doch die spitze Bemerkung, das sind Hausaufgaben, das sind Selbstverständlichkeiten, die noch einmal eindrucksvoll belegen, dass hier kein Finanzüberblick vorhanden ist, dass hier alles andere als Transparenz herrscht. Wir hatten einen Antrag gestellt, die Deckungsfähigkeit aufzuheben. Das haben Sie abgelehnt. Jetzt aber kommen Sie durch die Hintertür mit einem ähnlichen Antrag. Die Innenrevision hatte bemängelt, dass Gelder hin- und hergeschoben worden sind, ohne die Deputation zu informieren, obwohl das eigentlich so nicht geht. Gut, Ihr Antrag räumt endlich die Versäumnisse ein, aber es wäre schön, wenn Sie es hier auch noch einmal laut sagen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit hier keine falschen Geschichten entstehen, will ich noch einmal daran erinnern, Frau Striezel war die Erste, die ins Gespräch gebracht hat, die Kindergartengebühren für die nächsten zwei Jahre nicht zu erhöhen. Das wollte ich hier nur einmal klar stellen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Stahmann, ich möchte mich im Namen meiner CDU-Kollegen, und ich darf das, glaube ich, auch

(C)

(D)

- (A) für die SPD-Kollegen tun, dagegen verwehren, Kindergärten mit, wie Sie das gesagt haben, pädagogischen Stundenhotels zu vergleichen oder dieses Vokabular auch nur in diesem Zusammenhang zu benutzen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wenn das einer Ihrer Mitarbeiter aufgeschrieben hat, hat er Sie schlecht beraten. Das ist eigentlich nicht Ihr Stil.

Meine Damen und Herren, in der Sozialpolitik dieses Landes hat das zu Ende gehende Jahr Signale gesetzt, Signale, die diese Koalition gemeinsam erarbeitet und umgesetzt hat. Gemeinsam haben wir den Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik hinbekommen. Die Sozialpolitik im Land Bremen steht jetzt unter dem Motto „Fördern und Fordern“. Meine Damen und Herren, die zwölf Sozialzentren sind der sichtbare Beweis des Paradigmenwechsels.

- (B) Diese Koalition hat sich darauf verständigt, Sozialpolitik nicht länger als die Verwaltung von Menschen und ihren Schicksalen zu verstehen, sondern alles daran zu setzen, die Menschen wieder in den Arbeitsprozess zurück oder erst einmal in den Arbeitsprozess zu bringen. Dafür geben wir im Haushalt 2002 und 2003 viel Geld aus. Jede Mark, wir müssen ja jetzt schon jeder Euro sagen, der dazu beiträgt, einer Person oder einer Familie eine erste oder eine neue Chance auf dem Arbeitsmarkt zu geben, ist gut angelegtes Geld, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen mit unserer Haushaltspolitik erreichen, dass Menschen, die von staatlichen Transferleistungen abhängig waren, wieder durch ihre eigenen Fähigkeiten in die Lage versetzt werden, für sich und für ihre Familien den Lebensunterhalt durch ihr eigenes Tun sicherzustellen. Wir Christdemokraten halten dies für sozialer und menschlicher als zuzulassen, dass sich Menschen in der Perspektivlosigkeit des Sozialhilfebezugs einrichten und ihre Selbstheilungskräfte und, was letztlich noch viel schlimmer wirkt, ihr Selbstvertrauen einbüßen.

Die neue Sozialhilfe wird durch die Fallmanager dargestellt. Ihre Aufgabe ist es, die in jedem Menschen vorhandenen Potentiale zu erkennen und zu fördern. Meine Damen und Herren, wir fördern aber nicht nur, wir fordern den Antragsteller oder die Antragstellerin auch auf, seine oder ihre Möglichkeiten für die Gesellschaft einzusetzen, um sich so fortbilden zu lassen, dass er oder sie das Ziel, unabhängig von staatlicher Transferleistung sein Leben gestalten zu können, erreichen kann.

Wer nicht bereit ist, dies zu tun, der muss auch die Folgen seiner Verweigerung selbst verantworten. Dann, meine Damen und Herren, wird nämlich

die Sozialhilfe in drei Schritten auf null DM oder null Euro gekürzt. Dies geschieht nicht von heute auf morgen. Die Betroffenen bekommen genügend Warnungen. Mehrere Male werden sie angeschrieben und geladen, sich um Arbeit zu bemühen, sich zu den entsprechenden Gremien zu begeben. Erst wenn sie ihre Mitarbeit überhaupt verweigern, dann wird die Sozialhilfe in drei Schritten bis auf null DM gekürzt. Für uns war es keine Überraschung, dass die Gerichte in Bremen dieses Verfahren anerkannt haben, meine Damen und Herren.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Über allen Änderungen in der Sozialhilfe und in den Verfahren in Bremen steht für uns Christdemokraten das BSHG, schließlich hat unsere Bundespartei das ja auch einmal beschlossen. Auch das verlangt aber vom Hilfebezieher eine tätige Mithilfe. Ist der Hilfebezieher einsichtig geworden und aktiviert seine Mitarbeit, setzt selbstverständlich der Bezug von Sozialhilfe wieder ein. Dadurch, dass jede Person ein eigenständiges Sozialhilferecht hat, ist auch gewährleistet, dass die Kinder nicht die Leidtragenden solcher Kürzungsmaßnahmen sind, weil es ja nur eine Person in der Familie betrifft.

Meine Damen und Herren, dieser Paradigmenwechsel in der Sozialhilfe wirkt. Wir können das im Widerspruchsausschuss sehen. Frau Kollegin Wangenheim wird dazu nicken, dass so verfahren wird und dass es auch gute Folgen hat. Wir sind jedes Mal verwundert, dass es immer noch Menschen gibt, die nicht verstanden haben, dass wir ihnen ja auch helfen wollen, indem wir sagen, wir haben hier eine Arbeitsstelle, wir haben hier eine Fortbildungsmöglichkeit für dich, komm her und nutze das! Mache dich ein Stückchen weiter selbständig!

(D)

Ein weiterer wichtiger Baustein für diesen neuen Weg in der Sozialpolitik sind die Bremerhavener und Bremer Arbeit GmbH. Hier bündeln wir Fach- und Sachkompetenz und setzen erhebliche Mittel für die Qualifizierung von Sozialhilfeempfängern ein. Das, ich sage es noch einmal, machen wir nicht nur, um die Betroffenen zu ärgern, sondern um ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, in den Wettbewerb um die Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt eingreifen und bestehen zu können. Das Ziel, jeden Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu verfestigen, muss das Ziel jeder unserer politischen Anstrengungen sein.

(Beifall bei der CDU)

Dass wir uns dabei selbstverständlich alle Möglichkeiten, die uns das BSHG einräumt, nutzen, ist auch nur selbstverständlich auf diesem Wege. Wir werden hier in der Zukunft erfolgreich sein und durch sinkende Sozialhilfeleistungen mehr Gestaltungsspielräume für unsere Kommunen Bremerhaven und

- (A) Bremen erreichen. Ich muss hier nicht betonen, dass Bremerhaven seine Sozialpolitik selbständig gestaltet –

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Bravo! Schön, nicht?)

nun hören Sie noch weiter zu! Sie werden ganz begeistert sein! –, aber eines möchte ich darstellen: Der Bremerhavener Weg ist nicht durch Erfolglosigkeit geprägt gewesen, sondern war uns in Bremen auch schon einmal einige Schritte voraus.

(Beifall bei der CDU – Abg. T ö p f e r [SPD]: Ja, sehen Sie?)

Meine Damen und Herren, was werden wir in den kommenden zwei Jahren noch in der Sozialhilfe ändern? Wir müssen zu einem Verfahren kommen, das den Datenabgleich einfacher, überschaubarer und effektiver macht, damit die Fallmanager nicht durch zu viele Datenabgleiche oder Zahlenvergleiche unnötig effektive Arbeitszeit vergeuden. Die neuen Fallmanager – und Fallmanagerinnen gibt es selbstverständlich auch – müssen befähigt werden, schneller als bisher zu erkennen, wo zu große Wohnungen durch die Hilfebezieher angemietet worden sind und große Summen von der Sozialhilfe zur Bezahlung der Mietlast benutzt werden müssen. Hier kann, muss aber auch nicht ein unangemeldeter Nebenerwerb die Nutzung der unangemessen großen Wohnungen erlauben. Auch das erleben wir im Widerspruchsausschuss ständig, dass wir uns fragen, wovon eigentlich diese 300, teilweise 400 DM monatlich bezahlt worden sind, wenn die Familie, die darin wohnt, Sozialhilfe bezieht. Ich glaube, auch da ist Bremerhaven einen Schritt weiter gegangen und auch schon ein bisschen weiter.

- (B)

Damit die Menschen, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind, nicht die Fähigkeit verlieren, selbst Entscheidungen im täglichen Leben zu fassen, müssen wir ihnen mehr Eigenverantwortung geben, meine Damen und Herren. Wir dürfen sie nicht nur verwalten, sondern müssen es ermöglichen, dass sie im Rahmen ihrer Mittel die Fähigkeit zu planen nicht verlieren. Darum werden wir Christdemokraten uns weiter für die Einführung von Pauschalen aussprechen. Was hindert uns daran, zum Beispiel für Renovierungen eine gewisse Summe in Abständen wie bei den Kleiderpauschalen auszuzahlen und so die Fallmanager von unproduktiven Vorgängen zu befreien? Die Aufgabe des Fallmanagers, der Fallmanagerin soll es doch sein, die Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt wieder davon unabhängig zu machen.

Meine Damen und Herren, für uns Christdemokraten ist es völlig klar, und ich will auch nicht, dass da etwas anderes aufkommt, dass wir die Zahl der Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt auch durch die engagierteste Arbeit der Fallmanager nicht auf

null reduzieren können. Chronisch Kranke, Alleinerziehende und weitere Personenkreise, Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, wird es weiterhin geben, und sie werden weiterhin die Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen, die das BSHG für sie vorsieht.

- (C)

(Beifall bei der CDU)

Menschen, die nicht für sich selbst Sorge tragen können, haben unsere Solidarität und Fürsorge verdient, und die werden wir ihnen auch weiterhin zukommen lassen. Wenn wir auch weiterhin konsequent die Möglichkeiten der Unterbringung von Kindern im Vorschulalter ausbauen und moderne Wege zielstrebig beschreiten – ich will mich jetzt auf zwei Schlagworte, Kita-Card und „Kernzeit Plus“, konzentrieren –, wir haben eine Vorleistung gebracht, wir haben auf eine Gebührenerhöhung verzichtet, wir erwarten, dass sich auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kindertagesheimen bewegen. Wenn wir es ernst meinen, dass wir Frauen – insbesondere sind es ja Frauen – flexible Angebote in Kindertagesheimen anbieten, damit sie arbeiten können und sie nicht sagen, mit diesen Zeiten in den Kindertagesheimen kann ich gar nichts anfangen, damit kann ich keine Arbeit annehmen, dann, meine ich, müssten sich auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Kindertagesheimen ein bisschen bewegen.

(Beifall bei der CDU)

- (D)

Eines möchte ich als Koalitionär hier auch sagen: Das Ressort von Frau Senatorin Adolf hat mit der Unterstützung der Koalitionsfraktionen eine beachtliche Umsteuerung eingeleitet und begonnen. Dadurch wurden schon 2001 beachtliche Einsparungen erzielt, die wir dankenswerterweise zur weiteren Umgestaltung der Sozialleistungen vom Finanzsenator bekommen haben. Mit den Mitteln, die der Sozialarbeit und Jugendpolitik im Haushalt 2002 und 2003 zur Verfügung gestellt werden, können wir diesen Weg zur Konsolidierung des Haushalts weiter bestreiten, ohne die, die auf unsere Hilfe angewiesen sind, zu vergessen.

Zwei Dinge möchte ich dann zum Abschluss noch sagen! Meine Damen und Herren, wir haben als Koalition das Landespflegegeldgesetz so novelliert, dass das Blindengeld erhalten werden kann, und das ganze Haus hat beschlossen, den blinden Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Möglichkeit einzuräumen, ohne Hilfskraft die nächsten Wahlgänge bei der Bürgerschaftswahl und den Beiratswahlen durchzuführen. Wir als Koalition sind wild entschlossen, das auch zu machen. Nur, ich muss auch ein bisschen meine Enttäuschung kundtun, es hat in der Presse überhaupt keinen Nachklang gefunden, dass wir hier dieses Gesetz auf den Weg gebracht haben und so etwas in Zukunft möglich sein soll. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

(A) **Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie uns jetzt noch einmal einen Blick auf den Haushalt werfen, der den Gesundheitsbereich betrifft! Daraus wird dann auch ganz klar, wie Ihre Gesundheitspolitik in den nächsten Jahren aussehen wird. Herr Böhrnsen hat das ja so schön beschrieben mit „Drehbuch“, das finde ich ein sehr schönes Bild. Also habe ich einmal in Ihr Drehbuch gesehen! Für uns Grüne wird ganz deutlich, dass Sie nur eine krankheitsbezogene Sichtweise verfolgen und den präventiven Ansatz völlig vernachlässigen. Wir denken, das ist keine Gesundheitspolitik des 21. Jahrhunderts, sondern sie gehört in das letzte Jahrhundert, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das wird ganz deutlich in dem Bereich öffentlicher Gesundheitsdienst. Durch Ihre Kürzungen in diesem Bereich ist eine Weiterentwicklung des Gesundheitsamtes kaum möglich. Das betrifft besonders Kinder und Jugendliche. Es ist schon lange bekannt, dass der Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen aus problematischen sozialen Lagen weitaus schlechter ist als der aus anderen sozialen Schichten; auch im Bereich Bildung wurde heute Morgen schon darauf hingewiesen. Besonders deutlich wird dieser Zusammenhang zwischen sozialer Lage und dem Zahnstatus dieser Kinder.

(B) Für uns ist ein wichtiger Ansatzpunkt für die Weiterentwicklung eines modernen Gesundheitsamtes, dass es die Verbesserung der sozialen Lebens- und Umweltbedingungen in den Vordergrund stellt. Dazu gehört auch, dass Kinder und Jugendliche nicht Schadstoffen ausgesetzt werden, die ihre Gesundheit langfristig schädigen und zu chronischen Erkrankungen führen. Deshalb haben wir Ihnen den Antrag vorgelegt, der zum Ziel hat, dass Kindertagesstätten und Schulen nicht nur auf den Schadstoff PCB, sondern auch auf Dioxine und andere Schadstoffe untersucht werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das wäre ein wichtiger Schritt im Sinne des vorbeugenden Gesundheitsschutzes. Doch Sie reagieren lieber nach dem Motto, was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß.

Auch die Lärmbelästigung für die Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt lässt Sie ziemlich kalt, auf diesen Ohren sind Sie taub. Sie nehmen es lieber in Kauf, dass diese Bürgerinnen und Bürger in das niedersächsische Umland ziehen, anstatt Ihre

-----

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Ansiedlungs- und Verkehrspolitik darauf auszurichten, dass die Lebensqualität dieser Menschen verbessert wird. Auch in der Debatte um Mobilfunkantennen in Wohngebieten hat das Gesundheitsamt unserer Ansicht nach den Auftrag, als Verbündeter der betroffenen Bevölkerung aufzutreten und Grenzwerte öffentlich zu problematisieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Erkenntnisse über die krankmachenden Lebens- und Wohnverhältnisse müssen dann aber auch im Rahmen einer Querschnittsfunktion der Gesundheitspolitik in die gesamte Kommunalpolitik eingegeben werden und – das ist besonders wichtig – politische Entscheidungen beeinflussen. Bei Ihnen ist nicht zu erkennen, welche gesundheitlichen Ziele Sie verfolgen, geschweige denn, wie Sie die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt daran beteiligen.

Zum Schluss noch eine Anmerkung zu den Investitionen in die Krankenhäuser! Wir finden es nicht sinnvoll, die Aufteilung der Fördermittel für die Häuser danach auszurichten, dass kommunale und nichtkommunale Krankenhäuser gleichberechtigt behandelt werden, sondern, und diesen Gesichtspunkt muss man auch beachten, dass eine Bedarfsorientierung stattfindet, die auch inhaltliche Kriterien berücksichtigt.

(Abg. Frau **H a m m e r s t r ö m** [SPD]:  
Wird doch auch!)

(D)

Ihr Antrag lautet ein bisschen anders, dann hätten Sie es dort auch hineinschreiben müssen!

Zum Schluss möchte ich noch einmal ein paar Sätze zur Gesundheitswirtschaft sagen! Wenn wir dieses Drehbuch betrachten und es verfilmen würden, das wäre kein Film, das wäre ein Dia, meine Damen und Herren! – Vielen Dank erst einmal!

Jetzt kommen wir noch zum Frauenbereich!

(Abg. Frau **S t a h m a n n** [Bündnis 90/  
Die Grünen]: Auch nur ein Dia!)

Bitte?

(Abg. Frau **S t a h m a n n** [Bündnis 90/  
Die Grünen]: Auch nur ein Dia!)

Das wollen wir einmal sehen!

(Zuruf von der SPD: Dia-Abende sind  
allerdings nicht sehr beliebt!)

Dann sind Sie zu den falschen Veranstaltungen gegangen!

(Abg. **T ö p f e r** [SPD]: Nur bei den Grü-  
nen sind sie interessant!)

- (A) Wollen wir einmal weitermachen, oder wollen wir jetzt über Dias reden?

Ich möchte noch ein paar Worte zur Frauenpolitik sagen! Da es ja ein Querschnittsthema ist, ist es schade, dass es hier ein bisschen zu kurz gekommen ist. Die Frauenpolitik der großen Koalition zeichnet sich dadurch aus, dass sie erst einmal Kürzungen im Bereich der ZGF vorgenommen hat. Frau Wiedemeyer –

(Zuruf der Abg. Frau J a n s e n [SPD])

ja, das weiß ich, dass das jetzt kommt! – hat gesagt, das wäre die Schuld der ZGF. Das möchte ich sehr stark zurückweisen. Sie hat ziemlich früh darauf hingewiesen, dass die Eckwerte verändert werden müssen.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:  
Das sind doch keine Kürzungen, Frau Hoch,  
und das wissen Sie!)

Jetzt haben Sie es nachgebessert, das ist richtig, aber das heißt ja auch, was das primär für Sie bedeutet hat, dass Sie eben nicht gesehen haben, was diese Einrichtung in den letzten Jahren geleistet hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Das zeigt den Stellenwert, aber das ist noch nicht alles! Sie setzen dem Ganzen noch die Krone auf, indem Sie frauenpolitische Debatten von der Tagesordnung nehmen wollen, und zwar morgen. Ich rede hier über den Bericht und den Antrag des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau und unseren Antrag der Grünen mit der Überschrift „Opfer von Zwangsprostitution kompetent beraten“.

Ich kann mir schon vorstellen, dass es Ihnen peinlich ist, hier heute zu unserem Änderungsantrag der Grünen zum Haushalt nein zu sagen, und morgen wollen Sie dann hier wieder erzählen, wie Leid Ihnen die Opfer tun, was Sie dagegen tun wollen. Ich kann mir schon vorstellen, dass das für Sie sehr schlecht ist. Diese Peinlichkeit wollten Sie sich ersparen und deshalb dieses Thema morgen von der Tagesordnung nehmen. Ich bin schon gespannt darauf, welche taktische Pirouette Sie hier morgen drehen werden, um diesen Antrag hier vorzubringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist uns vorgeschlagen worden, Herr Eckhoff! Ich denke, Sie müssen diese Pirouette morgen drehen.

(Heiterkeit)

Wir hätten hier heute einen bedeutenden Sprung machen können, der endlich die Möglichkeit eröff-

net, die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution menschenwürdig zu behandeln und sie nicht mehr als Täterinnen zu sehen, sondern als zu schützende Personen. Diesen sehr wichtigen Aspekt hätten Sie inhaltlich auch unterstützt und natürlich auch die Finanzierung, wenn Sie unserem Antrag zugestimmt hätten, aber Sie haben ja gleich noch die Chance, etwas zu sagen. Vielleicht wenden sich da die Gedanken noch einmal, denn mit Ihrer Ablehnung zeigen Sie deutlich und unmissverständlich, welchen Stellenwert dieser Schutz der Frauen für Sie hat.

Meine Damen und Herren, mir klingen noch ganz deutlich die Aussagen von Senator Dr. Böse in den Ohren, der hier bei unserer letzten Debatte zu diesem Thema gesagt hat, dass für ihn der Schutz dieser Frauen im Vordergrund steht, doch wenn es dann zur Umsetzung kommt, dann machen Sie einen Rückzieher. Na ja, große Worte kosten ja auch nichts, und der Vorrat dieser großen Worte zum Nulltarif ist unerschöpflich!

Ich denke, wir müssen hier nicht mehr diskutieren, ob wir eine fachkompetente unabhängige nicht-staatliche Beratungsstelle brauchen, nein, wir müssen sie jetzt einsetzen, damit sich die Situation der betroffenen Frauen endlich verbessert. Genauso haben es auch alle Fraktionen und alle Frauen dieser Fraktionen im Frauenausschuss gesehen, als wir diesen Antrag beraten haben. Ich denke, Bremen macht sich mit dieser Haltung zum Schlusslicht aller Bundesländer, und das finde ich beschämend!

Einen kleinen vernünftigen Schritt sind Sie ja gegangen – das gebe ich auch zu – mit der Einrichtung einer Haushaltsstelle zur Gewinnabschöpfung. Wir finden es auch richtig, dass die Gelder aus diesen Gewinnabschöpfungen für die betroffenen Frauen verwendet werden, jedoch darf die Finanzierung einer Fachberatung nicht von einer ausreichenden Gewinnabschöpfung abhängig gemacht werden, und das finde ich besonders wichtig. Wer dieser Finanzierung nicht zustimmt, der kneift. Das hat auch hier im August der Abgeordnete von der CDU, Herr Herderhorst, richtig erkannt. Er forderte den nötigen Nachdruck in den Haushaltsberatungen und sagte unter dem Applaus seiner Parteifreunde, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Plenarprotokoll: „Nicht aber hier Forderungen aufstellen und dann nachher kneifen, wenn es darum geht, das Ganze zu finanzieren!“ Recht hat er, kann ich nur sagen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Doch wer hat denn jetzt hier gekniffen, meine Damen und Herren der großen Koalition? Sie lassen die Frauen, die sich im Frauenausschuss für eine solche Einrichtung ausgesprochen haben, hier einfach im Regen stehen! Sie machen daraus eine un-

(C)

(D)

- (A) endliche Geschichte, die die Nöte und Schicksale der betroffenen Frauen einfach negiert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb fordere ich Sie auf: Hüpfen Sie bei diesem Thema nicht mehr auf der Stelle herum, kneifen Sie nicht, sondern machen Sie einmal einen richtigen Sprung! – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Adolf.

**Senatorin Adolf:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mein großer Arbeitsbereich ist hier ja sozusagen im Schnelltempo gestreift worden. Mehr war das hier heute nicht, mehr kann es wahrscheinlich hier heute auch nicht sein. Ich will vielleicht noch einmal allgemein vorweg sagen, dass ich glaube, dass wir die Ressortbereiche, die ich zu vertreten habe, Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, weitgehend so haben finanziell absichern können, dass alles das, was an Einrichtungen, Institutionen, Selbsthilfeläden, Freiwilligenarbeit in dieser Stadt gewachsen ist, auch weiter und zukünftig von uns so finanziell hinterlegt und unterstützt werden kann, dass diese erfolgreiche Arbeit gesichert ist.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Das gilt für viele Politikbereiche, und ich finde, darauf können wir auch stolz sein, dass wir das in diesen schwierigen Zeiten geschafft haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich will jetzt vielleicht auf die einzelnen Bereiche, die hier angesprochen wurden, ganz kurz eingehen! Zunächst der Bereich Frauen: Ich glaube, diese Debatte um die Beratungsstelle wird hier morgen zu führen sein. Davon gehe ich im Moment noch aus. Ich will vielleicht deswegen hier vorab nur Stellung nehmen zu dem, was Sie über den Etat der ZGF gesagt haben, dass wir hier hätten kürzen wollen, und die große Koalition hätte Kürzungsvorschläge gemacht.

Der erste Eckwert für die ZGF ist auf der Grundlage der Anmeldung der ZGF erstellt worden. Es hat sich dann im Verlauf der Debatte herausgestellt, dass diese Anmeldung missverständlich war, das hat die ZGF auch eingeräumt, und deswegen hat es da Korrekturen gegeben. Es war hier nicht das Anliegen und der Ansatz zu kürzen. Es war hier der Ansatz, die Arbeit der ZGF abzusichern. Das ist jetzt geschehen. Es ist eine Korrektur gemacht worden, und hier jetzt Kürzungsideen in den Raum zu stellen, ist nicht

korrekt. Wir sollten das mit der ZGF dann vielleicht noch einmal besprechen, um da die richtigen Informationen zu bekommen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Beim Bereich Gesundheit, Frau Hoch, habe ich manchmal gedacht, Sie leben oder arbeiten in einer anderen Stadt als ich, wenn ich jetzt einmal von der Stadt Bremen spreche, und die haben Sie im Wesentlichen auch beschrieben, weil Sie hier ja kommunale Dinge angesprochen haben, zum Beispiel Prävention. Ich glaube, dass wir gerade dabei sind, das Gesundheitsamt zu einer zukunftsorientierten Einrichtung umzuorganisieren. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind dort auf dem Weg dazu. Sie sind auch schon sehr weit und haben zum Beispiel im Bereich der Prävention das Anliegen, Prävention auch wirklich für die zu betreiben, für die sie besonders notwendig ist, weil niemand anders darauf achtet als der Staat, denn sie kommen aus sozial benachteiligten Bereichen, und Eltern sind dort nicht immer in der Lage, ihrem eigenen Auftrag, auch präventiv für die eigenen Kinder zu sorgen, nachkommen zu können.

Deswegen wollen wir von diesem präventiven Untersuchungsansatz, aus dem Kindergarten heraus, in die Schule hinein, abkommen, der sagt, wir untersuchen jedes Kind, sondern wir wollen besonders auf die schauen, die solche Vorsorge vielleicht dringender nötig haben als andere. Ich finde, das ist ein zukunftsgerichteter Ansatz und wird genau dem gerecht, was wir alle wollen, nämlich für sozial Benachteiligte auch besondere Vorsorge treffen, um Chancenungleichheiten zu verhindern. Deswegen, finde ich, sind wir da auf einem guten Weg. Geld allein, das gilt auch für andere Bereiche, die ich gleich noch anspreche, ist es nicht immer. Geld in ein System hineinzupumpen, das von den Strukturen nicht mehr zukunftsorientiert ist, ist der völlig falsche Weg. Man muss zunächst einmal wissen, was man tun will, und dann kann man schauen, ob man es mit den vorhandenen Mitteln schafft oder nicht und kann eventuell auch noch nachfinanzieren, wenn es nötig ist. Zunächst muss man sich aber klar sein, was man will und welche Strukturen man dafür braucht. Wir sind im Gesundheitsbereich da auf einem guten Weg.

(D)

Was Krankenhausinvestitionen angeht, gibt es den Beschluss, natürlich kommunale und andere Häuser gleich zu behandeln. Das finde ich auch richtig. Das gilt auch für andere Bereiche, zum Beispiel den Kindergartenbereich, bei dem wir denselben Anspruch haben. Das heißt aber nicht, dass hier streng quotiert werden soll, sondern es soll darauf geschaut werden, dass die Bedarfe der kommunalen und der freigemeinnützigen Häuser natürlich in gleicher Weise und völlig gleichberechtigt bewertet und beurteilt werden und dann zu Investitionen führen. Es wird demnächst einen Vorschlag in der Deputation

- (A) für die Verteilung von Finanzierungsmitteln geben. Das können wir dann da besprechen, und dann können Sie daran messen, ob hier nun blind nur an den Mitteln quotiert werden soll oder ob hier die Zukunft für die Krankenhäuser dieses Landes zielgerichtet an Bedarfen orientiert organisiert werden soll.

Der Bereich Arbeit, Frau Stahmann: Das ist jetzt hier im Grunde eine Wiederholung der Debatte vom letzten Mal gewesen. Ich will dem nicht mehr viel hinzufügen, was ich beim letzten Mal dazu gesagt habe. Wir haben alle Programme, die wir dort haben, abgesichert, wir haben eine vorbildliche Ausschöpfung von Drittmitteln in diesem Bereich, mit der wir uns bundesweit durchaus sehen lassen können, mit der wir auch aus anderen Bundesländern abschöpfen können. Was dort nicht verbraucht werden kann, fließt dann zeitweise auch noch nach Bremen. Ich glaube, wir müssen uns da nicht verstecken. Wir haben hier die Bilanz aufgemacht, und Sie beurteilen sie anders als ich. Das ist vielleicht dann auch so vorgegeben angesichts der politischen Verhältnisse, aber das müssen wir dann wahrscheinlich auch noch weiter austragen.

Ich bin überzeugt, dass das, was wir vorgelegt haben im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, von großer Bedeutung ist für alle, die wir hier vor Arbeitslosigkeit schützen wollen, also auch präventiv damit wirken wollen und für die wir Langzeitarbeitslosigkeit zukünftig zumindest verringern und verkürzen wollen, um ihnen wieder Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu geben.

- (B) Jetzt der große Bereich Kita: Frau Stahmann, Sie sagen, es sei eine späte Erkenntnis, dass ich diesen Modellversuch jetzt gestoppt habe, aber immerhin! Da kann ich nur sagen, wenn das eine späte Erkenntnis war, dann hatten Sie sie irgendwie genauso spät wie ich, denn im Jugendhilfeausschuss sind keine kritischen Fragen gestellt und keine kritischen Anmerkungen gemacht worden.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/  
Die Grünen]: Quatsch!)

Ich habe mir das Protokoll angesehen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Gut, ich will das nicht vertiefen!

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die  
Grünen]: Wo waren Sie denn da?)

Ich war schon immer dabei, wenn das debattiert worden ist, da können Sie sicher sein!

Dieses Modell wird nicht stattfinden in der Zeit, die wir eigentlich dafür vorgesehen hatten, nämlich mit Beginn der Anmeldungen für das Kindergartenjahr 2002/2003. Das heißt aber nicht, dass wir nicht

an dem Ziel festhalten, das dieser Modellversuch verfolgt hat, nämlich mehr Qualität in unsere Einrichtungen zu bringen durch eine qualitative Regelbetreuung und durch flächendeckende Betreuung auch behinderter Kinder wohnortnah, indem wir auch versuchen, die Mittel, die wir dort einsetzen, in alle Einrichtungen zu bringen und nicht in besondere Einrichtungen, und mehr Flexibilität anbieten zu können für die Bedarfe der Eltern, die da nachgefragt werden, offener zu sein. Diese Ziele werden weiter verfolgt.

Ich habe zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Weg, den wir dafür vorgesehen hatten, im Moment so nicht vermittlungsfähig war, und dass es keinen Sinn macht, jetzt, um es vermittlungsfähig zu machen, bestimmte Standards einfach nur festzuschreiben und dann ein Modell obenauf zu toppen. Das lässt sich schlecht untersuchen und wissenschaftlich begleiten und bringt auch für die flächendeckende Umsetzung nachher überhaupt nichts. Deswegen werden wir hier jetzt diese wissenschaftliche Untersuchung voranstellen und nicht parallel schon mit der Praxis beginnen.

An dem Ziel aber – und das war auch die Aussage aller, mit denen ich bei der Entscheidung, den Modellversuch jetzt nicht zu beginnen, gesprochen habe – halten alle fest, auch die Personalvertretung und die Eltern. Sie sind sehr einverstanden mit den Zielen. Ich bin sicher, wir werden dann auch einen gemeinsamen Weg definieren, wie wir diese Ziele erreichen. Das hat also nichts damit zu tun, dass wir jetzt von irgendwelchen Inhalten, die wir da verfolgt haben, abgewichen sind.

Ich bin ein bisschen enttäuscht, Sie haben zum Kindergartenbereich, wenn ich es richtig gesehen habe, keine inhaltlichen Anträge gestellt, sondern eigentlich nur Anträge auf mehr Finanzierung, auf mehr Geld in dem Bereich.

(Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Man kann ja auch Haushaltsanträge inhaltlich anders unterlegen! Das werden wir sicherlich in Zukunft mit Ihnen weiter zu erörtern haben, wie wir unsere inhaltlichen Konzeptionen anlegen. Ich bin überzeugt, dass wir mit dem Geld, das wir im Moment zur Verfügung haben, noch effektiver arbeiten können, auch im Bereich der Kinderbetreuung. Ich wäre froh, wenn Sie uns auf dem Weg, das auch in Konzeptionen umzusetzen, positiv begleiten würden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Weber:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich den nächsten Schwerpunkt Bau und Umwelt aufrufe, gebe ich Ihnen einmal den Stand der verbleibenden Redezeiten zur Kenntnis:

(C)

(D)

- (A) Die Fraktion der SPD hat noch 19 Minuten, die Fraktion der CDU hat noch acht Minuten, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch 30 Minuten, und der Senat hat noch 21 Minuten.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt auf den Schwerpunktbereich Bau und Umwelt.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Bremen und Bremerhaven heißt es, Bremen sei eine Baustelle. Das, finde ich, ist doch eine gute Botschaft für die Baupolitik selbst und insbesondere natürlich für ein Bauressort. In der Tat haben wir eine ganze Reihe von Dingen, die im Vollzug sind, aber auch von Dingen, die in den nächsten zwei Jahren mit diesem Haushalt in die Umsetzung gebracht werden. Fertig gestellt wird der Hemelinger Tunnel. Wir haben wichtige Infrastrukturen im Bereich der alten Hafengebiete, der so genannten Überseestadt, begonnen und werden sie weiterführen, in der wir richtig einen Teil dieser Stadt neu erschließen. Der Waller Ring wird verkehrsberuhigt. Die A 27 wird angegangen, und für Bremen-Nord steht auch die B 74 auf dem Plan.

Wir haben auch schnelle Baustellen, und das ist, glaube ich, in dieser Zeit, in der wir viele Baustellen haben, wichtig. Die Oberstraße und die Sögestraße zeigen dies. Ich denke, das wird fortgeführt mit diesem Haushalt mit der Modernisierung des Marktplatzes und der Wachtstraße. Wir haben auch ganz exzellent organisierte Baustellen. An dieser Stelle will ich einmal sagen: Über die Linie vier redet keiner mehr, aber die Baustelle der Linie vier ist doch wirklich ein Vorhaben, das erfolgreich zu Ende gebracht wird.

(Beifall bei der SPD)

Das ist einfach exzellent! Wer hätte das vorher gedacht?

Wir werden auch im Bereich des ÖPNV mit diesem Haushalt weitere Perspektiven eröffnen. Die Regionalstadtbahn ist das eine Stichwort, die Frage der neuen Straßenbahnschienen, der breiteren, moderneren Wagen, die beschafft werden sollen und für die die Anlagen modernisiert werden, ist ein nächster Schritt. Bremen wird modern gebaut, das ist die erste Botschaft für diesen Haushalt.

Die zweite Botschaft, meine Damen und Herren: Bremen gewinnt Einwohner. Wir gehen weiter an die Wohnungsbaugebiete. Borgfeld-Ost ist bekanntlich so gut wie abgeschlossen. Borgfeld-West steht vor der Erschließung. Für die Osterholzer Feldmark sind Grundentscheidungen getroffen und erste Bauungspläne beschlossen worden. Auch da wird

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

die Realisierung begonnen. Auch für Brokhuchting sind wir soweit. Ich sage dies, weil heute morgen Herr Eckhoff für die CDU-Fraktion meinte, da ginge es nicht so richtig voran. Osterholzer Feldmark und auch Brokhuchting sind auf dem richtigen Weg, da gibt es seitens der Politik jedenfalls keine Hindernisse mehr, um dies zu realisieren.

Ich will hier aber auch sagen, wir fassen an und werden fortsetzen das Programm der Baulücken – ausgesprochen erfolgreich –, wir gehen kleinere Gebiete in allen Stadtteilen an, in Gröpelingen, in der Vahr, in Walle, bald hoffentlich auch in Oslebshausen und in Woltmershausen.

Die Wohnungsbauförderung, und da komme ich dann auch zu einigen konkreten Änderungsanträgen, haben wir auf neue Beine gestellt, und wir tun in dem Bereich mehr, als unsere Pflicht wäre, mehr als wir Drittmittel aus Berlin gewinnen. Wir fördern Eigentumsmaßnahmen jetzt auch im Bestand, um die Stadtteile zu modernisieren. Ich will an der Stelle sagen, dass ich es für ausgesprochen wichtig halte, dass sich diese Bürgerschaft dazu entschlossen hat, die Fehlbelegungsabgabe abzuschaffen. Das kostet für die nächsten zwei Jahre und belastet diesen Haushalt in einem kleinen Maß, ist aber eine richtige Entscheidung gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Ebenso richtig, meine Damen und Herren, war es doch, dass wir die Steigerung der Mietobergrenzen im Rahmen gehalten und bescheiden gefasst haben, so dass wir jetzt im Haushalt natürlich einen Posten haben. Beim Änderungsantrag von SPD und CDU im Bereich der Aufwendungszuschüsse verstehe ich nicht, warum, wie ich jetzt in der Übersicht sehe, Bündnis 90/Die Grünen da nicht zustimmen will. Hätten Sie denn gewollt, dass die Mietobergrenzen stärker steigen? Das kann doch nicht sein! Ich finde, da haben wir eine richtige Entscheidung getroffen zur Stabilisierung der Stadtteile. Das ist übrigens nicht nur für die Stadt Bremen wichtig, sondern auch für die Landespolitik, denn auch für Bremerhaven gilt dies.

Die dritte Botschaft, und damit komme ich zum Schluss, ist: Bremen braucht und bekommt neue Lebensqualität. Wir gehen mit diesem Haushalt das Thema der sauberen Stadt richtig neu an, fördern und erhalten den Quartierservice, richten eine Leitstelle ein, werden zu einer schnelleren Reaktion und zu einer besseren Situation kommen, und ich bin sicher, Herr Böhrnsen hat es heute Morgen gesagt, zu einer sauberen Stadt gehört auch, dass sich die Leute wohl fühlen und hier gut leben.

Das zweite Thema in dem Zusammenhang sind die Stadtteile und die Nebenzentren. Wir haben viel für die Innenstadt gemacht. Der Schwerpunkt, der jetzt begonnen wird, muss auf der Stärkung der Stadtteile liegen. Heute ist in Hemelingen das Stadt-

(C)

(D)

(A) teilbüro eingerichtet worden, womit die Sanierung dort beginnen kann.

Wir fassen Tenever ins Auge, Woltmershausen, Blumenthal wird in die Umsetzung kommen, und auch da – wir legen Ihnen hier einen Antrag vor, in der Städtebauförderung die erhöhten Bundeseinsätze auch abzurufen – schlagen wir Ihnen als Koalition vor, eine Million DM dort mehr investiv auszugeben. Auch hier verstehe ich nicht, warum die Opposition im Haus dies ablehnt, denn das Geld wird dazu dienen, vorrangig in Tenever die Umstrukturierung zu schaffen und zu sichern.

Ich glaube, dass wir auch in den nächsten zwei Jahren im Rahmen dieses Haushalts im Bereich der alten Hafenviertel und auch des Faulenquartiers neue Akzente setzen wollen und setzen werden. Das ist auch gut. Ich denke, die Baupolitik wird sich weiter so entwickeln, dass dort die zentralen Infrastrukturentscheidungen für diese Stadt, für beide Städte gefällt werden. In diesem Sinne ist dies ein guter Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

(B) Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir vorweg angesichts der aktuellen Schlagzeilen in den Medien ein paar Worte zu den doch – sofern es zutreffen sollte – ungeheuren Vorwürfen „Korruption im Baubereich“! Ich glaube, es ist unser aller Aufgabe, wenn sich diese Verdächtigungen erhärten sollten, in Zukunft darauf zu setzen, dass so etwas nicht möglich ist.

Ich spreche da nicht nur die Baupolitiker an, ich spreche das ganze Parlament an, weil ich glaube, dass die Strukturen, die die große Koalition geschaffen hat – ich nenne jetzt als Neuestes auch gerade die Änderung des Liegenschaftswesens, diese vielen Gesellschaften, die hier gegründet wurden –, nicht zu mehr Transparenz beitragen, sondern im Gegenteil, es entsteht ein Dschungel. Ich glaube, hier müssen wir größte Aufmerksamkeit dafür haben, dass diese Gesellschaften, die hier gegründet werden, gerade das Vergabewesen, oder die Strukturen dazu beitragen können, dass so etwas wie Korruption möglich wird. Darum fordern wir Grünen, dass jetzt das Bauressort sehr zügig und grundsätzlich hier auch überprüft, welche Strukturen möglicherweise Korruption Vorschub leisten, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte ein paar grundsätzliche Worte zur Politik des Bauressorts sagen. Meine Kritik richtet sich

-----

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) insgesamt vor allem darauf, dass in den letzten Jahren – und das ist für mich, seitdem die große Koalition an der Regierung ist – die Bedeutung des Bauressorts immer weiter zurückgedrängt wird, Stadtteilentwicklung, Stadtentwicklung, Stadtgestaltung werden nicht mehr in erster Linie vom Bauressort oder vom Planungsamt gemacht, sondern die Stadtentwicklung wird zunehmend privatisiert, Stichwort Debatte über den Bredenplatz, wir haben sie gestern geführt, meine Damen und Herren.

Ich halte es aber für eine Gesamtschau auf die Stadt nach wie vor für eine herausragende Aufgabe, dass das Bauressort städtebauliche Vorgaben macht, dass es die Stadt insgesamt betrachtet, dass Schluss ist mit einer Briefmarkenplanung, die ein Projekt hier und ein Projekt da plant, ohne die Auswirkungen auf die Gesamtstadt zu berücksichtigen. Diese Briefmarkenplanung kritisieren wir allerdings sehr scharf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Das Bauressort hat sich in den vergangenen Jahren nicht durch innovative Ansätze hervorgetan. Es gibt hier keine neuen Ansätze, wie man Bremen ein neues Image gibt. Zum Beispiel fiel vorhin der Ausspruch: Reklame machen für ein junges Bremen. Selbstverständlich kann man das auch im Bauressort. Auch hier fehlen Impulse. Es reicht nicht zu überlegen, wie man nur Einfamilienhäuser baut. Man darf nicht nur für ein Segment bauen und Wohnraum anbieten, sondern gerade in Bremen, das dafür wirbt, dass neue, junge Leute nach Bremen kommen, dass Existenzgründer sich hier niederlassen, muss man auch denen ein adäquates Wohnungsbaueangebot machen.

Hier vermissen wir, dass die Bausenatorin mit neuen Ideen, neuen Impulsen, einer neuen Art zu bauen Vorschläge für junge Leute macht. Nichts dergleichen können wir hören. Im Gegenteil, es wird weiter darauf gesetzt, dass man nur für eine Bevölkerungsgruppe sorgt, die nicht die größte in Bremen ist, das sind die jungen Familien. Die sind wichtig, aber dass man nur für diesen Teil der Menschen in Bremen baut und dafür ohne Ende Flächen verbraucht, das finden wir eine falsche und eine sehr kurzsichtige Wohnungsbaupolitik, die hier die große Koalition seit Jahren betreibt, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich richte diese Kritik vor allen Dingen auch in Richtung CDU. Kollege Pflugradt, Sie werden gleich nach mir reden. Sie sollten einmal die Rede Ihres Parteikollegen Kurt Biedenkopf, gehalten auf einem Architektentag in Leipzig, nachlesen. Ihr Kollege ist sehr viel vorausschauender als Sie. Er hat nämlich erkannt, worauf es in einer zukünftigen Stadtentwicklungspolitik ankommt.

(A) Es wird in den nächsten Jahren aufgrund der demographischen Entwicklung, aufgrund der Bevölkerungsstagnation, darauf ankommen, sich vorrangig vor dem Neubau mit dem Stadtumbau zu beschäftigen. Diese Signale gehen nicht von Bremen aus. Ein paar Ausnahmen hat der Kollege Dr. Sieling genannt, verstärkt Baulückenprogramm und jetzt auch ein paar Mark für Eigentumbildung im Bestand. Das ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber es wird nur dann ein sinnvoller Schritt für die Zukunft daraus, wenn man insgesamt als Stadt sagt, und da hat das Bauressort eine herausragende Verantwortung, die zukünftige Stadtentwicklungspolitik liegt im Stadtumbau.

Das heißt aber für die Bauwirtschaft, dass sie umdenken muss, es heißt, dass man sich anschauen muss, welche Gebäude haben wir, welche Gebäude kann man mit neuem Leben und Nutzungen füllen, welche Gebäude müssen wir erhalten. Es kann zukünftig nicht mehr darum gehen, für eine stagnierende Bevölkerung immer neue grüne Flächen zuzupflastern. Das ist keine vorwärtsschauende Stadtentwicklungspolitik, sondern das Gegenteil, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Dann noch ein Wort zum Straßenbau! Diese große Koalition und dieses Bauressort betreiben auch hier einen Schritt zurück zur autogerechten Stadt. Frau Senatorin, Sie können gleich mit dem ÖPNV kommen, das ist alles okay, aber schauen Sie sich an, was in den letzten Jahren hier unter der großen Koalition für Geld für riesige Straßenbauprojekte ausgegeben wurde! Ich nenne hier nur als eine verkehrspolitische Sünde, die Sie hier vorantreiben wollen, neben der Funkschneisenstrasse, neben der überdimensionierten Hafenschließung wegen falscher Standortentscheidung den sechsspurigen Ausbau der A 27. Aber eines, Frau Senatorin, werfe ich Ihnen vor, dass Sie, die Sie sagen, Sie wollen etwas Positives für die Stadt tun, die Ausweitung der Schwachhauser Heerstraße mitten durch die Stadt, eine Stadtautobahn, die Kurfürstenallee verlängern, den Concordiatunnel verbreitern und diese Straße vierspurig über den Rembertikreisel zur Hochstraße führen wollen. Dies ist eine völlig stadtunverträgliche Verkehrspolitik! Ich kann nur hoffen, dass vor Ort die Menschen genügend Widerstand gegen diese stadtzerstörerische Verkehrspolitik leisten, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein letzter Satz noch! Wo sich das Bauressort wahrlich nicht mit Ruhm bekleckert hat, das ist die saubere Stadt. Meine Damen und Herren, 14,5 Millionen DM fehlten dem Ressort, um für ein sauberes Bremen zu sorgen. Was sagt die Senatorin? Wir erheben eine Stadtreinigungsgebühr. Das wollte aber

einer der beiden Koalitionspartner dann doch nicht mitmachen, und dann fiel das wieder unter den Tisch. Aber woher diese 14,5 Millionen DM kommen sollen, ist völlig schleierhaft.

Jetzt haben Sie diese wirklich grandiose Idee, die ENO, die es in den letzten Jahren hier nicht schafft, unsere Stadt vertragsgemäß sauber zu halten, solle jetzt die verantwortliche Institution sein, die nächsten zehn Jahre Bremen noch sauberer zu machen. Wer es glaubt, wird selig, Kollege Pflugradt! Wir werden uns sehr bald wiederfinden und uns andere Lösungen überlegen müssen.

Die ENO schafft es bis heute nicht, ein Beschwerdetelefon für den normalen Bürger anzuschaffen. Sie schafft es nur, ein Pflichtenheft im Ortsamt abzugeben und zu sagen, lieber Bürger, wenn du wissen möchtest, wann deine Straße gesäubert wird, dann gehe zum Ortsamt, und schau dir das da an! Dieser ENO sollen wir die saubere Stadt anvertrauen, meine Damen und Herren? Ich glaube, jeder Quartiersservice hat das hier in der Vergangenheit besser als die ENO gemacht. Insofern wünsche ich Ihnen viel Glück mit diesem Schachzug, aber ob er gelingt, das weiß ich nicht. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Sieling [SPD]: Der Quartiersservice bleibt doch erhalten!)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt. (D)

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe wenig Zeit, deswegen will ich auch nur etwas zu den Stichpunkten sagen, zu denen ich etwas sagen wollte, und gehe dabei auch auf meine Vorredner ein.

Die erste Aussage ist, dass wir zwei Bereiche für besonders wichtig halten. Der eine ist die Frage des Wohnungsbaus, und der zweite ist die Frage des Verkehrs, der Infrastruktur. Zu diesen beiden Stichworten will ich etwas sagen und zum Schluss noch etwas zum Stichwort saubere Stadt.

Wohnungsbau: Frau Krusche, Sie sprechen von Neubau und von Stadtumbau. Ich sage eindeutig, wir brauchen nach wie vor Neubaugebiete, noch mehr als bisher. Die Einwohnerentwicklung in den letzten Jahren, insbesondere im Jahr 2000, zeigt ja, was die Umlandwanderung anbetrifft, dass dieser Weg, den wir 1995 eingeleitet haben, ein völlig richtiger war mit „Bremer bauen in Bremen“, Ausweisung von Gebieten, Zurverfügungstellung von Grundstücken, die Leute selbst bebauen konnten, die nach eigenem Gusto dort etwas errichten wollten, und mit dem Kostenzuschuss, den wir inzwischen in ein Darlehen umgewandelt und sogar noch verdoppelt haben. Das ist eine richtige, wichtige Strategie, trotzdem bleibt, dass wir auch Stadtumbau betreiben müssen, und so nebenbei betreiben wir ihn auch.

(A) Da will ich Ihnen einige Beispiele nennen, zu denen Sie ja auch häufiger einmal nein sagen.

Im Zusammenhang mit dem Bau des Hemelinger Tunnels, den wir ja begonnen haben, wird ein riesiges Programm mit über 100 Millionen DM gemacht, um Hemelingen zu erneuern. Im Zusammenhang mit dem Umbau der Georg-Bitter-Straße, die wir durchgesetzt haben als CDU gegen den Widerstand fast aller hier im Haus, wird ein 20-Millionen-DM-Programm umgesetzt, Herr Präsident!

Im Zusammenhang mit dem Space-Park und der IUB wird sich eine sehr erfreuliche Entwicklung ergeben, das werden wir sehen, aller Beteiligten vor Ort um die IUB, nicht nur im Hinblick auf den Space-Park, den wir wollen. In dem Bereich tut sich schon jetzt dort etwas, da müssen Sie sich einmal umschauen und von den Beteiligten hören, was sich da tut.

Wenn ich den Bereich der Airport-City nehme, dann ist das kein Stadtumbau? Wenn ich die Maßnahmen nehme, die wir im Zusammenhang mit der A 281 machen, die wir im Bereich der Neustadt machen wollen, ist das kein Stadtumbau, Frau Krusche? Wenn ich das nehme, was wir alles im Bereich der Innenstadt machen wollen – da kann man auch im Detail einmal unterschiedlicher Meinung sein –, sind wir im Großen und Ganzen sogar fast einer Meinung bei dem, was da passiert. Ist das kein Stadtumbau, wenn wir die Schlachte, die Obernstraße, die Martinistraße, den Marktplatz, die Wachtstraße, die Bahnhofstraße und so weiter umgestalten? Das ist doch ein toller Erfolg, der seit 1995 auf den Weg gebracht worden ist!

(Beifall bei der CDU)

So nebenbei: Mit Ihnen wäre das leider nicht so passiert, aber das ist eine andere Geschichte!

Ich habe nur noch eine Minute und muss noch zwei Stichworte abarbeiten. Ich will deutlich zum Ausdruck bringen, im Bereich des Wohnungsbaus muss das so weitergemacht werden wie bisher und noch stärker als bisher.

Meine zweite Aussage: Im Bereich des Verkehrs hat es eine Veränderung der Verkehrspolitik dergestalt gegeben, dass der ÖPNV nicht gegen den Individualverkehr ausgespielt worden ist. Ich will deswegen im Zusammenhang mit dem Stichwort Regionalstadtbahn, die ja unisono hier gewollt ist, und mit der Beschaffung von neuen breiteren Fahrzeugen auf die Vorlage, die letzte Woche in der Deputation war und hier und da Irritationen hervorgerufen hat, eingehen.

Ich sage ganz eindeutig für die CDU-Fraktion, aber so ähnlich haben sich die anderen Sprecher hier auch eingelassen, mit der Verbreiterung der Straßenbahngleise und mit der Verbreiterung von Fahrzeugen gibt es keine Wende rückwärts in die alte Politik nach dem Motto, der ÖPNV soll den Indivi-

dualverkehr behindern, sondern wenn, dann muss es einen vernünftigen Kompromiss geben. Die Leistungsfähigkeit des Individualverkehrs muss auch in Zukunft gewährleistet werden. Das heißt nicht, dass wir nichts für den ÖPNV tun wollen! Diese Wende rückwärts gibt es mit uns nicht, um das deutlich zu sagen!

(Beifall bei der CDU)

Ich kann jetzt leider auf die anderen Dinge nicht mehr eingehen. Stichwort saubere Stadt: Ich halte das für eine ganz wichtige Maßnahme. Wir können nicht einerseits die Infrastruktur verbessern, Touristen herholen wollen, Gewerbegebiete ausweisen wollen, und andererseits verdeckt uns die Stadt. Wir haben in der letzten Legislaturperiode einen ersten Versuch gehabt, da Maßnahmen zu ergreifen. Uns war klar, dass das nicht ausreicht.

Hier sind alle Beteiligten, das Ressort, aber auch das Unternehmen, gefordert, das Geld, das bisher ausgegeben wird – und das ist ja nicht ganz wenig –, auch sinnvoll einzusetzen. Das ist die erste Maßgabe, aber da muss noch viel mehr getan werden, und wir haben da massiv Druck gemacht. Schließlich sind wir ja durch unsere Initiative zu diesen Runden gekommen. Das wissen wir alle. Andere stellen sich jetzt draußen hin und verkaufen das als ihre Konzepte. Sie haben aber nur das anschließend umgesetzt, worauf wir aufmerksam gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Die rund 20 Millionen DM, die da bisher eingesetzt werden, müssen noch vernünftiger eingesetzt werden. Solange es im Ressort keine Kontrolle über die Ausgabe dieser Millionen gibt, kann das auch nicht vernünftig laufen. Das Zweite ist, mit dem Geld, das wir jetzt zukünftig noch bereitstellen, muss natürlich an den Stellen, wo noch nichts gemacht werden kann, mehr getan werden, damit Bremen endlich eine saubere Stadt wird und dieses Ziel so schnell wie möglich erreicht wird. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Anfang eine Anmerkung zu der Generaldebatte heute Vormittag machen! Es war nämlich bezeichnend, was dort abgelaufen ist, für die Politik in diesem Land, in der nämlich das Wort Umwelt überhaupt nicht mehr existiert. Herr Böhrnsen hat es nicht erwähnt, Herr Eckhoff schon gar nicht, doch Herr Eckhoff hat Inhalte formuliert, die mit Um-

(C)

(D)

- (A) welt zu tun haben, aber nicht mit Umweltschutz, sondern mit Umweltzerstörung, mit Flächenfraß.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Umweltschutz hat für uns Grüne eine hohe Priorität. Bezogen auf das Land Bremen geht es uns auch darum, Bremen und Bremerhaven als grüne Städte, als Städte mit gesunder Umwelt, hohem Anteil an wertvollen Natur- und Grünflächen und damit hoher Lebensqualität zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dazu dienen vor allem die von uns Grünen erarbeiteten Vorschläge und Konzepte mit den entsprechenden Haushaltstiteln.

Wegen der hohen Brisanz und auch Haushaltsrelevanz will ich hier vor allem näher auf den Bereich der Altlastensanierung eingehen. Mit dem Bundesbodenschutzgesetz besteht nämlich die Handlungspflicht, die von Altlasten ausgehenden Gefährdungen insbesondere für die menschliche Gesundheit und für das Grundwasser zu beseitigen. Das Gesetz ist nunmehr fast drei Jahre in Kraft, ohne dass der Senat die daraus resultierenden Verpflichtungen wahrnimmt. Was ich besonders bedauerlich finde, ist, dass sich meine Abgeordnetenkollegen von SPD und CDU nicht bemüßigt sehen, ihre Kontrollpflicht gegenüber der Exekutive wahrzunehmen. Eigentlich wäre es nämlich selbstverständliche und ureigenste Aufgabe des Senators für Bau und Umwelt, nationale Gesetze auf Landesebene umzusetzen.

- (B) Was das Bundesbodenschutzgesetz betrifft, erfolgt das nur rudimentär. Das Referat für Bodenschutz beim Senator für Bau und Umwelt ist überhaupt nicht entsprechend ausgestattet, um die anstehenden Aufgaben wahrzunehmen, und es gibt beim Senator für Bau und Umwelt nicht einmal einen eigenen Haushaltstitel zur Wahrnehmung dieser hoheitlichen Aufgaben. Überall ist es selbstverständlich, beim Bodenschutz wird es ignoriert.

Für Altlastensanierung stehen einige wenige Haushaltsmittel zur Verfügung im Rahmen des Ökologiefonds. Das sind für 2002 10,4 Millionen DM und für 2003 4,7 Millionen DM. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, eine lächerlich geringe Summe, wenn man sie mit der Dimension des Notwendigen vergleicht. Hier fordern wir Grünen einen eigenen Haushaltstitel beim Senator für Bau und Umwelt, der für die beiden Jahre 2002 und 2003 insgesamt mit 50 Millionen DM ausgestattet wird. Dabei bieten wir an, dass man acht Millionen DM dieser Kosten erwirtschaften kann, indem man eine Oberflächenwasserentnahmegebühr einführt. Damit wären die dringenden Umweltbelastungen reduzierbar.

Bei den über 120 Altstandorten, das sind in der Regel ehemalige Deponien, werden bei mehreren die Grenzwerte überschritten, die eine Handlungspflicht nach sich ziehen. Besonders dringend saniert werden müsste die Altlast Mittelwischweg/Hohweg. Hierfür wären allein sieben bis acht Millionen DM

nötig. Dazu kommen die kontaminierten Standorte, die verseuchten Standorte, das sind in der Regel Industriebrachen, deren Anteil sich im Tausenderbereich bewegt. Dies zur Dimension des Problems!

(C)

Das Defizit nicht hinreichend eingestellter Haushaltsmittel zur Bearbeitung des Altlastenproblems wurde zwar auch von der großen Koalition erkannt, aber passiert ist nichts. Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, hier an die Auseinandersetzung im Zusammenhang mit der Einführung einer Oberflächenwasserentnahmegebühr erinnern. Zur Einstimmung beziehe ich mich auf die Presseerklärung der CDU-Fraktion vom 27. Juni 2001, Herr Eckhoff. Dort wird nämlich dargelegt, dass eine Entscheidung zur Einführung einer Oberflächenwasserentnahmegebühr noch nicht gefallen sei, und weiter heißt es, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Dieses Thema wird im Rahmen der Haushaltsberatungen 2002/2003 auf die Tagesordnung kommen. Ziel ist es, auf jeden Fall eine Lösung für eine notwendige Haushaltsabsicherung der Altlastensanierung zu finden.“ Schön gesagt, nichts getan!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Oberflächenwasserentnahmegebühr gibt es genauso wenig wie einen Haushaltstitel, über den das Ressort entsprechend der gesetzlichen Notwendigkeiten verfügen könnte, frei nach dem Motto: ausgesetzt, weggeduckt, Problem ignoriert!

(D)

Meine Damen und Herren von der großen Koalition, ich befürchte auch, dass nach der nun auch stattgefundenen Intervention der Handelskammer die Oberflächenwasserentnahmegebühr zumindest für diese Legislaturperiode wieder vom Tisch ist. Das heißt, hier passiert nicht das gesetzlich Notwendige. Schadstoffe gelangen weiterhin in die Luft, gelangen weiter in das Grundwasser. Das ist keine Umweltpolitik, das ist Wirtschaftslobbyismus pur.

Ich muss es noch einmal wiederholen, weil diese Ignoranz und Missachtung gesetzlicher Verpflichtungen wirklich zum Himmel schreien, das Bundesbodenschutzgesetz, dem Bremen auch zugestimmt hat, sagt nämlich ganz genau, ab wann Handlungsbedarf besteht, nämlich wenn die Grenzwerte, die sogenannten Maßnahmeschwellenwerte, überschritten sind. Da ist klar, und das ist sogar öffentlich über das Altlastenüberwachungsprogramm, dass dies bei vielen Altstandorten der Fall ist. Diese Belastungen müssen beseitigt werden, das ist unsere grüne Forderung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn die Regierung ihre hoheitliche Aufgabe nicht wahrnimmt, dann ist es ureigenste Aufgabe des Parlaments, dies einzufordern. Doch, meine Kolleginnen und Kollegen von der großen Koalition, ich habe manchmal das Gefühl, dass die Aufgabe von Abge-

- (A) ordneten, nämlich die Kontrolle der Exekutive, für Sie ein Fremdwort ist. Diese ehrenvolle und ureigenste Aufgabe von Abgeordneten überlassen Sie allein uns Grünen, und Ihr Vertrauen in uns muss wirklich grenzenlos sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich noch einen weiteren Grund anführen, warum Geld zur Altlastenbearbeitung und Aufarbeitung von Industriebrachen bereitgestellt werden muss! Das Gebot der Stunde ist nämlich ein sparsamer Umgang mit Flächen. Durch Wieder- und Umnutzung von Brachen kann das erreicht werden, und dafür muss man die Mittel bereitstellen. Es hat auch etwas mit Stadtentwicklungspolitik zu tun. Hier macht es die Stadt Osnabrück vor. Hören Sie zu! Die Stadt Osnabrück hat durch Flächenrecycling erreicht, dass in den letzten zwei Jahrzehnten dort der Anteil der Siedlungsfläche unverändert geblieben ist.

Das ist der Weg der Zukunft, und den wollen wir Grünen auch für Bremen gehen. Das heißt, der Flächenverbrauch muss auf null gefahren werden. Das geht durch Flächenrecycling, indem man nämlich alle Altstandorte von den alten Hafenvierecken bis hin zu diversen verstreuten Industriebrachen einer Wiedernutzung zuführt. Das wäre intelligente Politik.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Das, meine Damen und Herren, gilt auch für die Technologieparkenerweiterung. Die Technologieparkenerweiterung beziehungsweise die Bereitstellung von Flächen für technologieorientiertes Gewerbe ist keine Frage von Zerstörung von Kleingärten, und es ist auch keine Frage der Zerstörung eines Naturschutzgebietes. Das ist vollständiger Wahnwitz und abzulehnen in Anbetracht des Anteils der Flächenpotentiale, die Bremen hat und entsprechend wieder nutzen könnte.

Hier gibt es auch mehrere Vorschläge. Ich möchte sie nur noch einmal kurz erwähnen. Es wären inhaltlich orientierte Cluster an verschiedenen Standorten anzusiedeln, von der Internationalen Universität über Airport-City bis hin zu Innenstadtbereichen. Hier sind Konzepte da, und es gibt ja auch von der Angestelltenkammer entsprechende Studien, dass dort lieber hingegangen würde als in wieder eine neue Trabantenstadt. Zusammengefasst zu diesem Thema: Wir wollen keinen Flächenfraß, wir wollen Flächenrecycling.

Daneben sind auch der Erhalt und die Ökologisierung der Landwirtschaft erforderlich. Das ist ein weiterer Bereich, in dem wir fordern, dass hier auch das Land Bremen, wie übrigens andere Bundesländer, Nordrhein-Westfalen zum Beispiel, eigene Haushaltsmittel zur Verfügung stellt. Dies hat natürlich neben der Frage der Erzeugung gesunder Lebensmittel einen weiteren Grund. Nur über den Erhalt

- der Landwirtschaft ist der wertvolle Feuchtgrünlandring um Bremen erhaltbar und pflegbar. (C)

Frau Wiedemeyer, ich möchte auf Ihre Aussage zurückkommen, wir wollten in die Ökologisierung der Landwirtschaft eine Million DM stecken und dafür Gelder im Bereich des Haushaltstitels Technologieförderung streichen und dass wir natürlich wieder blöd seien, weil wir damit keine Arbeitsplätze schaffen. Da haben Sie völlig falsch gedacht! Es wundert mich, weil Sie doch Haushaltspolitikerin sind.

Sie wissen doch, dass sich unter Haushaltstiteln Verschiedenes versteckt. Unter diesem versteckte sich, wie Herr Dr. Kuhn Ihnen ja auch deutlich gemacht hat, eine Verschiebung des Hochschulausbaus. Das steckte dahinter, und das möchten wir in die Ökologisierung der Landwirtschaft stecken, aber mit der gesamten Wertschöpfungskette. Da geht es nicht nur um die Arbeitsplätze der Landwirte, sondern es geht um die Verarbeitung, es geht um den Handel, es geht um die ganze Wertschöpfungskette, die wir in der Region halten wollen. Das ist eine weitsichtige Politik, und außerdem spart es Geld für Pflegemaßnahmen, die Sie nämlich sonst bezahlen müssten, um die Naturschutzgebiete zu erhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Nicht zuletzt ein Punkt, der genau in diese Richtung geht, Bremen als grüne Stadt zu erhalten und weiterzuentwickeln, bezieht sich auf die Pflege des öffentlichen Grüns. Da wissen Sie auch, dass hier überhaupt nicht genügend Gelder zur Verfügung gestellt sind. Auch hierauf bezieht sich eine unserer Mehrforderungen. Diese absurde Idee, die dieses Jahr in die Diskussion gebracht, aber mittlerweile zurückgezogen wurde, nämlich um Pflegekosten in der Größenordnung von 100 000 DM perspektivisch zu sparen, Büsche im Stadtgebiet durch Rasen zu ersetzen, war ja Ausfluss dessen, dass für den Bereich der öffentlichen Grünpflege nicht genügend Gelder zur Verfügung stehen. Diese Idee ist vom Tisch. Darüber freuen wir uns, aber es gibt überhaupt nicht genug Geld, um die Pflege öffentlicher Grünflächen zu gewährleisten. Das heißt, hier ist es erforderlich, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. (D)

Zum Schluss war deutlich wahrnehmbar und allein am Vokabular der gesamten Debatte des heutigen Tages feststellbar, dass mit der großen Koalition, dass mit der CDU insbesondere keine Umweltpolitik mehr stattfindet, dass hier dringender Korrekturbedarf besteht, und dass wir die entsprechenden Haushaltsanträge eingebracht haben. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

(A) Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nicht viel Zeit, weil ich mich auch hier in der Debatte beschränken muss.

(Abg. **Eckhoff** [CDU]: Als Kandidat schließt er sich den Ausführungen von Frau Dr. Mathes an! – Heiterkeit bei der CDU)

Nein, ich stehe nämlich hier vorn, weil ich selbst im Interesse der CDU einige Sachen doch klarstellen muss, die so nicht stehen bleiben können, weil sie meines Erachtens falsch sind.

Das betrifft zunächst den Punkt, in Bremen werde keine Umweltpolitik mehr gemacht. Ich gebe ja zu, dass die CDU manchmal Schwierigkeiten hat, eine vernünftige Umweltpolitik zu machen. Nichtsdestoweniger läuft in der großen Koalition nach wie vor vieles auch im umweltpolitischen Bereich gut. Ich erinnere an die Energiepolitik. Selbst im Naturschutz sind wir in vielen Bereichen aktiv, die Ausweitung von öffentlichem Grün und so weiter. Es gibt nach wie vor viele Bereiche, in denen die große Koalition aktiv ist. Man sollte bloß auch in der Opposition aufpassen, das würde ich Ihnen raten, welche Mehrforderungen man stellt, denn man ist irgendwann vielleicht einmal dazu gezwungen, das Geld zu besorgen.

(B) Zum Zweiten möchte ich zurückweisen, dass mit den Altlasten nicht das gesetzlich Notwendige passiert. Das Thema hatten wir schon öfter in der Umweltdeputation. Das Gesetz gibt erhebliche Interpretationsspielräume. Wir sind uns völlig einig, dass wir nicht alles das tun, was im Prinzip wünschenswert wäre. Aber das, was notwendig und gesetzlich vorgeschrieben ist, machen wir auch.

Wir haben sicherlich das Problem, dass wir nicht in allgemeinen Haushaltstiteln entsprechend viel Geld ausweisen können, aber wir haben die Finanzierungsmöglichkeiten gefunden und nutzen sie auch, im Zusammenhang mit Investitionsvorhaben auch Altlastensanierungen vorzunehmen. Insofern ist es keineswegs richtig, dass wir nicht das gesetzlich Notwendige tun würden.

Schließlich möchte ich noch zur Frage „Saubere Stadt“ sagen: Wenn Sie die Debatte richtig verfolgt hätten, Frau Krusche, dann wüssten Sie, dass wir auch für ein Mehr an „Saubere Stadt“ in den Haushaltsverhandlungen die entsprechenden finanziellen Mittel bereitgestellt haben und dass viele der Probleme, die Sie ansprechen und die teilweise nicht zu leugnen sind, durch energische Maßnahmen angegangen werden. Im Übrigen sollte man die Kritik an der ENO ein bisschen begrenzen. Man kann es auch übertreiben, einzelne Unternehmen schlecht zu machen und denen alles in die Schuhe zu schieben.

Zu den Quartierdiensten möchte ich betonen: Erstens sind die bestehenden gesichert, zweitens wer-

den sie ausgebaut, auch in Bezug auf das dort beschäftigte Personal, und drittens werden sie auch in Zukunft nicht Regelaufgaben wahrnehmen, denn damit wären sie völlig überfordert. Die Quartierdienste sind für bestimmte Aufgaben zuständig, die neben den gesetzlichen Regelaufgaben, die auf andere übertragen sind, erfüllt werden sollten. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

**Senatorin Wischer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich spüre, dass bei fortgeschrittener Zeit das Bedürfnis, noch lange Reden zu hören, bei Ihnen begrenzt ist. Darum will ich es auch nur ganz kurz machen.

Zum Baubereich haben Herr Dr. Sieling und Herr Pflugradt, finde ich, schon das Hinlängliche gesagt. Sich hier hinzustellen und zu sagen, dass die Baupolitik auch von diesem Ressort ausgehend in den letzten Jahren nicht erfolgreich gewesen ist, finde ich schlicht daneben, muss ich einfach so sagen,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

weil das, was wir gerade in den letzten zwei Jahren auch realisiert und umgesetzt haben, doch etwas ist, was in der Tat mit Stadt und Bau zu tun hat.

Wir haben ganz entscheidend nicht nur in der Innenstadt, sondern auch, es ist von Herrn Sieling und von Herrn Pflugradt angesprochen worden, in den Stadtteilzentren begonnen umzubauen, und dass das nicht mit Anschnippsen geht, sondern dass staatliches Handeln natürlich auch gerade, was die Stadtteilzentren angeht, etwas mit privatem Engagement zu tun hat, das dazukommen muss, das ist Ihnen doch auch klar. Ich finde, wir sind auf diesem Weg erfolgreich gewesen, und wenn Sie von Briefmarkenplanung sprechen, so kann ich das nun überhaupt nicht nachvollziehen.

Ich darf Sie daran erinnern, dass wir in der Deputation wiederholt den Ansatz gemacht haben, mit Ihnen über ein differenziertes Wohnangebot zu diskutieren. Sie erinnern sich vielleicht. Wir haben Ihnen ein Konzept vorgelegt für eine differenzierte Angebotsform in der Wohnungsbaupolitik, die nämlich genau die unterschiedlichen Altersgruppen und auch Interessen anspricht, das wir aber noch nicht in der Deputation vorangebracht haben. Also, sagen Sie nicht, wir hätten Ihnen nicht auch da Ideen vorgelegt!

Ein Wort zu der autogerechten Stadt! Ich finde das einfach Hohn. Sie können doch nicht in Anbetracht der Tatsache, dass wir uns angeschickt haben, hier eine alle Verkehrsteilnehmer wirklich voranbringende Verkehrspolitik zu machen, dies in Abrede stel-

(C)

(D)

(A) len. Wir sind in einem ungeahnten Ausmaß dabei, die Straßenbahn im ÖPNV auszubauen, in einem ungeahnten Ausmaß sind wir dabei! Das ist doch etwas, was nicht unter dem Stichwort autogerechte Stadt steht. Ich bin nur dagegen, das sage ich Ihnen auch, weil diese Methode gescheitert ist, den Bürgern, die Auto fahren, sozusagen per Druck oder durch moralischen Zeigefinder zu sagen, du musst aber! Diese Politik ist falsch gewesen, sie ist nicht angekommen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das muss man doch einmal zur Kenntnis nehmen. Also kann man nur den Weg gehen, dass man sagt, ich muss das, was für unsere Städte wichtig ist, den ÖPNV, so attraktiv machen, dass die Menschen eben von sich aus sagen, ich möchte lieber mit dem ÖPNV anstatt mit dem Auto fahren.

Ein weiterer Punkt, der geht dann auch in Richtung von Frau Dr. Mathes bezogen auf Umweltpolitik: Vielleicht ist es Ihnen entgangen, aber das wird ja in der eigenen Stadt nicht immer gewürdigt, wir sind die Stadt, die unter dem Gesichtspunkt von nachhaltiger Mobilität an der Spitze in Europa steht, etwa mit Konzepten wie Carsharing. Da stehen wir wirklich in Europa an der Spitze. Das wird immer übersehen in diesem Haus.

(B) (Beifall bei der SPD)

Wir sind gemeinsam mit anderen Partnerstädten in Europa Spitze in dem Projekt, was Verkehrsleitsysteme angeht. Wir machen also all diese Projekte hier in Bremen, und Sie nehmen sie schlicht nicht zur Kenntnis! Das ist auch ein Stück Umweltpolitik, das ist auch die Frage einer intelligenten Mobilität. An diesem Thema arbeiten wir.

Nun zu dem Bereich Umwelt noch einmal, Frau Dr. Mathes! Ich habe eine hohe Sympathie dafür, dass man lange über den Bereich Umwelt reden sollte und auch für die integrative Haltung, die er eigentlich haben müsste in diesem Bereich. Aber so zu tun, als wenn Umweltpolitik in dieser Regierung, in diesem Senat und in diesem Ressort nicht stattfindet, das können Sie beim besten Willen nicht sagen.

Ich will Ihnen vielleicht einmal einen anderen Punkt nennen. Zu den Altlasten hat Herr Dr. Schuster ja schon Stellung genommen. Wir sind, was Umweltpolitik angeht, im Windenergiebereich an einer unglaublich guten Stelle angekommen. Wir haben in diesem Sektor, und das ist doch auch wichtig, rund 500 Arbeitsplätze jetzt neu geschaffen. Eine moderne Zukunftstechnologie, Windenergie, verbunden mit Arbeitsplätzen, ein Kompetenzzentrum Bremen und Bremerhaven im Bereich der Windenergie im Bereich Offshore, das ist doch etwas, was man unter

dem Begriff von Umweltpolitik dann auch bewerten und sagen sollte, da sind wir richtig vorn. (C)

Wir haben da eine ganze Menge getan. Sie können also nicht behaupten, dass Umwelt in dieser Politik der Koalition und vor allen Dingen im meinem Haus keine Rolle spielt. Im Gegenteil, ich achte sehr darauf, dass man die einzelnen Aufgaben miteinander verbindet. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, zu dem Schwerpunktthema Bau und Umwelt liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen dann zur Schlussrunde.

Die Fraktionen haben noch folgende verbliebene Redezeiten: die Fraktion der SPD zehn Minuten, die Fraktion der CDU drei Minuten, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieben Minuten, der Senat noch 18 Minuten.

Gibt es Wortmeldungen zur Schlussrunde?

Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Die Beratung über den Haushalt 2002 und den Haushalt 2003 und die damit verbundenen Anträge und Änderungsanträge ist geschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen.

Meine Damen und Herren, die Abstimmungsreihenfolge, über die Einverständnis erzielt wurde, liegt Ihnen schriftlich vor. Ich werde die jetzt folgenden Abstimmungen in der Reihenfolge des Umdrucks vornehmen. (D)

Meine Damen und Herren, ich rufe gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung die Anträge und Änderungsanträge zu den Haushalten 2002 und 2003 auf.

Es ist beantragt worden, die Änderungsanträge teilweise in Blöcken abstimmen zu lassen.

Wer mit diesem Verfahren einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle Einverständnis fest.

(Einstimmig)

Als Erstes lasse ich über die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Meine Damen und Herren, wer diesen Änderungsanträgen mit den Drucksachen-Nummern 15/879 bis 15/895 und 15/905 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Änderungsanträge ab.

Jetzt lasse ich über die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der CDU mit den Drucksachen-Nummern 15/922 bis 15/995, 15/1004 und 15/1013 abstimmen.

Zuerst lasse ich über die Änderungsanträge mit den Drucksachen-Nummern 15/922 bis 15/924, 15/927 bis 15/929, 15/936, 15/942, 15/943, 15/954, 15/957 bis 15/959, 15/961 bis 15/963, 15/965 bis 15/968, 15/982, 15/988, 15/990 abstimmen.

(Zuruf der Abg. Frau **W i e d e m e y e r**  
[SPD])

Meine Damen und Herren, wer diesen Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD und der CDU seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/  
Die Grünen)

(B) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungsanträgen zu.

(Zuruf der Abg. Frau **W i e d e m e y e r**  
[SPD])

Nun lasse ich über die Änderungsanträge mit den Drucksachen-Nummern 15/925, 15/926, 15/930 bis 15/935, 15/937 bis 15/941, 15/944 bis 15/953, 15/955, 15/956, 15/960, 15/964, 15/969 bis 15/981, 15/983 bis 15/987, 15/989, 15/991 bis 15/995, 15/1004 und 15/1013 abstimmen.

Wer diesen Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD und der CDU seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und  
Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungsanträgen zu. (C)

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/999 abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/999 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/  
Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stellte fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Als Nächstes lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/1000 abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/1000 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

(D)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und  
Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/1001 abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/1001 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/  
Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

- (A) Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/1002 abstimmen.  
Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/1002 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!  
(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)  
Ich bitte um die Gegenprobe!  
(Dagegen Abg. T i t t m a n n [DVU])  
Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.  
Nunmehr lasse ich über den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/1005 abstimmen.  
Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/1005 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!  
(Dafür SPD und CDU)
- (B) Ich bitte um die Gegenprobe!  
(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])  
Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.  
Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1024 abstimmen.  
Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1024 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!  
(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)  
Ich bitte um die Gegenprobe!  
(Dagegen SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])  
Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.  
Als Nächstes lasse ich über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1027 abstimmen.
- Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1027 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!  
(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)  
Ich bitte um die Gegenprobe!  
(Dagegen SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])  
Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.  
Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum Haushaltsplan 2002.  
Wer dem Haushaltsplan 2002 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!  
(Dafür SPD und CDU)  
Ich bitte um die Gegenprobe!  
(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])  
Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Haushaltsplan 2002 mit Änderungen zu.  
Jetzt kommen wir zum Haushaltsplan 2003.  
Wer dem Haushaltsplan 2003 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!  
(Dafür SPD und CDU)  
Ich bitte um die Gegenprobe!  
(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])  
Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Haushaltsplan 2003 mit Änderungen zu.  
Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt den Produktgruppenhaushalt 2002 auf.  
Wer dem Produktgruppenhaushalt 2002 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!  
(Dafür SPD und CDU)
- (C) Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1027 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!  
(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)  
Ich bitte um die Gegenprobe!  
(Dagegen SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])  
Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.  
Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum Haushaltsplan 2002.  
Wer dem Haushaltsplan 2002 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!  
(Dafür SPD und CDU)  
Ich bitte um die Gegenprobe!  
(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])  
Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Haushaltsplan 2002 mit Änderungen zu.  
Jetzt kommen wir zum Haushaltsplan 2003.  
Wer dem Haushaltsplan 2003 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!  
(Dafür SPD und CDU)  
Ich bitte um die Gegenprobe!  
(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])  
Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Haushaltsplan 2003 mit Änderungen zu.  
Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt den Produktgruppenhaushalt 2002 auf.  
Wer dem Produktgruppenhaushalt 2002 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!  
(Dafür SPD und CDU)
- (D) Ich bitte um die Gegenprobe!  
(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])  
Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.  
Als Nächstes lasse ich über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1027 abstimmen.

- (A) Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und  
Abg. T i t t m a n n [DVU])
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Produktgruppenhaushalt 2002 mit Änderungen zu.
- Nun kommen wir zum Produktgruppenhaushalt 2003.
- Wer dem Produktgruppenhaushalt 2003 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD und CDU)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und  
Abg. T i t t m a n n [DVU])
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Produktgruppenhaushalt 2003 mit Änderungen zu.
- (B) Meine Damen und Herren, nun lasse ich über den Stellenplan 2002 abstimmen.
- Wer dem Stellenplan 2002 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD und CDU)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und  
Abg. T i t t m a n n [DVU])
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Stellenplan 2002 zu.
- Ich rufe jetzt den Stellenplan 2003 auf.
- Wer dem Stellenplan 2003 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD und CDU)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und  
Abg. T i t t m a n n [DVU])
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Stellenplan 2003 zu.
- (C) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Stellenplan 2003 zu.
- Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum Produktgruppenstellenplan 2002.
- Wer dem Produktgruppenstellenplan 2002 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD und CDU)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und  
Abg. T i t t m a n n [DVU])
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Produktgruppenstellenplan 2002 zu.
- Ich lasse nun über den Produktgruppenstellenplan 2003 abstimmen.
- Wer dem Produktgruppenstellenplan 2003 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD und CDU)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (D) (Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und  
Abg. T i t t m a n n [DVU])
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Produktgruppenstellenplan 2003 zu.
- Wir kommen jetzt zu den Haushaltsgesetzen 2002 und 2003, zweite Lesung.
- Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zuerst über die Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der SPD, Drucksachen-Nummern 15/996, 15/998, 15/1014 und 15/1015, abstimmen.
- Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/996 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD und CDU)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und  
Abg. T i t t m a n n [DVU])
- Stimmenthaltungen?

- (A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.  
 Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/998 abstimmen.  
 Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/998 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!  
 (Dafür SPD und CDU)  
 Ich bitte um die Gegenprobe!  
 (Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])  
 Stimmenthaltungen?  
 Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.  
 Nunmehr lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/1014 abstimmen.  
 Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/1014 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (B) (Dafür SPD und CDU)  
 Ich bitte um die Gegenprobe!  
 (Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])  
 Stimmenthaltungen?  
 Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.  
 Ich lasse nun über den Änderungsantrag mit der Drucksachen-Nummer 15/1015, Neufassung der Drucksache 15/997, abstimmen.  
 Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/1015 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!  
 (Dafür SPD und CDU)  
 Ich bitte um die Gegenprobe!  
 (Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])  
 Stimmenthaltungen?  
 Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.
- (C) Jetzt lasse ich über das Haushaltsgesetz 2002 in zweiter Lesung abstimmen.  
 Wer das Haushaltsgesetz 2002 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!  
 (Dafür SPD und CDU)  
 Ich bitte um die Gegenprobe!  
 (Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])  
 Stimmenthaltungen?  
 Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz 2002 mit Änderungen in zweiter Lesung.  
 Nunmehr lasse ich über das Haushaltsgesetz 2003 in zweiter Lesung abstimmen.  
 Wer das Haushaltsgesetz 2003 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!  
 (Dafür SPD und CDU)  
 Ich bitte um die Gegenprobe!
- (D) (Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])  
 Stimmenthaltungen?  
 Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz 2003 mit Änderungen in zweiter Lesung.  
 Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen jetzt zum Nachtragshaushaltsplan 2001.  
 Zuerst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/1003 zum Nachtragshaushaltsplan 2001 abstimmen.  
 Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/1003 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!  
 (Dafür SPD und CDU)  
 Ich bitte um die Gegenprobe!  
 (Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])  
 Stimmenthaltungen?

(A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Ich lasse jetzt über den Nachtragshaushaltsplan 2001 abstimmen.

Wer dem Nachtragshaushaltsplan 2001 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und  
Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Nachtragshaushaltsplan 2001 mit Änderungen.

Jetzt lasse ich über das Nachtragshaushaltsgesetz 2001, Drucksache 15/788, in zweiter Lesung abstimmen.

Auch hier lasse ich gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung zuerst über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD, Drucksache 15/1016, abstimmen.

(B) Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/1016 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und  
Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

(C) Meine Damen und Herren, jetzt lasse ich über das Nachtragshaushaltsgesetz 2001 in zweiter Lesung abstimmen.

Wer das Nachtragshaushaltsgesetz 2001 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderung in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und  
Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit Änderung in zweiter Lesung.

Meine Damen und Herren, im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von den finanzwirtschaftlichen Rahmensetzungen der Haushaltsaufstellung 2002/2003, Drucksache 15/792, von dem Finanzplan 2000 bis 2005, Drucksache 15/1009, von den Festlegungen für die bremischen Haushalte, Drucksache 15/1010, und von den Berichten des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksachen 15/1019 und 15/1023, Kenntnis.

(D) Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit wären wir am Ende der Haushaltsberatungen des Landtages angelangt.

(Beifall)

Ich bedanke mich ganz herzlich für die überaus konstruktive und disziplinierte Debatte!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie interfraktionell vereinbart, rufe ich jetzt erneut die Stadtbürgerschaft auf.

Den geschätzten Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven darf ich eine gute Heimreise wünschen!

(Schluss der Sitzung 18.12 Uhr)